Donnerstag, 14. November 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 266 - 46. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Empörung: Mitglieder der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Organisation „Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkriegs" haben mit einer bundesweiten Befragung von Kindern nach „Kriegsangst" begonnen. Die Aktion hat Empörung bei vielen Ärzten und Politikern hervorgerufen. (S. 10)

Kernenergie: Bayern droht, den Verstromungsvertrag deutscher Steinkohle aufzukündigen, falls die SPD-regierten Länder die politische Behinderung der Kernenergie fortsetzen. (S. 4)

BAföG: Eine Erhöhung der Förderungssätze und Elternfreibeträge in der Ausbildungsförderung kündigte Bundesbildungsministerin Wilms für Herbst 1986 an. Die Anhebung werde sich an der Preissteigerungsrate orientieren.

Flucht: Ein Arzt aus der „DDR" hat eine Zwischenlandung in Gander (Neufundland) auf dem Flug von Havana nach Ost-Berlin zur Flucht in den Westen genutzt.

Reise: Zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt wird US-Außenminister Shultz im Dezember Osteuropa besuchen. Geplant sind Aufenthalte in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien.

Demontage: Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hat mit der öffentlichen Demontage der Breschnew-Ära begonnen. In Reden führender Mitglieder der Gorbatschow-Gruppe und in Artikeln in der Parteipresse wird jetzt harsche Kritik an Breschnews Führungsmethoden und seiner Innenpolitik geübt. (S. 10)

Rumänien: Dem Montag entlassenen Außenminister Stefan Andrei ist das Amt eines Sekretärs des Zentralkomitees der Partei übertragen worden. Gleichzeitig wurde ZK-Sekretär Ilie Verdet, bislang für Wirtschaftsfragen zuständig, seines Postens enthoben.

Rebellion: Nach dem Putschversuch war die Lage im westafrikanischen Staat Liberia gestern weitgehend ruhig. Bei Kämpfen zwischen den Rebellen und loyalen Truppen sollen Dutzende von Menschen getötet worden sein. Putschführer Quiwonkpa ist offenbar im Landesinneren auf der Flucht. (S. 5)

Spionage: Wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die Sowjetunion wurde der frühere Offizier der US-Marine, Arthur Walker, in Norfolk zu dreimal lebenslanger Haft plus 40 Jahren und 250 000 Dollar Geldstrafe verurteilt.



Wohltäter der Menschheit, herausragende Politiker, Künstler und Sportler: sie alle werden bewundert, zu Vorbildern gemacht. Welchen Leitbildern jagte die Nachkriegsgeneration nach, welche Idole „vergöttert" die heutige Jugend? Im vierten und letzten Teil der WELT-Serie werden heute zwei Idole von gestern und heute vorgestellt: US-Präsident John F. Kennedy und der polnische Arbeiterführer Lech Walesa. Seite 8

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Wirtschaft in den westlichen Industrieländern wird auch 1986 nur verhalten wachsen, sagt das RWI-Forschungsinstitut voraus. In Europa dürfte das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr durchschnittlich um zwei und 1986 um 2,5 Prozent wachsen. (S. 11)

Steuern: In einem WELT-Gespräch plädiert DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen erneut für eine Steuerreform in einem Schritt. Die zweite Stufe sollte auch unter dem Aspekt vorgezogen werden, die weltwirtschaftlichen Spannungen zu entschärfen. (S. 14)

Volkswagen: Einen hohen Gewinn erwartet der Konzern für 1985. In den ersten neun Monaten ergab sich ein Überschuß von 424 Millionen DM, nachdem im entsprechenden Vorjahreszeitraum noch ein Verlust von 47 Millionen DM angefallen war. (S. 12)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte tendierten gestern deutlich schwächer. WELT-Aktienindex 247,81 (250,14). Rentenwerte notierten höher. BHF-Rentenindex 104,302 (104,170). Performance-Index 107,917 (107,751). Dollar-Mittelkurs 2,6107 (2,6238) Mark. Goldpreis je Feinunze 324,50 (324,50) Dollar.

KULTUR

Schulbücher: Das Problemfach Geschichte war schon früh bei den deutsch-sowjetischen Schulbuchgesprächen hintangestellt worden. Man wich auf die unverfänglichere Geographie aus. Aber auch dort türmen sich jetzt Schwierigkeiten auf. (S. 21)

Malerei: Ein mit 46 Gemälden zwar knappes aber nichtsdestoweniger faszinierendes Kompendium von Werken spanischer Meister des 17. Jahrhunderts aus dem Prado zeigt das Amsterdamer Rijksmuseum anläßlich seines 100jährigen Jubiläums. (S. 21)

SPORT

Fußball: Erst 8000 bis 10 000 Karten wurden für das WM-Qualifikationsspiel am Sonntag gegen die CSSR in München abgesetzt. Eine Live-Übertragung ab 16.55 Uhr ist deshalb noch nicht gesichert.

Radsport: Urs Freuler (Schweiz) und Partner Rene Pijnen (Holland) gewannen das Sechstagerennen in München. Das deutsche Duo Dietrich Thurau und Jupp Kristen kam auf Platz vier. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Mauer: Eine neue spektakuläre „Aktion" hat sich der Künstler HA Schult ausgedacht. Er will in New York eine Attrappe der Berliner Mauer samt Brandenburger Tor aufbauen und via Satellit auf das „Original" am Potsdamer Platz projizieren. (S. 22)

Medien: Für 41 Millionen Dollar wird die in finanzielle Schwierigkeiten geratene zweitgrößte amerikanische Nachrichtenagentur, UPI, an den mexikanischen Zeitungsverleger Mario Vazques Rana und den Grundstücksmakler Joe Russo aus Houston verkauft.

Wetter: Trüb, aber kaum Niederschlag. 2 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Fall BND: Regierungserklärung zur Operation „Katz und Maus"

Tip für die Einschaltung der Detektei kam 1979 aus dem Innenministerium

DW. Bonn

Die Bundesregierung wird sich morgen im Bundestag in einer Regierungserklärung zu dem Zusammenwirken des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit dem Detektiv Werner Mauss bei der Terrorismus-Bekämpfung in den Jahren 1979 und 1980 äußern. Die Regierungserklärung gibt Kanzleramtsminister Schäuble ab. Gestern wurden Angehörige der Staatsanwaltschaft Bonn vor der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Parlaments zu der Frage gehört, ob über die Detektei Spenden der Wirtschaft an den BND gegangen sind. In den bisher vorliegenden Unterlagen gibt es dafür keine Anhaltspunkte.

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Code für die „abgeschirmte Operation" des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit dem Privatdetektiv Werner Mauss (46) war recht einfallslos: „Katz und Maus". Die Katze sollte in diesem Fall Mauss sein, die Maus jene vier deutsche Terroristen, die mit Hilfe der jugoslawischen Behörden im November 1978 von Belgrad aus in den Nahen Osten entkommen konnten. Inzwischen sagen Spötter, die Aktion, die jetzt wegen der „Mischfinanzierung" durch fünf Wirtschaftsunternehmen und den BND zu einem Politikum geworden ist, sei „für die Katz gewesen". Die Suche nach den Terroristen habe damals „außer in Randbereichen" keine Erfolge erbracht.

Die Entwicklungsgeschichte dieser Operation ist interessant. Der Tip, der BND möge sich doch an Mauss wenden, kam Anfang 1979 vom Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit" im Bundesinnenministerium, Werner Smoydzin. Der Minister, Gerhart Baum (FDP), hat davon gewußt, aber er sagt, die Art der Finanzierung sei ihm nicht mitgeteilt worden. Tatsache ist, daß Mauss schon damals seit längerem für Landeskriminalämter, das Bundeskriminalamt und vor allem für die Versicherungswirtschaft arbeitete, und zwar erfolgreich. Mauss hatte eine Kette von Erfolgen vorzuweisen: Er trug dazu bei, daß die wegen Polizistenmordes gesuchten Alfred Lecki und Helmut Dercks 1970 in Spanien gefaßt werden konnten. Den als Terrorist gesuchten Rolf Pohle tat er 1976 in Griechenland auf, und er sorgte dafür, daß der 1975 geraubte Kölner Domschatz wiederbeschafft werden konnte. Zuletzt hat er die Seveso-Giftfässer in Frankreich aufgespürt. Die Gespräche mit Mauss führte der damalige Präsident des BND, Klaus Kinkel, heute Staatssekretär im Justizministerium. Sie führten schließlich am 31. August 1979 zu einer „vertraglichen Grundlage". Die Unternehmen zahlten für ein Jahr, so lange war die Laufzeit des Vertrages festgelegt, 400 000 Mark, der BND zunächst nur 250 000 Mark.

Der Auftrag an Mauss: Er sollte Aufenthaltsorte der Terroristen im Nahen Osten ausfindig machen. In Libanon kannte er sich gut aus. Hier hatte er für das BKA versucht, Auto-Schieberbanden auf die Spur zu kommen.

Eine „abgeschirmte Operation" löst automatisch auch ein besonderes Verfahren in finanzieller Hinsicht aus. Die Operative Abteilung des BND führte eine besondere „Zahlstelle", die wiederum identisch ist mit einer „Deckadresse". So hat ein höherer BND-Mitarbeiter unter seinem Alias-Namen das Konto bei der Dresdner Bank in München geführt. Die Überweisungen der Wirtschaft auf dieses Sonderkonto sind zwischen dem 2. Januar 1980 und dem 26. September 1980 eingegangen. Die Belege existieren noch.

Der damalige Chef des Kanzleram-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Peres und Sharon

PETER M. RANKE

Mubarak in Kairo hat den Friedensvertrag mit Israel zum Nichtkriegs-Zustand herabgeschraubt und sich mit PLO-Chef Arafat verbündet. Arafat und sein Terror-Chef Abu Iyad betonen, Terror-Aktionen würden in Israel und in den besetzten Gebieten fortgesetzt. Hussein sucht Rückendeckung im radikalen Syrien und weicht weiter direkten Friedensverhandlungen aus. In diesem gewiß nicht ungefährlichen Augenblick bricht eine Krise aus, die das Ende der Koalition zwischen Arbeiterpartei und Likud-Block signalisiert.

Nach dem Motto „Genug ist genug" möchte Ministerpräsident Peres den aufmüpfigen Handelsminister Sharon feuern. Likud-Chef Shamir hat die Entlassung Sharons schweren Herzens abgelehnt und ist auf Konfrontations-Kurs gegangen. Peres muß eine neue Regierung bilden, was ihm nur schwer gelingen dürfte. Neuwahlen wären da wohl der sauberste Ausweg.

Peres dringt auf Kabinettsdisziplin, das ist verständlich. Er will sich geheime Gespräche mit Amerikanern, Jordaniern und Palästinensern nicht durch die dauernden „Enthüllungen" Sharons kaputtmachen lassen. Aber natürlich denkt Peres auch daran, daß er mit der Arbeiterpartei bei Neuwahlen keine schlechten Chancen hat. Sein wirtschaftliches Notprogramm greift, die Finanzen kommen allmählich in Ordnung und schließlich will Peres als Kandidat des „Friedenslagers" ins Rennen gehen, der den Ausgleich mit König Hussein und gemäßigten Palästinensern anstrebt.

Aber auch Sharon findet Verständnis. Dieser Draufgänger, der kein abwägender Diplomat ist, sieht in Peres einen Beschwichtigungspolitiker, der zuviel einsteckt. Er erinnert an die sieben ermordeten Touristen im Sinai und glaubt, Israel dürfe die von der PLO in Jordanien gesteuerten Mord-Aktionen nicht hinnehmen, nur weil Peres verhandeln wolle. Sharon will als eiserner Politiker gelten.

Der mit der großen Koalition übertünchte Klärungsprozeß hat wieder eingesetzt. Kommende Neuwahlen werden wie selten zuvor Schicksal und Zukunft des jüdischen Staates bestimmen.

Bundesbank warnt vor Delors-Plan

Stoltenberg verärgert über Genschers Europapolitik / Sorge um deutsche Stabilitätserfolge

PETER GILLIES, Bonn

In einem „Brandbrief" hat die Deutsche Bundesbank die Bundesregierung davor gewarnt, über eine Änderung des EG-Vertrages Kompetenzen der Währungspolitik auf die Europäische Gemeinschaft zu verlagern. Die deutsche Notenbank sieht dadurch ihre autonome Funktion als Hüterin der Währung gefährdet. In dem vertraulichen Schreiben vom 8. Oktober, von dem die WELT gestern erfuhr, macht die Bundesbank offen Front gegen den Plan von EG-Präsident Delors, der das Europäische Währungssystem (EWS) in die Römischen Verträge einbinden und wichtige Kompetenzen nach Brüssel verlagern will.

Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) teilt, wie zu hören ist, die Bedenken der Frankfurter Bundesbank voll. Bundesaußenminister Genscher (FDP) zeigt gegenüber dem Delors-Plan dagegen eher Nachgiebigkeit. Stoltenberg sei „sauer und aufs äußerste besorgt" über die Marschroute Genschers in der Währungs- und Steuerpolitik, berichten Mitarbeiter des Finanzministeriums. Sehr kritisch – und im Sinne Stoltenbergs – hatten sich am 28. Oktober auch Großbritannien, die Niederlande und Irland geäußert, während Frankreich und Belgien darauf dringen, in einer Vertragsänderung die monetäre Dimension stärker als bisher zu verankern. Unter Vorsitz des Bundeskanzlers steckte eine Ministerrunde gestern abend die Marschroute für den bevorstehenden EG-Gipfel ab.

Die Bundesbank befürchtet weiterreichende negative Konsequenzen, wenn man die rein monetäre Zusammenarbeit im EWS staatsrechtlich festschriebe. Damit würde die nötige Verbund zwischen der Währungskooperation und der allgemeinen wirtschaftlichen Integration nicht gefördert, sondern aufgelöst. Gingen die derzeit nationalen Zuständigkeiten auf Organe der EG über, würden die verantwortlichkeiten der Zentralbanken entscheidend geschwächt. Bedenken hat die Notenbank auch gegen den Delors-Vorschlag, den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Pflichten aufzuerlegen, andere dagegen von den vollen Verpflichtungen des Währungsverbundes freizustellen.

Prinzipielle Bedenken bestehen in Frankfurt ferner gegen die vertragsrechtliche Verankerung eines Europäischen Fonds für Währungsfragen, ohne daß zuvor die Voraussetzungen für eine Wirtschafts- und Währungsunion genannt werden. Stattdessen empfiehlt die Bundesbank, die Währungszusammenarbeit zu stärken, ohne den Vertrag zu ändern. Ein Gleichklang sei erfolgreicher zu sichern, wenn zuvor jene Staaten, die den freien Kapitalverkehr noch immer behindern, ihre Hürden abbauten.

Bei dem Streit handelt es sich um einen ordnungs- und europapolitischen Machtkampf beträchtlicher Dimension. Die Kritiker des Delors-Plans befürchten, daß am Ende eine Art europäische Notenbank die Erfolge der stabilitätsbewußten Länder gefährdet und mit lässiger Geldschöpfung einer Inflationspolitik Vorschub leistet. Derzeit schwanken die Inflationsraten in der EG zwischen gut zwei Prozent (Deutschland) und mehr als 18 Prozent (Griechenland).

Cossiga: Europa muß Technologie stärker nutzen

DW. Bonn

Die wirtschaftspolitische Zukunft Europas gründet sich nach Auffassung des italienischen Staatspräsidenten Francesco Cossiga auf eine „hochrangige phantasievolle Forschung". Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet – in der wissenschaftlichen Entwicklung – würde nach Auffassung des Staatspräsidenten Europa in die Lage versetzen, den Platz in der Welt einzunehmen, der ihm „aufgrund seines menschlichen Potentials zukommt". Nur so könne Europa den Anlauf nehmen, die technologische Lücke zu den USA zu überbrücken. In einem Gespräch mit der WELT billigte der italienische Staatspräsident solche Anstrengungen – auch unter Hinweis auf das Eureka-Projekt – somit alle Maßnahmen, die darauf abzielen, eine Verbindung der europäischen Staaten in einer gemeinsamen europäischen Forschung zu vollziehen. Sein Fazit in einem Farb-Report (32 Seiten), der heute der WELT beiliegt: „Wer gemeinsam einen Tornado baut, der bringt noch mehr zustande."

Paris investiert in seine atomare Unabhängigkeit

v.K. Paris

Der französische Verteidigungsminister Paul Quilès hat wenige Tage nach der Billigung seines Haushalts in der Nationalversammlung weitreichende Rüstungspläne zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Unabhängigkeit Frankreichs angekündigt. Vor Hörern des „Nationalen Hohen Verteidigungsinstituts" in Paris bekräftigte er die von Präsident Mitterrand bereits im Juni in Bonn deutlich gemachte Ablehnung der amerikanischen Weltraumpläne.

Amerikanische und sowjetische strategische Verteidigungssysteme bedeuteten in der Phase ihrer Entwicklung eine besonders große Gefahr für die Sicherheit Europas. Je mehr die beiden Supermächte den Akzent auf solche Pläne setzten, desto mehr müsse Frankreich nach Mitteln suchen, sagte der Minister, die eine strategische Verteidigung durchdringen können. Hiervon hänge die Glaubwürdigkeit der französischen atomaren Streitkräfte ab.

Seite 2: Unsichtbare Bomben

Israels Regierung in schwerer Krise

Peres will Handelsminister Sharon entlassen / Likud-Block in einer Zwickmühle

E. LAHAV, Jerusalem

Israels Premierminister Shimon Peres hat von Außenminister Yitzhak Shamir die Zustimmung zur Entlassung von Industrie- und Handelsministers Ariel Sharon verlangt, der dem Ministerpräsidenten totale Mißachtung der Koalitionspolitik vorwirft. Shamir lehnte ab und löste damit die ernsteste Krise in der stürmischen Geschichte dieser ein Jahr und zwei Wochen alten Regierung aus.

Zwar gibt die Verfassung dem Premierminister das Recht, jeden Minister innerhalb einer Frist von 48 Stunden zu entlassen. Doch aufgrund des Koalitionsabkommens zwischen der Arbeiterpartei und dem Likud kann der Premier nur solche Minister entlassen, die seinem Block angehören. Im Falle Peres wären das die Minister der Arbeiterpartei und der mit ihr liierten Fraktionen. Die Entlassung eines Ministers des Likud-Blocks bedarf der Genehmigung durch den Chef des Likud, also Außenminister Yitzhak Shamir.

Natürlich steht das Koalitionsabkommen nicht über dem Gesetz. Peres kann Sharon auch auf eigene Faust aus dem Amt nehmen. Damit wäre die Regierung Peres mit einer parlamentarischen Minderheit in der Gefahr eines Mißtrauensvotums. Peres, der eine solche Entwicklung schon seit Wochen voraussah, hat mittlerweile Verhandlungen mit den religiösen Parteien geführt, um deren Eintritt in eine neue Koalition ohne den Likud zu erzielen.

Bei ihnen zeigt sich jetzt eine größere Bereitschaft als im vorigen Jahr, mit der Arbeiterpartei zu regieren. Hingegen sind Peres die Stimmen der kleinen Linksparteien sicher. Schon seit Monaten hatte Sharon die Regierung heftig kritisiert. Peres hatte dies immer hingenommen. Was die Krise endgültig auslöste, war eine Rede Sharons bei einer Versammlung in der Stadt Arad am vergangenen Montag, in der er sagte: „Peres benimmt sich mit einem bisher noch nicht dagewesenen Zynismus und führt unter totaler Mißachtung der bestehenden Regierungsprozedur die Regierung einen krummen Weg entlang, ohne Scham noch Selbstachtung." Seine Minister blieben uninformiert.

Es ist kaum anzunehmen, daß Peres vorgezogenen Neuwahlen zustimmen wird. Wenn es nur irgendwie möglich ist, wird er sich – auch mit schweren Verzichten – eine neue Koalition erkaufen.

Eine unglückliche Rolle spielt Shamir. Gern hätte er Peres das Ja-Wort zur Entlassung des ihm lästigen Sharon gegeben. Sharon kämpft gegen Shamir um die Führung der Partei. Shamir und seine Anhänger würden darin ein nationales Unglück erblikken. Die Erinnerung an den von Sharon entfachten Libanonkrieg ist noch zu wach.

C-Waffen: „DDR" geht auf Bonn ein

Co. Bonn

Die „DDR" und die CSSR haben sich mit einem Vorschlag der Bundesregierung einverstanden erklärt, auf der Ebene der Delegationen bei der Genfer Abrüstungskonferenz die Frage eines weltweiten Chemiewaffen-Verbots zu erörtern. Regierungssprecher Norbert Schäfer begrüßte gestern diese Haltung, die in den Antwortbriefen vom 8. November zum Ausdruck kommt. Schäfer wies jedoch darauf hin, daß es weiter strittig sei, ob mit regionalen Schritten begonnen werden solle, wie Ost-Berlin und Prag dies wünschten. Bonn ziehe ein zur gleichen Zeit in Kraft tretendes weltweites Verbot vor.

KGB-Kampagne mit Psychoterror

rtr. Moskau

Die sowjetische Bürgerrechtlerin Larisa Tschukaewa ist mit „psychiatrischer Behandlung" bedroht und von der Polizei in eine Zelle voller Insekten gesteckt worden. In einem am Dienstag einem Staatsanwalt in Moskau zugesandten Brief schreibt die Regimekritikerin, sie betrachte die Aktion als eine durchdachte Kampagne des Geheimdienstes KGB.

Frau Tschukaewa arbeitet in der „Gruppe des Vertrauens" mit, die sich seit 1982 für mehr Vertrauen zwischen den Supermächten einsetzt. Eine Psychiaterin sei zuvor in ihre Wohnung gekommen und habe ihr psychiatrische Behandlung angedroht.

Reagan will in Genf die Interessen Europas vertreten

Mit Gorbatschow Gespräch über Ausreisevisa geplant

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat versichert, er wolle beim Genfer Gipfel gegenüber Kreml-Chef Michail Gorbatschow auch die Interessen der Europäer vertreten. In einem auf Europa gezielten Interview sagte Reagan, es sei für ihn unvorstellbar, daß er nach Genf gehe, „ohne das im Sinn zu haben, was unseren Verbündeten am besten dient". Sie stünden „im Fall einer Katastrophe in vorderster Front". Reagan, der schon einen Tag nach Abschluß des Gipfels vor dem Kongreß in Washington sprechen will, hat für morgen eine Fernsehansprache an die Nation angekündigt. Dabei will er vor der Abreise am Samstag nach Genf seine Position und Ziele für den Gipfel darlegen.

Wie Reagan in dem Interview am Dienstag sagte, strebe er bei den zweitägigen Diskussionen mit Gorbatschow eine „allgemeine Verständigung" an, daß die beiden atomaren Supermächte „eine große Verantwortung haben, den Frieden in der Welt zu erhalten". Das bedeute, sich nicht in die Innenpolitik des anderen einzumischen, sondern friedlich nebeneinander zu existieren und miteinander zu wetteifern. „Und das ist der Grundton, der nach meiner Meinung beim Gipfel herauskommen sollte", sagte Reagan.

Reagan betonte, daß er den Gipfel nicht für geeignet hält, bei der Rüstungskontrolle in Einzelheiten zu gehen. Er bekräftigte, daß die USA ihre SDI-Forschungen fortsetzen würden.

Nach Informationen aus dem Weißen Haus will Reagan auch das Thema Menschenrechte ansprechen. Reagan hat nach Informationen der Nachrichtenagentur AP des Sowjets bereits Listen mit Namen auswanderungswilliger Sowjetbürger zugeleitet, denen die UdSSR die Ausreisevisa verweigert.

Die Sowjetunion hat Vorwürfe zurückgewiesen, daß in der Regierungszeitung „Iswestija" abgedruckte Interview mit US-Präsident Ronald Reagan sei zensiert worden. In einem Kommentar der amtlichen Nachrichtenagentur TASS hieß es, das Interview sei „leicht gekürzt" worden, um es dem Zeitungsformat anzupassen.

Personelle Veränderungen in Ost-Berlin?

SED-Zentralkomitee tagt am 21. und 22. November / Wirtschaftsfragen im Vordergrund

hrk./DW. Berlin

SED-Generalsekretär Erich Honecker hat das Zentralkomitee der Partei für den 21. und 22. November nach Ost-Berlin einberufen. Nach Berichten aus westlichen Quellen sollen dabei Wirtschaftsfragen im Vordergrund stehen und Entscheidungen über den künftigen Fünf-Jahres-Plan getroffen werden. Außerdem vermerkt die Tagesordnung mehrere personalpolitische Punkte.

In Bonn wird mit Interesse verfolgt, ob Honeckers wichtigster Experte für Deutschlandpolitik, Professor Herbert Häber, an der ZK-Sitzung teilnimmt. Seit dem 19. August war Häber nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten. Am 6. November hatte die Tatsache Aufmerksamkeit erregt, daß Häbers Stellvertreter als Leiter der Abteilung „Internationale Politik und Wirtschaft" des SED-Zentralkomitees, Gunter Rettner, im „Neuen Deutschland" als Chef dieses auch für die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zuständigen Ressorts genannt wurde. Häber, Mitglied des Politbüros, hatte die Leitung der „West-Abteilung" 1973 übernommen. Wie es heißt, ist Häber schwer krank.

Möglicherweise wird auf der bevorstehenden ZK-Sitzung auch über die Nachfolge des 77 Jahre alten Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, entschieden. Als Favorit gilt Spionagechef Markus („Mischa") Wolf (61). Er ist der ranghöchste unter den Stellvertretern Mielkes. Ansprüche auf die Nachfolge des Ministers hat offenbar auch ein weiterer Stellvertreter Mielkes: Generalleutnant Rudi Mittig. Anders als Wolf verfügt er über eine Absicherung im Parteiapparat.

Die Zuschauer des „DDR"-Fernsehens hatten im Februar dieses Jahres den Spionagechef Wolf zum ersten Mal öffentlich agieren sehen. Die Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera" präsentierte ihn in der Uniform eines Generalobersten und stellte ihn als „Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit" vor. Wolf war es, der sich im Namen der anläßlich des 35. Jahrestages der Bildung des Ministeriums mit Orden ausgezeichneten Staatssicherheitsdienst-Mitarbeitern für die „hohe Ehrung" bedankte.

Bei der Zusammenkunft der SED-Elite am Donnerstag und Freitag kommender Woche steht bereits der Verlauf des Genfer Gipfels zwischen Reagan und Gorbatschow fest. Die Führung der SED sähe sich insofern in der Lage, intern das Für und Wider eines Honecker-Besuchs in Bonn und im Saarland noch in diesem Jahr zu beraten.

Seite 2: Honeckers Strategie

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Honeckers Strategie

Von Herbert Kremp

Nun wird wieder angeregt darüber diskutiert, ob Honecker der Bundesrepublik Deutschland die Ehre eines Arbeitsbesuches geben wird. Die Einladung aufrechtzuerhalten und in Erinnerung zu halten, gehört zum Bonner Spezialinstrumentarium für Ostwind-Messungen. Die politische Meteorologie sagt im Augenblick voraus, daß der Staatsratsvorsitzende kommen werde, wenn der Genfer Gipfel nicht neue Stürme signalisiert. Im Februar findet in Moskau der 27. Parteitag der KPdSU statt, im April folgt der 11. Parteitag der SED. In dieses Zeitfeld wird Honecker seinen Besuch oder die Absage plazieren.

Von Gorbatschow hängt alles ab. Der neue Kreml-Herr, wie fest auch immer im eigenen Stuhl, hält auf Strenge. Rumänien kommt an die Kandare. Polen richtet sich personell auf die neue Ära ein. Honecker bleibt von dem scharfen Wirbel, der auch Bulgarien erfaßt, offenbar unberührt: er hatte rechtzeitig auf die richtige Moskauer Fraktion gesetzt. Ihm fällt in der deutlicher hervortretenden Diplomatie der neuen Sowjets eine wichtige Rolle zu. Der Begriff des „europäischen Hauses“ (Gorbatschow) ist keine Tagesformel, sondern Ausdruck einer Strategie. Sie zielt darauf ab, die westeuropäischen Länder außenpolitisch langsam aus dem atlantischen Zusammenhang zu ziehen, also zu „kontinentalisieren“, und in der differenzierten Innenpolitik westlich der Elbe Einfluß auf die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien zu gewinnen. Gegenüber der Bundesrepublik bedeutet dies, ein übergreifendes „deutsches Interesse“ zu formulieren, das den imperialen Besitzstand, der sich in Deutschland als dauerhafte Teilung des Landes manifestiert, nicht gefährdet.

In diesem Sinne ist Honecker Deutschland-Politiker, darauf gerüstet, die Annäherungen Gorbatschows an die Politik des späten Stalin (Note von 1952) als eine Art Botschafter des guten Willens vorzubereiten. Die Sorgen Ulbrichts um den Bestand der „DDR“ braucht er sich dabei nicht zu machen. Wenn Honecker seine saarländische Heimat besucht, wird nicht unerwähnt bleiben, daß sich dort vor dreißig Jahren, mit der Abstimmung über das Saar-Statut und dem Luxemburger Vertrag vom 1. Januar 1957, eine Art Wiedervereinigung vollzogen hat. Vergleichbares kommt für Gorbatschow und Honekker natürlich nicht in Frage. Wichtig allein sind die Anklänge. Das Nationale ist in der neuen Strategie nicht tabuisiert, weist es nur in die richtige Richtung.

Unsichtbare Bomben

Von August Graf Kageneck

Jetzt hat der französische Verteidigungsminister Paul Quilès amtlich dokumentiert, was bisher in befreundeten Hauptstädten nur vermutet wurde. Frankreich ist gegen Amerikas Pläne für eine Verteidigung im Weltraum, weil sie, von den Sowjets nachgeahmt, seine atomare Abschreckung obsolet machen würden. Sechsundzwanzig Jahre eines atomaren Kraftaktes, der an die Grenzen der Belastbarkeit einer Mittelnation ging, wären umsonst.

Bisher war die Gegnerschaft zu diesen Plänen in Paris nur mit der Furcht begründet worden, das Gleichgewicht des Schreckens, auf dem vierzig Jahre Frieden in Europa ruhen, könne durch SDI beseitigt werden. An diesem Gleichgewicht hatte Frankreich seinen Anteil. Ohne ihn stünde es nackt da.

Deshalb verkündet der sozialistische Minister jetzt den nächsten Schritt: Atombomben bauen, die trotzdem durchkommen. In Paris tröstet man sich seit langem damit, daß es eine hundertprozentige strategische Abschottung gegen Raketen nicht geben wird, man folglich am besten darauf verzichte, nach dem Motto: Nicht sein kann, was nicht sein darf. Da sie aber nun einmal droht, müssen französische Hirne „unsichtbare“ Bomben bauen, die kein Radar und kein Laserstrahl mehr erfassen kann.

Das wird Jahre dauern und sehr viel Geld kosten. Mehr Geld jedenfalls als eine Beteiligung an SDI. Und es ist die Frage, ob Frankreichs Atem bei diesem Wettlauf lang genug ist. Deshalb die Pariser Beschwörungen, man solle dem Irrsinn im Weltraum Einhalt gebieten.

Bezeichnend ist, daß Quilès in SDI weniger eine strategische als eine „ideologische“ Motivierung vermutet, ideologisch im Sinne einer Eindämmung des Kommunismus. Was aber wäre daran schlimm? Quilès' Amtszeit scheint ohnehin begrenzt. Französische Oppositionspolitiker wie Chirac oder Giscard wollen, sobald sie wieder an die Macht kommen, mit Deutschen und Engländern über eine europäische Beteiligung an SDI verhandeln. Das klingt realistischer.

Die Nichteinmischer

Von Enno v. Loewenstern

Ist die „DDR“ ein souveräner Staat? Mit dieser Frage hatte sich ausgerechnet das Bundessozialgericht zu befassen. Es hat eine interessante Antwort darauf gegeben.

Der Kläger beantragte eine Kriegsopferrente, weil er 1956 bei einem Verkehrsunfall in der „DDR“ schwer verletzt wurde, den ein sowjetischer Soldat verschuldet hatte. Nach dem Bundesversorgungsgesetz ist eine Kriegsopferrente zu gewähren bei Schäden, die jemand durch Handlungen der Besatzungsmacht davongetragen hat. Er machte nun geltend: Zwar gebe es dort einen Vertrag mit der UdSSR, wonach die „DDR“ ein Verbündeter der UdSSR sei und die in Mitteldeutschland stationierten Truppen sich nicht in die inneren Angelegenheiten der „DDR“ einmischten, in Wahrheit aber seien die Sowjettruppen dort nichts als eine Besatzungsmacht. Die „DDR“-Regierung werde ausschließlich durch die Anwesenheit der sowjetischen Truppen gewährleistet.

Die Klage wurde abgewiesen, aber keineswegs deshalb, weil das Gericht die „DDR“ für einen offensichtlich souveränen Staat hält. Vielmehr meinte es, an einer Feststellung über den Charakter des SED-Regimes gehindert zu sein, weil nach Artikel 6 des Grundlagenvertrags („Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten“) kein Gericht der Bundesrepublik die Frage prüfen dürfe, ob sich die Sowjettruppen in Mitteldeutschland noch als Besatzungsarmee verhalten.

Da ist Honecker eine peinliche Untersuchung erspart geblieben. Moskaus Vertrag mit Ost-Berlin stammt von 1955 – zwei Jahre nach dem Eingreifen der Sowjettruppen zur Gewährleistung der „DDR“-Regierung. Seither haben Sowjettruppen in Ungarn und in der CSSR eingegriffen; nicht einmal, um Regime zu gewährleisten, sondern um sie erst einzurichten. Und in Polen wird das Militärregime kaum noch verblümt damit gerechtfertigt, daß es die Alternative zum Sowjeteinmarsch sei. „Unabhängigkeit“, „Selbständigkeit“? Gerichte müssen sich manchmal mit erstaunlichen Rechtsfiktionen behelfen.



„Der Frieden hat auch hier seinen Preis!“ KLAUS BÖHLE

Sich selbst der Dritte

Von Peter Gillies

Drei Jäger streifen durch den Wald. Der erste trägt ein Gewehr, der zweite hat die Munition, was hat der dritte? Antwort: Er hat Parodontose, weil jeder dritte Deutsche darunter leidet. An diesen Kalauer fühlt sich erinnert, wer die Meldung einer Nachrichtenagentur liest: „Jeder dritte Bundesbürger ist seelisch krank.“ Unwillkürlich blickt man um sich und zählt ab. Die Mitteilung, daß jeder Dritte bereits einmal eine seelische Krankheit durchgemacht habe oder noch darunter leide, stammt von einer kirchlichen Wohlfahrtsorganisation. Die Warnung, psychisch Kranke nicht aus dem mitmenschlichen Zusammenleben auszugrenzen, ist allemal berechtigt, aber die Prämisse ist kühn. Die erwähnte Meldung lief übrigens unter dem Titel „Behinderte“ über die Ticker.

Ein ganzes Volk auf der Couch, ein Drittel davon zu recht? Mit der deutschen Befindlichkeit ist es, wie man aufgrund öffentlich-rechtlicher Informationsgebung schon lange zu wissen hat, gewiß nicht weit her. Da jeder einmal krank war oder sich so fühlte, sind aus diesem Blickwinkel alle Deutschen krank – aber nicht nur sie. Die Weltgesundheitsorganisation definiert: „Gesundheit ist der Zustand vollständigen geistigen, körperlichen und sozialen Wohlbefindens; sie besteht nicht nur in der Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen.“ Wo auf dieser Erde befinden sich Menschen in diesem Zustand vollständigen Wohlbefindens?

Wenn aber die Deutschen physisch und psychisch am Ende sind, ist und bleibt umso rätselhafter, daß sich ihre Lebenserwartung gleichwohl stetig verlängert. Dem Glück, dem sie nachjagen und das manchmal gar zu einem politischen Ziel deklariert wird, scheinen sie freilich ferner denn je, zumal da sie in einer „neuen Armut“ leben, verursacht durch „Sozialabbau“ und andere Untaten der jetzt Regierenden (wobei geflissentlich übersehen wird, daß die finanzielle Schieflage, die den Rotstift unvermeidlich machte, von den Vorgängern herbeigeführt wurde).

Aber es kommt noch schlimmer. Beobachteten Wesen ferner Sterne die deutsche Debatte über die Arbeitslosigkeit, zwänge sich ihnen der Eindruck auf, die Erwerbslosenquote liege hierzulande bei hundert Prozent. Da ist es fast eine Überraschung, daß neun von zehn Deutschen über einen guten, sicheren und hochbezahlten Arbeitsplatz verfügen, daß sie Weltmeister im Urlaubmachen sind und eigentlich mancherlei Anlaß zur Zufriedenheit hätten. Auch deshalb, weil sie über vorzügliche Ressourcen verfügen, das Beschäftigungsproblem längerfristig zu lösen.

In der Alterssicherung – deren langfristige Gefährdung keineswegs verniedlicht werden soll – wird von öffentlichen Debattierern dem Eindruck Vorschub geleistet, alle Rentner seien arm. Die Tatsache, daß die Durchschnittsrente 1400 Mark monatlich erreicht hat, gerät zur böswilligen Verdrehung, weil eigentlich nicht sein kann, was nicht sein darf. Daß die Parkplätze vor deutschen Gymnasien so voll sind, meinte Norbert Blüm einmal, hänge vielleicht damit zusammen, daß Opa oder Oma den Enkeln das Auto spendieren. Vielleicht gibt es wirklich eine „neue Armut“, aber ganz anders, als die Politiker sie darstellen: In der Form, daß Menschen glauben, etwas erkaufen zu können und zu müssen, das nicht käuflich ist, nämlich Liebe und Zuwendung.

Selbst das Gefühl der Sicherheit kommt unter die Räder verklemmter Selbsteinschätzung. Die Einwohner der Bundesrepublik Deutschland leben in einer bisher nie gekannten Abfolge von Dezennien inneren und äußeren Friedens – was ständige Arbeit an seiner Bewahrung einschließt. Wenn sogar schwerste Verstöße gegen das Gesetz absolviert werden mit Seelenforscher-Alibis, daß da berechtigte Ängste ihr Ventil gesucht hätten, mag das individuelle Sicherheitsgefühl Schaden nehmen. Aber der Staat Bundesrepublik ist intakt. Wenn der äußere Schutz unserer Freiheit neuerdings als Bedrohung der Nachbarn oder des Weltfriedens hingestellt wird, mögen einzelne in Verwirrung gestürzt werden. Aber das Bündnis ist intakt.

„Jeder Dritte“: Welcher ist der Kranke? FOTO: POLY-PRESS

Jeder Vierte macht das Abitur. Aber ist darum auch jeder Vierte gebildeter, oder wenigstens besser gerüstet für die Herausforderungen des Arbeitslebens? Ein solcher Schluß wäre, wie jeder Personalchef gern bestätigt, verwegen. Gewiß ist die Zahl der Lehrer, der Professoren, der Universitäten und der Bildungsmilliarden explodiert, aber von einer explosiven Zunahme der Bildung berichtet niemand. Wie im Sozialwesen werden die Kosten mit der Leistung verwechselt.

Auch die Umweltdebatte leidet an Überhitzung. Es wird nicht mehr unterschieden zwischen der Katastrophe und der reparablen Nebensache. Das medienträchtige Skandalon entsteht durch die Extrapolation der jeweils schlechtesten Nachricht, gefördert durch Prognostiker, Gremien und Kommissionen, angestrichen mit Wissenschaftlichkeit und hilfsweise aufgeladen durch Demoskopie. Das natürliche Korrektiv, das die vermeintliche Horrorspirale zum Stillstand brächte, ist der gesunde Menschenverstand. Offenbar handelt es sich um einen allzu raren „Produktionsfaktor“, denn anders ist die Übellaunigkeit schwer zu erklären.

Von Joseph Beuys wissen wir, daß nicht nur jeder Dritte, sondern jeder Mensch ein Künstler sei. Aber jeder auch ein Lebenskünstler? Dafür mögen die Deutschen keine Prototypen sein, aber ihr Nervenkostüm vertrüge eine Stabilisierung. Die beiden Nachrichten „D 1 im Weltraum“ und „D 3 ist seelisch krank“ wollen nicht zueinander passen. Ein Vorstoß in ferne Räume – warum nicht einer in ganz naheliegende? Möglicherweise tun die Deutschen aber mit dem über sie kolportierten Gemütszustand etwas ganz anderes: sie pfeifen darauf.

IM GESPRÄCH Gernot Jung

Der Zweite in der EKD

Von Henk Ohnesorge

Aus der gelebten Tradition seiner Kirche wäre Bischof Hans-Gernot Jung für das Amt des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) durchaus geeignet gewesen: Die evangelische Kirche von Kurhessen und Waldeck, der er seit 1978 vorsteht, vereinigt in sich lutherische, reformierte und unierte Komponenten zur Einheit.

Als Hesse von Gefühl und Gemüt „der oberhessischen Spielart“ hatte sich Jung jüngst vor der EKD-Synode in Trier bei der Wahl zum Rat der EKD vorgestellt. In den Rat wurde er gewählt. Die Wahl zum Ratsvorsitzenden, als den ihn viele Beobachter schon Wochen zuvor gesehen hatten, schaffte er nicht. Die Synode zog den Berlin-Brandenburger Bischof Martin Kruse vor. Dafür erreichte Jung bereits im ersten Wahlgang die notwendige Zweidrittelmehrheit für das Amt des Stellvertreters des Ratsvorsitzenden.

Über die Kirche hinaus war der 1930 in Marburg/Lahn geborene Sohn eines Kirchenjuristen bisher kaum bekannt. Er teilt dies mit seiner mit etwas über eine Million Gläubigen eher kleinen Kirche. Nordhessen ist durch eine starke Arbeitslosigkeit und stille, meist arme Landschaften gekennzeichnet. Jung zeigte als Bischof die hier notwendigen Fähigkeiten: Er aktivierte zur Tätigkeit im kirchlichen Raum und war ein sparsamer Haushalter.

Studium in Marburg, Heidelberg und – mit einem Stipendium des Weltkirchenrats – am Presbyterian Theological Seminary der Universität Dubuque (Iowa), Pfarrer in Kassel, Studentenpfarrer in Marburg, Direktor der Evangelischen Akademie Hofgeismar, Oberlandeskirchenrat in Kassel mit den Schwerpunkten Erwachsenenbildung und kirchliche Sozialdienste und schließlich die Wahl zum Bischof sind die Stationen seines bisherigen Berufswegs.

Parallel dazu gingen für den wuchtigen Mann mit dem fast kahlen Kopf,



Was politischen Messianismus betrifft: Jung FOTO: EPD

Vater von drei Kindern, die Mitgliedschaft in der EKD-Synode, im Beirat für Innere Führung des Bundesverteidigungsministeriums, im Beirat für Evangelische Militärseelsorge (als Vorsitzender) und im Beratenden Ausschuß der Konferenz Europäischer Kirchen.

Im Gespräch weist er darauf hin, wie er in Dubuque einst Unterlagen der Haltung der amerikanischen Presbyterianer zu entscheidenden politischen Entwicklungen, daheim aber beispielsweise in kirchlichen Archiven kaum etwas zu heiß umstrittenen Fragen der Wiederbewaffnung fand. Seine Doktorarbeit ist über „Befreiende Herrschaft – Die politische Vorherrschaft der Verkündung Christi“ 1965 geschrieben worden. Sie gilt als eine Absage an den politischen Messianismus und die Tendenz, für tagespolitische Zielvorstellungen die Bibel zu bemühen. Nicht, daß Jung jeder Stellungnahme der Kirche zu tagespolitischen Fragen eine Absage erteilen würde – aber die Vermengung politischer und gesellschaftlicher Fragen etwa mit der Bergpredigt findet in ihm zumindest keinen Fürsprecher.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Zur Vertriebenen-Briefmarke meint die Bielefelder Zeitung:

Die gestern an den bundesdeutschen Postschaltern ausgegebenen Vertriebenen-Briefmarken stellen den Ostblock, vor allem aber die Warschauer Regierung, auf die Probe. Ist sie bereit, einen der nachhaltigsten Beiträge zur Friedenssicherung in Europa anzuerkennen, nämlich die Eingliederung der heimatvertriebenen Deutschen in eine im Wiederaufbau begriffene, nahezu am Boden zerstörte Gesellschaft? Darum – und um nichts anderes – geht es nämlich in der Botschaft dieser Gedenkmarke, die jede Friedens-Brieftaube als transportwürdig anerkennen muß.

Neue Zürcher Zeitung

Zum Verzicht auf die Fassbinder-Aufführung in Frankfurt bemerkt sie:

In seiner Begründung des Verzichts auf die Darstellung des Fassbinder-Stücks schreibt Rühle unter anderem, es sei „in dem sichtbar gewordenen Konflikt auf eine klärende und lösende Kraft der Inszenierung derzeit nicht zu hoffen“. Wer Fassbinders Text gelesen hat, kann sich indessen kaum vorstellen, wie von diesem wilden und wirren, offenkundig gezielt verletzenden und streckenweise bloß obszönen Erguß eine klärende und lösende Wirkung ausgehen soll. Verschiedene Kritiker haben der Aufführung bescheinigt, daß die provozierendsten antisemitischen Effekte und Äußerungen der Vorlage von der Regie angestrengt „geglättet“ worden sind. Gerade dieses Bemühen beweist freilich, daß die Verantwortlichen selber ein schlechtes Gewissen hatten und manche Aspekte des Stückes für antisemitisch hielten.

LES ECHOS

Die französische Wirtschaftszeitung schreibt zur Neubildung der polnischen Regierung:

General Jaruzelski macht geltend, daß „neue, der Sache des Sozialismus dienstbare Leute“ verfügbar sind. Es scheint nicht, daß diese Neuankömmlinge den Kontakt mit den „Persönlichkeiten des Zentrums“ besonders intensiv suchen, also mit jenen, die in einem sozialistischen Staat ein relatives oder notorisches Unabhängigkeitsbewußtsein an den Tag legen. Was sich seit Anfang des Monats zuträgt, scheint die Partei und ihre Zellen in der Provinz zu stärken. Aber für wie lange?

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das Essener Blatt befindet, der Wirtschaft des Reviers gehe es gut, doch nicht gut genug:

Die Herbstumfrage der Revier-Handelskammern bestätigt es: Auch das Ruhrgebiet hat den Anschluß an den wirtschaftlichen Aufschwung gefunden, wächst also im Gleichschritt mit der übrigen deutschen Wirtschaft. Genauer besehen, ist dies indes ein Rückschritt. Denn wenn immer es früher mit der deutschen Wirtschaft bergauf ging, preschte das Revier auf und davon ... Bitter, aber wahr: Es ist zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit an Rhein und Ruhr sich wohl nur dadurch aus der Welt schaffen läßt, daß noch mehr Erwerbspersonen den alten Industriezentren den Rücken kehren.

Nicht der Krieg war schlimm, sondern die Niederlage

Keiner gab vor dem Falkland-Krieg die richtigen Signale / Von Günter Friedländer

Der Prozeß gegen neun argentinische Generäle und Admiräle, die sich für ihre Rolle im „schmutzigen Krieg“ verantworten müssen, beschäftigt die Weltöffentlichkeit so sehr, daß nur wenige einen anderen Prozeß beachten, den ein Kriegsgericht – ironischerweise noch auf Anordnung der letzten der Militärjuntas, die Argentinien von 1976 bis 1983 regierten – gegen sechzehn Offiziere führt. Eine Untersuchungskommission des Heeres war nämlich im November 1983 zu dem Schluß gelangt, daß Argentiniens Heer auf dem Falkland-Krieg (oder Malvinen-Krieg, wie er im spanisch sprechenden Amerika heißt) nicht vorbereitet worden war.

Dieser Prozeß wurde hinter verschlossenen Türen geführt mit Ausnahme des Tages, an dem Brigadegeneral Hector Canale, Generalankläger der argentinischen Streitkräfte, seinen Strafantrag vorzutragen begann. Er bezeichnete die Hauptangeklagten als „des militärischen Vergehens der Nachlässigkeit“ schuldig und forderte außer zwölf Jahren Haft die Degradierung der einstigen Befehlshaber des Heeres und der Kriegsmarine, General Leopoldo Galtieri und Admiral Jorge Anaya. Für den Befehlshaber der Luftwaffe, Brigadegeneral Basilio Lami Dozo, beantragte er acht Jahre Haft. Im anderen Prozeß, den um den „schmutzigen Krieg“ und seine „Desaparecidos“ (Verschwundenen) hatte der Staatsanwalt gegen Galtieri – der 1981/82 Präsident war – fünfzehn, gegen Anaya zwölf und gegen Lami Dozo zehn Jahre Haft beantragt. Die Urteile beider Prozesse sollen im Dezember verkündet werden.

Argentiniens Verteidigungsminister Roque Carranza hat den Prozeß vor dem Kriegsgericht „den wichtigsten der ganzen argentinischen Geschichte“ genannt. Das mag stimmen, auch wenn ein Zivilgericht ihn wohl anders angepackt hätte. Als nämlich Argentinien am 2. April 1982 Truppen auf die Falklandinseln schickte und die kleine englische Garnison mühelos überrannte, schien der wirkliche Grund hierfür die wachsende Unzufriedenheit des Volkes mit den Militärregierungen zu sein. Man warf Galtieri vor, mit einem patriotischen Abenteuer die Öffentlichkeit ablenken und hinter dem Heer vereinen zu wollen. Aber diese Frage, ob mehr als tausend Menschenleben leichtsinnig niedrigen politischen Zwecken geopfert wurden, stellt die Anklage nicht. Sie fragte nicht nach der Legitimität des Invasionsbefehls, die offenbar als gegeben unterstellt wird, sondern nur nach dem Grund des traurigen Ausgangs. Das aber gibt dem Prozeß weit über Argentiniens Grenzen hinaus Bedeutung.

General Canale folgt der Untersuchungskommission und erklärt als Nachlässigkeit, daß Argentiniens Invasionstruppen für einen Krieg gegen England nicht angemessen ausgerüstet waren, und daß man die argentinischen Truppen nicht auf die Möglichkeit eines englischen Gegenangriffs vorbereitete. Das ist leicht erklärt: die argentinische Regierung rechnete nicht mit einem englischen Gegenangriff, so, wie London nicht mit einem Handstreich der Argentinier gerechnet hatte.

Argentinien und England unterhielten in New York noch am 26. und 27. Februar „herzliche“ Aussprachen über die Zukunft der Falklandinseln, allerdings „ohne weitere Fortschritte“. Argentinien meinte, wenn man nicht bald Fortschritte sehe, müsse man an Alternativschritte denken. In England verstand man das nicht als Drohung. In Argentinien wurde das englische Schweigen als mangelndes Interesse an den Inseln gedeutet. Am 18. März kam es bei den Falklandinseln zu einer Konfrontation argentinischer Kriegsschiffe mit dem englischen Antarktik-Patrouillenboot „Endurance“. In England maß man dem keine Bedeutung bei. Was Argentinien in der Meinung bestärkte, die Inseln interessierten England nicht mehr.

Nun hatten Argentinien und England volle diplomatische Beziehungen. Es war wohl Aufgabe der argentinischen Diplomaten, in Buenos Aires zu warnen, daß keine englische Regierung sich von der Politik des fait accompli beeindrucken lassen würde. Englands Diplomaten hätten in London berichten müssen, daß Überraschungsschritte nicht unmöglich erschienen angesichts der schweren innenpolitischen Krise in Buenos Aires. Beides scheint nicht geschehen zu sein.

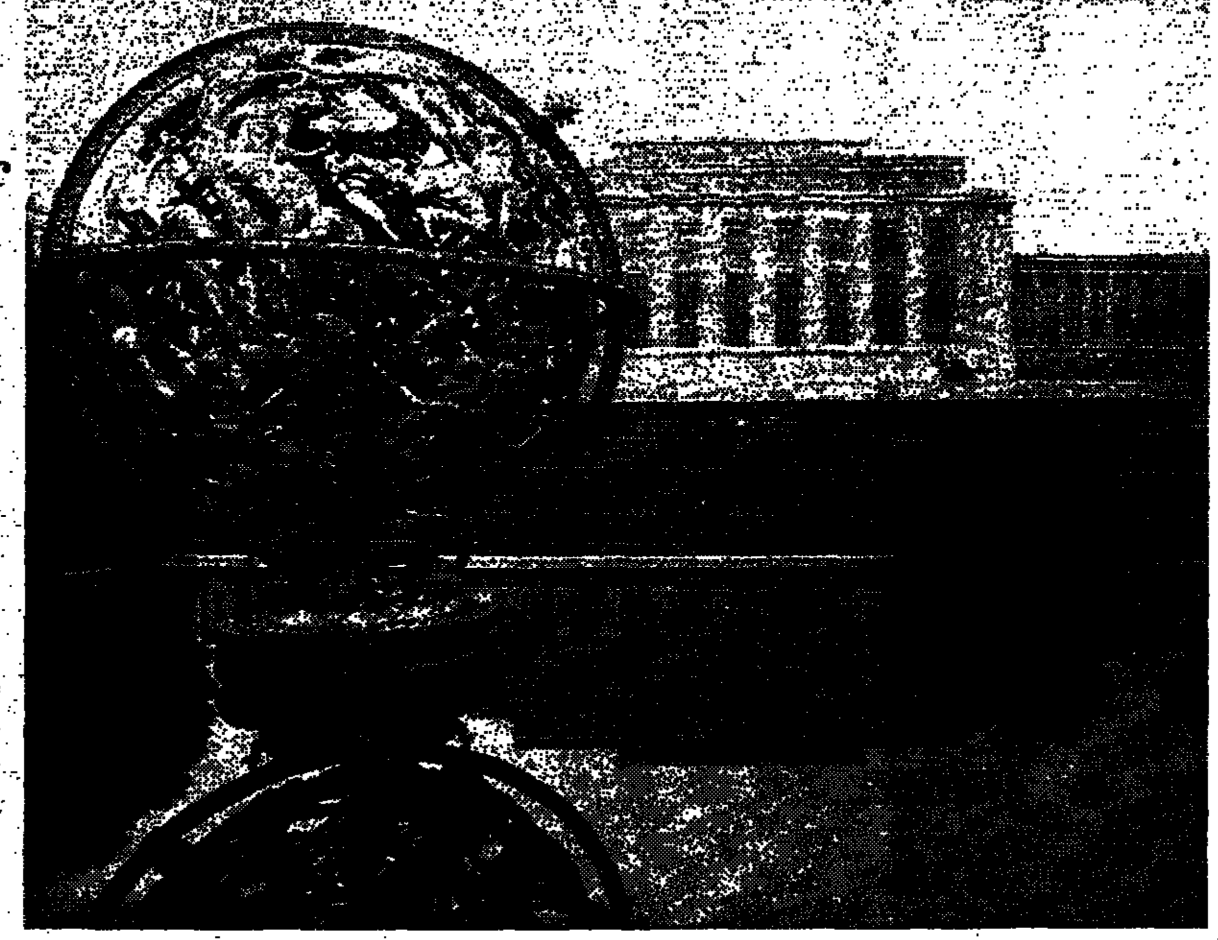
Die Lehre ist: Wer nicht rechtzeitig für „Abschreckung“ sorgt, muß mit Folgen rechnen. Hätten Argentinien und England solche Signale ausgetauscht, wäre den Argentiniern eine Katastrophe erspart geblieben, die niemandem nützte, auch nicht England.

Reagans Festhalten an Verteidigungswaffen im Weltall ist ein solches Signal an den Osten. Dagegen sind Friedensbeteuerungen ohne das Bewußtsein der eigenen Stärke und ohne die Warnung, von ihr Gebrauch zu machen, falsche Signale. Sie öffnen nicht den Weg zum Frieden. Sie laden zum Angriff ein.

Die große Rolle des kleinen Genf stört die Wachsamen

Die Stadt hat nur 350 000 Einwohner, doch sie gehört zu den bekanntesten der Welt: Genf, politischer Treffpunkt par excellence, begrüßt nächste Woche US-Präsident Reagan und den Moskauer Parteichef Gorbatschow. 180 internationale Organisationen sind hier zu Hause. Das schafft Probleme – und vielen Genfern reicht's.

Von WALTER H. RUEB



Genf, Treffpunkt der Völker: „Palais des Nations", ehemals Völkerbund-Palast, heute Europa-Amt der UNO

Die Stadt am Ausfluß der Rhône aus dem Genfer See verdankt ihre Bekanntheit *vor allem der* Politik. 120 diplomatische Missionen und 180 internationale Organisationen von UNO über Unctad, Gatt, Rotem Kreuz, Ökumenischem Rat der Kirchen, Weltgesundheitsorganisation, Internationaler Arbeitsorganisation bis hin zu Weltpatentamt und Union Europäischer Rundfunkanstalten haben hier ihren Sitz. Neben der Politik steuerten auch Historie und Kultur zum Renommee bei. In Genf lebten und wirkten Berühmt*heiten* wie Calvin, *Dunant*, Lenin, Rousseau, Voltaire, Madame de Staël, Hodler und Ansermet.

Die Beliebtheit der Stadt Genf ist *indes nicht so groß wie ihre* Bekanntheit. Zwar schwärmte der französische Diplomat Talleyrand 1815 beim Wiener Kongreß „Es gibt fünf Erdteile: Europa, Asien, Afrika, Amerika und Genf", Voltaire aber spottete „Wenn ich in Genf meine Perücke ausschüttle, pudere ich die ganze Republik". Lenin gab an, er friere und komme sich in der Stadt wie in einem Sarg vor, Stendhal fand die Genfer „zugeknöpft, griesgrämig, verstockt, geizig und schwer arbeitend wie Ochsen".

Amerikas Präsident Wilson aber plädierte nach dem Ersten Weltkrieg für Genf als Sitz des Völkerbundes, weil er überzeugt davon war, daß an der Geburtsstätte des Calvinismus und dem Zufluchtsort von verfolgten Hugenotten, von italienischen und russischen Revolutionären die Ideale von Völkerverständigung und Frieden einen guten Nährboden fänden. Daß die Hoffnungen trogen, weiß nach *erfolglosen Abrüstungsverhandlungen*, Viermächtekonferenz, Außenministertreffen, Palästina-Konferenz und mehrjährigen Afghanistan-Verhandlungen ohne konkrete Ergebnisse mittlerweile die ganze Welt.

Reagan und Gorbatschow kommen trotzdem. Sie reisen in eine Stadt, die von den einen als Oase des Friedens, als Juwel von Schönheit und Eleganz, als Geheimtip für Verdienst und Gewinn sowie Paradies für den Lebensabend gepriesen wird, derweil andere Genfs Überfremdung, Wohnungsnot, seine hohen Preise, den monströsen Verkehr sowie die Hektik, Kälte und *Ruhelosigkeit in der City* verdammen.

In jüngster Zeit prallten die gegensätzlichen Ansichten besonders hart aufeinander. An den Wahlurnen ließ sich die Unzufriedenheit einer Mehrheit vor Monatsfrist schließlich klar ablesen. Die Gegner einer sogenannten Überfremdung und Umweltschützer waren die Gewinner der Wahlen zum Kantons-Parlament. Linke und Bürgerliche zahlten die Zeche, verloren nach einem halben Jahrhundert erstmals die Ratsmehrheit, und nicht wenige Zeitungen in der Schweiz und im Ausland schrieben von „Erdrutsch", „Orkan", „Springflut" und „Weckruf in Genf".

„Vigilance" heißt das Schlagwort der Stunde in der Rhônestadt, und die „Vigilants" waren die Sieger der Wahlen. *Vigilance heißt Wachsamkeit.* Wachsam wollen die Anhänger der Bewegung sein – gegenüber Ausländern, privilegierten Beamten von UNO und anderen internationalen Organisationen, gegenüber Flüchtlingen und Asylanten-Heeren, Kriminalität und Wohnungsnot.

Die „Vigilants" haben für das Genf unserer Tage wenig übrig. „Fünftausend Millionäre, die gewaltigste Ansammlung von Privatbanken der ganzen Welt, 14 000 Hotelbetten, 16 Fünf-Sterne-Hotels – doppelt so viele wie in Zürich, mit 140 Meter die höchste Wasserfontäne der Welt als Symbol unerschöpflicher Liquidität, die zahlungskräftigsten Gäste, eine Bilderbuch-Landschaft mit See in der Stadt und Mont Blanc vor der Haustür, der Schweiz größte Baustelle am Flughafen Cointrin mit projektiertem Bundesbahnhof, Superparkhaus, Umfahrungsautobahn und Frachtgebäude", höhnte ein Vigilant. „Was ist *das angesichts einer im Verkehr* erstickenden und in der Flut von Asylanten ertrinkenden Stadt? Wer spricht davon, daß auf drei Einwohner zwei Autos, auf eine Wohnung zwei Mieter und auf drei Ehen eine Scheidung kommen? Wer weiß, daß Ausländer den Wohnungsmarkt beherrschen, die Heimat ausverkauft wird und Ideen, Wille und Geld für eine Änderung der Zustände fehlen?"

Wen wundert angesichts der Gegebenheiten der Slogan, der durch Genf hallt? „Ras le-bol" lautet er: „Der Pott ist randvoll", sinngemäß *„Jetzt reicht es".* Den „Pott voll" haben die Genfer vom ungehinderten Zustrom vor allem farbiger Asylanten, vom Dschungel auf dem Immobilienmarkt, der es mit sich bringt, daß kaum ein Mietvertrag abgeschlossen werden kann, ohne daß man es mit Arabern zu tun bekommt, die Mieten explodieren und der Anteil der alteingesessenen Genfer immer kleiner wird. Gegenwärtig ist jeder dritte Bewohner des Kantons ein Ausländer; ebenso groß ist die Zahl der zugezogenen Schweizer. Nur 28 Prozent der Einwohner sind Genfer.



Eine Postkarte für Souvenir-Jäger: Sie findet dem Vernehmen nach besonders guten Absatz, weil sie das Gipfeltreffen falsch datiert (korrekt wäre der 19./20. November)
FOTOS: SVEN SIMON/DPA

Die Probleme von Genf rühren die übrigen Eidgenossen wenig. Genf ist für die Deutschschweizer weit weg, viele hindert die Sprachbarriere an engen Kontakten, manche haben Vorurteile gegenüber den „Welschen". Und Genf stieß erst 1815 zur Eidgenossenschaft, hat mit ihr lediglich eine vier Kilometer breite Landverbindung, ist dagegen auf 102 Kilometern von Frankreich umschlossen.

Die geographischen und historischen Bedingungen sind nicht ohne Wirkung geblieben. Die Genfer sind stark nach Frankreich orientiert – bei Lektüre, Reisen, Fernsehen und Politik. Annähernd 30 000 Grenzgänger aus dem Nachbarland festigen die *Bande noch – dennoch ist Genf der* einzige Kanton der Schweiz, der den Eintritt in die Eidgenossenschaft alljährlich feiert.

Der Drang der Genfer in die übrige Schweiz ist schwächer als der Zuzug anderer Schweizer in ihre Stadt. Denn Genf bietet viele Attraktionen: *Tourismus* wird *groß* geschrieben, Uhrenindustrie und gut bezahlte Jobs bei internationalen Organisationen locken. Über 100 000 Menschen besichtigen jährlich den UNO-Palast, nach einer „Zeit"-Beschreibung eine ein Kilometer lange „Mischung aus Mausoleum, Reichsparteitag und Mailänder Hauptbahnhof".

Seit kurzem ist sogar Genfs Wald gefragt. Auf den 246 Quadratkilometern des Kantons nimmt er viel Platz ein. Amerikas und Rußlands Abrüstungsspezialisten machten ihn durch einen Spaziergang weltberühmt – ob Reagan und Gorbatschow es Nitze und Kwizinski gleichtun, ist jedoch zweifelhaft. Zu viele Schweizer Soldaten lauern mit der Waffe in der Hand auf allen Wegen, bereit, aus voller Lunge „Halte, ou je tire!" zu rufen. Wie die Agentur Reuter meldet, wurde dabei auch an Verständigungsprobleme gedacht. Damit die Deutschschweizer das französische *„Halte, ou je tire" für den Ernstfall* behalten, wurde der Merksatz „Halt, du Stier" empfohlen.

Die Empfehlung soll auf Handzetteln in Millionenauflage gedruckt werden, auf Bahnhöfen und Flugplätzen für die großen Tage bereitliegen und mit dem Wappen der Rhônestadt verschönert werden: links Reichsadler, rechts Petrusschlüssel – Erinnerungen an die Zeit Genfs im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. Darunter der lateinische Spruch „Post tenebras lux" – „Nach der Finsternis das Licht". Ein gutes Omen für Reagan und Gorbatschow?

Die „grüne Mitte" wird bei der SPD gesellschaftsfähig

Die Signale werden deutlicher: Eine wachsende Mehrheit der Grünen sieht in der SPD den natürlichen Partner für praktische Politik. Die „Irrealos" in der Partei sind auf dem Rückzug. Auch bei den Sozialdemokraten schwinden die Berührungsängste.

Von PETER PHILIPPS

Parteichef Willy Brandt, in der hessischen Wahlnacht im Frühjahr 1983 Entdecker der „Mehrheit diesseits der Union", hatte wieder einmal das richtige Gespür für das Gefühlsleben seiner Genossen. Er warf „einen Stein ins Wasser" (Brandt) und relativierte öffentlich das strikte Nein seines Kanzlerkandidaten Johannes Rau zu jedweder rotgrünen Zusammenarbeit nach der *Bundestagswahl 1987 zu dessen persönlicher Zielsetzung.* Da halfen auch alle anschließenden semantischen Bemühungen nichts.

Die Chance, aus eigener Kraft die erneute Wende in Bonn zu erzwingen, hatte schon Holger Börner kurz zuvor Rau in einem Interview so vorgerechnet: *„Er soll sich warm anziehen."* Denn solange sich in Bayern und Baden-Württemberg eine sozialdemokratische „Ansammlung von Randgruppen für eine Partei hält", sei wohl allein nichts im Bund zu machen. Hessen als neues SPD-Modell Deutschland? Auf jeden Fall ist die Gleichung leicht nachzurechnen.

Der Wille, in Bonn wieder an die Fleischtöpfe der Macht zu kommen, ist durch die Wahlerfolge in Nordrhein-Westfalen und im Saarland stark gewachsen. Die Genossen haben Blut geleckt, Gerhard Schröder soll im kommenden Sommer mit einem Erfolg in Niedersachsen zumindest für eine SPD-Mehrheit im Bundesrat sorgen. Mühsam hatte er wenige Wochen vor Brandts Interview gerade widerrufenund sich – in Solidarität mit seinem *Kanzlerkandidaten* – darauf festgelegt, es im Kampf um das Leineschloß in Hannover ebenfalls nur auf *eigene Faust zu versuchen.*

Doch während der IG-Chemie-Chef und SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe sowie andere konservative Sozialdemokraten aus Überzeugung, Johannes Rau aus strategischen Überlegungen und Hans-Jochen Vogel und Gerhard Schröder aus Solidarität jede Anwendung des hessischen Musters auf die Bundespolitik ablehnen, hat sich darunter längst ein Wandel vollzogen.

Die sozialdemokratische Basis hat jede Aufgeregtheit über die grüne Konkurrenz weitgehend abgelegt, *nachdem sich herausgestellt hat, daß* auch dort sich eine ganz normale Partei zu entwickeln begonnen hat. Die „neue Zärtlichkeit" der Grünen untereinander *war eine Schimäre, die* innerparteilichen Grabenkämpfe lassen in den SPD-Genossen manchmal fast heimelige Gefühle aufkommen. *Der Popanz ist weg, die „Sozialdemokratisierung"* der Grünen wird sichtbar.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel selbst hat kürzlich mehrfach die Meßlatte für die grüne Politik und damit auch Bündnisfähigkeit markiert: Kernfragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt hat daraufhin fast bittend ein Signal hinterhergeschickt: Die Grünen wüßten selbst am besten, daß ihre Haltung auf diesen Feldern auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten sei, wenn „konstruktive Alternativen zur CDU" realisiert werden sollen. Jede Bundesregierung, die Abrüstungs- und *Entspannungspolitik betreiben* wolle, „weiß, daß die Zugehörigkeit zur NATO und die damit verbundene ausreichende Verteidigungsfähigkeit sein muß". Die Grünen sollten doch endlich aus „Ehrlichkeit" gegenüber den Wählern und aus „staatspolitischer Verantwortung" ihre prinzipiell ablehnende Haltung gegenüber dem westlichen Bündnis revidieren.

Einladender kann man die Tür kaum noch aufstoßen. Der Partei-Nachwuchs half noch ein wenig nach: Mit der Spitze der Bundestagsfraktion der Grünen setzte sich die Juso-Führung vor wenigen Tagen an einen Tisch, um zu klären, „ob eine inhaltliche Basis für eine neue Reformpolitik in zentralen gesellschaftlichen Bereichen besteht und wie die konservative Krisenpolitik beendet werden *kann". Juso-Chef Ulf Skirke forderte* seine Partei anschließend auf, „kontinuierliche Gesprächsstrukturen aufzubauen".





Auf Kurs zueinander: SPD-Mann Karsten Voigt, Grüne Christa Nickels
FOTOS: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Die Verhältnisse in der ehemaligen *Un-Partei der Grünen haben sich in*zwischen durch die normative Kraft des real existierenden politischen Alltags so verändert, daß die Angst, bis *zur Atemlosigkeit an die breite Brust* der alten Mutter SPD gedrückt zu werden, geringer geworden ist. Und man will nun nicht nur protestieren *und Polit-Happenings veranstalten,* sondern wirklich etwas bewegen. Die deftigen Niederlagen an Rhein und Ruhr sowie der Saar verbunden mit *der Initialzündung in Hessen haben* diese Entwicklung beschleunigt.

Christa Nickels, aus Bonn wegrotierte ehemalige Fraktions-Geschäftsführerin der Grünen bekam in der vergangenen Woche die notwendige Mehrheit auf der Landes-Delegiertenkonferenz in Düsseldorf für ihren Antrag, „die in den Parlamenten gegebenen Durchsetzungschancen klug zu nutzen – bis hin zur Regierungsbeteiligung". Den Sozialdemokraten müsse „gezeigt werden, daß eine SPD der perspektivlosen Verweigerung gegenüber den Grünen ein Hindernis für den Wechsel in Bonn ist". Hier treffen sich die Wege der Roten und der Grünen.Otto Schily, wegen seiner Beschäftigung im Flick-Untersuchungsausschuß bisher noch von der Rotation verschonter Bundestagsabgeordneter der Grünen, war der erste gewesen, der in aller Klarheit ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten auch im Bund gefordert hatte. Allein die Tatsache, *daß er sich hierzu in der SPD-*Zeitung „Vorwärts" verbreitete, sorgte für die notwendige Aufmerksamkeit.

Schily alleine, der seit langem als Realist ausgewiesene Paradiesvogel unter den Grünen, setzte ein Fähnlein, das inzwischen landauf, landab zu *einem Fahnenmeer wird:* Seine bayerischen und nordrhein-westfälischen Kollegen haben die Abschaffung der Rotation beschlossen. Denn *oft genug war ihnen von der SPD* vorgehalten worden, daß man schließlich keine Absprachen mit Leuten treffen könne, die später gar nicht mehr zur Einlösung zur Verfügung stehen.

Eine „grüne Mitte", die sich zum „ökologischen Konstruktivismus" bekennt, *wird immer stärker in der* Partei und hat eine „Perspektive 87" vorgelegt. Im Zentrum steht das Bemühen, sich für ein Bündnis mit der SPD auf Bundesebene zu öffnen. Brigitte Berthold, Vorstandsmitglied der Bundespartei der Grünen, mahnte im Oktober ihre Mitstreiter, es sei „Zeit, aus der Phase der Selbstverweigerung wieder *herauszukommen".* Zwar seien die Grünen „keine Mehrheitsbeschaffer für die SPD", aber eine Koalition werde 1987 nicht an der *Person Rau scheitern, wenn sie* rechnerisch möglich sei.

Vorbei sind die Zeiten, als sich die Grünen als Anti-Partei und fröhliche Müsli-Fans genügten. Sie haben inzwischen erkannt, daß sie auf diese Weise zur reinen Generationen-Partei der Mittdreißiger verkümmern. Zum Überleben wollen immer mehr von ihnen gemeinsam mit Sozialdemokraten praktische Politik betreiben, auch wenn sie wissen, daß genau dies sie andererseits „entzaubert" und durch „Sozialdemokratisierung" wieder von der politischen Landkarte verschwinden lassen kann.

Die Aufgeregtheit, die während des unaufhaltsam scheinenden Aufstiegs der Grünen die Sozialdemokraten befallen hatte, ist inzwischen auf die Grünen übergegangen. Vor dem Hintergrund einer 120jährigen Parteigeschichte und wiedererwachten Selbstbewußtseins nimmt die SPD heute die grüe Konkurrenz ruhiger und zugleich fordernder an.

Schöfberger zufrieden: Die CSU zeigt Wirkung

Von PETER SCHMALZ

Anfangs schien es fraglich, ob Staatssekretär Edmund Stoiber klug handelte, als er den neuen bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Rudolf Schöfberger für dessen verbale Unflätigkeiten dadurch bestrafen wollte, daß er einer gemeinsamen Veranstaltung aus Protest fernzubleiben gedachte. Wohl fragte Stoiber bei CSU-Generalsekretär Gerold Tandler nach, wie er es mit dem Gemeinschaftsauftritt mit Schöfberger vor dem Lehrerverband im oberbayerischen Wolfratshausen halten solle, worauf dieser ihm zur Absage riet und sich dafür auch die einhellige Zustimmung der CSU-Landtagsfraktion holte.

Eine Gefahr für die bayerische Regierungspartei schien damit jedoch nicht gebannt: Vom Schmollwinkel aus schien sie dem Konkurrenten Terrain zu überlassen. Dieser spottete schon: „Wir Sozialdemokraten diskutieren mit den Lehrerinnen und Lehrern gerne auch mal ohne die CSU." Daraus wird nun aber nichts: Der



Lehrerverband hat die Veranstaltung kurzerhand gestrichen.

Dennoch demonstrierte Schöfberger bei Weißbier und Wurstsalat Genugtuung: Ihm war gelungen, die CSU zu reizen und damit Wirkung zu erzielen. Das freut nicht wenige in der vom Erfolg verschonten Bayern-SPD und läßt jene verstummen, denen Schöfbergers Sprachniveau peinlich ist. Im Landesvorstand rügte nur einer den Stil des neuen Landeschefs, worauf dieser versprach, manches Wort künftig nicht mehr in den Mund zu nehmen. „Das war ein Auftakt, kein Dauerton."

Sollte Schöfberger diesen Satz nicht nur als rasch wieder zu vergessende Entschuldigung, sondern als eine bindende Zusage verstehen, dann wäre er einer Versicherung, die er erst vor wenigen Tagen gegeben hatte, schon wieder untreu geworden. Denn damals hatte er angekündigt, statt wie bisher „intellektuell, feingliedrig und versponnen" zu argumentieren, werde Bayerns SPD künftig „kürzer und verständlicher" formulieren, worauf er ausdrücklich den derbsten Satz seiner Ausführungen als Beispiel anführte.

Für Franz Josef Strauß jedenfalls ist dies „die Sprache der Gosse, und da haben wir nichts verloren". Für ihn stelle sich die Frage eines gemeinsamen Auftrittes mit Schöfberger ohnehin nicht, denn „ich diskutiere nur mit ungefähr meinesgleichen".

Dennoch nimmt die CSU den verbalen Kraftmeier, der ankündigt, seinen „Unterhaltswert gnadenlos" einzusetzen, ernster als seinen Vorgänger Helmut Rothemund. So löste ein vom bayerischen SPD-Vorstand gefordertes Programm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit eine geradezu hektische Gegenerklärungsbewegung aus. „Die SPD lernt nichts dazu", ließ Bayerns Sozialminister Franz Neubauer fernschriftlich verbreiten und lag mit dieser Benotung dicht bei seinem Kollegen Anton Jaumann vom Wirtschaftsressort, der schreiben ließ: „SPD ist unbelehrbar." Als Finanzminister gab Max Streibl den Genossen Nachhilfe, indem er ihnen den Zusammenhang zwischen dem Zuwachs an Staatsschulden und dem der Arbeitslosigkeit erklärte.

Es sei eine politische Frechheit, schimpft Wirtschaftsminister Jaumann, wenn die SPD behauptet, die bayerische Regierung unternehme nichts gegen die Arbeitslosigkeit. In den letzten zehn Jahren sei die Zahl der Arbeitsplätze in Bayern um immerhin 5,2 Prozent gestiegen, während sie in SPD-regierten Ländern wie Hessen (minus 4,9) und Nordrhein-Westfalen (minus 7,8) erheblich gesunken sei. Außerdem führt Bayern den Aufschwung an, meint Jaumann. Mit einem Zuwachs des Sozialprodukts um 4,3 Prozent in der ersten Hälfte dieses Jahres sei Bayern dreimal so erfolgreich wie der Durchschnitt der übrigen Bundesländer.

Der jüngste Arbeitsmarktbericht liest sich in den Augen der bayerischen Staatsregierung ohnehin wie ein Lob der Unions-Politik. Im Vergleich, so hat das CSU-Blatt „Bayernkurier" für seine neueste Ausgabe errechnet, lastet auf den SPD-Ländern die überdurchschnittliche Arbeitslosenquote von zehn Prozent, während die CDU/CSU-Länder mit 7,6 Prozent einen ganzen Punkt unter dem Bundesschnitt liegen. Rein landespolitisch, gesteht Schöfberger dann auch ein, sei in Bayern „sehr viel schwerer anzugreifen".



Im Gelände stieß der Kanzler mit Soldaten auf das Wohl der Bundeswehr an FOTO: DPA

Eine Demonstration der Bundeswehr

DW. Bergen

Mit einer der größten Paraden aller Waffengattungen haben die Feierlichkeiten der Bundeswehr zum 30jährigen Bestehen gestern auf dem NATO-Übungsplatz Bergen-Hohne ihren Höhepunkt gefunden. Auf der Ehrentribüne hatten neben der politischen Führung der Bundesrepublik und den Militärs Beobachter aus zahlreichen Ländern und Repräsentanten aus sieben Bündnisländern Platz genommen, um der Demonstration militärischer Kampfhandlungen zu folgen. Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte im Anschluß daran die Bundeswehr als einen selbstverständlichen und für die Friedenssicherung unerläßlichen Teil der freiheitlichen Demokratie.

„Die Bundeswehr sichert die Verteidigungsfähigkeit im Bündnis und ermöglicht damit gleichzeitig eine Politik des Ausgleichs und der Verständigung auch mit unseren östlichen Nachbarn", sagte Kohl. Der Leistungsstand habe ihn und sicher auch die Gäste beeindruckt. Der Bundeskanzler, der den Soldaten dankte, wies darauf hin, sie hätten sich auch immer wieder im Katastropheneinsatz bewährt. Die Bundeswehr genieße das Vertrauen der Bevölkerung und habe bei Nachbarn und Freunden Anerkennung und Respekt gefunden. 30 Jahre Bundeswehr heiße 30 Jahre Frieden und Freiheit für unser Land, sagte der Kanzler. 30 Jahre Bundeswehr, das sei auch 30 Jahre Dienst von Staatsbürgern in Uniform. Die Bundeswehr sei eine Armee der Bürger für die Bürger.

Die Bundeswehr kann nach den Worten von Verteidigungsminister Manfred Wörner auch in Zukunft ihren Auftrag erfüllen. Wörner erklärte in Bergen-Hohne, die Bundeswehr habe ihren Auftrag in den vergangenen 30 Jahren erfolgreich ausgeführt, der Bundesrepublik Freiheit und Frieden zu erhalten. „Darauf dürfen die Soldaten der Bundeswehr stolz sein", betonte Wörner. Sie dürften und sollten sich zu diesem Auftrag in aller Öffentlichkeit bekennen. Gemeinsam mit den Soldaten der westlichen Verbündeten „sind wir angetreten, das Erbe unserer Väter zu schützen, das auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruht".

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, sagte, die Bundeswehr habe ihre Aufgabe in den vergangenen drei Jahrzehnten erfüllt. Sie sei eine Armee, die den Vergleich mit Streitkräften in Ost und West nicht zu scheuen brauche. Nach den Worten Altenburgs hat die Bundesregierung „durch wenig populäre Entscheidungen" dazu beigetragen, daß die Bundeswehr ihre Aufgaben auch in Zukunft wahrnehmen könne.

Soldaten der 1. Panzerdivision und Verbände der Luftwaffe demonstrierten vor den Kabinettsmitgliedern – unter ihnen auch Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Wirtschaftminister Martin Bangemann und Forschungsminister Heinz Riesenhuber – zunächst ein Gefechtsschießen. Weiter führte die Bundeswehr ihren Transportpanzer Fuchs, den Spähpanzer Luchs, den Schützenpanzer Marder und den Jagdpanzer Jaguar in Aktion vor. Auch die Kampfflugzeuge Tornado, Starfighter, Alphajet und Phantom sowie Panzerabwehrhubschrauber donnerten über den Platz.

Nach dem Gefechtsschießen sprach Kohl mit Soldaten. Er fragte sie nach ihrer Herkunft und ihren Plänen. Ein Oberfeldwebel überraschte den Kanzler mit einer Flasche Sekt. Kohl stieß mit ihm auf das Bundeswehr-Jubiläum an.

Warnschuß aus Bayern in Richtung Düsseldorf

Staatsregierung droht mit Ausstieg aus Kohle-Vertrag

lz. München

Die bayerische Staatsregierung droht mit einer Aufkündigung des Verstromungsvertrags deutscher Steinkohle, falls die SPD-regierten Länder die politische Behinderung der Kernenergie fortsetzen. Eine solche vor allem von Hessen und Nordrhein-Westfalen betriebene Konfrontation richte sich nicht nur gegen elementare energiepolitische Interessen Bayerns, sie würde auch den notwendigen, bisher bei aller Verschiedenheit regionaler Interessen gewährten Konsens in Grundfragen der nationalen Energiepolitik gefährden, erklärte der Ministerrat in München.

Ein Teil dieser Energiepolitik sei die Sicherung des deutschen Kohlebergbaus, die Bayern trotz erheblicher Belastungen als revierfernes Land bisher solidarisch mitgetragen habe. Wörtlich: „Solche Solidarität kann auf Dauer nicht erwartet werden, wenn andererseits die Entwicklung und Nutzung der Kernenergie von Revierländern weiterhin behindert werden." Mit Sorge betrachtet die bayerische Regierung vor allem den zunehmenden Widerstand gegen Bau und Betrieb von Anlagen des nuklearen Brennstoffkreislaufs und vermutet bei SPD und Grünen eine gemeinsame verdeckte Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie.

Diesen Weg aber kann Bayern nicht mitgehen. Die einst überdurchschnittlich hohen bayerischen Stromkosten konnten in erster Linie durch den Einsatz der Kernenergie, die heute die Hälfte des Strombedarfs deckt, deutlich gesenkt werden. Der Anteil der deutschen Steinkohle betrug im vergangenen Jahr 15 Prozent.

Der Kohlestrom kommt Bayern teuer: Nach einer von der Regierung in NRW in Auftrag gegebenen Studie ist die Kilowattstunde aus deutscher Steinkohle drei bis vier Pfennig teurer als die aus Kernenergie, Bayern muß zudem noch 30 Mark Transportkosten pro Tonne zahlen. Die Tonne Importkohle wird 100 Mark billiger angeboten. Allerdings liegen im bayerischen Wirtschaftsministerium noch keine konkreten Pläne zum Ausstieg aus dem „Jahrhundertvertrag" vor, die Stellungnahme des Kabinetts wird in München als „Warnschuß in Richtung Düsseldorf" gewertet.

Saar-Büro in Ost-Berlin?

Lafontaine bei Honecker / Hohe protokollarische Ehren

hrk. Berlin

Das Saarland will als erstes Bundesland ein eigenes Wirtschaftsbüro in Ost-Berlin eröffnen, um stärker vom innerdeutschen Handel zu profitieren. Dies wurde gestern in Ost-Berlin noch vor Beginn der offiziellen Gespräche zwischen Ministerpräsident Oskar Lafontaine und SED-Chef Erich Honecker bekannt. Bei seiner Ankunft auf dem Westberliner Flughafen Tegel hatte Lafontaine gestern morgen in einem Rias-Interview davor gewarnt, den geplanten Honecker-Besuch in der Bundesrepublik „zu zerreden".

Lafontaine genoß in Ost-Berlin ungewöhnlich hohe protokollarische Ehren. Wie vor ihm Willy Brandt bezog er eine eigene Residenz im Hohenzollernschlößchen Niederschönhausen in Pankow. Bei der Begrüßung im Staatsratsgebäude am ehemaligen Lustgarten empfing Honecker seinen saarländischen Landsmann vor dem Sitzungsraum und zog sich unmittelbar danach mit ihm zu einem Vier-Augen-Gespräch zurück.

Dafür waren dem SPD-Mann auch von maßgeblichen Regierungsvertretern in der Bundesrepublik mehrere Bitten mit auf den Weg gegeben worden. An der späteren Gesprächsrunde nahmen der saarländische Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann, SPD-Fraktionschef Reinhart Klimmt, Norbert Engels (Präsident der Arbeitskammer) und der ehemalige CDU-Wirtschaftsminister Manfred Schäfer (Girozentrale und Arbed-Kommission) teil. Auf „DDR"-Seite saß unter anderen SED-Wirtschaftsexperte Günter Mittag am Tisch.

Die Saar-Delegation will sich bemühen, höhere „DDR"-Bezüge für Arbed-Stahl und Steinkohle zu erreichen. Die Abnahmequoten der „DDR" schwankten in den vergangenen Jahren und entsprachen keineswegs dem Stand der politischen Sympathie zwischen Honecker und dem SPD-Politiker Lafontaine.

„NATO-Mitgliedschaft in Spaniens Interesse"

WELT-Interview mit Ministerpräsident Felipe Gonzalez

R. GÖRTZ/H. HOLZAMER, Madrid

„Das spanische Volk weiß, daß es dem Interesse Spaniens dient, Mitglied der NATO zu sein. Aber diese Einstellung ist ein Ergebnis der Vernunft, nicht des Herzens", erklärt Ministerpräsident Felipe Gonzalez in einem Interview mit der WELT. Seiner Meinung nach ist es nicht zu spät, die Nation über die Friedensaufgaben der NATO zu informieren, wenn es im Frühjahr zu einer Volksabstimmung kommen soll. Zu den Anti-NATO-Demonstrationen an der am Wochenende in mehreren Städten des Landes etwa 250 000 Menschen teilgenommen haben, meinte der Regierungschef, der sich persönlich vor dem Parlament und dem 30. Kongreß seiner Partei ganz entschieden für den Verbleib in der NATO einsetzte: „Kundgebungen dieser Art, die sich schließlich gegen meine Person richten, sind nicht das Problem."

Die allgemeine Zurückhaltung gegenüber der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft müsse vielmehr aus der speziellen Situation Spaniens betrachtet werde. „Ein unabhängiger deutscher Bürger empfindet es als absolut normal, daß sein Land der NATO angehört. Das gleiche gilt für einen Belgier oder Holländer. Für sie



Will unabhängig vom Ergebnis des Referendums Regierungschef bleiben: Gonzalez
FOTO: JUPP DARCHINGER

alle bildet die NATO Teil einer wiedererlangten Freiheit, einer funktionierenden Wirtschaft und einer Verteidigung gegen eine potentielle Bedrohung aus dem Osten. Die NATO dient also der Verteidigung ihrer Werte." Aber „als sich die NATO in der westlichen Welt als Bündnis konsolidierte, herrschte in Spanien eine Diktatur. Es gab weder ein Bündnis noch einen Marshall-Plan, noch eine politische oder wirtschaftliche Erholung und keine Freiheit."

Als etwas vollständig Fremdes bekräftigte die NATO damals sogar die traditionellen Vorstellungen von einer Isolierung Spaniens, „wenn auch nicht im Sinne eines Neutralismus", wie Gonzalez betonte. Im übrigen ließ das Stützpunktabkommen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten aus dem Jahre 1953 als erster Kontakt mit dem Westen nicht die Zielsetzung erkennen, nämlich die Verteidigung der Freiheit. „In Spanien konsolidierte dieses Abkommen vielmehr die Diktatur."

Sollte die Abstimmung negativ für die NATO ausfallen, müsse die Regierung „natürlich die Konsequenzen aus diesem Volksentscheid ziehen – auch gegen meine eigene Überzeugung. Ich bin Demokrat."

Die Formulierung der Fragestellung des Referendums ist noch nicht definiert. „Sie wird aber absolut klar sein, damit die Bürger ihre Meinung über das, was in Verbindung mit der Allianz gemacht werden soll, klar äußern können." Gonzalez lehnt es ab, die Volksbefragung mit seinem Verbleib an der Spitze der Regierung zu verbinden.

Zur Institutionalisierung des europäischen Dialogs mit Zentralamerika, wie sie von den europäischen Ministern am Dienstag in Brüssel beschlossen wurde, präzisierte Ministerpräsident Gonzalez 24 Stunden vorher: „Auf keinen Fall darf die Hilfe für Zentralamerika mit einer Qualifikation verbunden sein, die das sandinistische Regime isoliert." Eine solche Trennung würde vielmehr dazu beitragen, Nicaragua zu blockieren. Gonzalez, der persönlich zum Zustandekommen der Contadora-Gruppe viel beigetragen hatte, betont, daß er die Bedenken europäischer Regierungschefs hinsichtlich der demokratischen Entwicklung in diesem Raum verstehe. Die historischen Bande führten in Spanien jedoch zu einem anderen Verständnis der Mentalität Lateinamerikas. Felipe Gonzalez weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die „Demokratie im europäischen Sinne nicht mit der südamerikanischen Vorstellung – ausgenommen Costa Rica – zu vergleichen ist". Selbst der Regierungschef von El Salvador, Napoleon Duarte, habe ihm gegenüber bei seinem kürzlichen Besuch geäußert, daß es ein Irrtum wäre, Nicaragua aus einem Hilfsprogramm auszuschließen. „In einem Land, in dem Bürgerkrieg herrscht, ist auch die Demokratie in einem Ausnahmezustand." Gonzalez schlägt vor, eine „kohärente Politik" mit den Ländern dieser Region zu betreiben und keine Prioritäten zu schaffen, „da wir sonst niemals zu einem Einverständnis in Zentralamerika kommen werden."

Auf den Einwand, daß sich in Nicaragua wiederholen könne, was in Kuba zur Abhängigkeit von der Sowjetunion führte, sagt der spanische Ministerpräsident: „Man kann diese Gefahr größer oder geringer bezeichnen. Ich bin dennoch davon überzeugt, daß diese Gefahr einen Ausschluß Nicaraguas aus der europäischen Aktion in Südamerika nicht rechtfertigt."

Eine ähnliche Situation könnte an der westafrikanischen Atlantikküste drohen, wenn die von Marokko angestrebte Stabilität in der Westsahara durch eine Unterstützung der Polisario-Front in Frage gestellt würde. Wäre es nicht im Sinne der Stabilität, die vom marokkanischen König Hassan angekündigte Volksbefragung in dieser Zone zu fördern?

In seiner Antwort stellte Gonzalez zunächst einmal fest, daß Spanien keine diplomatischen Beziehungen zur Polisario unterhalte und die nichtdiplomatischen Beziehungen vor kurzem abgebrochen habe: „Ich glaube, in einer Zeit, in der die Prinzipien des internationalen Rechts auf dem Spiel stehen, sollten wir diese Prinzipien erst recht respektieren. Aber abgesehen von unserer historischen Mitverantwortung in dieser Region bin ich davon überzeugt, daß es keine Lösung für das Sahara-Problem gibt, die am direkten Dialog vorbeiführt. Die Bevölkerung der Sahara ist heute eine andere, als die vor zehn Jahren." An einem solchen Dialog aber müßten alle Länder des Maghrebs beteiligt werden, die von dem Sahara-Konflikt betroffen seien. Obwohl Spanien wegen der Kanarischen Inseln ebenfalls von der Entwicklung betroffen ist, schloß Gonzalez entschieden jede spanische Eigeninitiave im Maghreb aus. „Der Stolz der Maghreb-Staaten ließe so etwas nicht zu."

Assads Stimme findet in Amman wieder Gehör

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

„Privilegierte Beziehungen" strebe Jordanien mit Syrien an, erklärte der jordanische Ministerpräsident Rifai zum Auftakt seines mehrtägigen Besuchs in Damaskus. Auch der syrische Präsident Hafez Assad, der erst im vergangenen Oktober noch eine privilegierte Beziehung mit der Tschechoslowakei bei einem Besuch in Prag in einem „Freundschaftspakt" kodifizierte, hat seine Gründe, die Annäherung an Jordanien zu suchen. Als Schlüsselfigur dreier Konflikte – Golfkrieg, arabisch-israelischer Konflikt, Libanon-Krise – achtet er seit Jahren darauf, nicht zwischen die Fronten innerhalb der arabischen Welt zu geraten.

Dabei ist dem Diktator, den Henry Kissinger als den „bemerkenswertesten Staatsmann, den ich je getroffen habe", bezeichnete, bisher beträchtlicher Erfolg beschieden. In Libanon besitzt er seit dem Abzug der Israelis de facto ein Vetorecht gegenüber jeder Friedensinitiative. Im Golfkrieg hatte er maßgeblichen Anteil daran, daß das Regime der Mullahs im Abnutzungskrieg gegen Bagdad noch nicht in die Knie gezwungen wurde. Er konnte die Iraker empfindlich treffen, als er den irakischen Ölexport mittels der Blockade der durch Syrien führenden Pipeline schmälerte. Im arabisch-israelischen Konflikt gewann Assad gegenüber den sogenannten gemäßigten Regimen in Riad und am Golf an Prestige, weil er ohne nachzugeben das israelisch-libanesische Abkommen vom 17. Mai 1983 zu Fall brachte und trotz der deutlichen Niederlage, die die israelische Armee den syrischen Streitkräften im Sommer 1982 zufügte, seine Armee mit sowjetischer Hilfe wieder zu der bestgerüsteten im arabischen Lager aufbaute.

Allerdings ist ihm bisher die Erfüllung eines Wunsches verwehrt geblieben: PLO-Führer Arafat zu vernichten. Die Bildung einer Allianz verschiedener palästinensischer Kampfverbände konnte Arafat zwar erheblich schwächen. Die diplomatische Unterstützung, die der abgehalfterte PLO-Chef aus Amman und Kairo erhielt, konnte Assad jedoch bislang nicht unterlaufen. Arafat erscheint Assad auch deshalb als Störenfried, weil dieser König Hussein im Rahmen einer ägyptisch-jordanischen Nahost-Initiative zu einem potentiellen Partner für Friedensverhandlungen mit Israel ins Gespräch brachte. Assads Ziel ist es nun, die Kreise der israelisch-jordanischen Annäherung zu stören und gleichzeitig das palästinensich-jordanische Einvernehmen zu brechen. Das scheint ihm zu gelingen. König Hussein ist seit der Affäre „Achille Lauro" nicht mehr gut auf Arafat zu sprechen.

Dem syrischen Präsidenten geht es bei der Versöhnung mit Amman jedoch auch um ein weitergestecktes Ziel. Verhindert er die jordanische Annäherung an Israel, so kann er sich des Lobs und Zuspruchs aus Riad gewiß sein. Diesen Zuspruch braucht er, weil er sich in der Regel im wahrsten Sinn des Wortes bezahlt macht. Die syrische Wirtschaft kann ohne Finanzspritzen aus Riad nicht mehr auskommen. Kühn ist jedoch die Vermutung mancher Diplomaten in Amman, wonach die Versöhnung auch zu einer Annäherung zwischen Damaskus und Bagdad führen könne. Eine Aussöhnung mit dem tödlich verfeindeten Baath-Regime Saddam Husseins ist selbst für den kühlen Machtpolitiker Assad nur schwer vorstellbar.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ein Stückchen Rußland in Köln als Forum für ein besseres Verständnis

WALTER H. RUEB, Köln

Im Schatten des Doms, neben Banken, Gourmet-Restaurant, Nobel-Friseur, Besteckmuseum und einem Geschäft für Kirchenbedarf ist im Herzen von Köln ein „Russisches Haus" entstanden. Die 23 Millionen Mark teure „Einmaligkeit in Europa" wird heute im Beisein von Sowjet-Botschafter Semjonow, Otto Wolff von Amerongen und einem halben Tausend handverlesener Gäste eingeweiht, um künftig als „Begegnungsstätte zwischen Ost und West, zwischen Deutschen und Russen, zwischen Geschäftsleuten und Kulturinteressierten" zu dienen.

Ende Oktober haben die letzten Handwerker das Haus verlassen. Seither steht es Interessierten zur Besichtigung und Liebhabern russischer Küche zu kulinarischen Genüssen offen. Ein geschickter Schachzug: In großer Zahl streifen Besucher durch die Weite des Hauses, staunen über die völlig unsozialistische Repräsentation, über Luxus und Eleganz, Komfort und Großzügigkeit, aber auch über Funktionalität und Raffinesse in den Geschäftsräumen.

Politik bleibt draußen

Viele lassen sich im Restaurant unter Glaskuppeldach und neben Konzertflügel und Bar vom georgischen Küchenchef und vom elsässischen Restaurant-Direktor mit Borschtsch, Blinis, Kaviar und anderen Köstlichkeiten verwöhnen. In der Bar werden zwölf Sorten Wodka, Weine aus Deutschland und Frankreich und natürlich auch Kölner Bier angeboten.

In diesem Teil des Hauses werden dereinst russische Pianisten und Sänger Proben ihres Könnens geben, Dichter lesen, Bildhauer ausstellen. „Die Idee dieses Hauses bekam nach dem Amtsantritt von Gorbatschow Auftrieb", sagt der Sprecher des Russischen Hauses. Es sei nicht auszuschließen, daß in der Bibliothek auch Bücher aufgelegt würden, die in der Sowjetunion zur Zeit noch verboten seien.

Der Konferenzraum für 24 Personen ist mit Simultan-Dolmetschanlage und allen zeitgemäßen Präsentationshilfen ausgestattet. Es gibt einen mehrsprachigen Büro- und Sekretariats-Service, eine Lese-Ecke und eine Bibliothek für 10 000Bücher in deutscher und russischer Sprache. Da hängen „Prawda" und „Iswestja" neben der „WELT", Zeitschriften gibt es, und Video-Filme aus beiden Ländern sind verfügbar. Selbst Sauna, Billard und Kiosk mit einem Sortiment ausgewählter Genußmittel aus Rußland fehlen nicht.

Die neue „Gesellschaft zur Förderung des Handels und des Kulturaustausches mit der UdSSR" hat die Initiative für Bau und Einrichtung des Hauses ergriffen, das Stammkapital von 500 000 Mark aufgebracht und die Parole ausgegeben: „Das Haus soll ein Forum für ein besseres Verstehen der Bürger beider Länder sein. Die Politik bleibt vor der Tür."

Vor der Tür muß an der Komödienstraße 44 aber auch die Allgemeinheit bleiben. Zutritt haben nur Mitglieder des deutsch-sowjetischen Industrie- und Kultur-Klubs und ihre Gäste. Der Mitgliedsbeitrag wird der Exklusivität des Industrieklubs gerecht. Er beträgt jährlich 1000 Mark.

Nur Ehrenmitglieder zahlen keinen Beitrag – und damit alle Russen. Ehrenmitglieder sind nach der Satzung alle Mitarbeiter sowjetischer Dienststellen in der Bundesrepublik sowie die Angehörigen sowjetischer Staatsbetriebe, die sich häufig in unserem Land aufhalten. Möglicherweise wird auch dem Kölner OB die Ehrenmitgliedschaft verliehen, mit Sicherheit aber Journalisten, die sich um den Ost-West-Dialog verdient machen.

Das Stammkapital zur Einrichtung des „Stücks Rußland in Köln" wurde zu je einem Drittel von dem Kölner Immobilien-Kaufmann Udo J. Lammerting (36), dem Düsseldorfer Industriekaufmann Gerhard Thor (48) und dem in Düsseldorf lebenden sowjetischen Diplomkaufmann Michael Kenenger (50) aufgebracht. Der frühere Direktor einer Lebensmittel-Handelskette in Moskau und heutige Abteilungsleiter der Industrieanlagen-Gesellschaft Interpromex GmbH und seine beiden Mitgesellschafter haben zusammen mit der sowjetischen Handelsvertretung in Köln und der Botschaft der UdSSR in Bonn die Idee des „russischen Hauses" entwickelt.

Förderung des Handels

„Mit einem Handelsvolumen von jährlich 23 Milliarden Mark ist die Handelsvertretung der UdSSR in der Bundesrepublik die größte ihres Landes in der westlichen Welt. Ihr fehlte bisher ein geeigneter Ort für die Veranstaltung von Konferenzen und Tagungen, aber auch für gesellige und kulturelle Anlässe", wird die Initiative offiziell begründet, aufkommende Skepsis beredt verscheucht: „Die Beteiligung von sowjetischer Seite beschränkt sich auf ideelle Unterstützung und Förderung des Projekts. Delegationen, die aus der Sowjetunion anreisen, werden ihre Verhandlungen mit westdeutschen Partnern künftig im Russischen Haus führen ... Im Mittelpunkt der Tätigkeiten wird eine aktive Vermittlung von Geschäften zwischen Unternehmen der Bundesrepublik und geeigneten Partnern aus der Sowjetunion stehen. Dabei wird insbesondere an mittelständische Unternehmen gedacht, deren Rußland-Kontakte noch nicht so entwickelt sind wie die der exportorientierten Großindustrie."

Während des WELT-Besuchs wird Lammerting immer wieder gerufen. Einmal kündigt der russisch-orthodoxe Bischof aus Düsseldorf seine Visite an, dann gilt es, das Ergebnis der Arbeit von Fernsehtechnikern zu begutachten. „Die Parabolantenne für den Satelliten-Empfang des sowjetischen Fernsehens steht. Eben sind die ersten Bilder angekommen", freut sich Lammerting. „Wir sind zufrieden. Alles ist bereit zur Eröffnung."

In Monrovia herrscht wieder Ruhe

Putschversuch in Liberia ist gescheitert / Does Truppen jagen Rebellen in die Flucht

Von ACHIM REMDE

Der 45er-Colt, mit Schnüren gesichert, baumelt lässig im Halfter am Oberschenkel. Und das Goldgestell, das die tropfenförmigen grünen Gläser der Ray-Ban-Sonnenbrille einfaßt, kontrastiert höchst eindrucksvoll mit der schwarzen Gesichtsfarbe. Das Englisch ist amerikanisch, der breite singende Südstaaten-Akzent. Doch es ist nicht die Originalausgabe des New Yorker „Cob", der den Motor der schweren Harley-Davidson mit einem leichten Antippen des Gaspedals aufdröhnen läßt, es ist ein Polizist in Liberias Hauptstadt Monrovia. Die Lage nach dem gescheiterten Putschversuch ist ruhig, die Polizisten beherrschen wieder das Straßenbild.

„Die Liebe zur Freiheit brachte uns her", ist der Wahlspruch der ältesten Republik Afrikas, 1847 von freigelassenen amerikanischen Negersklaven gegründet. Die Nachfahren der Einwanderer aus den USA haben ihre Abstammung kultiviert. Gelegenheit dazu hatten sie reichlich. Denn sie haben Liberia über 130 Jahre lang beherrscht. Die einheimischen Negerstämme, die sie bei ihrer Ankunft vorfanden, kamen in der Republik politisch und wirtschaftlich nicht zum Zuge. In der Oligarchie stand nur Landbesitzern ein Wahlrecht zu.

Die Ameriko-Liberianer waren eine Aristokratie. Enge Beziehungen zu den USA und die Freimaurerei prägten die Zweitausgabe von „Gottes eigenem Land", die sie an Westafrikas tropisch-schwüler Küste errichteten. In diesem Teil Afrikas ist der „American Way of Life" das Nonplusultra, der amerikanische Dollar die offizielle Währung.

Am 12. April 1980 machte ein kleiner unbekannter und ungebildeter Oberfeldwebel vom einheimischen Stamme der Krahn, noch keine 30 Jahre alt, Geschichte, indem er mit einer Handvoll Kameraden in einem blutigen Staatsstreich die Macht an sich riß und der Herrschaft der „True Whig Party" der Ameriko-Liberianer ein Ende setzte. Samuel Kanyon Doe, selbsternannter Erlöser, holte die Linksintellektuellen aus dem Gefängnis und machte sich mit ihrer Hilfe daran, das Volksvermögen, das so lange in der Hand einer kleinen Elite konzentriert war, neu zu verteilen.

Doch es gab nicht viel zu verteilen und wenn Does intellektuelle Berater der traditionellen Bindung an die USA ein Ende gesetzt hätten, wäre dem Regime innerhalb kürzester Zeit wirtschaftlich die Luft ausgegangen. So blieb man auf beiden Seiten pragmatisch: Die USA erhöhten ihre Wirtschaftshilfe, die vor dem Coup acht Millionen Dollar jährlich betragen hatte, im Laufe der Zeit auf 90 Millionen jährlich und Liberia blieb ein treuer Verbündeter. Doe trennte sich nach und nach von seinen sozialistischen Weggefährten, und auch von seinen militärischen Putschkameraden. War es Einbildung, war es Wirklichkeit? Sie alle trachteten ihm nach dem Leben und wollten die Macht im Staate an sich reißen. Die Zahl der Putschversuche stieg. Die tatsächlichen oder vermeintlichen Anführer ließ Doe hinrichten, wenn sie nicht rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.

Zu ihnen gehörte auch der ungefähr gleichaltrige Thomas Quiwonkpa, der, ein Putschkamerad, rasch zum General und Oberkommandierenden der Armee avancierte. Während Doe zunehmend den dreiteiligen Nadelstreifen dem Kampfanzug vorzog und sich vom Revolutionshelden zum Staatsmann verwandelte, blieb Quiwonkpa eng mit der Armee verbunden. Zudem verstand er es, beste Beziehungen zu den USA zu unterhalten, die Does selbstherrlichem Regierungsstil nicht ohne Kritik gegenüberstanden. Es gibt keinen Zweifel, daß Doe seinen gefährlichsten Rivalen angriff, als er ihn Ende 1983 der Verschwörung bezichtigte und entmachtete. Quiwonkpa setzte sich rechtzeitig in die USA ab, wo er politisches Asyl erhielt.

Als Doe im Oktober 1985 Wahlen für die Rückkehr zur Zivilregierung abhalten ließ, verstand er es, sich mit Hilfe einer willfährigen Wahlkommission und Fälschungsaktionen beträchtlichen Ausmaßes 51 Prozent der Stimmen zu sichern. Die unterlegenen Parteien reichten Klage ein, in den USA wurde der Ruf nach Streichung der Wirtschaftshilfe laut. Wenn Liberia für einen Machtwechsel reif war, dann war die Zeit jetzt gekommen und niemand wäre geeigneter gewesen, ihn herbeizuführen als Thomas Quiwonkpa, der plötzlich wieder in Liberia war und mit einem Teil der Armee am Dienstag um vier Uhr früh Does Amtssitz angriff. Es gab mehrere Dutzend Tote. Aber der Kampf mit den Doe-treuen Truppen ging vorerst verloren und Quiwonkpa tauchte wieder unter – bis zum nächsten Putschversuch.

Messner wünscht gute Beziehungen zum Westen

DW. Warschau

Der neue polnische Ministerpräsident Zbigniew Messner, der am Dienstag seine Regierung vorgestellt hatte, bekundete in einer Grundsatzrede sein Interesse an „guten Beziehungen" zum Westen, insbesondere zu den USA und zu der Bundesrepublik Deutschland. Voraussetzung hierfür sei jedoch die „Nichteinmischung" dieser Länder in die Angelegenheiten Polens.

Messner brachte ferner die Erwartung auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche zum Ausdruck. Er hoffe, daß die Kirche ein „Verbündeter" der Behörden insbesondere im Kampf gegen den Alkoholimus werde. Messner vertrat die Meinung, daß sich die Situation im Lande „normalisiert" habe und daß auf diese Weise der Regierung „ein großer Handlungsspielraum", insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft, eröffnet werde. Der Wirtschaft gelte fortan die „Hauptsorge" der polnischen Regierung. Messner kündigte Investitionen in Technologie und Landwirtschaft an. Er versprach neue Steuer- und Kreditanreize für den Export.

Dem Kabinett Messners gehören drei neue stellvertretende Ministerpräsidenten und neun neue Minister an. Die Zahl der stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde von acht auf fünf herabgesetzt. Die neuen Vize-Regierungschefs sind die Wirtschaftsexperten Zbigniew Giertych, Wladyslaw Gwiazda und Jozef Koziol. Neuer Außenminister wurde der Historiker Marian Orzechowski. An die Spitze des Außenhandelsministeriums trat der bisherige Handelsrat an der polnischen Botschaft in Washington. Andrzej Wojcik. Als einzige Frau im Kabinett übernimmt Joanna Michalowska-Gumowska das Bildungsministerium. Abgeschafft wurden die Ämter des Gewerkschaftsministers und des Ministers für Wirtschaftsreform.

Regierungssprecher Jerzy Urban sprach auf einer Pressekonferenz von einem Rückzug der Armee aus der Politik. Im Kabinett blieben jedoch vier Generale: Innenminister Kiszczak, Bergbauminister Piotrowski, Verteidigungsminister Siwicki und der Chef des Amtes des Ministerrats Janiszewski.

Urban bestätigte weiterhin, daß die meisten der 368 politischen Gefangenen im Rahmen einer begrenzten Amnestie freigelassen werden sollten. Ausgeschlossen seien Rückfalltäter und politische Häftlinge, die bereits nach den Amnestien von 1983 und 1984 freigelassen, dann aber wieder festgenommen worden sind. Damit dürften einige der prominentesten Mitglieder der „Solidarität" nicht unter die Amnestie fallen.

Der französischen Industrie ist mit der Inbetriebnahme des ersten Brutreaktors Super Phénix ein großer technologischer Wurf gelungen. Die dazu erarbeiteten Erkenntnisse und Erfahrungen kommen vielen anderen Produkten zugute. In der Bundesrepublik streiten sich dagegen immer noch die Politiker über den Schnellen Brüter in Kalkar. Er wird, wenn überhaupt, erst in ein paar Jahren fertig.

Wie Phönix aus der Asche stieg

Von ARNO NÖLDECHEN

Die französische Industrie blickt nicht mehr neidvoll über die Grenze nach Deutschland: Sie hat mit ihrem langfristig geplanten Kernenergie-Programm im wichtigen Bereich des Anlagenbaus einen technologischen Gleichstand geschafft. Mehr als 40 Kernkraftanlagen arbeiten in Frankreich und produzieren jetzt soviel elektrische Energie, daß aus dem ehemals energiearmen Land heute der größte Stromexporteur Europas geworden ist. Fast 25 Miliarden Kilowattstunden wurden 1984 exportiert, während Frankreich bis 1980 noch Energie importieren mußte.

Wirtschaftliche Vorteile

Die Erfolge des Kernenergie-Programms ändern die Struktur und die Bedeutung der französischen Industrie auch in den kommenden Jahrzehnten nachhaltig: Billige Energie senkt die Produktionskosten, die Maschinenbau-, die Elektro- und die Bauindustrie verfügen jetzt über große Erfahrungen beim Bau und Betrieb von Atomkraftwerken, die Bevölkerung schließlich hat keine „Berührungsängste" mit der Kernenergie. Das gilt besonders für die Brutreaktoren in Marcoule und Creys-Malville.

In ihrer hochentwickelten Technik sichern sie über lange Zeit Arbeitsplätze, günstige Stromtarife sowie Exportvorteile für die damit befaßten Industriebetriebe. Für Franzosen sind alle Fragen der Kernenergie kein politisches Thema, weil sich die Kernenergie durchgesetzt und als Wirtschaftsmotor bewährt hat. Der Sicherheits-Standard ist hoch.

Der Super Phénix ist weltweit der erste Brutreaktor, der für die kommerzielle Stromerzeugung ausgelegt ist. Er leistet 1200 Megawatt und soll rund 3000 Megawatt an thermischer Energie liefern. Er wurde nach umfangreichen Studien und Untersuchungen etwa 50 km östlich von Lyon, direkt an der Rhône, wenige hundert Meter von der kleinen Ortschaft Creys-Malville, errichtet. Vom Baubeginn bis zum Kritischwerden des Reaktors vergingen zehn Jahre. Er wird noch in diesem Jahr an das französische Stromnetz angeschlossen. Seine Konstruktion ist nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden der staatlichen französischen Elektrizitätsgesellschaft, Marcel Boiteux, weitgehend standardisiert und als Anfang einer Reihe ähnlicher Brutreaktoren in Europa konzipiert.

Wegen der umfangreichen technischen Probleme, die natriumgekühlte Reaktoren Ende der sechziger Jahre darstellten, bildeten die Elektrizitätsgesellschaften Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Hollands und Belgiens schon 1971 einen Zusammenschluß, die Centrale Nucléaire Européene à neutrons rapides (NERSA). Bau und Betrieb sowie die erzeugte Energie sind nach einem festen Schlüssel verteilt. Er sichert den Betreibern im eigenen Land jeweils die Mehrheit. Von den drei Anfang der siebziger Jahre vereinbarten Schnellen Brütern hat lediglich Frankreich die Abmachungen einhalten können. Deutschland ist mit dem Pilotreaktor in Kalkar noch nicht in die Phase eingetreten, in der praktische Erfahrungen gesammelt werden können.

Frankreich hat inzwischen eine Führungsposition erlangt. Sein Phénix als Pilotanlage funktioniert seit 1973. Er wird nur vom sowjetischen Brüter BN 600 in Beloyarsk übertroffen. Dies ist ebenfalls ein Versuchsreaktor mit einer elektrischen Leistung von 600 Megawatt. In der Beherrschung großtechnischer Brüter zur Stromerzeugung liegen die Europäer weit vor ihren Konkurrenten in Amerika und Japan. Brüter werden zwar in absehbarer Zeit kaum in die Dritte Welt exportiert werden können, weil sie eine hoch entwickelte industrielle Infrastruktur erfordern. Aber speziell die französischen Firmen, die am Bau des Super Phénix beteiligt waren, registrieren ein wachsendes Interesse aus Nord- und Südamerika.

Brüter mit Feinjustierung

Mit der Brütertechnologie können die weltweit vorhandenen Uranvorkommen vernünftiger als bisher ausgenutzt werden. Außerdem wird Plutonium erbrütet, also Kernbrennstoff aus Uran 238 gebildet, das sich wiederum im Brüter als Brennstoff verwenden läßt. Die Brutrate kann je nach dem erforderlichen Plutoniumbedarf äußerst feinfühlig gesteuert werden: Unterhalb des Wertes „1" wird Plutonium „verbrannt", also vernichtet, bei Brutraten über „1" hingegen produziert. Brutreaktoren fungieren in dieser Hinsicht als „Plutonium-Waschanlagen". Entsprechend wird der Reaktor-Kern mit speziell dazu ausgelegten Brennelementen beschickt. Die verschiedenen Plutonium-Isotope, die entstehen, können alle wieder in den Brennstoffkreislauf zurückgeführt werden. Das gilt im Prinzip auch für andere radioaktive Isotope.

Der Super Phénix ist für eine Betriebsdauer von mindestens 20 Jahren ausgelegt. Sein Sicherheitsstandard mag zwar etwas geringer sein als der in der Bundesrepublik übliche. Dieser liegt nach einhelliger Ansicht von ausländischen Fachleuten aber weit über den wirklichen Erfordernissen der Technik.


Der Schnelle Brutreaktor „Super Phénix" am Ufer der Rhône in der Nähe von Lyon FOTO: DIE WELT

Auch die hierzulande immer wieder laut werdenden Ängste gegenüber Natrium als Reaktorkühlmittel fehlen in Creys-Malville. Das etwa 540° C heiße Natriummetall wird völlig von der Außenluft abgeschirmt. Beim Austausch der Brennelemente liegt eine Schutzgasatmosphäre davor, und Rohrleitungen bestehen etwa an kritischen Rohrbögen aus drei unterschiedlich dicken Schichten. Das Natrium selbst wird beim Umpumpen im primären und sekundären Kreislauf ständig von Verunreinigungen gesäubert. Gleiches gilt auch für das Schutzgas.

Die Pläne für das deutsche Gegenstück zum Super Phénix liegen heute fertig vor. Es ist der SRN-2, dessen Baubeschluß etwa für 1990 zu erwarten ist. Er soll mit 1500 Megawatt eine etwas höhere elektrische Leistung als der Super Phénix erbringen. Das Arbeitsprinzip in einem Natrium-gefüllten Reaktorgefäß wird beibehalten. Allerdings sollen acht getrennte Primär- und Sekundärkreisläufe realisiert werden, um die höhere Leistung umzusetzen.

In Den Haag ist Gewalt jetzt das Hauptthema

Mit „bürgerlichem Ungehorsam" gegen die Nachrüstung

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Amsterdam, Ed van Thijn, wurde mitten in der Nacht aus dem Bett geklingelt und mußte unverzüglich seine geräumige Amtswohnung an der prächtigen Herengracht räumen. Die restlichen Stunden jener Nacht verbrachte er notgedrungen im Rathaus. Derweil durchsuchten Sicherheitskräfte seine Wohnung und die herrschaftlichen Herrenhäuser nebenan. Ein anonymer Anrufer hatte zuvor gewarnt: Achtung Brandbomben. Die Beamten wurden fündig. Sie entdeckten zwei Sprengkörper und entschärften sie rechtzeitig. Ihr fachkundiges Urteil: Professionelle Arbeit, keine Amateure.

Einen Tag später ging tatsächlich in Amsterdam neben dem gerade eingeweihten World Trade Center ein Brandsatz hoch. Dann legte eine, sich „1. November-Kommando" nennende Gruppe, den gesamten Fahrzeugpark der öffentlichen Verkehrsbetriebe in der Käsestadt Gouda lahm und kündigte in Flugblättern neue Aktionen an.

Bisher blieben sie jedoch aus. Es ist auch noch nicht eindeutig klar, wer für die schleichende Eskalation der Gewalt in den Niederlanden tatsächlich verantwortlich ist. Sind es Teile aus der sich immer militanter gebärdenden Amsterdamer Hausbesetzer-Szene? – oder deutet der Name „1. November-Kommando" eher darauf hin, daß sich radikale Mitglieder aus dem breiten und vielfältigen Spektrum der Nachrüstungsgegner in neuen Aktionsgruppen zusammenschließen, um den am 1. November von der konservativ-liberalen Haager Regierung des Premierministers Ruud Lubbers genommenen positiven Stationierungsentscheid zu bekämpfen?

Es ist nicht zu leugnen, daß sich die politische Diskussion innerhalb der Anti-Raketenbewegung nach dem 1. November jetzt fast ausschließlich um die Gewaltfrage dreht. Der diese Debatte kennzeichnende Begriff heißt „Bürgerlicher Ungehorsam". In einer landesweiten Anzeigenkampagne haben die Stationierungsgegner nun alle Bürger des Landes aufgerufen, den Kampf gegen die amerikanischen Mittelstreckenraketen fortzusetzen, beispielsweise durch Steuerboykott, Straßensperren und vieles mehr. Daß solche Aktionen gesetzeswidrig sind, wird dabei bewußt in Kauf genommen. Mehr noch: Sie sollen es sogar sein. Selbst drei Abgeordnete der Haager Volksvertretung, darunter ein Sozialdemokrat, unterschrieben den als Anzeigentext veröffentlichten Aufruf, der inzwischen von den Kirchen scharf kritisiert wurde. Ziel dieser Protestform war es, die Stationierungsdebatte im Haager Parlament noch nachhaltig zu beeinflussen.

Den bisherigen Höhepunkt erreichte die Debatte um den „Bürgerlichen Ungehorsam" in einer Talkshow. Moderatorin Sonja Barent war es vorbehalten, selbst die Gretchenfrage zu stellen. Nachdem sie sich erst einmal rhetorisch von allen Formen der Gewalt distanziert hatte, stellte sie fest: Die Erfahrung lehre, daß nur über Gewaltaktionen wirklich etwas zu erreichen sei. Gewalt gegen Sachen? – Gewalt gegen Menschen? – eine Argumentation, die zumindest in der Bundesrepublik bestimmte Vergleiche und Erinnerungen hervorruft.

Großes Aufsehen erregte vor diesem Hintergrund jetzt eine Rede von Innenminister Rietkerk, in der er klipp und klar sagte, daß er Terroranschläge in den Niederlanden im Stil der belgischen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen" (CCC) nicht mehr ausschließen könne. Der holländische Verfassungsschutz verfüge über entsprechende Erkenntnisse. Bestätigt wurde dies umgehend von seinem belgischen Amtskollegen Nothomb. Auch ihm – so Nothomb in einem Rundfunk-Interview – lägen Informationen vor, wonach bereits Verbindungen zwischen der belgischen CCC und der niederländischen Protest-Szene, hauptsächlich in Amsterdam, existierten.

Während man in Belgien derzeit nach einer Serie von Bombenanschlägen der CCC und mit äußerster Brutalität ausgeführten Raubmorden erneut die Einführung der Todesstrafe diskutiert, drängt sich in Holland, das bisher als eines der wenigen Länder Europas – abgesehen von einer Zugentführung in den siebziger Jahren durch Molukken – keinen organisierten Terrorismus kannte die bange Frage auf: Wird das so bleiben?

NOTIZEN

Vogelmord im Watt

Marburg (Kü.) – Ein totales ganzjähriges Jadgverbot im Wattenmeer hat jetzt der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV) gefordert. Schon für 50 DM können Jäger einen sogenannten Wattenschein erwerben, mit dem Flugwild wie Gänse und Enten geschossen werden dürfen. Nachweislich würden aber, so der DBV, auch seltene und geschützte Arten wie Brachvögel, Säbelschnäbler, Bekassinen u.a. dabei getötet.

Schutz des Grünlands

Düsseldorf (dg.) – Die nordrhein-westfälische Regierung stellt im laufenden Jahr vier Millionen Mark zur Verfügung, um die Umwandlung von Grünland in Ackerland im Zuge der EG-Milchquotenregelung zu verhindern. Das Land kauft damit Milchquoten von solchen Landwirten auf, die diese zur Existenzerhaltung nicht brauchen. Diese Quoten sollen dann an Landwirte in den Feuchtwiesengebieten weitergegeben werden, damit diese überleben und naturschutzwürdige Flächen erhalten können.

Die Medizin im Futter ersetzt den Arzt im Stall

Ein neuentwickelter Impfstoff kann jetzt tödlichen Infektionskrankheiten bei neugeborenen Zuchttieren vorbeugen

Von HORST DALCHOW

Für die Entwicklung eines äußerst wirksamen Serums gegen die fast immer zum Tod führende Darminfektion neugeborener Kälber und Ferkel ist der Tiermediziner Dr. Georg Baljer von der Universität München kürzlich mit dem Förderpreis der Wilhelm-Schaumann-Stiftung ausgezeichnet worden. Den Tierhaltern allein in der Bundesrepublik war zuvor Jahr für Jahr ein Schaden von bis zu 500 Millionen Mark entstanden. An der Bewältigung dieses Problems hatten deshalb zahlreiche Forschergruppen in aller Welt seit vielen Jahren intensiv gearbeitet.

Entscheidend für den jetzt erzielten Erfolg war die Erkenntnis, daß auch neugeborene Tiere aktiv oral immunisiert werden können. Die Verabreichung inaktivierter Escherichia coli-Keime führt zu einer „Konkurrenz" mit lebenden Infektionserregern an den Darmrezeptoren. Sind diese von dem eingeimpften Antigen besetzt, wird eine Anheftung der aktiven Keime und damit die Entstehung der Darminfektion verhindert. Mit der oralen Immunisierung muß bereits am ersten Lebenstag der Tiere begonnen werden.

Die Möglichkeit des frühen Impfbeginns war das entscheidende Kriterium, zumal die Erreger inzwischen gegen Antibiotika weitgehend immun geworden sind. Überdies wird der neue Impfstoff biologisch völlig abgebaut. Neben der spezifischen Immunisierung haben die dem Futtermittel beigemischten Antigene auch zu anderen positiven Ergebnissen geführt: Die deutlich bessere Gewichtszunahme der jungen Tiere macht „Wachstumsförderer" überflüssig. Zudem wurde eine insgesamt geringere Erkrankungsrate und damit eine wesentliche Reduzierung des Arzneimittelverbrauchs erzielt.

Baljer und seine Mitarbeiter sind überzeugt, daß durch die Antigenmischungen aus Oralimpfstoffen und anderen Antigenen über die Steigerung der unspezifischen Infektabwehr hinaus ein besserer Gesundheitseffekt erreicht wird als durch die derzeit praktizierte Zumischung von Antibiotika und Wachstumsförderern. Rückstands- und Resistenzprobleme, die den Verbraucher in zunehmendem Maße irritieren, fallen weg.

Die Wirkung der oralen Immunisierung ist indes typspezifisch: Der Impfstoff gegen E. coli-Bakterien ist nur dann wirksam, wenn er das sogenannte O-Antigen des entsprechenden Feldstammes enthält. Alle bekannten 160 O-Antigene von E. coli in einen Impfstoff aufzunehmen, ist unmöglich. Baljer hat dieses Problem durch die Verwendung „stallspezifischer" Impfstoffe gelöst, die mit isolierten Keimen aus dem jeweiligen Bestand hergestellt werden. Damit kommt den staatlichen Untersuchungsämtern und Tiergesundheitsdiensten eine äußerst wichtige Aufgabe zu. Der Aufwand ist jedoch durch den Erfolg gerechtfertigt, zumal die hohe Todesrate bei neugeborenen Kälbern und Ferkeln die Existenz zahlreicher Landwirte bedroht.

Baljer sieht in dieser Entwicklung eine Folge haltungstechnischer Veränderungen und einer starken Verbreitung der Antibiotika-Resistenz. Seine Untersuchungen könnten durchaus Modellcharakter für die Humanmedizin haben: E.coli-Darminfektionen sind bei Babys und Reisenden in Entwicklungsländer sehr weit verbreitet. Nicht zuletzt deshalb befaßt sich auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit den Untersuchungen des Münchner Forschers.

Baljer will seine Untersuchungen nun auch auf andere durch Bakterien oder Viren verursachte Infektionskrankheiten im Magen- und Darmbereich ausdehnen. Sein nächstes Ziel ist eine Bekämpfungsmethode gegen die Salmonellose in der Tiermedizin. Die Erreger werden wie die E. coli-Keime den Enterobakterien zugeordnet und verursachen ebenfalls gefährliche Durchfälle.

Sie vermehren sich jedoch im Gegensatz zu den Kolibakterien nicht auf der Schleimhaut, sondern dringen bis in die regionalen Lymphknoten vor. Dennoch ist es Baljer bereits gelungen, Nutztiere durch orale Impfung auch gegen Salmonellen zu immunisieren, obwohl der Modus nicht unbedingt vom E.coli- auf das Salmonellamodell übertragen werden kann. Die Wissenschaftler sind nun davon überzeugt, daß die noch offenen Fragen bald gelöst werden können.

CSSR spricht von „Postmißbrauch"

AP, Prag

Nun hat auch die Post der Tschechoslowakei angedeutet, mit der Marke „40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher" freigemachte Sendungen nicht befördern zu wollen. Unter Hinweis auf diese deutsche Sondermarke seien Maßnahmen getroffen worden, „um den Mißbrauch postalischer Verbindungen zwischen beiden Ländern unmöglich zu machen". Zuvor hatten sich die Post Polens und der „DDR" geweigert, entsprechend frankierte Sendungen zu transportieren.

Wegen der Gefahr, daß solche Sendungen zurückgewiesen würden, rät das Bundespostministerium, die Sondermarke für Sendungen in Ostblockländer nicht zu verwenden.

Fünf Deutsche Freitag frei?

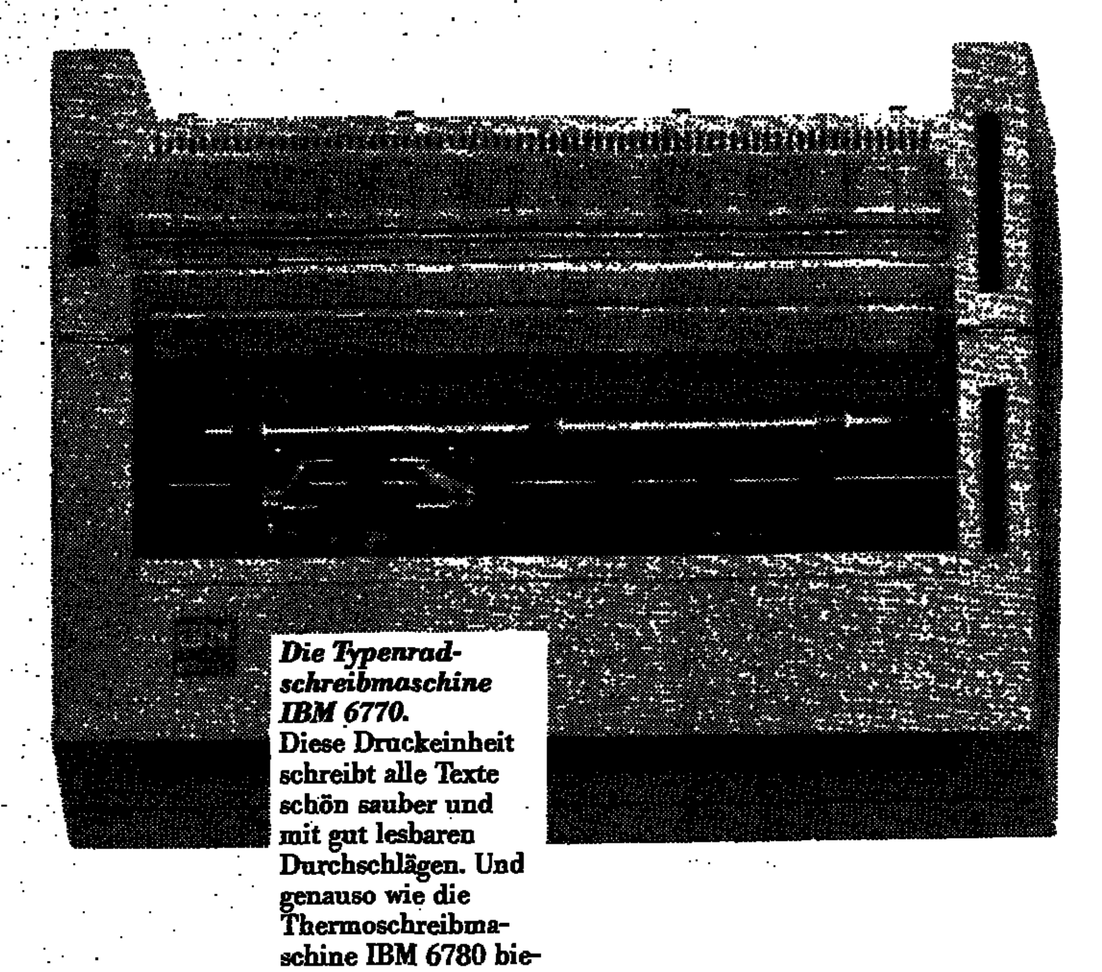
dpa, Kampala

Die fünf Deutschen, die zusammen mit weiteren 44 Passagieren eines ugandischen Verkehrsflugzeuges am Sonntag auf einem Inlandsflug entführt worden waren, befanden sich gestern noch immer im Rebellengebiet. Ihre Evakuierung verzögert sich nach Angaben des deutschen Botschafters in Kampala, Günter Held, wegen „administrativer Probleme".

Die Widerstandsarmee (NRA) hatte die Freilassung der zivilen Passagiere angeordnet. Botschafter Held hofft jetzt auf den Abtransport über das Nachbarland Ruanda bis spätestens Freitag. Bei den Deutschen handelt es sich um ein Ärztehepaar, zwei Krankenschwestern und einen Geschäftsmann.

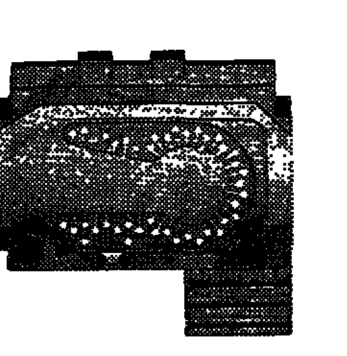
Neu, bitte aussuchen:

Jetzt gibt es zwei neue große Schreibmaschinen von IBM, die sich mühelos so ausbauen lassen, wie Sie es jeweils brauchen. Zuerst können Sie sich die Druckeinheit aussuchen: Entweder Sie schreiben mit dem Typenrad der IBM 6770 oder mit der besonders leisen Thermotechnik der IBM 6780. Als nächstes können Sie sich dann aussuchen, ob Sie lieber einen großen Speicher mit Korrekturprogramm haben wollen oder eher nur einen kleineren Speicher brauchen. Was Sie sich sonst noch alles aussuchen können, sehen Sie sich am besten selbst einmal an. Zu haben sind die beiden Neuen bei IBM Direkt, in allen IBM Läden und bei allen Vertragshändlern für IBM Schreibmaschinen. Die Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-4567.

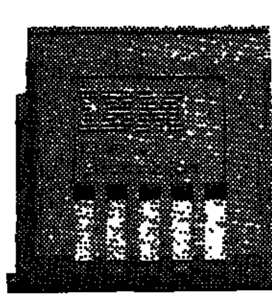


Die Typenradschreibmaschine IBM 6770. Diese Druckeinheit schreibt alle Texte schön sauber und mit gut lesbaren Durchschlägen. Und genauso wie die Thermoschreibmaschine IBM 6780 bietet sie viele automatische Funktionen, die Ihnen die tägliche Schreibarbeit leichter machen.

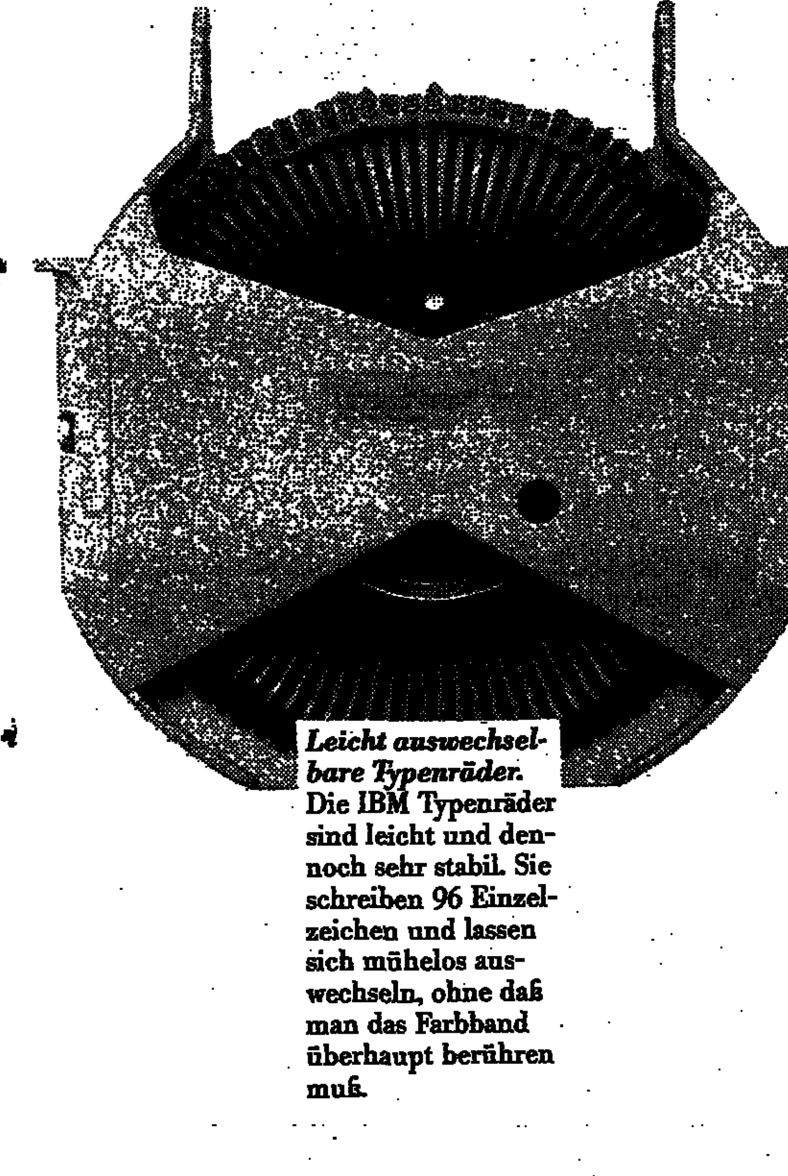
Die Thermoschreibmaschine IBM 6780. Diese Druckeinheit schreibt mit einem neuartigen Thermo-Druckelement. Es bringt alle Schriftzeichen ohne mechanischen Anschlag aufs Papier. Und das heißt vor allem, besonders leise und schnell.



Neuartige Schreibtechnologie. Das IBM Thermo-Druckelement hinterläßt auch bei Korrekturen nicht die Spur von einem Anschlag auf dem Papier. Es erwärmt falsche Schriftzeichen einfach noch mal und zieht sie wie eine Folie wieder ab.

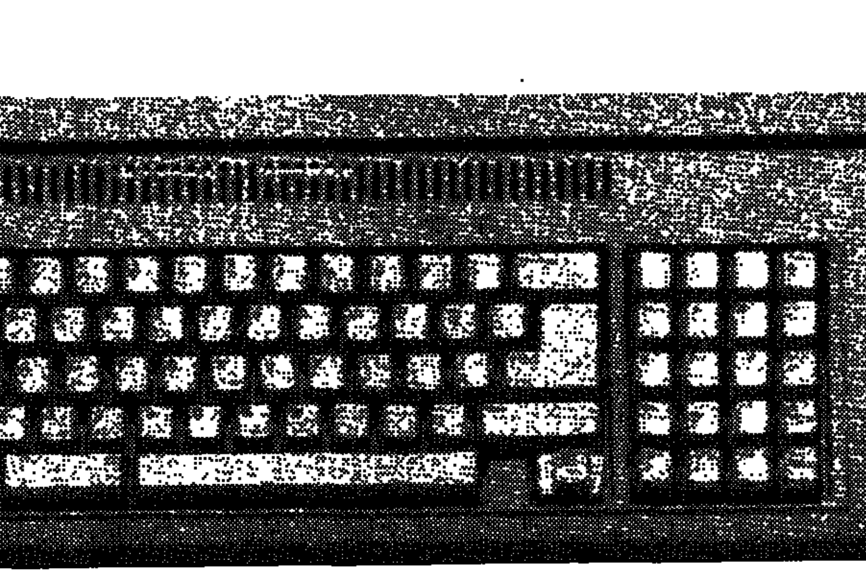


Elektronisch gespeicherte Zeichensätze. Gesteuert wird das Thermo-Druckelement von Schriftelementen, die bis zu 200 Einzelzeichen elektronisch gespeichert haben. Und weil man immer zwei Schriftelemente gleichzeitig einsetzen kann, ist der Wechsel von einer Schrift zur anderen einfach auf Knopfdruck möglich.

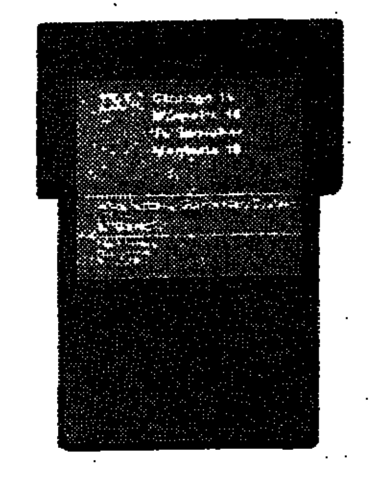


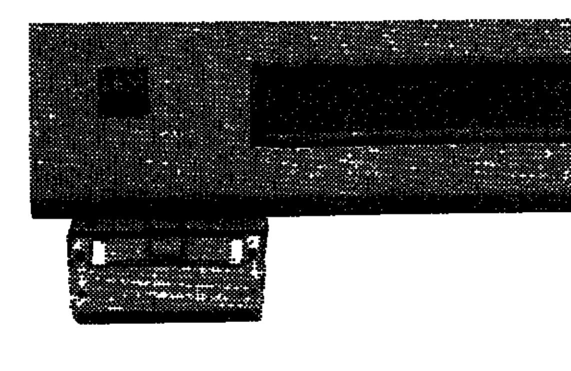
Leicht auswechselbare Typenräder. Die IBM Typenräder sind leicht und dennoch sehr stabil. Sie schreiben 96 Einzelzeichen und lassen sich mühelos auswechseln, ohne daß man das Farbband überhaupt berühren muß.





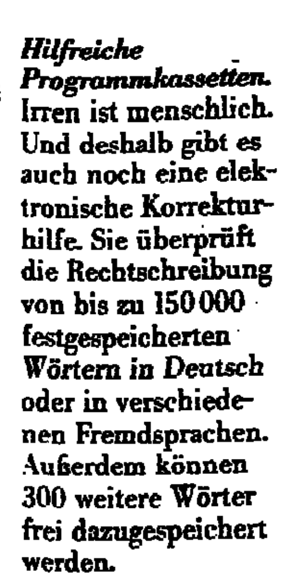
Freibewegliche Tastatur. Nur ein Kabel verbindet die Tastatur mit der Druckeinheit. Damit sind Sie nicht mehr so eng wie früher auf Ihren Arbeitsplatz festgelegt. Denn jetzt können Sie sich an Ihrem Schreibtisch bewegen, ohne immer gleich die ganze Maschine mitnehmen zu müssen.

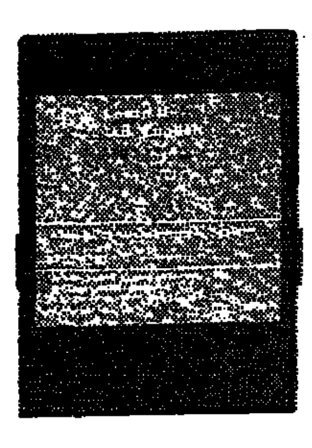




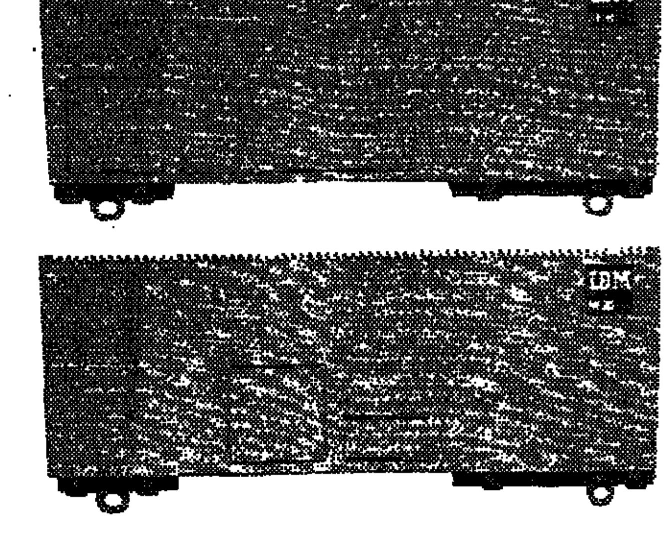
Zusätzliche Speicherkassetten. Die Speicherkassetten für das Funktionspaket 40 haben Platz für jeweils 14500 Zeichen. Damit kann man sich im Laufe der Zeit eine regelrechte Textbibliothek anlegen.

Übersichtliche Schreibanzeige. Auf der Schreibanzeige können Sie jeden Text überprüfen, bevor er überhaupt auf dem Papier steht. Die Schreibanzeige erleichtert aber nicht nur die Korrektur, sie zeigt auch alle eingegebenen Textverarbeitungsbefehle und die Hilfen für die Bedienung.





Hilfreiche Programmkassetten. Irren ist menschlich. Und deshalb gibt es auch noch eine elektronische Korrekturhilfe. Sie überprüft die Rechtschreibung von bis zu 150000 festgespeicherten Wörtern in Deutsch oder in verschiedenen Fremdsprachen. Außerdem können 300 weitere Wörter frei dazugespeichert werden.



Speicherplatz nach Wunsch. Es gibt zwei verschiedene Funktionspakete für die neuen IBM Schreibmaschinen. Das eine ist das Funktionspaket 20. Damit steht Ihnen ein Arbeitsspeicher von 11500 Zeichen zur Verfügung. Dann gibt es noch das Funktionspaket 40. Das bietet Ihnen einen Arbeitsspeicher von 26000 Zeichen. Wenn das für Sie immer noch nicht ausreicht, dann helfen einsteckbare Speicherkassetten.

1910 IBM 1985
Deutschland


Wo immer er auftrat, schlugen ihm Wogen der Sympathie entgegen: John F. Kennedy, ein weltweit geliebter US-Präsident FOTO: WOLFGANG ALBRECHT

Auch der so oft geschmähte Kreis der Politiker bringt Gestalten hervor, die in den Mittelpunkt menschlicher Sehnsüchte rücken – charismatische Persönlickeiten, die meist in Konfliktsituationen auftauchen, schnell zu Hoffnungsträgern heranreifen, unterdrückten oder vergessenen Idealen eine Stimme geben und nicht selten gerade deswegen ein gewaltsames Ende finden. Ihre Bilder prägen die Geschichte, deren Verlauf für eine Zeit mit ihren Biographien identisch ist.

Den Menschen nicht die Träume nehmen, sondern ihnen den Traum von Freiheit nahebringen


Von der Mehrheit der Polen umjubelt, von den kommunistischen Machthabern gehaßt: Lech Walesa, der Führer der 1981 verbotenen Gewerkschaft „Solidarność" FOTO: LOCHON/STUDIO X

Von RAINER NOLDEN

Wochenendstimmung im Land: Ein ganz normaler Freitag ging seinem ganz normalen Ende zu. Im ersten Fernsehprogramm sollte es, nach dem „Bericht aus Bonn", der damals noch um 20.15 Uhr unmittelbar nach der Tagesschau kam, „Chansons im Vorübergehen" geben; im zweiten Programm einen Schwank. Auch der Hörfunk hatte mit seinen Abendsendungen begonnen.

Plötzlich wurde das laufende Programm von einer Sondermeldung unterbrochen. Präsident Kennedy, so hieß es, sei während eines Besuches in der texanischen Stadt Dallas Opfer eines Attentates geworden. Der Präsident schwebe in Lebensgefahr. Sobald man Näheres wisse, wolle man sich wieder melden.

Es dauerte nicht lange, da wußte man Näheres: John F. Kennedy, der 35. Präsident der USA, war an den Folgen des Anschlags gestorben. Noch in der gleichen Nacht veranstalteten 60 000 Berliner spontan einen Fackelzug, der am Schöneberger Rathaus zu Ende ging, wo Kennedy sich bei seinem Besuch im Juni desselben Jahres in die Herzen der Bewohner geredet hatte. So endete der 22. November 1963 in der Bundesrepublik.

Die Welt sei, hieß es in vielen Medien, nun eine Spur dunkler geworden. Die Worte klingen heute eher pathetisch und abgegriffen. Aber sie spiegelten exakt die Stimmung wider, die sich weiter Teile der Öffentlichkeit seinerzeit bemächtigt hatte. Selbst unter den Elf- und Zwölfjährigen an meiner Schule wurde dieses Ereignis mit leiseren Stimmen „diskutiert" als es bei Mitgliedern dieser Altersgruppe gemeinhin üblich ist. Wir begriffen das Geschehen weniger rational als vielmehr durch die gedrückte Stimmung, die um uns herrschte.

Fast ein Vierteljahrhundert liegt der Mord von Dallas nun zurück. Aber der „Mythos Kennedy" ist, zumindest bei vielen Menschen, die eher emotional denn rational diesen Politiker sehen, ungebrochen, trotz manch dunkler Punkte, die postum die weiße Weste des optimistischen Amerikaners beflecken. Wie lebendig Kennedy im Bewußtsein seiner Landsleute geblieben ist, beweist auch die Tatsache, daß im „Mordgedenkjahr" 1983 kaum ein Abend verging, an dem nicht ein Film über die Kennedys ausgestrahlt wurde.

Ansehen als „größter Friedensbewahrer"

Welches Ansehen er in der Bundesrepublik genoß, geht aus einer Emnid-Umfrage hervor, die das Institut im November 1962 (nach der „Kuba-Krise", aber vor seinem triumphalen Deutschland-Besuch) veranstaltete. Hier wurde Kennedy „der größte Friedensbewahrer" genannt. In der Reihe der „großen" Präsidenten der USA", so ergab eine Untersuchung, die der Historiker Robert Murray kürzlich auswertete, belegt Kennedy allerdings keinen vorderen Platz. An erster Stelle der Liste wird Abraham Lincoln genannt; ihm folgt der Präsident des Amerikas der Wirtschaftskrise und des „New Deal", Franklin D. Roosevelt. Erst an 13. Stelle steht, hinter Lyndon B. Johnson und Dwight D. Eisenhower, John F. Kennedy.

Doch jedes fachlich abgesicherte Urteil wird in den Schatten gestellt von Äußerungen wie „Er war der letzte Politiker, der die Menschen zum Träumen gebracht hatte". Seine Stärke waren wohlgesetzte, an die Herzen appellierende Sätze, mit denen sich der jüngste Präsident aller Zeiten, der jemals direkt ins Washingtoner Amt gewählt wurde, bei seinen Landsleuten Gehör verschaffte. Er war ein „Politiker zum Anfassen" – lange, ehe dieses Epitheton geprägt wurde. Seine Fotos und Aussagen wurden nicht nur auf den politischen Seiten der Tageszeitungen zitiert; er gab auch genügend Stoff her für die Regenbogenpresse, unterstützt von seiner Frau und seinen Kindern, die „mediengerecht" eingesetzt wurden.

„Wir werden jeden Preis bezahlen, jede Last tragen, jede Bürde auf uns nehmen, jeden Freund unterstützen, jeden Feind bekämpfen, damit das Überleben der Freiheit sichergestellt wird." Dies versprach der junge Präsident einem hoffnungsvollen Amerika am 20. Januar 1961, dem Tag seines Amtsantritts: die Überwindung des Kalten Krieges, Aussöhnung mit der Sowjetunion, Stärkung der Demokratie in der Welt und die Lösung der Rassenfrage – ein Programm, das, wie seine Kritiker sagten, den Präsidenten schlichtweg überforderte. Hätte die Zeit zeigen können, daß er nicht in der Lage war, alle Versprechungen zu erfüllen, stünde sein Bild nicht in dem Glanz, der es heute noch umgibt.

Das Kennedy-Attentat ist der spektakulärste politische Mord aller Zeiten. Es durchkreuzte nicht nur die Pläne eines erfolgreichen, zielstrebigen Politikers auf seinem steilen Weg nach oben, sondern machte darüber hinaus die Hoffnungen einer ganzen Nation, ja großer Teile der Welt zunichte. Der unzeitgemäße Tod ist zu einem großen Teil für den „Mythos Kennedy" verantwortlich, denn Mythen wachsen in der Vorstellung, nicht in der Realität. Hinzu kommt,aß die Hintergründe dieser Tat nie eindeutig geklärt wurden.

Zur Idolisierung Kennedys über seinen Tod hinaus wirkten sich auch die Zustände in Amerika nach 1963 aus: Vietnam, Watergate, Rassenkämpfe stürzten die Nation in einen Minderwertigkeitskomplex. Und alles erschien wie eine Folge des Attentats auf „Jack", der wie keiner vor und nach ihm die Philosophie eines heilbringenden Amerika in aller Welt zu repräsentieren wußte.

WELT SERIE
Idole gestern heute

John F. Kennedy starb zu einer Zeit, als die Narben der Nachkriegszeit endgültig verschwunden waren. Aus Feinden waren Freunde geworden. Allen voran stand der Präsident, der das Amt von einem müden General übernommen hatte und der vor allem eines verkörperte: Jugend und Optimismus. Beides machte man sich zu eigen, in beides investierte die Welt. In der Idolisierung Kennedys steckt mithin auch die Trauer um den Verlust der eigenen eine wehmütige Erinnerung an den Optimismus, dem man so freudig gefolgt war.

Ebenfalls einen Aufbruch zu neuen Zeiten versprach, rund zwanzig Jahre nach Kennedys Amtsantritt, ein bis dahin unbekannter Elektriker der Danziger Lenin-Werft, zunächst seinen Arbeitskollegen, schließlich dem ganzen Land: Lech Walesa. An der Spitze der Gewerkschaft „Solidarität" hatte er das Unmögliche fertiggebracht: er bot einem totalitären Regime die Stirn und konnte einen – wenn auch zeitlich begrenzten – Sieg verbuchen. „Motor eines politischen Aufbruchs" nannte man ihn, eines Aufbruchs, der weltweite Wogen schlug.

Die polnische Bevölkerung sah in ihm einen Hoffnungsträger, dessen Ausspruch „Wir haben die Chance, ein Polen zu schaffen, von dem unsere Vorfahren bloß träumen konnten" ihm das Vertrauen und den Jubel der Massen entgegenbrachte. Als man ihm im Oktober 1983 den Friedensnobelpreis zusprach, war die Euphorie des Aufbruchs zwar schon wieder vorüber, aber Polen hatte einen neuen Volkshelden, dem auch in der westlichen Welt uneingeschränkte Bewunderung gezollt wurde. Mit 50,7 Prozent wählten ihn die Bundesbürger an die dritte Stelle auf der Liste der Menschen, die sie am meisten respektieren.

„Bewundernswert finde ich", zitiert der „Stern" den Ausspruch eines 17jährigen Schülers, „daß sich Walesa nicht unterkriegen läßt, daß er seinen Weg weitergeht, obwohl er im Gefängnis war." Das Magazin „Time" wählte ihn 1981 zum „Mann des Jahres"; der polnische Regisseur Andrzej Wajda setzte ihm mit dem „Mann aus Eisen" ein filmisches Denkmal. Bei allem Trubel, der um ihn gemacht wurde, verlor Walesa nie sein Ziel aus den Augen. „Ich wollte nie ein Held sein, und ich bin es auch nicht", hat er behauptet. Und straft seine Bescheidenheit Lügen mit einem anderem Ausspruch: Er werde, so versprach er, in der ersten Reihe auf die Panzer zumarschieren, sollten die Russen nach Polen kommen.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises wurde von den Regierungen der Warschauer-Pakt-Staaten, insbesondere in Polen, mit Kritik und Unmut aufgenommen. War schon die bloße Existenz der Gewerkschaft „Solidarität" eine Herausforderung der monopolistischen Machtstellung des Kreml; so wurde diese Herausforderung durch den Preis weltweit sanktioniert.

David hatte die Fäuste geballt

David hatte Goliath, wenn auch nicht in die Knie gezwungen, so doch zumindest gezeigt, daß er die Fäuste ballen konnte. Der „polnische Frühling" währte nur kurz, aber dafür wärmte er umso intensiver. Walesa erkämpfte seinem Volk ein Stück Freiheit, die für uns selbstverständlich und deshalb auch nur schwer nachvollziehbar ist. In der Gewerkschaftszeitung „Solidarność" (die mit einer Auflage von 500 000 Exemplaren die Parteizeitung „Polytika" um 150 000 überholte) wurden nun Meinungen mit einer Offenheit geäußert, die selbst den liberalsten Zensor in jedem anderen Ostblockland schokkiert hätten. Zum ersten Mal wurde offen von den Privilegien gesprochen, die den Kommunisten an der Partei-Spitze zustehen; an den Universitäten, in literarischen Zirkeln und Journalistenvereinen wurde tabulos diskutiert. Die Kirche konnte sonntags wieder Gottesdienste übers Radio ausstrahlen – was ihr jahrzehntelang nicht möglich gewesen war. Tausende von Schulbüchern, die die Geschichte Polens verfälscht hatten, wurden aus den Schulen verbannt – kurz, die Freiheit gewann an Terrain.

„Ich weiß nicht, ob ich wirklich ein Führer bin, aber ich kann Dinge riechen und Situationen fühlen. Und wenn die Menge still ist, dann verstehe ich, was sie da schweigend sagt. Und ich kann es mit meiner Stimme ausdrücken", sagte Walesa. Genau das brachte die Mehrheit der polnischen Bevölkerung auf seine Seite: Hier war einer der Ihren, ein Mann aus dem Volke, der „denen da oben", die in unerreichbarer Ferne residieren, die Stirn geboten hatte. Der Arbeiter aus Danzig war in den Mittelpunkt eines Kampfes gegen das kommunistische Regime gerückt, mehr noch: er war zum internationalen Symbol in einem Kampf um Freiheit und Menschenwürde geworden.

Walesas größtes Verdienst: Er hatte bewiesen, daß die Fronten im eigenen Land überwindbar waren. Daran änderte auch das Kriegsrecht im Dezember 1981 nichts. Gemessen an historischen Zeitspannen, leuchtete der Handwerker aus Danzig für Sekundenbruchteile wie ein Blitz über dem Land auf – und doch lange genug, um die Dunkelheit zu erhellen und die Konturen sichtbar zu machen, nach denen ein neues Zusammenleben ermöglicht werden kann.

SCHLUSS

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die vergessenen Genossen

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Erinnerung an die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED in der Sowjetzone möchte ich mich bedanken. Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, was die Sozialdemokraten unter Einsatz ihres Lebens damals geleistet haben. Und leider sind auch diese Sozialdemokraten von damals heute nicht mehr gefragt.

In Berlin leben zwei Zeitzeugen, die ehemaligen Zentralausschußmitglieder Fritz Neubecker und Karl J. Germer. Germer wurde in dem Bericht von Bernt Conrad einmal erwähnt, Fritz Neubecker leider gar nicht. Das ist sehr schade, denn beide und die vielen tapferen anderen Sozialdemokraten, die sich von den Sowjets und ihren deutschen Helfern nicht haben einschüchtern lassen, dürfen nicht vergessen werden.

Bernt Conrad hat auch leider vergessen, daran zu erinnern, daß tausende Sozialdemokraten nach 1945 wegen ihres Widerstandes gegen die Kommunisten teilweise zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, über 400 die Strafanstalten nicht lebend verlassen konnten. Erst in einer Art Nachlese erinnert er an die Opfer.

In der Serie ist ferner zu lesen, daß die Sozialdemokratie bis zur Spaltung der Stadt 1948 am Leben blieb. In Wirklichkeit existierten die Kreisbüros der SPD bis zum Mauerbau im August 1961. Und die Berliner Sozialdemokraten waren immer auf ihre Mitglieder im Ostsektor stolz.

Hätte es im Jahre 1946 nicht die Berliner Sozialdemokraten gegeben, dann hätten wir heute kein freies, demokratisches West-Berlin ... und ob der kommunistische Machtkampf dann die Westzonen verschont hätte, ist die große Frage.

Wenn heute sozialdemokratische Politiker nach Ost-Berlin reisen, dann sollten sie nie vergessen, daß ihre kommunistischen Gesprächspartner eine Schuld tragen, daß Sozialdemokraten nach 1945 im Machtbereich der Sowjets verfolgt, inhaftiert und zusammengeschlagen wurden. Die noch lebenden ehemaligen Widerstandskämpfer wurden bis heute von den Machthabern in Ost-Berlin nicht rehabilitiert.

Wenn ich die Berichte über Verhandlungen mit der SED lese, habe ich oft das Gefühl, daß die jungen Nachwuchs-Sozialdemokraten gar nicht wissen, was ihre Genossen damals für Opfer brachten. Oder darf man heute an diese Opfer nicht mehr erinnern? Dann stellt sich die Frage: Wie lange darf man denn noch an die Nazidiktatur und ihre Opfer erinnern? Wir Widerstandskämpfer kennen keinen Unterschied, wir verneigen uns vor den Opfern beider Diktaturen.

H.-J. Helwig-Wilson,
stellv. Bundesvorsitzender des Sozialdemokratischen Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge und Vorsitzender des AK in Berlin

*

Sehr geehrter Herr Conrad,

ich gratuliere zu Ihrer ausgezeichneten Serie über die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD im April 1946 in Berlin. Sind Sie etwa der Redaktionsvolontär von Klaus-Peter Schulz, der in dieser Darstellung erwähnt ist?

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich K. v. Pfeil,
Hamburg 52

Grundsatzfrage

„Christen und Demokratie": WELT vom 4. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Kommentar zur Synodaltagung der EKD und deren Arbeit an dem Thema „Evangelische Christen in unserer Demokratie" kritisieren Sie die Arbeit der Evangelischen Kirche an politischen Themen. Sie wünschen sich eine Kirche, die Gewissensbildung anhand der Zehn Gebote betreibt und „Ruhe und Erhebung und Trost in der Frohbotschaft" vermittelt.

Wir sollten aus der Geschichte gelernt haben, daß eine Beschränkung der Kirche auf den Bereich der Innerlichkeit und der individualistischen Moral leicht dazu führen kann, daß der sozialethische Bereich vernachlässigt und das politische Feld den „Führern" überlassen wird.

In einer Demokratie werden Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse getroffen. Das darf nicht in Frage gestellt werden und wird auch von der Evangelischen Kirche nicht in Frage gestellt, sonst müßte sie ihre eigene synodale Verfassung in Frage stellen. Aber Mehrheitsentscheidungen haben keine göttliche Würde. Auch bei noch so eindeutiger Mehrheit sind es keine Entscheidungen „ex cathedra".

Und genau da liegt doch das Problem. Die Frage nach Autorität und Grenze politischer Macht, sprich politischer Mehrheit bleibt doch bestehen: z. B. in der Frage, was mit der Minderheit geschieht, die im politischen Entscheidungsprozeß unterlegen ist, und in der Frage, wo selbst eindeutige Mehrheiten ihre Grenzen haben müssen.

Wenn die Kirche den Staat an seine Verantwortung gegenüber den Minderheiten erinnert und an die grundsätzliche Revidierbarkeit von Entscheidungen, dann behandelt sie kein „politisches Tagesthema", sondern eine Grundsatzfrage, die ihr als Anwalt für Menschlichkeit aufgetragen ist.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Thorn,
Buchloe

Wort des Tages

„Was unser Denken begreifen kann, ist kaum ein Punkt, fast gar nichts im Verhältnis zu dem, was es nicht begreifen kann."

John Locke, englischer Philosoph (1632–1704)

Was gilt nun?

„Der Onkel kam als Ehrengast in die Baracke": WELT vom 6. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bei der Veranstaltung anläßlich des 30. Jahrestages der Bundeswehr-Gründung kundtut, daß die SPD entschlossen zur Verteidigungsbereitschaft, zur NATO und zur Bundeswehr stand und auch heute noch steht, so muß man sich fragen, ob der Ex-Bundeskanzler noch weiß, was in seiner Partei vorgeht. Will er vergessen machen,

- daß die SPD in internen Rundschreiben einen Spendenaufruf zur Unterstützung der „Friedensbewegung" verfaßt hat?
- daß prominente SPD-Politiker Kasernentore blockieren?
- daß SPD-Werber Günther Grass öffentlich zur Wehrkraftzersetzung aufgerufen hat?
- daß Herr Lafontaine die Kriegsdienstverweigerung als „geradezu eine moralische Pflicht" bezeichnet hat?

Brandts „Sonntagsrede" erinnert uns nur an den Faustschen Stoßseufzer „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube".

Mit freundlichen Grüßen
Ingrid Halasz,
Vorsitzende, JU, Hammelburg

Die Worthülse

„Angst vor einer Marke" und „Post beklagt Ostblockreaktion auf Sondermarke": WELT vom 7. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herrn Peter Gillies ist für seinen Kommentar sehr zu danken.

Jemand, der uns Deutschen im Jahre 1985 „dringend" empfiehlt, die Sonderbriefmarke „40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher" nicht zu benützen für den Postverkehr mit den sozialistischen „Nationen" (Staaten), ist für ein öffentliches Amt untragbar!

Inmitten einer euphorischen Globalpropaganda mit der Worthülse „Frieden" ist es schlicht unglaubhaft, daß jemand nicht zu erkennen vermag, daß die Eingliederung von über zwölf Millionen Heimatvertriebener in ein zerstörtes Rest-Deutschland den beispiellos größten Friedensakt der Geschichte Europas darstellt.

Wenn wir Europäer nach dem Nationalsozialismus nicht gelernt haben, daß „Furcht vor dem Leid, das unendliche Leid über uns gebracht hat" (aus „Wort der Kirchenkonferenz" vom August 1945 in Treysa), dann wären wir geschichtslose Barbaren, deren politisches Handeln schon die vorchristlichen Griechen als „idiotisch" bewerteten.

Wenn man sich vor Augen führt, was die Propaganda-Abteilungen der Vertreiber-Staaten zur Rechtfertigung ihres Sozialismus den von ihnen in Irrtum und Sklaverei gehaltenen Bürgern vorgaukeln müssen, dann wird deutlich: Das Vertuschen des Zeugnisses des deutschen Friedenswillens, nämlich die Eingliederung der Heimatvertriebenen, ist ein Verbrechen an Europa!

Mit freundlichem Gruß
Klaus-Reiner Latk,
Bezirksvorstand der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU Württemberg-Hohenzollern,
Überlingen-Bonndorf

Personalien

GEBURTSTAG

Der bedeutende Kirchenhistoriker Prof. Dr. **Bernhard Stasiewski** feiert heute seinen 80. Geburtstag. Als Leiter des Instituts für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte ist Stasiewski Mitglied des Kuratoriums des Kardinal-Bertram-Stipendiums, das in Zusammenarbeit mit dem Schlesischen Priesterwerk alljährlich Arbeiten zur Erforschung der schlesischen Kirchengeschichte fördert. Außerdem gehört er zum Lehrerkollegium des Studienhauses St. Lambert für Spätberufene in Lantershofen (Kreis Ahrweiler). Von November 1962 bis Ende März 1974 lehrte Stasiewski Neuere und Neueste Kirchengeschichte und Kirchengeschichte Osteuropas an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn. Er gilt als Spezialist für die Kirchengeschichte Polens. Daneben förderte er die Erforschung der Vorgeschichte und der Geschichte des Bistums Berlin sowie die Klärung des Verhältnisses der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus. Bernhard Stasiewski, in Berlin-Rixdorf geboren, studierte Theologie und Philosophie in Breslau und München. 1929 wurde er durch Kardinal **Adolf Bertram** zum Priester geweiht. 1932 wurde er in Berlin zum Doktor der Philosophie promoviert. Von 1935 bis 1942 nahm er an der Universität Berlin einen Lehrauftrag für polnische Geschichte wahr. Von 1951 bis 1972 gehörte er in unterschiedlichen Funktionen dem Johann-Gottlieb-Herder-Forschungsrat an, der die gesamte Ost- und Mitteleuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland koordiniert.

AUSZEICHNUNGEN

Sie diente vier Chefredakteuren in 30 Jahren: Am 7. November trat **Eva Lüders**, Direktionssekretärin in der Chefredaktion des Senders Freies Berlin, in den Ruhestand. Der Berliner Kultursenator **Volker Hassemer** – er nimmt die Staatsaufsicht über den Sender wahr – ehrte die zuverlässige und engagierte Stütze eines der kleinsten ARD-Sender mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

*

Der „Deutsche Architekturpreis 1985" wurde der Architektengemeinschaft SV, **von Seidlein, Fischer, Winkler** und **Effinger** aus München zuerkannt. Sie erhält den mit 30 000 Mark dotierten Preis für die bauliche Gestaltung des Druckereigebäudes des Süddeutschen Verlages in München-Steinhausen. Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. **Oscar Schneider**, wird den Preis Mitte Dezember in München verleihen.

*

Mit dem vom Deutschen Beamtenbund (DBB) verliehenen Wissenschaftspreis 1985 sind der Pressereferent des Berliner Senators für Verkehr und Betriebe, Dr. **Eberhard Grünert** und der Privatdozent Dr. **Günther-Eduard Braun** von der Hochschule der Bundeswehr in München ausgezeichnet worden. Der DBB-Bundesvorsitzende **Alfred Krause** überreichte den mit 20 000 Mark dotierten Preis zu gleichen Teilen an Braun und Grünert für deren Arbeiten zur Übertragbarkeit betriebswirtschaftlicher Planungsmethoden auf die öffentliche Verwaltung (Braun) und eine historisch-soziologische Untersuchung der Preußischen Bau- und Finanzdirektion (Grünert).

EHRUNGEN

Wurde Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** zu seinem 70. Geburtstag mit Geschenken und Glückwünschen überhäuft, so folgt jetzt eine Serie von Ehrungen und Auszeichnungen: Wie bereits gemeldet, wurde er zum „Goldenen Schlitzohr" ernannt, vergangene Woche erhielt er die Ehrenmitgliedschaft in der CSU Schongau, die Strauß vor 40 Jahren als Mitglied Nummer zwei mitbegründete, und in dieser Woche gleich drei Termine: Gestern erhielt der Ministerpräsident die Ehrenbürgerwürde der oberbayerischen Gemeinde Rott am Inn, dem Heimatort seiner verstorbenen Frau; morgen wird ihm vom Bund der Steuerzahler der „Bayerische Sparlöwe" überreicht; tags darauf ernennt ihn der Luftsportverband Bayern im Kurzentrum von Garmisch-Partenkirchen zu seinem Ehrenmitglied.

*

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, **Lothar Späth**, hat dem in Stuttgart wirkenden Musiker und Musikwissenschaftler Dr. **Clytus Gottwald** in Würdigung seiner herausragenden Leistungen als Chorleiter und Musikwissenschaftler den Ehrentitel „Professor" verliehen. Gottwald, 1925 in Bad Salzbrunn in Schlesien geboren, studierte Musikwissenschaft, Evangelische Theologie und Volkskunde in Tübingen. 1958 wurde er als Kantor an die Paulskirche in Stuttgart berufen. Diese Tätigkeit übte er bis 1970 aus. Seit 1967 leitet Dr. Gottwald beim Süddeutschen Rundfunk die Redaktion „Neue Musik".

KIRCHE

Dem 1984 verstorbenen Domdekan und Leiter des Erzbischöflichen Seelsorgeamtes von Bamberg, Prälat Dr. **Josef Kraus**, wurde posthum auf Vorschlag des italienischen Außenministeriums vom Präsidenten der Republik Italien der Orden eines „Cavaliere Ufficiale al Merito della Republica Italiana" verliehen. Urkunde und Orden wurden im Rahmen einer kleinen Feier im Erzbischöflichen Palais vom italienischen Konsul in Nürnberg, Dr. **Nicola Di Tullio**, überreicht und von Erzbischof Dr. **Elmar Maria Kredel** für das Domkapitel entgegengenommen.

VERÄNDERUNG

Neuer Chefredakteur Fernsehen und Hauptabteilungsleiter Information des Südwestfunks (SWF) Baden-Baden wird **Reinhard Kleinmann** (52). Kleinmann tritt am 1. Januar 1986 die Nachfolge von **Hans Gresmann** an.

Der ehemalige Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister a. D. **Willy Dehnkamp**, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Dehnkamp war von 1951 bis 1965 Senator für das Bildungswesen und als Nachfolger **Wilhelm Kaisens** von 1965 bis 1967 Regierungschef in Bremen. Der gebürtige Hamburger trat mit 17 Jahren in die SPD ein. Die Nationalsozialisten verurteilten ihn 1934 wegen „Neubildung politischer Parteien" zu fast dreijähriger Haft. Ein Jahr nach Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft wurde Dehnkamp 1949 Ortsamtsleiter in Bremen-Blumenthal. Zwei Jahre später wählte ihn die Bremische Bürgerschaft in den Senat.

NATIONALELF

Nur fünf Spieler erhalten die Höchstprämie

sid, München

Auch wenn das Münchner WM-Qualifikationsspiel am Sonntag (17.00 Uhr) gegen die CSSR zum Minusgeschäft werden sollte, weil der Vorverkauf doch recht schleppend verläuft – Egidius Braun, der Schatzmeister des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) aus Aachen, muß für die Nationalmannschaft ein Weihnachtsgeld auszahlen. Auf fünf Spieler wartet die Höchstprämie von 32 000 Mark, die der DFB für die Teilnahme am Endturnier 1986 in Mexiko ausgesetzt hatte. Immer zum Einsatz kamen nur Harald Schumacher (Köln) und Mathias Herget (Uerdingen), immer zum Aufgebot und daher zur ersten Prämien-Kategorie zählten Uli Stein, Ditmar Jakobs (beide Hamburg) und Karl-Heinz Förster (Stuttgart).

Die Summe von 32 000 Mark hört sich gewaltig an, ist aber nur ein Taschengeld, wenn man sich vergegenwärtigt, daß einem Boris Becker nur für seine Anwesenheit bei den bisherigen Daviscup-Spielen gegen Spanien, die USA und die CSSR glatte 100 000 Mark Antrittsgeld garantiert wurden. Auf diese Relationen weist auch Karl-Heinz Förster hin, wenn er sagt: „Ich neide Becker und den anderen Tennisstars das Geld nicht, von mir aus können sie noch viel mehr verdienen. Nur sollte man nicht immer auf die angeblich überbezahlten Fußballspieler schimpfen. Nach Abzug der Steuern halte ich die Mexiko-Prämie nicht für zu hoch, zumal sie streng leistungsbezogen war."

3000 Mark pro Spiel und Spieler (diese Regelung ist seit Jahren stabil) waren durch den DFB festgelegt worden, und zwar mit dem unmißverständlichen Zusatz, daß bei einem Scheitern in der Qualifikation kein Pfennig gezahlt worden wäre. Da die Prämie nach streng paritätischen Gesichtspunkten aufgeteilt wird, kommt Uli Stein in den Genuß des Höchstsatzes, obwohl er keine einzige Minute zwischen den Pfosten stand. Ähnlich generös verfährt der Verband bei Steins Hamburger Teamkollegen Michael Schröder. Der saß beim 2:1-Sieg in Portugal als Reservist auf der Bank, weil mehrere Stammkräfte grippekrank ausfielen. Für diese kurzfristige Beförderung zum Nationalspieler werden dem Hamburger Abwehrspieler nun 3000 Mark überwiesen.

FUSSBALL / Mit vier Toren war Thomas Remark der Star bei Waldhofs Pokalsieg – dennoch sagt er:

„Die Mannheimer Mentalität liegt mir nicht, ich möchte niemals ein Mannheimer werden"

KLAUS BLUME, Bonn

Mit einem 5:1 (2:1)-Sieg über Hannover 96 hat der SV Waldhof das Viertelfinale des DFB-Pokals erreicht. Hannovers Trainer Werner Biskup: „Ich könnte jetzt makaber werden und sagen, es läuft immer besser für uns. Das letzte Mal haben wir 1:6 verloren, heute nur noch 1:5 und nächstes Mal geht es bestimmt 1:4 aus." Darauf aufmerksam gemacht, daß auch das Bundesliga-Spiel gegen Waldhof mit 1:5 verloren wurde, meinte Biskup: „Mein Gott, ich bin auch schon bescheuert." Star des Spiels war Thomas Remark (26), der für Waldhof vier Tore erzielte. Remark, früher bei Hertha BSC Berlin erfolgreich, hat es bisher in der Bundesliga auf zwölf und im Pokal auf sechs Tore gebracht. Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Eigentlich müßten Ihnen die Mannheimer nun ein Denkmal setzen. Nach 32 Jahren wieder im Pokal-Viertelfinale – und das immerhin durch vier Remark-Tore ...

Remark: Beim SV Waldhof glaubt jetzt sicher so mancher, ich hätte alles vergessen. Ich hätte vergessen, was alles vorher war. So ist es aber nicht. Und selbst wenn: Die Mannheimer Mentalität liegt mir einfach nicht. Ich möchte nie ein Mannheimer werden.

WELT: Warum sind Sie denn in der Stunde des Erfolges so bitter?

Remark: Als mich die Mannheimer sieben Monate lang an die Stuttgarter Kickers ausgeliehen haben, war ich eine Null, ein Niemand. Noch im letzten Juni, bevor ich am 1. Juli nach Waldhof zurückkam, hat sich doch kein Mensch um mich gekümmert. Nur meine Frau hat mich aufgebaut, wer denn sonst?

WELT: Auch nicht Klaus Schlappner, Waldhofs Trainer?

Remark: Zugegeben, jetzt kommt er öfters mal auf mich zu, weil es etwas zu besprechen gibt. Aber schließlich mache ich ja auch die Tore.

WELT: Es bleibt also ein distanziertes Verhältnis?

Remark: Schlappner hat wohl nie etwas gegen den Menschen Remark gehabt, eher etwas dagegen, wie der Mensch Remark manchmal Fußball gespielt hat. Das andere: Er braucht mich ja wirklich nicht zu lieben. Aber ich habe lange gebraucht, um das zu kapieren.

WELT: In Mannheim glaubt man vielleicht, solche Verhaltensweisen seien besonders profihaft ...

Remark: Es gibt sogar Leute im Verein, die meinen allen Ernstes, es sei ganz besonders profihaft, wenn sie jetzt mit mir über neue Verträge reden würden, weil ich mich gerade so über meine Tore freue. Aber ob der SV Waldhof zur Zeit einen Vertrag mit mir verlängern will, ist mir doch völlig egal. Nur, weil es jetzt gut läuft, unterschreibe ich noch lange nicht. Und wenn es mal soweit ist, werde ich auch nicht das erstbeste Angebot von Mannheim annehmen. Nachdem was alles passiert ist, kann mir das keiner verübeln. So viel zu diesem Thema.

WELT: Zu einem anderen Thema: Wohin sollten Sie denn verkauft werden?

Remark: Nach Saloniki in Griechenland.

WELT: Und warum wurde nichts draus?

Remark: Weil Waldhof 1 Million Mark Ablösesumme haben wollte. Man muß sich das mal vorstellen: Noch vor etwa einem halben Jahr hätten die mich für nur 200 000 Mark Ablösesumme an die Stuttgarter Kickers verkauft. Jetzt bin ich auf einmal 800 000 Mark teurer geworden. Das heißt, jedes meiner Tore wollen sich die Mannheimer mit rund 100 000 Mark Ablöse bezahlen lassen.

WELT: Was haben die Griechen dazu gesagt?

Remark: Die haben 500 000 Mark geboten, also spiele ich immer noch bei Waldhof.

WELT: Wollen Sie denn weg?

Remark: Ich will noch acht Tore bis zum Saisonende schießen. Dann würde meine Ablösesumme, realistisch gesehen, zwischen 700 000 und 800 000 Mark liegen, und danach müßte sich mein neues Gehalt richten. Wenn man mich aber für die neue Ablösesumme nicht losbekommen sollte, muß mir Waldhof ein gleichwertiges Angebot unterbreiten. Aber ich kann mir nicht vorstellen, das niemand anderes einen Spieler haben will, der dann 20 Bundesliga-Tore geschossen hat.

TENNIS / Kartenboom für Daviscup ohne Ende

Selbst Luis Trenker (92) will Boris Becker sehen

sid, München

Die unzähligen Postkarten, an manchen Tagen bis zu 8000 Stück, wandern in neun riesengroße Kisten. Sechs Mann sind damit beschäftigt, die Bestellungen zu sortieren. Schließlich soll jede Karte auch in die richtige Lostrommel geraten, bevor am Dienstag mit der Auslosung der Eintrittskarten für das Daviscup-Finale vom 20. bis 22. Dezember begonnen wird.

Ehe die Lösung mit der Auslosung gefunden war, stand bei den Mitarbeitern der Münchner Olympiapark Gesellschaft das Telefon nicht mehr still. „Wir hatten alle so viele Freunde wie nie zuvor. Selbst Schulkameraden, von denen man Jahre nichts mehr hörte, haben sich plötzlich wieder gemeldet", berichtete Wilfried Spronk, Pressechef des Olympiaparks.

Bis jetzt waren bei der Olympiapark GmbH schon mehr als 40 000 Postkarten eingetroffen. Damit liegen fünf Wochen vor dem Endspiel schon mehr als 80 000 Bestellungen für die zur Verlosung freigegebenen 13 000 Tickets vor. In jeweils drei Preisklassen werden für die drei Veranstaltungsabschnitte 4300 Eintrittskarten verlost. Einsendeschluß ist Freitag. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat acht Karten beantragt. Selbst der 92 Jahre alte Bergsteiger Luis Trenker will den dann 18 Jahre alten Boris Becker sehen.

Die Verlosung wurde von Montag auf Dienstag verschoben. „Damit wollen wir gewährleisten, daß auch wirklich alle Postkarten, die am Freitag abgeschickt worden sind, bei der Verlosung dabei sind", erklärte Wilfried Spronk.

EISHOCKEY / Renaissance der Düsseldorfer EG

Derzeit ein Andrang wie zuletzt im Meisterjahr 1975

sid, Düsseldorf

Einige Unentwegte harrten trotz klirrender Kälte am Düsseldorfer Rathaus bei Altbier und Glühwein aus, um den Start in die kommende Karnevalssession mitzuerleben, wenige Kilometer entfernt stand man sich an den Vorverkaufsstellen der Düsseldorfer EG die Füße platt. Eishockey ist in Düsseldorf derzeit Thema Nummer eins, und die alten Zeiten scheinen aufzuleben.

„Wir hätten das nicht mehr für möglich gehalten. Es herrscht derzeit ein Boom wie zuletzt im Meisterjahr 1975. Die Leute rennen uns die Bude ein", gibt DEG-Organisationschef Hans Sültenfuß die Stimmung in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt wieder. Bereits am Montag waren die letzten der 10 500 Karten für den Schlager gegen den deutschen Meister Sportbund Rosenheim vergriffen, gestern waren auch die Tickets für das rheinische Duell mit dem Kölner EC (am 8. Dezember) schon ausverkauft.

Zwar hatten sich die Düsseldorfer am 16. Spieltag beim Aufsteiger in Bayreuth sicherlich mehr als ein 4:4 ausgerechnet, doch nach nunmehr sechs Spielen ohne Niederlage erklomm die Mannschaft des Eishokkey-Idols Otto Schneitberger schon den dritten Platz und hält Sichtkontakt zu den Meisterschafts-Favoriten Kölner EC und Rosenheim.

Daß der Titelverteidiger Rosenheim nach einigen vereins-internen Querelen zu Saisonbeginn sich nun in guter Verfassung präsentiert, zeigte der am Ende souverän herausgespielte 4:2-Sieg beim Geheimfavoriten ECD Iserlohn.

SPORT-NACHRICHTEN

Lindbergh aufgegeben

Stratford (dpa) – Der schwedische Eishockey-Torwart Pelle Lindbergh, der nach einem Verkehrsunfall für gehirntot erklärt worden war, wird nach einer Entscheidung seiner Familie von der Beatmungsmaschine getrennt, die seinen Körper noch am Leben hält. Zuvor werden ihm mehrere Organe für Transplantationen entnommen.

Kelly bester Rad-Profi

Paris (sid) – Der Ire Sean Kelly gewann die „Super Prestige"-Wertung als bester Profi-Radfahrer der Saison mit 309 Punkten vor dem Australier Phil Anderson (288), dem Amerikaner Greg Lemond (208) und dem französischen Tour-de-France-Sieger Bernard Hinault (185). In der Damen-Wertung belegte Sandra Schumacher (Stuttgart) Platz vier.

Sieg für Freuler/Pijnen

München (sid) – Urs Freuler (Schweiz) und sein holländischer Partner René Pijnen gewannen das 22. Münchner Sechstagerennen mit 472 Punkten. Als bestes deutsches Duo kamen Dietrich Thurau (Frankfurt) und Jupp Kristen (Köln) auf den vierten Platz.

Tennis: Aus beim Weltcup

Kobe (dpa) – Beim Tennis-Jugend-Weltcup in Kobe (Japan) schieden die deutschen Jungen und Mädchen in der ersten Runde aus. Die Jungen verloren gegen die an Nummer eins gesetzten Argentinier mit 0:2. Die an Nummer vier gesetzten deutschen Mädchen unterlagen Großbritannien mit 1:2.

Schach: WM-Revanche

Hamburg (dpa) – Der Welt-Schachverband (FIDE) plant die Weltmeisterschaftsrevanche zwischen dem neuen Titelträger Garri Kasparow und seinem Vorgänger Anatoli Karpow (beide UdSSR) für die Zeit zwischen dem 10. Februar und 21. April 1986. Austragungsorte können sich bis zum 16. Dezember bei der FIDE bewerben.

ZAHLEN

FUSSBALL

EM-Qualifikationsspiel „U18" in Flensburg: Deutschland – Dänemark 3:1 (1:1). Deutschland damit für die EM-Endrunde qualifiziert.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in London. Herren, 1. Runde: Pate (USA) – Maurer (Deutschland) 7:6, 6:4.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, Nachholspiel v. 9. Spieltag: SSV Hagen – TSV Hagen 105:73. – Tabellenspitze: 1. SSV Hagen 907:753/20:2, 2. Leverkusen 868:677/16:4, 3. Bayreuth 894:738/16:6.

EISHOCKEY

Bundesliga: Iserlohn – Rosenheim 2:4, Landshut – Mannheim 3:1, Köln – Schwenningen 7:1, Rießersee – Kaufbeuren 9:4, Bayreuth – Düsseldorf 4:4. – Tabellenspitze: 1. Köln 81:44/24:8, 2. Rosenheim 70:42/22:10, 3. Düsseldorf 87:62/20:12, 4. Iserlohn 78:57/20:12.

STAND ● PUNKT / *Neue Lage*

Die Zacken der Fieberkurve spielen verrückt! Neuer Zuschauerrekord bei dem 22. Sechstagerennen – Waschkörbe voller Kartenwünsche für das Daviscup-Finale Deutschland gegen Schweden – dazwischen aber am kommenden Sonntag fast leere oder zumindest halbleere Ränge beim Fußball-Länderspiel Deutschland–CSSR. Ort all dieses Geschehens ist das Münchner Olympiagelände.

Die Zeit ist gar nicht so lange her, da hätte die Situation genau umgekehrt ausgesehen. Doch die Lage änderte sich. Und wieso? Die Antwort ist leicht: Das Füllen von Zuschauertribünen und die gezeigten Leistungen sind wie ungleiche Zwillinge. Die eine Seite dieser Gleichung verhält sich umgekehrt wie die andere.

Auch im Sport ist das nicht anders. Stolz konnte Hallenchef Werner Göhner beim Münchner Sechstagerennen angesichts des neuen Zuschauerrekordes auf die einwandfreien Leistungen der Akteure bei den Rennen der Vorjahre hinweisen. Auch der äußere Rahmen stimmte bei diesem Geschäft zwischen Sport und Vergnügen.

So könnte man jetzt in München die Plätze tauschen: Dem Fußballspiel genügten sicherlich fast schon die 12 000 Plätze in der Halle. Boris Becker aber würde auch die fast zehnfache Menge im Stadion füllen. Verkehrte Welten – Ort des Geschehens: München.

D. S.

Kurt Christian Zinkann

*22. 8. 1904 †12. 11. 1985

Sein Leben war erfüllt von liebender Fürsorge und Hochherzigkeit. Es war reich an Arbeit und Verantwortung und voller Hingabe an die Musik.

Wir nehmen Abschied in Liebe, Dankbarkeit und Verehrung.

Peter Christian Zinkann und
Karin Elisabeth geb. Rohe
Susanne Brand geb. Zinkann **und**
Hans Joachim Brand
und die Enkel

Mit uns trauern die Geschwister:
Reinhard Ferdinand Timken-Zinkann
Hilde Hector, geb. Zinkann
Lieselotte Pahl als Betreuerin

Gütersloh, Thesingsallee 11a
Hannover, Zeppelinstr. 3

Die Trauerfeier findet am 16. 11. um 11.00 Uhr in der Lukaskirche Gütersloh, Diekstraße/Ecke Westring, statt, anschließend ist die Beisetzung im engsten Familien- und Freundeskreis. Es ist der Wunsch des Verstorbenen, daß von Beileidsbezeugungen am Grabe abgesehen und anstelle von Kränzen das Westfälische Kinderdorf Lipperland (Spendenkonto 163 949 bei der Städtischen Sparkasse Barntrup, BLZ 482 512 50) bedacht wird, das ihm besonders am Herzen lag.

Am 12. 11. 1985 verstarb im zweiundachtzigsten Lebensjahr

Kurt Christian Zinkann

Seniorchef und Mitinhaber der Miele & Cie., Gütersloh
Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland
Ehrensenator der Technischen Hochschule Darmstadt
Träger des Ehrenringes der Stadt Gütersloh
Ehrenvorsitzender des Unternehmerverbandes für den Kreis Gütersloh
Ehrenvorsitzender des Musikvereins Gütersloh
Ehrenmitglied der Internationalen Stiftung Mozarteum in Salzburg
Träger des Ehrenringes der Stadt Salzburg
sowie Träger anderer Ehrungen und Auszeichnungen

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Seniorchef, der über vier Jahrzehnte hinweg die Geschicke des Unternehmens mit leitete und prägte. Unser Haus wäre in seiner heutigen Bedeutung ohne ihn nicht denkbar.

Der Verstorbene war ein vornehmer und liebenswürdiger Mann mit viel Würde und einer großen Sensibilität für das, was gerecht und ehrenhaft ist. Er hatte ein ausgeprägtes Gefühl für die Bedürfnisse, Erwartungen und Probleme seiner Mitarbeiter. Wir alle werden ihn sehr vermissen.

Gesellschafter, Geschäftsleitung, Betriebsrat und Belegschaft der

Miele & Cie.

Im Fall BND: Erklärung zu „Katz und Maus"

● Fortsetzung von Seite 1

tes, Staatssekretär Manfred Schüler, hat diese Operation gedeckt. Schüler sagte vor der Parlamentarischen Kontrollkommission des Bundestages, Kanzler Helmut Schmidt (SPD) habe er darüber nichts gesagt. Jedenfalls steht eindeutig fest, daß die jetzige Bundesregierung damit nichts zu tun hat und die Regierung Schmidt es unterlassen hat, das Parlament zu informieren. Die Ausgaben für die Operation „Katz und Maus" wurde lediglich mit dem Haushaltsbericht 1980 des BND dem Bundesrechnungshof zugeleitet und dort „registriert".

Der Vertrag endete am 31. August 1980. Aber unabhängig davon setzte der BND seine Zusammenarbeit mit Mauss fort, und zwar bis zum Jahresende 1980. Für den Bundesnachrichtendienst schloß diese Operation mit einem finanziellen Saldo von 442 671,73 Mark. Ein Diskussionspunkt auch in der Parlamentarischen Kontrollkommission war gestern, ob die Mittel über 60 000 Mark, die von der Dresdner Bank zur Verfügung gestellt worden sind, den Weg über eine „Staatsbürgerliche Vereinigung" genommen haben. Das Bundeskanzleramt, das in dieser Sache recherchiert, hat dafür zunächst keine Belege gefunden. Aber ausgeräumt ist dieser Punkt nicht.

Aus den Akten ergibt sich, daß der Auftraggeber für Mauss eindeutig der Bundesnachrichtendienst gewesen ist, es also keine Einflußversuche der fünf Unternehmen gegeben hat. Der Wirtschaft gegenüber habe auch keine „Berichtspflicht" bestanden.

Kinkel, dem die Angelegenheit heute peinlich ist, hat sich, wie er sagte, „in mehreren Gesprächen" mit Staatssekretär Schüler abgesichert. Schüler war damals Koordinator der Geheimdienste, und er verfügt über die Fach- und Dienstaufsicht über den Bundesnachrichtendienst.

In Unterlagen ist die Rede davon, die Wirtschaft habe mit ihrem Beitrag „kostendeckende Zahlungen" geleistet. Tatsächlich war es so, daß Mauss seine Bereitschaft, für den BND ein Jahr lang zu arbeiten, an die Bedingung geknüpft hatte, daß er sich dadurch finanziell nicht schlechter stelle. Er hatte von der Wirtschaft eine jährliche Garantiesumme von mindestens 400 000 Mark erhalten, und diese wollte er weiter beziehen.

Öffentliche Demontage Breschnews hat begonnen

Kritik am Verhalten vieler Funktionäre in den 70er Jahren

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat jetzt mit der öffentlichen Demontage des Ansehens des früheren Staatschefs Breschnew begonnen. In den Reden führender Mitglieder der Gorbatschow-Gruppe und in Artikeln der Moskauer Parteipresse werden die Führungsmethoden Breschnews sowie die gesamte sowjetische Innenpolitik der siebziger und frühen achtziger Jahre einer ätzenden Kritik unterworfen.

Einstweilen werden noch keine Namen genannt – aber jedem Sowjetbürger ist klar, wer gemeint ist, wenn sich die „Prawda" unter der Überschrift „Gegen Schmeichelei und Liebedienerei" nicht nur vom „Personenkult" unter Stalin und dem „Subjektivismus" unter Chruschtschow distanziert, sondern auch erklärt: „Erinnern wir uns an näherliegende Zeiten, als unhaltbare Lobhudeleien an die Adresse einiger Führer so große Verbreitung fanden."

Die „Prawda" fährt fort: „In der jetzigen Periode hat sich die Lage grundlegend zum Besseren geändert" (mit anderen Worten: Gorbatschows positiver Einfluß macht sich bemerkbar). Weiter zitiert die „Prawda" aus einem Leserbrief, in dem es – wiederum im Blick auf das Verhalten führender Sowjetfunktionäre während der Breschnew-Ära – heißt: „Unsere Revolution hat längst die zahlreichen Titel abgeschafft – alle diese ‚Majestäten', ‚Hoheiten', ‚Exzellenzen' und ‚Eure Hochwohlgeboren' ..., aber wie bitter und beschämend war es zu hören, wenn vor hohen Partei- oder Sowjetführern (Breschnew? – Anm. d. Red.) sklavisch schmeichlerische Worte breitgewalzt wurden und er (der Parteiführer) sie als selbstverständlich entgegennahm."

„Örtliches Führertum"

In einigen Leserbriefen an die Redaktion, so stellt die sowjetische Parteizeitung fest, sei sogar von „örtlichem Führertum" die Rede. „Das ist", so wird erläutert, „der Fall, wenn der Führer des Bezirks oder Gebiets sich nicht durch Taten, sondern durch die Entgegennahme von Schmeicheleien und Katzbuckeleien auszeichnet."

Auf der Feier zum 68. Jahrestag der Oktober-Revolution hat KGB-Chef Tschebrikow die Neigung der Funktionäre zu „Rückversicherung" und zur „Augenauswischerei", ferner ihre Furcht vor „kühnen Entscheidungen" für die innen- und wirtschaftspolitische Misere der Sowjetunion verantwortlich gemacht. Aber bereits einen Monat zuvor rechnete der Chef-Ideologe Gorbatschows, ZK-Sekretär Ligatschow, in Tscheljabinsk mit den Jahren der Breschnew-Herrschaft ab. Ligatschow erklärte:

Gorbatschow räumt auf

„In der zweiten Hälfte der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre hatten sich die extensiven Faktoren der Entwicklung (der sowjetischen Wirtschaft) im wesentlichen erschöpft. In der Wirtschaft zeigten sich damals ungünstige Tendenzen. Das Vertrauen in die Kader ging häufig nicht mit gleichzeitigen hohen Anforderungen ihnen gegenüber einher."

Anders gesagt: Breschnew ließ die Zügel schleifen, obwohl er sah, wohin das alles führen mußte. Er scheute sich, von den „Kadern" – den Funktionären – wirklich etwas zu verlangen. Gorbatschow ist da aus anderem Holz geschnitzt. Wenige Tage, nachdem er mit dem neuen Parteichef zusammengetroffen war, starb plötzlich der Leiter des „Getreide-Forschungsinstituts" in Tselinograd, Kasachstan, Alexander Barajew. Waren die Aufregungen, die der „neue Besen" aus dem Kreml ihm zugemutet hatte, zuviel für den Leiter der sowjetischen Getreidewissenschaften? Auch andere, noch wesentlich höhere Sowjetführer haben jetzt Grund, sich aufzuregen. In der Moskauer Wirtschaftszeitung „Sozialistische Industrie" erschien ein Artikel über einen notorischen Säufer, der zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde; sein Vermögen wurde beschlagnahmt.

Der Säufer hieß – welch ein Zufall – „W. Grischin", ist also ein Namensvetter des bisher einflußreichen Moskauer Parteichefs und Politbüromitglieds. Da ist vom „schlauen Grischin" die Rede, der „früher nicht schlecht gearbeitet habe" – dann aber „dem Spiritus zum Opfer gefallen sei". „Eine erbarmungslose Ernüchterung" – überschreibt die „Sozialistische Industrie" den Fall. Der Wink mit dem Zaunpfahl an den „wirklichen Grischin" ist deutlich genug.

Neue Vorwürfe gegen ‚Friedensärzte'

Umstrittene Befragung zur „Kriegsangst bei Kindern" / Bundesländer gehen auf Distanz

PETER JENTSCH, Bonn

„Hier werden unter der Flagge kinderpsychiatrischer Sorge Ängste bei Kindern mobilisiert", schreibt der Starnberger Arzt für Neurologie und Psychiatrie, Professor Friedrich Weinberger, an die Bundesärztekammer. Weinberger war wie andere Mediziner um eine Bewertung des „zweiten Aufrufs zur Beteiligung an der ‚bundesweiten Befragung' zur Kriegsangst bei Kindern", initiiert von Berliner Mitgliedern der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Organisation „Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkriegs" (IPPNW) gebeten worden. Sein Fazit: „Ein Gipfel der Perversion ärztlicher Pflicht, ein Gipfel des Zynismus."

In dem mit einem sonnenüberfluteten Bild von Kindern in einem Maisfeld (Unterschrift „Wir erben die Welt nicht von unseren Vätern, wir leihen sie von unseren Kindern") geschickt geschmückten Aufruf wird die an Kinder zwischen neun und 18 Jahren gerichtete Aktion mit den Worten begründet: Der Fragebogen „soll prüfen, ob es einen Zusammenhang zwischen den Ängsten und Zukunftserwartungen der Kinder und ihrer Einstellung zum atomaren Wettrüsten gibt." Die Untersuchung erfolge aus Verantwortung für die nachfolgende Generation. Sie „verspricht einen wichtigen Beitrag für die Aufgaben der Friedenspädagogik und für die friedenspolitische Diskussion".

Auf dem vierseitigen Fragebogen, der an „Kinder und Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Schichten" gerichtet ist, werden neben den Angaben zur Person in drei Komplexen insgesamt 47 Fragen gestellt, die geschickt entwickelt auf die Frage Nummer 17 (Komplex 3) hinauslaufen: „Gedanken an einen Atomkrieg haben einen Einfluß auf meine Pläne für die Zukunft (zum Beispiel hinsichtlich meines Berufes oder in der Frage, ob ich später einmal eigene Kinder haben möchte).

Die „Erhebung" beginnt mit Fragen nach der „Angst", etwa daß „ich Krebs bekomme", daß „die Leute mich nicht mögen", „ich keine Arbeit finde", schließlich „daß ein Atomkrieg ausbricht". Die Antwortmöglichkeiten sind gestaffelt von „davor habe ich gar keine, kaum, etwas, viel Angst" (Kreuzchen in das betreffende Kästchen). Es wird gefragt, welche Länder „Schuld am Wettrüsten" haben (vorgegeben sind Bundesrepublik, UdSSR, USA, ein anderes Land), ob „Du Dich durch irgendein Land bedroht (fühlst)" oder „wieviel Tote und Verletzte es im Falle eines Atomkrieges in einer Großstadt mit mehr als 100 000 Einwohnern" geben werde. Schließlich sollen die Kinder sagen, ob es „gar nicht, wenig, ziemlich oder völlig stimmt" daß sie „manchmal von einem Atomkrieg träumen", ob sie sich „sicherer (fühlen), seit wir in Deutschland neue Atomraketen haben" oder ob ihnen „der Gedanke an einen Krieg im letzten Monat ein starkes Gefühl von Furcht oder Angst gemacht" habe.

Die Aktion ist als (genehmigungspflichtige) „Schülerbefragung" von den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin abgelehnt worden. Die Berliner Senatorin Laurien erklärte: „Wer Kinder als Demonstrationsobjekte der Politik benutzt, macht sich des Vorwurfs des Faschismus schuldig." Der Geschäftsführer der Bundesärztekammer, Michael Popovic, ergänzt gegenüber der WELT: „Eine solche Aktion – der im übrigen kommunistisch durchsetzten Friedensinitiative – scheint mir auf eine Benutzung der Kinder und Jugendlichen als Schachfiguren eines intellektualisierten Kindeskrieges hinauszulaufen."

DFU-Vorsitzender wird nicht Lehrer

AP, München

Der bayerische Landesvorsitzende der Deutschen Friedens-Union (DFU), der 34jährige Gerhard Bitterwolf, darf in Bayern nicht Volksschullehrer werden. Mit dieser Entscheidung des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in München hat Bitterwolf einen siebenjährigen Rechtsstreit gegen den Freistaat Bayern um die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe verloren. Nach der Begründung des Senats wird die DFU seit 1968 in den Verfassungsschutzberichten des Bundes als eine von der DKP beeinflußte Organisation angesehen. Diese Einschätzung habe zur Zeit der Bewerbung Bitterwolfs im Jahre 1978 auch der damalige Bundesinnenminister Gerhart R. Baum mit dem ausdrücklichen Hinweis geteilt, daß die DKP ihre Bündnispolitik mit der Absicht betreibe, „der Verwirklichung ihrer verfassungsfeindlichen Zielsetzung näher zu kommen." (Az: 3 B 83 A.92)

FDP in Hannover warnt Albrecht

MJ. Hannover

Scharf reagierte gestern die niedersächsische FDP auf die Zielerklärung von Ministerpräsident Ernst Albrecht (WELT-Interview v. 13.11.), die CDU müsse bei der Landtagswahl 1986 „stärker werden als SPD und Grüne zusammen", um vom Wahlergebnis der koalitionsbereiten FDP „unabhängig" zu sein.

FDP-Landesvorsitzender Heinrich Jürgens warf dem niedersächsischen Ministerpräsidenten vor, dessen Forschungs-, Beschäftigungs- und Agrarpolitik beruhten auf „verwässerten" FDP-Vorschlägen. Im übrigen sei es „unseriös und Betrug am Wähler", „ein Programm als Bilanz zu verkaufen". „Eine Chance", im Amt zu bleiben, habe Albrecht überhaupt nur in „fairer Zusammenarbeit" mit der FDP. Jürgens' Stellvertreter Walter Hirche riet Albrecht zu „erkennen, daß seine absolute Herrschaft in Niedersachsen zu Ende geht".

Jenninger für Mehrheitsprinzip

E.N., Bonn

Als Nachfolger des ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel wurde Bundestagspräsident Philipp Jenninger gestern zum Präsidenten des Deutsches Rates der Europäischen Bewegung gewählt. Der Rat ist überparteilicher Dachverband von mehr als 80 Parteien, Organisationen und Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich für die Verwirklichung des europäischen Gedankens einsetzen.

Vor der in Bonn tagenden Mitgliederversammlung des Rates prophezeite Jenninger, Europa werde den „Wettlauf gegen Amerika und Japan" verlieren, wenn nicht die gemeinsamen Leistungen von demnächst 320 Millionen Europäern den Kontinent zum „eigenständigen Partner an der Seite der USA" machten. Entscheidungen in der EG müßten nach dem Mehrheitsprinzip gefaßt werden, das derzeitige Verfahren sei unpraktikabel geworden.

Bonn: Unnötiger Streit um SDI-Vereinbarung

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Streit um die Form einer Regierungsvereinbarung mit den USA über die Beteiligung an der Forschungsphase für die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) durch deutsche Firmen und Forschungsinstitute ist nach Meinung von Regierungskreisen völlig unnötig. Es sei schlicht falsch, wenn eine Regierungsvereinbarung in Form eines Briefwechsels als weniger verbindlich bezeichnet werde als ein Regierungsabkommen. Die Form der Vereinbarung mit Washington sei im wesentlichen von deren Inhalt abhängig, hieß es in den Regierungskreisen. Zu regeln seien die Preisgestaltung, der Technologietransfer, die Geheimschutzbestimmungen und Nutzungs- sowie Eigentumsrechte. Die Palette für die Regelung dieser Fragen reiche vom Regierungsabkommen über die Regierungsvereinbarung mit gegenseitigem Briefwechsel zur Vor-Vereinbarung, dem Memorandum of Understanding, dem einseitigen Brief und der mündlichen Erklärung. Die Industriekreise, die auf den Abschluß einer solchen Vereinbarung drängen, hätten sogar nur ein Memorandum of Understanding erwartet, hieß es. Als wahrscheinlich werde jetzt eine Regierungsvereinbarung mit Briefwechsel angesehen.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatte gestern in einem Interview der „Bild"-Zeitung Überraschung darüber geäußert, daß nun kein formeller Vertrag mit zwei Unterschriften auf einem Blatt geschlossen werden solle. Bundeskanzler Kohl habe ihm noch bei einem Gespräch im August einen anderen Eindruck vermittelt. Er hoffe, daß diese Frage beim heutigen Treffen der Spitzen von CDU und CSU geklärt werde.

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, machte darauf aufmerksam, daß auch das Geheimschutzabkommen mit den USA nur in der Form einer Regierungsvereinbarung mit Briefwechsel plus Anlagen vorliege. Fraktionschef Dregger verlangte eine Regierungsvereinbarung, um „die deutschen Interessen zu schützen, in technischer wie in strategischer Hinsicht". Für ein solches Abkommen gebe es „verschiedene Formen". Er vertraue darauf, „daß dazu rechtzeitig eine vernünftige Entscheidung getroffen wird".

Nützlicher Dialog

Ha. (Brüssel) – Kaum Schlagzeilen machen werden die Bemühungen der EG-Kommission, die europäischen Sozialpartner stärker in den Brüsseler Entscheidungsprozeß *einzubeziehen.* Gemeinsame Kommuniqués lesen sich oft wie bürokratische Verlautbarungen und verlieren den letzten Charme, wenn ihre Autoren auch noch verschiedenen Sprach- und Kulturräumen angehören. Trotzdem war es sinnvoll, den seit langem unterbrochenen Dialog wieder zu beleben. Wie sonst sollen Widerstände gegen neue Technologien gemildert werden, die wiederum ohne einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt wenig Chancen hätten.

Auch die Gewerkschaften haben bei einem Spitzentreffen anerkannt, daß neue Technologien ein wesentlicher Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der europäischen Volkswirtschaften darstellen. Das ist alles andere als selbstverständlich, denn die „Maschinenstürmerei" ist keineswegs überall zu einem Begriff aus der Historie geworden. Die arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Folgerungen aus dieser Einsicht müssen wohl vorwiegend auf nationaler Ebene diskutiert werden. Immerhin setzt die Zustimmung zur technologischen Zusammenarbeit in der EG auch einen minimalen Konsens der Sozialpartner voraus.

Erst recht braucht die Gemeinschaft diese Übereinstimmung bei der Formulierung einer gemeinsamen Strategie zu mehr Beschäftigung. Auch hier haben die Sozialpartner inzwischen grundsätzlich die von der EG-Kommission vorgelegten Orientierungen gebilligt.

Strukturwandel

hdt. – Bis zu 20 Prozent der Ernteerträge eines landwirtschaftlichen Betriebes mußte in früheren Zeiten für die Fütterung der eigenen Arbeitstiere verwandt werden. Daß dies als Folge der Mechanisierung *inzwischen nicht mehr erforderlich* ist, dürfte einer der Gründe für die heutige Überproduktion an Nahrungsmitteln in unseren Breiten sein. Fortschritte in der Pflanzenzucht, bei der Schädlingsbekämpfung und vieles andere mehr kommen hinzu. Das alles hat eine Entwicklung eingeleitet, die noch längst nicht abgeschlossen ist. Wenn jedoch die Produktionsfortschritte wie bisher anhalten, dürfte in den nächsten zehn Jahren jeder fünfte Hektar überflüssig werden, der hierzulande heute noch für die *Nahrungsmittelproduktion benötigt* wird, und das sind insgesamt zwei von zehn Millionen Hektar. Die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe errechnet gleichzeitig, daß dies auch den Verlust von etwa 400 000 Arbeitsplätzen bedeutete. Darum ist es gut, wenn Landwirte über neue Einkommensquellen nachdenken – außerhalb der Nahrungsmittelproduktion.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK / Blaupunkt erwirbt Beteiligung an Grundig

Im nächsten Jahr Kooperation bei Farbfernsehgeräten und Autoradios

dos./nl, Hannover/Stuttgart

Die Konzentration auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik geht weiter. Jüngstes Beispiel sind die zur Bosch-Gruppe gehörende Blaupunkt-Werke GmbH, Hildesheim, und die Grundig AG, Fürth. Beide Unternehmen haben gestern in Hannover ihre Absicht bekanntgegeben, bei der Fertigung von Farbfernsehgeräten und Autoradios zusammenzuarbeiten. Um den Kooperationsgedanken zu unterstreichen wird die Bosch-Tochter eine 20prozentige Beteiligung an Grundig übernehmen.

Zu den Konditionen des Beteiligungserwerbs wollten sich weder Hermanus Koning, Vorstandsvorsitzender der Grundig AG, noch Kurt Schips, Geschäftsführer der Robert *Bosch GmbH, äußern. Die Realisierung* des Projekts stehe erst 1986 an. Zudem müsse noch die kartellrechtliche Prüfung abgewartet werden. Koning geht davon aus, daß die Grundig-Anteile aus dem Besitz engagierter Banken auf Blaupunkt übergeben. Am Grundig-Kapital von 262 Mill. DM ist Philips mit gut 31 Prozent und die Max Grundig-Stiftung mit 49 Prozent beteiligt; der Rest wird von mehreren Banken gehalten.

Der Start der Zusammenarbeit wird nach den Worten von Blaupunkt-Geschäftsführer Herbert *Thum Mitte 1986 erfolgen. Im wesent*lichen handelt es sich darum, daß Blaupunkt Farbfernsehgeräte bei Grundig herstellen lassen wird. Im Gegenzug will Grundig bei Blaupunkt Autoradios herstellen lassen. Durch diesen Verbund leisteten beide Unternehmen, die auf ihren jeweiligen Hauptarbeitsgebieten Marktführer seien, einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Überkapazitäten in der europäischen Unterhaltungselektronik.

Thum betont, daß die Unternehmen auch künftig als Wettbewerber bei TV-Geräten und Autoradios auf dem Markt bleiben. Die eigenen Marketing- und Vertriebsaktivitäten würden in vollem Umfang aufrecht erhalten. Die personellen Auswirkungen seien gering. Bei Blaupunkt errechne sich bis 1987 eine Reduzierung der Belegschaft um rund 300 auf dann etwa 9200 Mitarbeiter.

Der weitere Konzentrationsprozeß bei der Unterhaltungselektronik kommt nicht überraschend. Nach wie vor ist diese Branche gekennzeichnet von Überkapazitäten, scharfem Wettbewerb auf der Anbieterseite und zerfallenden Preisen. Vor allem der Vormarsch der japanischen Konzerne hat die Produzenten in Europa enger zusammengerücken lassen.

So bildeten sich in den letzten Jahren auf dem Kontinent zwei große Gruppierungen heraus: Unter das Dach des französischen Konzerns Thomson-Brandt schlüpften so renommierte deutsche Unterhaltungselektronik-Hersteller wie Nordmende, Saba, Dual und Telefunken. Gleichsam als Gegenpol dazu entstand die Gruppierung Philips/Grundig. Dieser Gruppierung ist nunmehr Blaupunkt nahegerückt.

Mehr als diese Kooperation ist wohl schon aus kartellrechtlichen Gründen nicht „drin". Während die Gruppe Philips/Grundig bei Farbfernsehern in der Bundesrepublik Marktführer mit einem Marktanteil von geschätzten 27 Prozent ist (Blaupunkt dürfte einen Marktanteil von etwa sieben Prozent für sich beanspruchen), ist andererseits Blaupunkt Marktführer (mit schätzungsweise 35 Prozent Marktanteil) bei Autoradios im Inland. Grundig kommt hier auf einen Marktanteil von vielleicht sieben bis acht Prozent.

Hatte der Autoradio-Sektor in letzter Zeit durch beträchtliche Zuwachsraten und auch relativ gute Ergebnisse geglänzt, so ist die Markt- und Ergebnislage im Farbfernseherbereich praktisch durchweg schwierig. Größere Stückzahlen in der Fertigung und die Ausnutzung von Rationalisierungsmöglichkeiten sind neben dem Abbau der Überkapazitäten deshalb in der Branche das Gebot der Stunde.

Bleibt die spannende Frage, wohin sich die verbliebenen, nicht diesen beiden großen Gruppierungen angehörenden Produzenten der Unterhaltungselektronik-Branche orientieren werden. Zu ihnen zählen neben SEL, Loewe-Opta, Metz und Schneider.

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT

Kein Fachkräftemangel, der das Wachstum behindert

*SABINE SCHUCHART, **Nürnberg***

Einen allgemeinen, das Wirtschaftswachstum begrenzenden Fachkräftemangel, gibt es nach Auffassung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Heinrich Franke, entgegen vielfach geäu*ßerter Stellungnahmen* aus der Wirtschaft bisher nicht. Eine solche Lükke werde in der Öffentlichkeit vielmehr optisch überzeichnet, da nur *Fälle von erfolgloser, nicht aber von* erfolgreicher Arbeitsvermittlung publik gemacht würden, sagte Franke gestern vor Journalisten in Nürnberg.

Gegen die These eines allgemeinen Facharbeitermangels spricht nach Auffassung der Bundesanstalt nicht nur der Umstand, daß über 50 Prozent der Arbeitslosen eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Entscheidend sei insbesondere, daß *sich die Laufzeit der offenen* Stellen in der aktuellen Konjunkturbelebung nicht entscheidend erhöht habe.

Während 1980 im Schnitt noch 47,2 Tage benötigt worden seien, um eine offene Stelle über die Arbeitsämter zu besetzen, betrage diese Frist in diesem Jahr nur noch 22,8 Tage, für Facharbeiter 22,7 Tage. Selbst in einem Bundesland wie Baden-Württemberg, aus dem immer wieder Klagen *über einen Arbeitskräftemangel* laut würden, seien die Laufzeiten der offenen Stellen heute im Vergleich zu Beginn der achtziger Jahre niedrig.

Franke bedauerte in diesem Zusammenhang, daß von den Unternehmen offene Stellen nicht in ausreichendem *Maße den Arbeitsämtern* gemeldet würden. Lediglich bei den Ausbildungsplätzen würden etwa zwei Drittel der zu besetzenden Stellen angezeigt. Auch die Vizepräsidentin der Bundesanstalt, Frau Engelen-Kefer, appellierte an die Arbeitgeber, stärker zu signalisieren, in welcher Richtung Arbeitsplätze benötigt würden. Nur so könnten die Arbeitsämter den Personalwünschen der Wirtschaft *nachkommen.*

Das wesentliche arbeitsmarktpolitische Instrument, um die Eintrittschancen *Arbeitsloser am Arbeitsmarkt* zu verbessern, sieht die Nürnberger Bundesanstalt in der verstärkten Förderung der beruflichen Bildungsmaßnahmen. Insgesamt wird die Bundesanstalt in diesem Jahr rund 6,3 Mrd. DM zur Förderung der beruflichen Bildung und Rehabilitation ausgeben. Für 1986 sind im Rahmen der anlaufenden „Qualifizierungsoffensive" in dem in der vergangenen Woche verabschiedeten und jetzt der Bundesregierung zur Genehmigung vorliegenden Haushalt der Bundesanstalt für diesen Bereich ins*gesamt 7,4 Mrd. DM vorgesehen.* Dies würde bedeuten, daß 1986 rund 450 000 Arbeitnehmer, davon etwa zwei Drittel Arbeitslose, neu in berufliche Bildungsmaßnahmen eintreten würden gegenüber 400 000 in diesem Jahr. Diese Steigerung ergibt sich vor allem durch die am 1. Januar in Kraft tretende 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, die die beruflichen Förderungsmöglichkeiten erweitert.

Heirat nicht ausgeschlossen

Von DANKWARD SEITZ

In der bayerischen Landeshauptstadt sind in den letzten Wochen offensichtlich doch intensivere Gespräche über eine mögliche Beteiligung der Bayerischen Motoren Werke AG (BMW), München, an dem deutschen Luft- und Raumfahrtkonzern MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Ottobrunn bei München, geführt worden, als dies noch vor wenigen Tagen BMW-Chef Eberhard von Kuenheim zugeben wollte. Entsprechende Spekulationen hatte Kuenheim am 4. November als „reine Börsenphantasie" bezeichnet, ausgelöst durch die Übernahmen von Dornier, MTU und AEG durch den Stuttgarter Konkurrenten Daimler-Benz.

Bestätigt wird nun sowohl von BMW als auch vom bayerischen Finanzministerium, daß erste Sondierungsgespräche stattgefunden haben. Offen bleibt allerdings noch, von wem diese Initiative ausgegangen ist. Ein BMW-Sprecher meinte, daß das Finanzministerium auf das Unternehmen zugekommen sei. Demgegenüber erklärte Finanzminister Max Streibl, daß weder er oder Ministerpräsident Franz Josef Strauß noch MBB zuerst aktiv geworden seien.

Wie dem auch sei, auf jeden Fall hat BMW, wie Streibl vor Journalisten erläuterte, ihm ein Konzept für eine Beteiligung an MBB angekündigt, das aber noch nicht vorliege. Auf die Frage, *ob BMW eine unternehme*rische Führerschaft beziehungsweise eine Mehrheitsbeteiligung von 51 Prozent anstrebe, meinte er, daß „alles denkbar" sei. Eine Verbindung der beiden Unternehmen („Flaggschiffe der deutschen Wirtschaft") sei sicherlich eine „interessante Sache".

Die bisher geführten Gespräche bewertete der BMW-Sprecher als „unverbindlich und in einem frühen *Stadium*". Mit anderen Gesellschaftern von MBB habe man bisher noch nicht verhandelt. Unverändert sei zudem die Einstellung des BMW-Vorstands, ein Engagement nur dann einzugehen, wenn auch die unternehmerische Verantwortung übernommen werden kann. Anfang November hatte es von Kuenheim als „kaum vorstellbar" bezeichnet, „Junior-Partner der öffentlichen Hand" zu werden. Und: „Angesichts der bei MBB gegebenen Konstellationen wird es nicht zu einer Verlobung kommen."

Im bayerischen Finanzministerium wird offengelassen, ob der *Freistaat* bereit wäre, von seinem MBB-Anteil etwas abzugeben. Nachgesagt wird eine solche Bereitschaft seit dem indirekten Einstieg von MBB bei *Krauss-Maffei den MBB-Gesellschaf*tern Siemens, Krupp, Thyssen sowie der Dresdner Bank und Bayerischen Vereinsbank. Zusammengenommen wären das lediglich gut 20 Prozent.

Beteiligt sind am MBB-Grundkapital nach dem letzten Stand: die ABM Beteiligungsgesellschaft mbH (Allianz Versicherung, Bosch, Krupp und die Hansestadt Hamburg) mit 19,02 Prozent, die Bayerisch-Hamburgische Beteiligungsgesellschaft mbH (Hamburg und der Freistaat Bayern) mit 35,28 Prozent sowie die BD-Industrie-Beteiligungsgesellschaft (Dresdner Bank, Bayerische Vereinsbank) mit zehn Prozent. Des weiteren halten Bayern 7,02 Prozent, die *Messerschmitt Stiftung 7,0 sowie die Fi*des Industrie-Beteiligungsgesellschaft mbH (Siemens, Thyssen und die französische Aerospatiale) 20,0 Prozent.

Angesichts dieser Beteiligungsverhältnisse dürfte es für BMW schwer werden, eine absolute Mehrheit zu bekommen. Denn – wenigstens vorerst – nicht abgabebereit sein sollen Aerospatiale, Hamburg sowie das *Land* Bremen, das zudem noch eine Option auf den MBB-Anteil von Krupp hat. BMW müßte sich dann damit begnügen, größter Einzelgesellschafter zu werden. Die bayerische Staatsregierung würde es dagegen begrüßen, wie zu hören ist, wenn der *Einfluß* der öffentlichen Hand bei MBB abgebaut und der sehr heterogene Gesellschafterkreis kompakter werden könnte.

Sicherlich ist es derzeit noch viel zu früh, einen möglichen Kaufpreis zu erfahren. Auf jeden Fall aber dürfte für den bislang reinrassigen Autokonzern der Einstieg in den Hochtechnologie-Konzern nicht gerade billig werden. Angesichts seiner Zukunftschancen (Elektronik, Luft- und Raumfahrt sowie Rüstung) wird MBB von Finanzanalysten mit 1,2 Milliarden Mark bewertet. Für einen Anteil von 51 Prozent müßte BMW demnach über 600 Millionen Mark hinblättern. Gewiß, keine Kleinigkeit. Doch arm ist BMW auch nicht, zumal das Geschäftsjahr 1985 ein neues Rekordjahr werden dürfte.

Genugtuung und unverhohlene Freude löste indes diese *Nachricht* bei den Börsianern aus, wurde doch damit erneut im Nachhinein bestätigt, daß ihrer Phantasie keineswegs jeder *Bezug zur Realität fehlte. Ob* dies aber den Kurssprung der BMW-Aktie allein gestern um 52 DM auf 602 DM rechtfertigt, muß beim derzeitigen Stand der Dinge fraglich bleiben.

AUF EIN WORT



„Unternehmer haben in der Geschichte nicht selten Entwicklungen initiiert, die dann in politischen Wandlungen ihren Ausdruck fanden. Dies gilt auch in unseren *Tagen im zähen* Kampf um ein einheitliches Europa. Wirtschaftliche Dynamik und der Wille der ökonomisch Handelnden, nationale Schranken abzubauen, werden sich auf die Dauer durchsetzen und zu der politischen Union Europas führen"

Herbert Pattbert, Präsident der Industrie- und Handelskammern Europas (Eurochambres) FOTO: HUBERTUS KORF

Reform des Getreidemarkts

dpa/VWD, Straßburg

Die EG-Kommission hat in Straßburg ein Reformpaket für den EG-Getreidemarkt vorgelegt. Das Memorandum sieht ein Bündel von *Maßnahmen* zur Eindämmung der kostspieligen Überschußproduktion vor. Dabei soll auf drastische Preissenkungen *verzichtet* werden, *um sozial unver*antwortliche Einkommenseinbußen zu vermeiden. Kernelement soll die sogenannte Mitverantwortungsabgabe sein. Dabei sollen *Getreidebauern* eine Art Produktionssteuer zahlen und so zur Finanzierung der Kosten beim Absatz der Überschüsse herangezogen werden.

KONJUNKTUR

Gute Aussichten für ein viertes Wachstumsjahr

Mk./Py. Bonn

Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik hat sich nach dem jüngsten Lagebericht des Bundeswirtschaftsministeriums im dritten Quartal fortgesetzt. Nach Angaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands wächst die Wirtschaft im Herbst *mit knapp drei Prozent,* die industrielle Produktion liegt sogar um gut fünf Prozent über dem Vorjahr.

Angesichts der gedämpften Entwicklung im September und der deutlichen Konjunkturbeschleuni*gung im vierten Quartal 1984 dürfte* das Wachstumstempo beim Export und bei den Ausrüstungsinvestitionen bis zum Jahresende stagnieren. Beim privaten Verbrauch dürfte es leicht zunehmen. Dabei werde es zu einer Bereinigung der Läger kommen. Insgesamt rechnet der Verband für 1985 mit einem realen Wachstum von 2,25 Prozent wie die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten.

Nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums bestehen gute Aussichten, daß der nunmehr seit fast drei Jahren in Gang befindliche Wachstumsprozeß auch 1986 andauern und von einer beachtlichen Verbesserung der *Beschäftigungssituation begleitet* sein wird. Hierauf deuteten die Umfragen hin. Die Aufschwungskräfte würden sich von der Auslands- zur Inlandsnachfrage verlagern.

Der Fächer der wirtschaftlichen Wachstumsraten in den westlichen *Industrieländern hat sich nach* Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen weiter geschlossen, allerdings nicht durch ein Aufholen der Nachzügler in den USA und Europa, sondern durch das Lahmen des Vorreiters Japan. Das Institut rechnet nur mit einer mäßigen konjunkturellen Erholung im nächsten Jahr.

MINDESTRESERVEN

Bundesbankchef dämpft Hoffnungen der Bankiers

cd. Frankfurt

Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl dämpfte Hoffnungen der Bankiers auf eine Kompensation von Auslandsforderungen und Auslandsverbindlichkeiten bei der Berechnung der Mindestreserven. Auf einer Feier der DG Bank anläßlich des mit ihrem 90jährigen Bestehen zusammenfallenden Bezugs eines Neubaus, sagte Pöhl, bei ihrem „intensiven Denkprozeß" zur Mindestreservepolitik gehe es der Bundesbank nicht in erster Linie darum, eine Abwande*rung von Bankgeschäften nach Lu*xemburg zu verhindern.

Im übrigen gab Pöhl zu bedenken, daß die Kompensationslösung die Last der Mindestreserven vor allem den kleinen und mittleren Banken ohne großes internationales Geschäft aufbürde; dieses Wettbewerbsargument bringen die Gegner einer Kompensation vor.

Die Bundesbank strebt nach den *Worten ihres Präsidenten vielmehr* an, dem Markt zusätzliche kurzfristige Geldmarktinstrumente, die in der Bundesrepublik Deutschland *noch unterentwickelt seien, an die* Hand zu geben. Das wird in Bankkreisen als Hinweis auf die Zulassung von Depositenzertifikaten verstanden. In diesem Zusammenhang, so vermutet man weiter, könnte eine Senkung der Mindestreserven zur Diskussion stehen.

Die Grenzen für weitere Liberalisierungsschritte liegen, so Pöhl, dort, wo man *Gefahr laufe, daß geldpoli*tische Instrumente stumpf werden. Die Bundesbank könne eher auf Finanzinnovationen als auf Geldwertstabilität verzichten, die der beste Beitrag auch zur Entwicklung Frankfurts zu einem internationalen Finanzplatz sei, betonte der Bundesbankpräsident, der es im übrigen für falsch hält, „aus der Hüfte zu schießen", um spektakuläre Entwicklun*gen zu ermöglichen.*

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mehr Insolvenzen

***Wiesbaden** (dpa/VWD) – Die Zahl* der Pleiten hat in den ersten drei Quartalen 1985 einen Höchststand erreicht. Insgesamt sind von Januar bis September 10 305 Unternehmen zahlungsunfähig geworden. Das sind 14,9 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Darüber hinaus wurden von den Amtsgerichten 3905 (plus *neun Prozent) Konkursanträge und* eröffnete Vergleichsverfahren gegen natürliche Personen und Nachlässe gemeldet. In dieser Zahl sind viele Selbständige enthalten, die ihre Firma als Personengesellschaften geführt haben.

Ende der Verklappung

Leverkusen (rtr) – Die umstrittene *Einleitung (Verklappung) von Dünn*säure in die Nordsee durch deutsche Unternehmen wird voraussichtlich bis Ende des Jahrzehnts eingestellt. Der technische Direktor der Kronos Titan GmbH, Gerhard Rieck, sagte in Leverkusen, dies solle durch neue Verfahren, Investitionen von mehr als 200 Mill. DM und ein gemeinsames Anlagenprojekt mit der Sachtleben Chemie GmbH sichergestellt werden. Kronos und Sachtleben sind die einzigen Verklapper von Dünnsäure in der Bundesrepublik.

Weniger Kohle verkauft

Essen (dpa/VWD) – Die Ruhrkohle AG mit Sitz in Essen hat in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 44,8 Mill. Tonnen Kohle und Koks abgesetzt, drei Prozent weniger als im vergleich*baren Vorjahreszeitraum. Die 1,6 Mill.* Tonnen Minderabsatz seien hauptsächlich auf den 20prozentigen Rückgang der Lieferungen an die Hütten in der „übrigen EG" zurückzuführen, heißt es in der neuen Ausgabe der Werkszeitschrift. Dagegen sei der Absatz an die deutschen Stahlwerke um fünf Prozent auf 15,2 Mill. Tonnen gestiegen.

Höherer Export

Berlin (dpa/VWD) – Die im östlichen Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen Länder haben 1984 ihre Warenausfuhr in den Westen deutlich erhöht. Die sieben europäischen RGW-Mitglieder *steigerten* ihren West-Export im vergangenen Jahr um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr auf rund 48 Mrd. US-Dollar. Gleichzeitig habe sich 1984 aber auch die West-Einfuhr der RGW-Staaten um sechs Prozent auf rund 42,5 Mrd. US-Dollar erhöht, schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Im 1. Halbjahr 1985 sei der West-Export der RGW-Länder um fast 15 Prozent gesunken.

Offensive gegen Frankreich

Washington (VWD) – Mit aggressiven und stark subventionierten *Exportkreditkonditionen* hat die U. S. Export-Import Bank nach Angaben ihres Präsidenten William Draper eine breit angelegte Offensive in den USA gegen Frankreich eingeleitet. Man wolle potentielle ausländische Käufer zu Aufträgen bei US-Unternehmen bewegen und Frankreich zwingen, die international neu ausgehandelten Restriktionen für die Verwendung von Mischfinanzierungen bei *Exportkrediten zu akzeptieren.*

Frist läuft ab

Bonn (AP) – Alleinerziehende, die Kinderbetreuungskosten aus früheren Jahren geltend machen wollen, haben dafür noch bis zum 31. Dezember 1985 Zeit. Darauf hat das Bundesfinanzministerium in Bonn hingewiesen. Seit dem 1. Januar können alleinstehende Väter und Mütter Dienstleistungen zur Betreuung eines unter 16 Jahre alten Kindes in Höhe von bis zu 4000 Mark im Jahr von der Steuer absetzen, für jedes weitere Kind nochmals 2000 Mark. Ohne Nachweis ist die Berücksichtigung einer Monatspauschale von 480 Mark möglich.

Rheinische Hypo senkt

Bonn (DW) – Bei dem Vergleich der Hypothekenzinsen in der WELT vom 13. November kam es leider zu einer Verwechslung. Die DSL Bank, Bonn, will zunächst die Marktentwicklung abwarten und bleibt bei 99,75 prozentiger Auszahlung und fünfjähriger Zinsbindung bei einem Nominalzins von 7,25 Prozent. Dagegen senkt die Rheinische Hypothekenbank, Frankfurt, mit Wirkung von heute bei jeweils 100 Prozent Auszahlung bei fünfjähriger Zinsbindung ihren Satz von 7,70 auf 7,50 und bei zehn Jahren von *8,10 auf 7,95.*

VERSCHULDUNGSKRISE / Kuriose Lösungsvorschläge

Heilung durch Inflation?

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Verschuldungskrise regt die Phantasien an. Zahlreiche Vorschläge, wie die Zahlungsschwierigkeiten der Entwicklungsländer dauerhaft gelöst werden könnten, kursieren. Doch kaum eine eignet sich, um die Probleme zu bewältigen.

Den Schuldnerländern ihre Verbindlichkeiten zu erlassen, ist einer dieser Anregungen, die von einigen Wissenschaftlern zu hören sind. Auch der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Hans Tietmeyer schließt diese Möglichkeit nicht aus. Allerdings könnte ein Erlaß erst am Ende einer langen Kette stehen – nachdem die Schuldnerländer durch eine sparsame Wirtschaftspolitik Vorleistungen erbracht hätten.

Diese Wissenschaftler treten für eine sofortige Schenkung ein, weil sie glauben, daß die Länder ihre Wirtschaften nicht aufbauen können, solange der Schuldenberg auf ihnen lastet. An Rückzahlung glauben diese Professoren ohnehin nicht. Um den Banken diesen Schritt zu erleichtern, schlagen sie vor, in den Bilanzen zunächst einen fiktiven Buchwert stehen zu lassen. Dieser Posten würde dann über mehrere Jahrzehnte abgeschrieben.

Die Wissenschaftler verteidigen die Idee mit dem Hinweis auf die Geschichte, in der solche Erlässe durchaus vorgekommen sind. Beispielsweise verzichteten Mexikos Gläubiger Ende der zwanziger Jahre auf rund fünfzig Prozent der ausstehenden Auslandsschulden. Dieser Schritt hatte jedoch eine andere Qualität. Damals handelte es sich um Anleihen, die das mittelamerikanische Land in der Vergangenheit ausgegeben hatte, und nicht mehr zurückzahlen konnte.

Schuldenerlaß?

Doch in diesem Fall war jeder einzelne Investor für seine Zeichnung verantwortlich und damit auch für seinen Verlust – Privatpersonen ebenso wie Banken. Heute könnte dieses Verfahren nicht mehr angewandt werden, weil es nicht um Anleihen, sondern um vergebene Kredite geht. Die Banken tragen Verantwortung gegenüber ihren Einlegern. Außerdem könnte ein Schuldenerlaß der Kreditinstitute auch andere Staaten ermutigen, ihren Verpflichtungen nicht mehr ordnungsgemäß nachzukommen.

Ebenso absurd ist der Vorschlag, den Schuldenberg durch Inflationierung Stück für Stück zu entwerten. Das würde bedeuten, daß die Kapitalmarktzinsen unter den Inflationsraten liegen müssen. Derzeit liegt der Kapitalmarktzins knapp unter zehn Prozent in den USA; die Preissteigerung wird in diesem Jahr etwa 3,5 Prozent betragen. Das Verhältnis von Inflations- und Zinsrate müßte sich also umkehren. Das bedeutete eine Abkehr von der Stabilitätspolitik.

Kaufmanns Vorschlag

In den USA wird dieser Vorschlag dennoch diskutiert. Über die bekannten Gefahren einer Inflation, die die siebziger Jahre gezeigt haben, scheinen Anhänger so einer Lösung kaum nachgedacht zu haben. Unklar bleibt auch, wie Banken mit negativen Realzinsen leben sollen. Bekanntester Verfechter des Vorschlags ist Henry Kaufmann, Zins-Papst der Wall Street und Chefökonom bei Salomon Brothers.

Eine weitere Überlegung ist, die Zinszahlungen, die sich in den Entwicklungsländern aufstauen, zu kapitalisieren. Das bedeutet: Es würde mehrere Jahre nahezu kein Schuldendienst geleistet. Dafür erhöhten sich die Auslandsverbindlichkeiten jeweils etwa um die nichtgezahlten Zinsen. Diese Möglichkeit erwähnen auch deutsche Banken. Doch eines ist klar: Eine Kapitalisierung der Zinsen wäre am Ende gleichbedeutend mit der Vergabe neuer Kredite. Für die Banken würde dieses Vorgehen nur Sinn machen, wenn sie die auf diese Weise vergebenen Mittel auf das „fresh money" anrechnen würden, das sie den hochverschuldeten Entwicklungsländern in den nächsten Jahren zugestehen.

Auch das wäre Augenwischerei. Denn es besteht kaum Zweifel, daß die Schuldnerländer auch in den nächsten Jahren einen erheblichen Kapitalbedarf haben. Wird er nicht gedeckt, kommen die Länder niemals auf den grünen Zweig. Ein Ausweg kann also nur sein, mehr Kapital zur Verfügung zu stellen und die Schuldnerländer zu verpflichten, eine wachstums- und stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben und die Mittel entsprechend sinnvoll einzusetzen.

BÖRSENREFORM / Sonder-Arbeitsgemeinschaft: Föderatives System wird zentralisiert

Frankfurt und Düsseldorf führen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das föderativ aufgesplitterte Börsensystem soll reformiert werden mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit des „Finanzplatzes Deutschland" zu stärken. Nachdem darüber bisher nur viel geredet worden war, wird jetzt gehandelt. Grundlage für einen ersten Reformschritt ist ein von den vier im Frankfurter Börsenpräsidium vertretenen Banken – die drei Großbanken und die Deutsche Girozentrale – ausgearbeiteter Vorschlag zur Umstrukturierung und Effizienzverbesserung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Wertpapierbörsen, der den acht Börsenpräsidenten zur Beschlußfassung noch in diesem Jahr zugeleitet wurde.

Die Arbeitsgemeinschaft soll in eine handlungsfähige Institution umfunktioniert werden, die konkret die Weichen für eine Börsenreform stellt, wozu beispielsweise längere Börsenzeiten, andere Valutierungsfristen, Schaffung neuer Marktsegmente wie Terminhandel und Rentenoptionen gehören. Dabei sollen die Börsen in Frankfurt mit einem Umsatzanteil von deutlich mehr als 50 Prozent und Düsseldorf mit etwa 30 Prozent vom gesamten deutschen Börsengeschäft die aktive Führungsrolle übernehmen.

Entsprechend ihrem Gewicht sollen die beiden Börsen in der Arbeitsgemeinschaft, als deren ehrenamtlicher Vorsitzender Gernot Ernst, Präsident der Berliner Börse und Mitinhaber des Bankhauses Delbrück & Co. im Gespräch ist, die Stimmenmehrheit erhalten. Die gleichen Stimmrechte aller acht Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft hatten deren Effizienz bisher gelegentlich behindert.

Die Arbeitsgemeinschaft selbst soll einen hauptamtlichen Geschäftsführer erhalten, der zugleich der Frankfurter Börsengeschäftsführung angehört. Er wird am ständigen Sitz der Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt die Rolle des bundesweiten „Vordenkers" übernehmen. Zu seinen Aufgaben gehören die Interessenvertretung der Börsen gegenüber in- und ausländischen Stellen, die Zuständigkeit für überregionale Fragen des Börsenhandels, die überregionale Öffentlichkeitsarbeit und Fragen des Informationsverbundes.

Eine aus Delegierten der acht Börsen zusammengesetzte Mitgliederversammlung soll aus dem Kreis der Präsidialbanken einen siebenköpfigen Fachherrenbeirat berufen, der den Geschäftsführer aktiv berät und unterstützt. Für alle Wahlen beziehungsweise Beschlüsse in der Arbeitsgemeinschaft ist eine Dreiviertelmehrheit vorgesehen, die immer gewährleistet ist, wenn Frankfurt und Düsseldorf gemeinsam agieren.

Die Realisierungschancen des Frankfurter Reformvorschlags werden in Börsenkreisen günstig beurteilt, da die drei Großbanken in allen acht Börsenplätzen hinter diesem Papier stehen. Über die Schaffung eines wirklichen nationalen Marktes war auch schon in der Vergangenheit viel diskutiert worden; doch erwiesen sich Eifersüchteleien zwischen Frankfurt und Düsseldorf in der Deutschen Bank als hinderlich, bis Vorstandssprecher Christians kürzlich ein Machtwort sprach.

VOLKSWAGEN / Auch im Inland mehr verkauft

Günstige Ertragsentwicklung

dos, Wolfsburg

Die Volkswagen AG, Wolfsburg, ist auf einem guten Weg, 1985 endlich auch ertragsmäßig an die guten Ergebnisse der späten 70er Jahre anzuschließen. Wie aus dem Zwischenbericht hervorgeht, ergab sich in den ersten neun Monaten im Konzern ein Überschuß von 424 Mill. DM. Im Gesamtjahr 1984 hatte der Automobilkonzern einen Gewinn von 228 Mill. DM ausgewiesen. Maßgeblichen Anteil daran hat die AG, deren Überschuß bis September 314 Mill. DM erreichte. Eine Dividendenprognose gibt der Vorstand nicht. Für 1984 hatte VW 5 DM ausgeschüttet. Beobachter rechnen für das laufende Jahr mit einer deutlichen Aufstockung.

Im Berichtszeitraum erhöhte sich der Konzernabsatz um 13,6 Prozent auf 1,744 (1,534) Millionen Fahrzeuge. Im Gegensatz zur Konkurrenz wurden auch im Inland mehr VW- und Audi-Fahrzeuge abgesetzt als in der gleichen Vorjahreszeit (plus 3,8 Prozent auf 525 000 Wagen).

Die Auslieferungen an Kunden erhöhten sich um 11,4 Prozent auf 1,8 Millionen Fahrzeuge. Damit erreicht der VW-Konzern bei den Zulassungen zum ersten Mal die Spitzenposition in Europa auf dem Pkw-Sektor. Auf den europäischen Volumenmärkten lieferte VW deutlich mehr Fahrzeuge als in der Bundesrepublik aus. Besonders erfolgreich seien dabei die Verkäufe in Italien gewesen.

Auch in Nordamerika seien kräftige Zuwachsraten erzielt worden. Ein leichtes Plus ergab sich in Brasilien, während die Auslieferungen in Mexiko nahezu konstant blieben. Der Verkaufsrückstand in Südafrika hielt demgegenüber weiter an. Die Konzernproduktion nahm um 14,8 Prozent auf 1,76 Millionen Wagen zu; der Anstieg im Inland betrug sogar 17,6 Prozent (1,21 Millionen Wagen).

Um 19,3 Prozent auf 38,6 (32,4) Mrd. DM stieg der Konzernumsatz. Die Investitionen erreichten im Berichtszeitraum 4,66 (3,42) Mrd. DM. Ende September beschäftigte der Konzern 255 000 (238 000) Mitarbeiter, davon 167 000 (160 000) im Inland. In der Bilanz fällt vor allem der starke Anstieg der flüssigen Mittel (8,59 nach 6,84 Mrd. DM) ins Auge.

HAMMER BANK / Ermittlungen gegen Beamten der Berliner Bankenaufsicht

Finanz-Skandal zieht immer größere Kreise

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im Skandal um den Beinahe-Zusammenbruch der genossenschaftlichen Hammer Bank, Hamm/Westfalen, ist auch nach zwei Verurteilungen des früheren Vorstandsvorsitzenden Paul Schulte (51) wegen fortgesetzter Untreue in Tateinheit mit Betrug und wegen Untreue zu mehrjährigen Haftstrafen noch kein Ende abzusehen.

Gegenwärtig ermittelt die Bochumer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in mindestens vier Fällen wegen des Verdachts auf Beihilfe zu Untreue und Betrug. Wie die Staatsanwaltschaft gegenüber der WELT bestätigte, ist auch ein Beamter des Berliner Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen (BAK) davon betroffen. Ferner wird gegen den ehemaligen Leiter des Banken-Prüfdienstes beim Westfälischen Genossenschaftsverband (WGV) in Münster, Walter Rolfing (47), ermittelt, der am 16. Oktober wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr in Untersuchungshaft genommen worden war. Rolfing werden auch Verstöße gegen das Genossenschaftsgesetz vorgeworfen.

Ermittelt wird weiter gegen Mitarbeiter der Bonner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuverbund GmbH, die die Bilanzen der Hammer Bank in den Jahren 1980 bis 1983 zusammen mit Rolfing und Mitarbeitern mit dem „uneingeschränkten Prüfungsvermerk" versehen, die Testate bis 1982 jedoch später widerrufen hatten.

Ein viertes Verfahren richtete sich gegen einen früheren Verbandsdirektor. Daß es sich hierbei um den inzwischen vorzeitig in den Ruhestand getretenen Wirtschaftsprüfer Hans Pauli handeln soll, wurde nicht bestätigt.

Rolfing war seit 1972 im WGV, der zuständigen Prüfungsorganisation für genossenschaftliche Unternehmungen im westfälische Raum, als Vorgesetzter von rund 100 Bankprüfern tätig. Zu seinem Prüfungskreis gehörte auch die Hammer Bank, bei der in den Jahren vor 1984 für eine Anzahl von genossenschaftlich untypischen Krediten (u. a. Immobilien auf Teneriffa) die notwendigen Sicherheiten zu hoch angesetzt worden sind und für die dann bei Aufdekkung des „zu großen Kreditrades" des Bank-Chefs Schulte ein Sanierungsbedarf von rund 500 Mill. DM entdeckt worden war.

Für diese Summe mußte der Sicherungsfonds der deutschen Genossenschaftsbanken herhalten. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Hammer Bank wurden ausgewechselt. Jetzt wird auch nicht mehr ausgeschlossen, daß der Kreis der „Ermittlungsaspiranten" noch größer werden könnte. Nach zwei einstweilig abgeschlossenen Prozessen erwartet Ex-Banker Schulte noch zwei weitere. Im gleichen Zusammenhang befinden sich zwei leitende Bank-Mitarbeiter in Untersuchungshaft.

Wilkens Ayer: Neue Agentur-Gruppe

dfh. Hamburg

Eine „Elefantenhochzeit" unter Werbeagenturen wurde gestern in Hamburg bekanntgegeben. Danach schließen sich die Agenturen der Wilkens-Gruppe und die der Copartner-Gruppe in Deutschland zusammen und werden Mitglied des internationalen Netzes von N W Ayer. Die so entstehende (deutsche) Agenturgruppe Wilkens Ayer verfügt über einen Gesamtumsatz von rund 230 Mill. DM. Sie besteht aus mehreren unabhängig operierenden Agenturen.

Die Agentur N W Ayer, die bereits bei Copartner beteiligt ist, wird als Partner der neuen Agenturgruppe einen Anteil von etwa 40 Prozent halten. Die restlichen rund 60 Prozent liegen bei den bisherigen deutschen Gesellschaftern von Wilkens und Copartner. W. Harry Wilkens, der Chairman der deutschen Gruppe sein wird, sagte zu der neuen Partnerschaft: „Wir haben Grund, uns über diese Entwicklung zu freuen." Man werde in Deutschland erheblich an Substanz gewinnen.

Gerhard Struck, geschäftsführender Gesellschafter von Copartner Ayer, unterstrich die beachtliche Größenordnung der neuen Agenturgruppe. „Diese Tatsache jedoch wird uns nicht ablenken von der Erkenntnis, daß Größe für sich allein noch kein Wert ist. Sie ist allerdings eine gute Voraussetzung, um sich auf die wachsenden Anforderungen an das innovative und kreative Agenturpotential einzustellen." Das Problemniveau in Marketing und Werbung werde immer höher. Da sei es gut, wenn eine Agentur über viele Erfahrungen und ein großes Spektrum von Talenten verfüge.

Die Leitung der Gruppe wird in Zukunft bei W. Harry Wilkens (Chairman), Fritz Honold (Planung), Günter Komp (Beratung) und Herbert Stegen (Finanzen) liegen. Sprecher der Wilkens Ayer GmbH, Agentur Hamburg, wird Bernd Eistrup sein. Im Jahre 1984 betrug das Umsatzvolumen von Ayer in den USA 752 Mill. Dollar und weltweit 945 Mill. Dollar.

Neue Regelung beim Konzernabschluß

Stü. Bonn

Der Rechtsausschuß des Bundestages ist bei der abschließenden Beratung des Bilanzrichtliniengesetzes in der Frage des Konzernabschlusses den Vorstellungen der Wirtschaftsverbände nicht gefolgt. Nach neuem Recht müssen Konzerne, deren Mutter eine Kapitalgesellschaft ist, eine Weltbilanz vorlegen, in die alle Töchter unter einheitlicher Leitung oder in Mehrheitsbesitz einzubeziehen sind.

Der ursprüngliche Entwurf des neuen Handelsgesetzbuches sah vor, daß bei Vorlage eines „befreienden Konzernabschlusses" und vollständiger Haftungsübernahme durch die Mutter die Abschlüsse der Tochtergesellschaften nicht veröffentlicht zu werden brauchten. Diese Erleichterung wurde jetzt gestrichen. Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) sind davon allein rund 80 000 GmbHs betroffen. „Gerade die aus steuerlichen und organisatorischen Gründen häufig erfolgte Ausgliederung von Teilaufgaben auf eine Produktions- oder Vertriebsgesellschaft führt zu zusätzlicher Publizität dieser Unternehmen," heißt es in einer Stellungnahme der Wirtschaftsverbände. Nach Angaben des Rechtsausschuß-Vorsitzenden Herbert Helmrich (CDU) wären von 320 000 GmbHs insgesamt aber nur 20 000 bis 40 000 GmbHs in den Genuß dieser Erleichterung gekommen. „Es wäre eine Wettbewerbsverzerrung, wenn eine alleinstehende GmbH publizieren müßte, ein konzernabhängiger Konkurrent dagegen nicht", verteidigte Helmrich gegenüber der WELT die geplante Regelung.

„Erfreulich" nannte es Helmrich, daß die Neufassung der Prüfungsberechtigung auf Verständnis stoße. Der CDU-Politiker erwartet, daß 5 000 Steuerberater die Möglichkeit der Übergangsprüfung zum vereidigten Buchprüfer nutzen werden.

Das Bilanzrichtlinien-Gesetz soll Anfang Dezember vom Bundestag verabschiedet werden und am 1. Januar 1986 in Kraft treten.

NAMEN

Hans Fluri (33), wurde für den Bereich Finanzen und Informationsverarbeitung, und **Lauro Peuckert** (40), für den Bereich Operations, zu stellvertretenden Geschäftsführern der Philip Morris GmbH, München, ernannt.

Hans Keesenberg, Geschäftsführer der Maschinenfabrik F.H. Schule GmbH, Hamburg, wurde Vorsitzenden der neuen Fachabteilung „Grundnahrungs- und Futtermitteltechnik" im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA), Frankfurt.

Werner Abbenseth, Direktor der Hapag-Lloyd AG, Hamburg, tritt zum Jahresende in den Ruhestand.

Kurt Christian Zinkann, Seniorchef der Miele u. Cie, Gütersloh, ist am 12. November im Alter von 81 Jahren gestorben.

BERGBAU UND ENERGIE / Führungskräfte tagen – Plädoyer für Schnellen Brüter

Sprecherausschüsse wieder ein Thema

HANS BAUMANN, Essen

Der Jahrestag '85 des Verbandes der Führungskräfte in Bergbau und Energie (VDF) heute in Essen steht unter optimistischen Vorzeichen: Die Zahl der Mitglieder steigt, und die gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen der Leitenden zur Wahrnehmung ihrer Interessen in den Betrieben und zur Artikulierung ihrer öffentlichen Meinung ist vom 1. Januar 1987 an in Sicht.

Eineinhalb Jahrzehnte haben die Leitenden um eine rechtssichere und handhabbare Abgrenzung zu den Betriebsräten gerungen. Immerhin hatte schon 1971 die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Gesetzgebungsverfahren zum Betriebsverfassungsgesetz die gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen der Leitenden gefordert. Jetzt ist der Sieg in Sicht.

Vier Beschlußpapiere werden dem Verbandstag mit rund 350 Delegierten (von 7000 Mitgliedern, die zu den rund 42 000 Mitgliedern der Union der Leitenden Angestellten (ULA) gehören) zur Abstimmung vorgelegt. Aktuellstes Papier wird der Beschluß der Delegierten sein, keine Tarifierung der Anpassung an den Tarifabschluß im Steinkohlenbergbau hinzunehmen, der steigend bis 1989 acht Feierschichten im Jahr vorsieht.

Freizeitausgleich gefordert

Die Leitenden halten fest, daß für sie keine feste Arbeitszeit gelten könne, daß zur Sicherung der Aufsichtsdichte nach dem Bergrecht auch keine Freischicht „verordnet" werden könne. Darum fordern die Leitenden einen „Freizeitausgleich", der sich an den Gegebenheiten des jeweiligen Betriebs orientiert.

Mit der Ruhrkohle AG ist in diesen Tagen bereits Übereinkunft erzielt worden. Die Leitenden erhalten 1986 und 1987 jeweils zwei Tage Freizeit als Teiläquivalent für die tariflich beschlossenen Freischichten. In diesen beiden Jahren sollen Erfahrungen mit Freischichten für Führungskräfte gesammelt werden. Diese Vereinbarung bei der Ruhrkohle könnte beispielhaft für andere Bergbaureviere sein für die Durchsetzung der Philosophie: flexiblen Freizeitausgleich mit Vorrang vor Entgelt.

Die drei anderen Beschlußpapiere beschäftigen sich mit Fragen der Energiepolitik. So soll die Genugtuung der Leitenden über die Verlängerung des Hüttenvertrages zwischen Stahlindustrie, Steinkohlenbergbau und öffentlicher Hand dokumentiert werden. Formuliert wird auch, daß eine Streichung der Subventionen einen erheblichen Rückgang des Kokskohlenexport bedeuten könnte. Trotz Förderanpassung müßten dann weitere Zechen geschlossen werden.

Der Verbandstag wird die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auffordern, die noch ausstehenden Genehmigungen für die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar (SNR 300) „unverzüglich und ohne formalistische Hindernisse auszufertigen". Die Leitenden begründen diese Forderung damit, daß die „von einem Teil der SPD und der Grünen" aufgestellte Behauptung, die Brütertechnologie wäre überholt, falsch sei, wie die Brüterprogramme aller namhaften Industrienationen der Welt bewiesen. Die Sicherung der Versorgung mit Kernbrennstoffen sei langfristig unverzichtbar für eine preisgünstige, umwelt- und resourcenschonende Erzeugung von Grundlaststrom. Die bisher anfallenden „enormen Kosten" für den SNR 300 seien keineswegs kennzeichnend für die Brütertechnologie, sondern „eher für deren politische Behandlung in unserem Land", sagen die Leitenden, und: „Eine Politik, die der Schaffung von Arbeitsplätzen das Wort redet, ist unvereinbar mit dem Ausstieg aus einer Spitzentechnologie."

Endlagerung diskutiert

Bundesregierung und Länderbehörden werden aufgefordert, die Zwischenlagerung und Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen und die erforderlichen Anlagen in der Bundesrepublik nach Kräften zu fördern und nicht „einseitig die direkte Endlagerung vorzuschreiben".

Der Verbandstag wird auf die Diskrepanz hinweisen, daß für relativ geringwertige Reststoffe, wie etwa Gips aus der Rauchgasentschwefelung, verschärfte Verwertungsvorschriften – ohne Rücksicht auf entstehende Mehrkosten – gesetzlich verankert werden sollen. Andererseits jedoch solle die Ausnutzung hochwertiger radioaktiver Brennstoffe qua Gesetz drastisch veringert werden, wobei sich gleichzeitig die Menge der zu entsorgenden Rohstoffe vervielfache.

Am Verbandstag wird in Kassel auch das Bundesarbeitsgericht zusammentreten. Hier soll entschieden werden, wer künftig qua Gesetz in die Sprecherausschüsse gewählt werden kann und wer wahlberechtigt sein wird. Die Leitenden gehen davon aus, daß Kassel sich an der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts von 1974 orientieren wird. Damals entschied das Gericht, daß auch der Grubenfahrsteiger zu den Leitenden zählt.

MAN / Die dividendenlose Zeit ist überwunden

Gewinnzone wieder erreicht

sz. München

Jetzt steht es fest: Die dividendenlose Zeit bei der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg, ist vorüber. Die Verwaltung wird der Hauptversammlung am 7. Februar 1986 vorschlagen, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) eine Dividende von zwei DM je Stamm- und Vorzugsaktie *auf das Grundkapital* von insgesamt 429,6 Mill. DM auszuschütten. Außerdem wird, wie das Unternehmen gestern nach der Aufsichtsratssitzung mitteilte, den Vorzugsaktionären für die Geschäftsjahre 1982/83 und 1983/84 satzungsgemäß die garantierte *Ausschüttung* von jeweils zwei DM nachgezahlt.

Daß für 1984/85 ein Jahresüberschuß von 407,5 Mill. DM ausgewiesen werden kann, von dem 357 Mill. DM den Rücklagen zugeführt werden sollen, ist nach Angaben des Vorstands zum einen darauf zurückzuführen, daß sich die Produktivität des Unternehmens deutlich verbessert hat. Damit sei es MAN gelungen, „aus *eigener Kraft wieder* ein *positives* Ergebnis zu erwirtschaften". Zum anderen habe aber auch der Verkauf der MTU-Anteile an Daimler-Benz einen erheblichen Ertrag gebracht. Dieser *Mittelzufluß* erlaube eine *Anhebung* des Eigenkapitals auf 1,256 (0,881) Mill. DM; ein höheres Niveau als vor den Verlustjahren.

Im Geschäftsjahr 1984/85 hat die neustrukturierte MAN-Gruppe ein Umsatzplus (vergleichbar gemacht) von *1,6 Prozent* auf rund *7,27 Mrd.* DM erreicht. Davon entfielen auf die AG 4,98 Mrd. DM (minus 2,1 Prozent). Die in den vergangenen Geschäftsjahren eingeleiteten Maßnahmen zur Neustrukturierung und zur Kapazitätsanpassung seien, wie es heißt, *planmäßig fortgesetzt* worden. Gestiegene Auftragseingänge, insbesondere aus dem Ausland, hätten in „nahezu allen Bereichen" zu einer vollen Auslastung der reduzierten Kapazitäten geführt.

Aufgrund der verbesserten Gesamtsituation hat das Unternehmen, so der Vorstand, nun „neuen Bewegungsspielraum gewonnen". Insbesondere könnten damit jetzt die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie die Investitionen erheblich verstärkt werden.

CARL ZEISS / Gute Trefferquote bei Neuentwicklungen – Wachstum über Durchschnitt

„Wir sehen eine ganze Menge Licht"

WERNER NEITZEL, Oberkochen

„Wir haben eine sehr gute Trefferquote bei Neuentwicklungen." Mit dieser Feststellung begründet Horst Skoludek, Vorstandssprecher der Firma Carl Zeiss, Oberkochen, die ungebrochen starke Wachstumskraft dieses namhaften Unternehmens der optischen Industrie. Zu den erfolgversprechenden Neuheiten zählen beispielsweise neue Elektronik-Mikroskope oder auch Lasergeräte (beispielsweise für medizinische Anwendungszwecke). Als weitere Gründe für das weltweit sehr erfolgreiche Abschneiden der Zeiss-Gruppe nennt Skoludek das freundliche Konjunkturklima in den wichtigsten Abnehmerländern, den hohen Dollar- und Yen-Kurs, die geringe Inflationsrate im Inland sowie die in jüngster Zeit auf dem Binnenmarkt zunehmende Investitionsbereitschaft.

Der Umsatz der Zeiss-Gruppe hat im Geschäftsjahr 1984/85 um 11 Prozent auf 2009 Mill. DM zugenommen und damit erstmals die 2-Milliarden-Marke übersprungen. Das Stammhaus Carl Zeiss, das vor nunmehr 40 Jahren nach der Evakuierung der Führungskräfte des Jenaer Traditionsunternehmens in Oberkochen entstand, steigerte seinen Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr sogar um 14 Prozent auf 1,198 Mrd. DM. Davon entfallen lediglich knapp 3 Prozent auf Preiserhöhungen.

Da die gesamte Branche der Feinmechanik und Optik in der Bundesrepublik im ersten Halbjahr den Umsatz um 12 Prozent ausweitete, Carl Zeiss aber in dieser Zeitspanne auf eine Zuwachsrate von 20 Prozent kam, bedeutet dies eine Ausweitung der Marktposition dieses Unternehmens. Beim Export *hat* Zeiss wie die übrige Branche ein Wachstum von 20 Prozent vorgelegt.

Der Auftragseingang hat sich im Berichtsjahr bei Carl Zeiss um 20 Prozent auf 1,28 Mrd. DM erhöht, der Auftragsbestand vergrößerte sich um 9 Prozent auf 1,15 Mrd. *DM*. Das vorhandene Auftragspolster im Instrumentenbereich hat eine Reichweite von 7 Monaten im Durchschnitt, beim längerfristigen Projektgeschäft reichen die vorhandenen Aufträge zum Teil bis 1990. Skoludek: „Wir sehen *im Moment eine ganze Menge Licht.*"

So gesehen seien die Aussichten auch für das neue Gschäftsjahr gut. Von der modernen Hochleistungsoptik, vor allem in Verbindung mit Präzisionsmechanik und anspruchsvoller Elektronik, gingen starke Impulse aus. So hat *Zeiss* zum Beispiel im Projektgeschäft, in dem im Berichtsjahr Zusatzverträge zum Sonnensimulator und Röntgensatelliten sowie Eso-Aufträge für die Optik-Bearbeitung eines 3,5-m-Spiegels und eine Studie über die Herstellbarkeit von 8-m-Spiegeln hereingeholt wurden, in den letzten Tagen spektakuläre Aufträge für Großplanetarien aus Dänemark und den USA erhalten.

Während *Zeiss* in der *Sparte* der geodätischen Vermessungsgeräte die unbefriedigende Baukonjunktur zu spüren bekam, verbuchte man beispielsweise bei Geräten für die Luftbildvermessung hohe Zuwachsraten. Auch das Geschäft mit Koordinaten-Meßgeräten für die Industrie entwikkelte sich überdurchschnittlich. Ähnliches gilt für die Sparte der Spezialobjektive (für die Halbleiter-Produktion). Starke Dynamik entfaltete der Sektor der Elektronenmikroskopie mit den vielen mikroanalytischen Anwendungsmöglichkeiten oder die Laserchirurgie. *Das Geschäft* mit Brillengläsern bewegte sich weiter auf hohem Niveau, wie auch das Fernglas- und Zielfernrohrgeschäft positiv verlief.

Aus der Sicht der regionalen Verteilung der geschäftlichen Aktivitäten haben *die Märkte in Westeuropa* (bis auf Großbritannien und Belgien) gute Resultate gebracht. In Nordamerika setzte Zeiss rund 500 Mill. DM und in Japan etwa 200 Mill. DM um. Zur Ertragsentwicklung bei Zeiss meinte Skoludek lakonisch, sie sei „gut".

Im Zusammenhang mit der überragend guten Auslastung des Unternehmens geht Zeiss stärker an einen Ausbau der Kapazitäten heran. Für das laufende Geschäftsjahr sind beim Stammhaus Investitionen von 84 (1984/85: 76) Mill. DM vorgesehen, ein etwa gleich hoher Aufwand ist bei den übrigen Unternehmen der Zeiss-Gruppe eingeplant. Zeiss beschäftigt *8400* Mitarbeiter (plus 5 Prozent), in der Gruppe sind es 15 000 Beschäftigte.

PREUSSAG / Keine ernstliche Gefährdung durch Zinnkrise

Auswirkung unübersehbar

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

In welchem Umfang der hannoversche Rohstoffkonzern Preussag AG von der Krise des internationalen Zinnmarktes betroffen sein wird, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen. Erst im kommenden Jahr, so der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Günther Saßmannshausen, werden konkrete Erkenntnisse vorliegen. Insofern ließen sich auch keine Aussagen zu den Auswirkungen auf das Jahresergebnis 1985 machen.

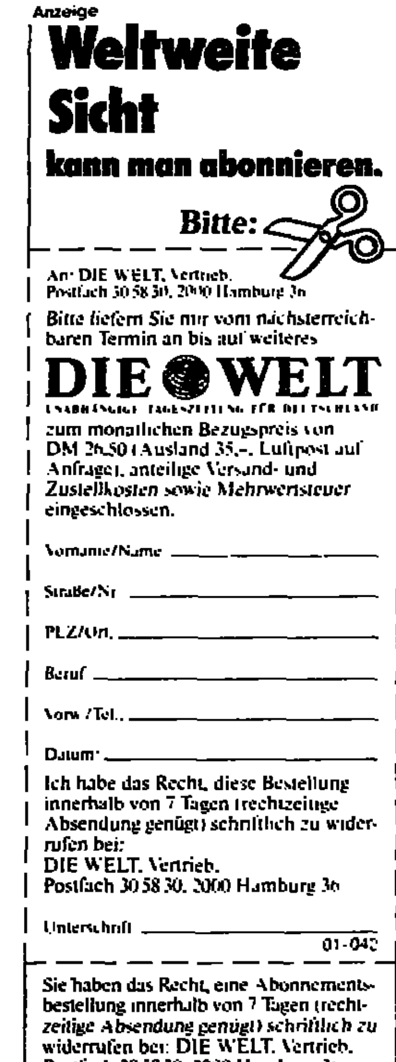
Fest stehe, daß die Ertragsentwicklung bis September „erheblichen Spielraum" lasse. Ob die Aktionäre Abstriche an der Dividende (1984: 9 DM) hinnehmen müssen, ließ Saßmannshausen offen: „Es ist keineswegs so, daß wir durch die Turbulenzen am Zinnmarkt in Bedrängnis geraten, aber betroffen sind wir schon." Es müsse davon ausgegangen werden, daß die Zinnkrise auch auf andere Rohstoffe negativ ausstrahle.

Inzwischen hat die Preussag Maßnahmen getroffen, um die finanzielle Basis der Amalgamated Metal Corporation (AMC) in London – an dieser *Gesellschaft ist die Preussag mit 86,5* Prozent beteiligt – abzusichern: Das Eigenkapital der AMC, das derzeit gut 24 Mill. Pfund beträgt, wird um bis zu 10 Mill. Pfund aufgestockt. Das Eigenkapital der AMC-Gruppe, die neben dem Rohstoffhandel an den Börsen in London und New York auch industriell tätg ist, wird auf knapp 60 Mill. Pfund beziffert. Die Kapitalerhöhung, so Saßmannshausen, stelle sicher, daß die AMC-Gruppe ihre geschäftlichen Aktivitäten fortsetzen kann.

In welcher Form eine Lösung der Zinnkrise bewerkstelligt werden kann, sei angesichts der unterschiedlichen Interessenlage der beteiligten Banken, Länderregierungen und Unternehmen noch völlig offen. Stützungskäufe in der Art, wie sie über die Institution des Bufferstock-Managers an der London Metal Exchange (LME) bislang praktiziert wurden, werde es aber mit Sicherheit nicht mehr geben. Die Zinn-Produzentenländer seien dazu nicht mehr bereit. Zunächst müsse abgewartet werden, was die Wiederaufnahme des Zinnhandels an der LME bringe. Die Preussag könne nicht daran interessiert sein, „Tiefstpreise zu etablieren", weil dies gleichbedeutend sei mit der Festschreibung der Höhe der Verluste.

Denkbar ist nach den Worten Saßmannshausens, daß sich die Produzenten auf eine Produktionsbeschränkung einigen. Vorab aber sei der Internationale Zinnrat, dem 22 *Länder* angehören, *aufgerufen*, das Problem der Altlasten zu lösen. Es sei wichtig, zur „Wiederherstellung der Vertrauensbasis" gegenüber den Schuldnerländern der Dritten Welt, aber auch gegenüber den mit Zinn handelnden Gesellschaften zu kommen.

Der Bufferstock-Manager, der am 24. Oktober seine Zahlungsunfähigkeit erklärte *und damit die Krise aus*



löste, hatte von den Zinnhändlern an der LME Kontrakte über insgesamt 52 000 Tonnen Zinn auf Termin mit Fälligkeit in den nächsten drei Monaten gezeichnet. Um diese Kontrakte zu sichern, haben 14 Händler, darunter die AMC-Tochter Amalgamated-Metal Trading (AMT), *mittlerweile* einen Beitrag von 50 Mill. Pfund geleistet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Vorstandsmitglieder

Hamburg (dpa/VWD) – Neue Vorstandsmitglieder der *Edeka Zentrale* AG, Berlin/Hamburg, sollen Klaus Bahde und Horst Neuhaus werden. Dies hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Edeka Zentrale, August Nolte, gestern in Hamburg auf einer Betriebsversammlung angekündigt. Neuhaus *ist Geschäftsführer der Edeka-Groß*handelsorganisation in Duisburg, Bahde Vorstandsmitglied des Edeka Verbands. Die neuen Vorstände werden ihr Amt zum 1. Januar 1986 antreten. Die genossenschaftliche Handelsgruppe hatte am 7. November angekündigt, daß die gesamte Führungsspitze ausgewechselt werden soll. So scheiden bei der Edeka Zentrale der Vorstandssprecher Hans-Jürgen Klußmann, sein Stellvertreter Rolf Unverzagt sowie Ulrich Schmidt und beim Edeka Verband der Direktor Helmut Stubbe aus. Ein Nachfolger von Stubbe wurde noch nicht genannt.

Mehrheit übernommen

Braunschweig (dos) – Die Schmalbach-Lubeca AG, Braunschweig, hat die Mehrheit an der Bebo-Plastik GmbH & Co. KG in Bremervörde übernommen. Bebo-Plastik befaßt sich *mit der Herstellung* tiefgezogener Kunststoffschalen und -becherverpackungen. Der Jahresumsatz liegt bei 20 Mill. DM; beschäftigt werden 150 Mitarbeiter.

Unveränderte Dividende

Aachen (VWD) – Die Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, schlägt der HV am 17. Dezember vor, *aus dem Bilanzgewinn* 1984/85 von 3,78 Mill. DM eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividende von 9 DM zu zahlen.

Coop-Börsenpläne

Frankfurt (adh.) – Die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG) will sich zum Jahresende von ihrer 39prozentigen Be*teiligung an der coop AG, Frankfurt,* trennen. Erwerber wird die BdK-Verwaltungs GmbH sein, hinter der deutsche und europäische Genossenschaften stehen. Ihre Verkaufspläne begründet die BGAG mit dem abgeschlossenen Konsolidierungsprozeß bei der coop AG. *Bei der coop*, die für das vergangene Jahr sechs Prozent Dividende zahlte, wird über eine spätere Börsennotierung der bisher nicht gehandelten Anteile nachgedacht.

Schering kauft

Berlin (tb.) – Die Schering AG, Berlin und Bergkamen, wird von der Henkel Corp. die Polymers Division und die Fine Chemicals Division, Kankakee/Illinois, übernehmen und das Geschäft in ihre US-Tochter Sherex Chemical Company, Dublin/Ohio, eingliedern. Der Umsatz in diesen beiden Bereichen betrug nach Schering-Angaben 1984 rund 80 Mill. Dollar. Polymers produziert polymere Fettsäuren und Kunstharze; Fine Chemicals Vitamin E und Stearine.

Reservekraft gestärkt

Düsseldorf (Py.) – Der führende deutsche Kreditversicherer, die Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, erwartet für 1985 wieder ein „befriedigendes Jahresergebnis". Danach werde es möglich sein, die Reservekraft des Unternehmens zu stärken und eine angemessene Dividende (1984: 14 Prozent) zu zahlen. Hermes erzielte in den ersten drei Quartalen eine Prämieneinnahme von 263 Mill. DM (plus 10 Prozent) im direkten Geschäft.

Fehrenbach zur BRZ?

München (VWD) – Karl Fehrenbach, gegenwärtig stellvertretender Vorstandsvorsitzender des genossen*schaftlichen* Handelsunternehmens Baywa AG, München, ist als künftiges Vorstandsmitglied der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank AG (BRZ), München, im Gespräch. Fehrenbach, so hieß es bei der BRZ, sei der Wunschkandidat der Genossen*schaftsorganisation*.

UNION INVESTMENT / Handfeste Indizien für eine Überhitzung ausgemacht

„Börse reif für eine Kurskorrektur"

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die deutsche Börse ist reif für eine zehn- bis 15prozentige Kurskorrektur, nachdem sich das Kursniveau seit Beginn der Hausse im August 1982 nahezu verdreifacht hat. Diese unter den überwiegend optimistisch gestimmten Börsianern nicht gerade weit verbreitete Auffassung vertritt Klaus Kirstein, der für Fondsmanagement und Research verantwortliche Geschäftsführer der von genossenschaftlichen Banken und noch einigen Privatbanken getragenen Union Investment Gesellschaft.

Der Fondsmanager sieht handfeste Indizien für eine Übertreibung und befürchtet, daß sich währungsbedingt oder wegen firmen- oder branchenspezifischer Entwicklungen nicht alle Gewinn- und Dividendenerwartungen erfüllen werden. Nach einer Korrektur der Übertreibungen bieten sich nach Kirsteins Einschätzung wieder gute Voraussetzungen für freundliche Aktienkurse.

Nach dem Motto „Geld *macht* sinnlich und viel Geld macht unersättlich" glaubt der Fondsmanager, daß die *Daimler/AEG-Transaktion* eine neue Ära deutscher Unternehmensgeschichte einleitet, in der die prall gefüllte Kasse mancher großen deutschen Gesellschaft eine Beteiligungsjagd nach amerikanischem Muster in Gang setzen wird, von dem die Börse *zumindest partiell profitieren wird.*

Auf längere Sicht werden die Börsen nach Kirsteins Überzeugung in Phasen stagnierender oder gemäßigt verlaufender Inflation genügende Eigendynamik und Schubkraft entwikkeln, so daß die Aktienindices in diesem „Jahrzehnt der Aktie" in Deutschland und in den USA in Bereiche vorstoßen, die alle bisherigen Rekorde noch weit übertreffen.

Sehr gute Aussichten räumt Kirstein der seiner Meinung nach im internationalen Vergleich zurückgebliebenen amerikanischen Börse ein, die er mit verbesserten Wachstums- und Gewinnperspektiven der US-Wirtschaft nach der Dollarkurskorrektur und der inzwischen angelaufenen Zinssenkung begründet.

Auch für amerikanische Festverzinsliche gibt sich der Investmentmanager *zuversichtlich; er rechnet im* langfristigen Bereich mit einem Zinsrückgang von gut zehn auf etwa neun Prozent und glaubt, daß der Dollarkurs nicht unter 2,45 bis 2,50 DM sinkt.

Von einer Zinssenkung in den USA müßte der Fonds Unirenta profitieren, der zu rund 75 Prozent in US-Festverzinslichen investiert ist. Auch der Unirak enthält jetzt mehr US-Renten. Dagegen wurden die Aktienanlagen durch Abbau amerikani*scher, japanischer und kanadischer* Papiere zu Gunsten inländischer Werte umgeschichtet, die mehr als 50 Prozent ausmachen, berichtete Geschäftsführungssprecher Wolfgang Deml, der wegen der positiven Einschätzung der US-Börse in den kommenden Monaten gute Ergebnisse für den zu 60 Prozent in US-Aktien investierten Uniglobal erwartet.

Zur Aktivierung des Absatzes will die Union den Bereich Anlagekonten aktivieren, die Deml den Sparern wegen der Möglichkeit kostenlosen Umschichtens von einem Fonds in andere besonders empfiehlt.

	Unifonds 1985 (30.9.)	Unifonds 1984	Unirenta 1985 (30.9.)	Unirenta 1984	Uniglobal 1985 (30.9.)	Uniglobal 1984	Unizins 1985 (30.9.)	Unizins 1984 (1.6.)
Fondsvermögen (Mill. DM)	1859,6	1596	3172,5	2740	130,2	148,0	186,0	96
Netto-Mittelzufluß (Mill. DM)	- 214,3	-135	338,2	95,9	- 12,0	3,4	72,0	–
Anteilwert (DM je Anteil)	27,13	20,41	42,23	41,03	85,49	89,44	113,62	101,32
Gesamtausschüttung (DM je Anteil)[2]	1,26	1,25	3,75	3,45	3,04	4,09	9,30	–
Wertveränderung in % einschl. letzte Aussch.[1]	+41,5	+14,0	+12,1	+15,1	+0,3	+3,8	+12,1	+4,4

[1]bei Wiederanlage der letzten Ausschüttung; [2]incl. Steuerguthaben

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Albstadt: Alfred Friederich, Ebingen; **Bad Homburg v. d. Höhe:** B. u. R. Plasner BERO-Backservice oHG, Oberursel; **Brühl:** Faßbender An- u. Vermietungsges. mbH; Immofinanz Ges. f. Haus- u. Grundstücksverwertungen u. Finanzierungsberatungen mbH; **Deggendorf:** Heinz Bachl, Bauunternehmer, Regen; **Duisburg:** HEMA Ges. f. Krankennachsorge u. Altenbetreuung mbH, Oberhausen; Janssen Spedition GmbH, Dormagen; Volker Freukes, Kunststoff u. Gummi-Vertriebs-GmbH, Mülheim; **Eckernförde:** Egon Sellmer, Kaufm., Inh. e. Busbetriebes, Waabs; **Freudenstadt:** Fehrenbacher Baubetreuungsges. mbH; **Hamburg:** KG Planbau-Nord Planungs- u. Bauträgerges. m. b. H. & Co.; **Lübeck:** Franz Arndt, Baumeister; **Neuwied:** ART-COL, Kunststoff- u. Textilvertriebsges. mbH, Vettelschoß; **Olpe:** Schmiede- u. Stanzwerk Kröger GmbH & Co. KG, Wenden-Hünsborn; **Passau:** *Nachl. d. Sieglinde Aigner*, Griesbach; **Uelzen:** Heinz Thiele – Baugeschäft GmbH, Himbergen; **Wuppertal:** Waltraud Iserhardt.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Stuttgart: BTV Bau-Treuhand- u. Verwaltungs GmbH; Johner-Bau GmbH, Nürtingen; **Wittlich:** Hans Dockter KG Maschinenbau; Dockter Fenster- u. *Fassadenbau GmbH*; **Wuppertal:** Füngers Feinkost GmbH; Hans Füngers Feinkostfabrik GmbH & Co. KG, Haan; Füngers Beteiligungsges. mbH: AFF Feinkost GmbH.

Vergleich beantragt: Kassel: MIGA Miet- u. Grundstücksges. mbH; **Siegen:** Wilh. Hees KG, Kreuztal-Fellinghausen; **Wuppertal:** SWG Solar-Wohnbau GmbH.

BREMER BÖRSE

In diesem Jahr Umsatzrekord

ww. Bremen

Die Bremer Wertpapierbörse steuert 1985 einen neuen Rekord an. Nach den Zahlen der ersten zehn Monate ist der Umsatz um 85 Prozent gestiegen. Auch diese Regionalbörse stand im Zeichen des Aktiengeschäfts, das im Volumen um 155 Prozent nach oben schnellte.

„Das Jahr 1985 wird für die Bremer Börse über alle Maßen erfreulich und erfolgreich sein", kündigte ihr Geschäftsführer Axel Schubert an. Die Umsätze der Jahre 1983 und 1984 seien schon mit Abstand die höchsten in der Nachkriegsgeschichte der Bremer Börse gewesen. „Es kommen aber immer noch nicht 60 bis 70 Prozent der Order in Bremen zum Tragen, weil sich der Markt hier nicht ausgleichen läßt", klagte Schubert. Deshalb erscheine Bremer Geschäft als Umsatz an anderen deutschen Börsen.

Das will die Bremer Börse nun aber ändern. Mit Hilfe eines dritten amtlichen Kursmaklers, der am 2. Januar 1986 seine Tätigkeit aufnimmt, soll der Markt für Bremer und nordwestdeutsche Kreditinstitute erweitert werden.

Allerdings werde dadurch ein Freimaklerwesen an der Bremer Börse nicht bedeutungslos, vielmehr zeige dies einen Weg auf, wie künftig auch Freimakler in Bremen für eine breit angelegte Kulisse sorgen könnten. Der Geschäftsführer: „Auch hier wird es neue Kooperation zwischen amtlicher Kursmaklerschaft und Freimaklerschaft geben, wir sind zuversichtlich, damit einen neuen Schritt in die richtige Richtung zu tun."

OTTO WOLFF VON AMERONGEN / Statt vom „freien" wird immer öfter vom „fairen" Handel gesprochen

Begriffswechsel Symptom für Protektionismus

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die zweite Stufe der Steuerreform sollte nach Ansicht von Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) auch unter dem Aspekt vorgezogen werden, die weltwirtschaftlichen Spannungen zu entschärfen. „Wir haben es in den letzten Jahren versäumt, uns mit den längerfristigen, grundlegenden Problemen zu beschäftigen. Und angesichts der bevorstehenden Wahlen bei uns, in den Vereinigten Staaten und in Frankreich wird sich daran wohl auch in der nächsten Zeit nichts ändern." Dieses Urteil prägt die Haltung von Otto Wolff von Amerongen, wenn er sich in einem Gespräch mit der WELT zu internationalen Fragen, zu den Beziehungen zur USA oder zum Protektionismus äußert. Zuversichtlich ist er nicht. Allerdings hält er auch nichts davon, das Ruder in der Wirtschafts- und Finanzpolitik herumzuwerfen.

Tempolimit von Nachteil

Otto Wolff geht von einer Abflachung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten aus, aber mit einer starken regionalen und sektoralen Differenzierung. „Die Aufträge für Investitionsgüter gehen flach ein."

Dagegen werde die amerikanische Automobilindustrie ihre Produktion im vierten Quartal noch einmal hochfahren. Der Trend zum größeren Wagen werde sich bis 1990 noch verstärken. Dies liege unter anderem an der fehlenden Umweltdiskussion. Und: „Die Geschwindigkeitsbegrenzung hat hier den technischen Fortschritt verhindert", betonte Otto Wolff.

Überdies sei der Kraftstoff in den USA immer noch vergleichsweise billig. Für den Weltmarkt geht er, der auch im Board von Exxon sitzt, von weiter leicht sinkenden Preisen aus.

Die konjunkturelle Situation habe die protektionistischen Tendenzen in den USA noch verschärft – „nicht so sehr der Administration, sondern der Leute, die ohnehin zum Protektionismus neigen". Verstärkt werde dies auch durch den Dollarkurs, den auch Otto Wolff immer noch für zu hoch hält. Die Interventionen an den Devisenmärkten hätten auch nur etwas Luft verschafft. Jedenfalls zeigten sich jetzt die hausgemachten Fehler. Der Dollar bleibe eben vorläufig so hart, solange die Amerikaner die Budgetfinanzierung aus dem Ausland brauchen.

Noch hat Otto Wolff „Hoffnungsschimmer", daß sich hier etwas ändern könne, „nur muß man entschlossen sein, die beiden Hauptposten – den Verteidigungsetat und die Sozialausgaben – anzugehen". Hier könnten die Amerikaner von der Bundesregierung lernen. Allerdings liege die Schwierigkeit darin, daß die Politik – „und dies gilt auch für uns" – um so populistischer werde, je näher der Wahltermin rückt (Ende nächsten Jahres sind in den USA Kongreßwahlen). Unter dem Strich rechnet Wolff daher mit einer gewissen Reflation.

Haben es damit die Freihändler in den USA nicht noch schwerer? „Mich irritiert schon, daß auch die Administration nicht mehr vom free trade, sondern vom fair trade redet. Dieser Wechsel des Wortes bedeutet eine verstärkte Tendenz zum Protektionismus", betont Otto Wolff. Und fragt nach dem internationalen Schiedsrichter, der zwischen fair und unfair unterscheiden könne. Dies könnte das Internationale Handelsabkommen (Gatt) sein. Nur: „Wer sich ein Eishockey-Match in den USA anguckt, wer richtet sich dort schon nach den Schiedsrichtern, die werden doch in die Prügelei mit einbezogen."

Sicherlich sei es unfair, wenn ins Stahlarrangement Produkte einbezogen würden, die in den USA gar nicht hergestellt werden. Dies gelte auch für Exportkredit-Subventionen. „Aber mit so allgemeinen Begriffen wie Lohn-Dumping ex Korea hat fair nichts zu tun."

Kritik an der Agrarpolitik

Leider habe sich die Situation verschärft, wie der Bandnudel-Fall zeigt, auf den die EG mit Behinderungen bei Zitrusfrüchten reagiert hat. Sinnvoller wäre es auch im Hinblick auf die EG-Agrarpolitik gewesen, wenn die Diskussion nach dem Motto geführt worden wäre: Wenn ihr bei den Subventionen und Beihilfen heruntergeht, dann machen wir jenes. „Aber so wird es wohl nicht laufen, leider."

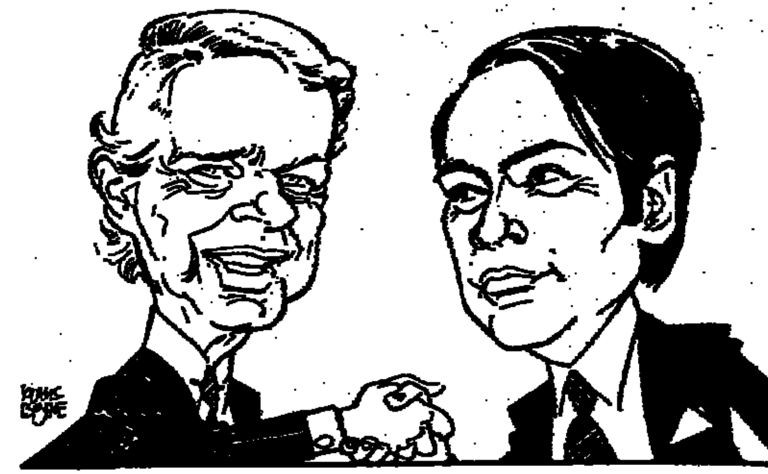
Einen Ausweg sieht Otto Wolff darin, daß auch in der Landwirtschaftspolitik die Marktverhältnisse stärker berücksichtigt werden sollten. Als Ausgleich sollten die Bauern für ihre anderen Aufgaben – wie Landschaftsschutz – direkt entschädigt werden. Für die internationalen Beziehungen wäre es tragisch, wenn auf den Nudelfall gleich der nächste folgen würde. Gäbe es die Gatt-Runde schon, so wäre diese Gefahr jedenfalls geringer. „Ich will nicht sagen, er wäre nicht passiert, aber er wäre gleich besprochen worden."

Aber Wolff glaubt nicht, daß allein schon das Ingangsetzen einer neuen Liberalisierungsrunde den protektionistischen Druck in den USA abschwächen würde („Fragen Sie mal in Texas, was Gatt ist"). Aber es würde der Administration den Widerstand erleichtern helfen.

Sollte die Bundesrepublik die Konjunktur ankurbeln, um die Importe zu fördern? Otto Wolff verweist darauf, daß jetzt auch die Binnennachfrage angesprungen ist. „Was anderes ist eine Tarifreform bei den Steuern". Otto Wolff macht keinen Hehl daraus, daß er die Reform in einem Schritt immer noch befürwortet. Er sei jedoch froh darüber, daß sich die Vorstellungen des bayerischen Finanzministers Streibl über ein leistungsgerechteres Steuersystem weitgehend mit dem decken, was der DIHT zu diesem Problem schon vorher veröffentlicht hat. Auch hier sollte man etwas mehr Mut haben. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer als Kompensation für die Einnahmeausfälle für eine Tarifreform lehnt Wolff allerdings ab. Für ein Vorziehen rät Wolff auch unter dem internationalen Aspekt: Wenn die Steuern gesenkt würden, dann könnten auch die Subventionen abgebaut werden. Damit würde der amerikanischen Kritik der Boden entzogen.

„Wir haben vielleicht in den letzten zwei Jahren manche Chance verpaßt, weil sich jeder zu sehr mit sich selber beschäftigt hat." Die Diskussion über SDI, von wie großer Bedeutung dieses Thema auch immer ist, sei zu früh gekommen. Dadurch seien Probleme verschwitzt worden, die in der Zwischenzeit auf dem Tisch lagen und von großer praktischer Bedeutung sind. Da jetzt wieder Wahlen vor der Tür stünden, werde sich daran auch kaum etwas ändern.

Generationenwechsel bei der Otto Wolff AG



Otto Wolff von Amerongen und sein Nachfolger Arend Oetker.
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Überall „gute Nummern"

„Das macht ihm so leicht keiner nach." Arend Oetker, designierter Nachfolger von Otto Wolff von Amerongen als Vorstandsvorsitzender der Wolff AG, gilt im Urteil von Wirtschaft, Verbänden und Politikern als einer der vielseitigsten deutschen Unternehmer. Der 46jährige Doktor der Betriebswirtschaft, dem es gelungen ist, die ererbte Konfitüren-Fabrik Schwartauer Werke innerhalb weniger Jahre von roten in schwarze Zahlen zu bringen, hatte sich einst zum Ziel gesetzt, die Hälfte seiner Zeit der Politik zu widmen.

Diesem Vorsatz ist der Urenkel des Bielefelder Apothekers August Oetker treu geblieben. Als Vorsitzender der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie und als Vorstandsvorsitzender der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuß ist er einer der wenigen „Zweibändermänner" in der deutschen Wirtschaft. Darüber hinaus sitzt er im Präsidium sowohl beim Bundesverband der Deutschen Industrie als auch bei der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände.

Nach außen hin trägt er leicht an diesen vielen Bürden. Oetkers freundliche und offene Art ruft beim Gegenüber sofort das Klischee vom „jungenhaften Charme" wach, doch im Grunde genommen sei er ein sehr ernsthafter Mensch, sagen seine Mitarbeiter. Einer, der sehr hart arbeitet und, wie man im Lebensmittelhandel weiß, auch zäh verhandelt. Gleichwohl hat er auch dort „eine gute Nummer".

Gelegentlich verblüfft er seine Umgebung durch persönliches Erscheinen bei Hearings, wo meist die Geschäftsführer der Verbände unter sich sind. So flog er zu einer Anhörung über Importbeschränkungen bei Süßwaren nach Washington, tauchte kürzlich im Wirtschaftsministerium auf, als es um das Gutachten der Monopolkommission ging. Trotz allem findet der Vater von drei Kindern noch Zeit, sich für die Kultur zu engagieren. Auch hier hat er zahlreiche Ämter inne. hg

Weiter in Ehren tätig

Otto Wolff von Amerongen wirkt erleichtert, nachdem jetzt sein Wechsel vom Vorstandsvorsitzenden der Otto Wolff AG auf den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden so gut wie perfekt ist. Geplant hatte Wolff diesen Schritt schon vor zwei Jahren, als er 65 Jahre alt wurde. Aber eine Schieflage seiner Firma in den USA und eine Umgestaltung des Managements verhinderten dies damals. Aber Otto Wolff hielt an „dem Gesetz, das ich mir selber gegeben habe", fest.

Ruhig wird es um Otto Wolff ohnehin nicht, der seit 1969 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) ist. Die Liste seiner Ehrenämter – die Perle ist die Mitgliedschaft im Board von Exxon – ist so lang, daß es der DIHT aufgegeben hat, stets auf dem laufenden zu sein. Und beim DIHT wird Wolff, der aus der deutschen Verbandslandschaft nicht wegzudenken ist, auch weitermachen, wohl über das Jubiläumsjahr 1986 hinaus.

Wolff, der 1957 den Vorsitz im Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft übernommen hat, hat in dieser Eigenschaft den ersten Handelsvertrag mit der Sowjetunion vorbereitet und den ersten Vertrag mit China unterschrieben.

Der 1918 in Köln geborene Otto Wolff übernahm 1940 als Soldat die Firma seines Vaters. Nach der Internierung kehrte er 1947 in das Unternehmen zurück. Es gelang ihm, eine allzu starke Zersplitterung des Handelshauses und der industriellen Beteiligungen zu verhindern und den Wiederaufbau der Gruppe voranzutreiben. 1963 wurde das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Am Grundkapital der Obergesellschaft, der Otto Wolff AG, ist Wolff mit 48,6 Prozent selbst beteiligt.

Die Gruppe hat Otto Wolff in den letzten Jahren erheblich umstrukturiert. Die Aktivitäten reichen vom Handel über die Stahlverarbeitung bis hin zum Anlagenbau. Die Gruppe besitzt auch zahlreiche Beteiligungen im Ausland. (Mk.)

Devif soll an die Unioninvest gehen

cd. Frankfurt

Die Union-Investment-Gesellschaft (Fondsvermögen 5.5 Mrd. DM), die zu rund 48 Prozent genossenschaftlichen Banken gehört, soll die Devif Deutsche Gesellschaft für investmentfonds (Fondsvermögen 115 Mill. DM), die den acht genossenschatlichen Zentralkassen gehört, übernehmen. Verhandlungen darüber können noch im Dezember zu einem Ergebnis führen.

Im Zuge dieser Fusion würde die genossenschaftliche Bankengruppe bei der Union die Kapitalmehrheit von gut 54 Prozent erreichen. Noch nicht ganz klar ist, wie die Privatbanken, denen jetzt noch 52 Prozent der Union gehören, darauf reagieren werden. Union-Geschäftsführungssprecher Deml ließ durchblicken, daß die eine oder andere Privatbank dann ausscheiden könnte. Die Genossenschaftsbanken würden das begrüßen, da sie praktisch den ganzen Fondsabsatz bestreiten und ohnehin die Kapitalmehrheit anstreben.

Es gilt jedoch als fraglich, ob Privatbanken ohne ein günstiges Übernahmeangebot aussteigen, weil sie als Gesellschafter der Union an deren Erträgen partizipieren.

BOSCH / Mit systemspezifischen Schaltungen in die Zukunft

In Halbleiter investiert

nl. Reutlingen

Dem wachsenden Einsatz elektronischer Geräte, Anlagen und Komponenten im Automobil entsprechend legt der führende Hersteller solcher Aggregate und Zulieferteile, der Stuttgarter Bosch-Konzern, auf diesem Gebiet ein beträchtliches Investitionstempo vor. Im Geschäftsbereich Halbleiter und elektronische Steuergeräte der Bosch-Gruppe, der hauptsächlich auf Werke in Reutlingen und Salzgitter konzentriert ist und etwa 4000 Mitarbeiter (davon rund 700 Techniker und Ingenieure) beschäftigt, wurden seit 1979 insgesamt 400 Mill. DM in Sachanlagen investiert, bis 1988 sind weitere 500 Mill. DM Investitionen eingeplant. Der Umsatz dieses Geschäftsbereichs hat sich von 1979 bis heute verdreifacht und wird bis 1987 voraussichtlich die Milliarden-Grenze erreichen.

In diesem Jahr wird der Geschäftsbereich nach Angaben von Bosch-Geschäftsführer Hermann Scholl auf einen Umsatz von 600 bis 700 Mill. DM kommen. Der Bedarf der Bosch-Gruppe (einschließlich Telenorma und ANT) an Halbleitern wird für 1985 mit einem Einkaufswert von 720 Mill. DM veranschlagt. Davon fertigt Bosch rund ein Drittel selbst und bezieht zwei Drittel von außen. Trotz Eigenfertigung ist die Bosch-Gruppe auf dem deutschen Halbleitermarkt einer der größten Abnehmer.

Nach weiteren Angaben Scholls verbrauche Westeuropa rund 17 Prozent der Halbleiterproduktion der westlichen Welt. Auch der Anteil Westeuropas an der Weltproduktion auf diesem Sektor bewegt sich in dieser Größenordnung. Mit von der Partie seien hierbei jedoch auch außereuropäische, insbesondere amerikanische Firmen, die in Europa produzieren.

Für die Produzenten elektronischer Geräte sei dies – so Scholl – nicht kritisch, solange es sich um Standard-Bauelemente handele, die etwa 80 Prozent des Halbleiterbedarfs ausmachten. Entscheidender sei, auf die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Industrie auf den Gebieten Telekommunikation, Unterhaltungselektronik, Industrieelektronik und auch Kfz-Elektronik hält er die Verfügbarkeit anwendungs- oder systemspezifischer integrierter Schaltungen.

KÖNIG & NEURATH / Hohe Investitionen geplant

Bürosanierung im Visier

wb. Karben

Der Büromöbel-Hersteller König & Neurath, Karben bei Frankfurt, rechnet sich gute Chancen aus, in den nächsten Jahren regelmäßig mit zweistelligen Zuwachsraten zu expandieren. Der Umsatz, der von 1975 bis 1985 von 43 Mill. DM auf 100 (90) Mill. DM gestiegen sein wird, soll bis 1990 die Zielmarke von 180 Mill. DM erreichen, so Vertriebschef Otmar Stein. Dabei setzt das 525-Mitarbeiter-Unternehmen sowohl auf neue Produktlinien als auch auf einen hohen Sanierungsbedarf in Unternehmen und Behörden: „70 Prozent aller existierenden Büros müssen als sanierungsbedürftig angesehen werden", stellt Stein dazu fest.

Immerhin gebe es heute 12 Millionen „Büromenschen" – jeder zweite Berufstätige zählt dazu, und die Tendenz steigt –, die in ihrem Arbeitsleben jeweils 80 000 Stunden an ihren Arbeitsplätzen verbringen. Die Büro-Umwelt aber sei vielfach kommunikationsfeindlich und störungsintensiv gestaltet, modernste Komunikations- und Informations-Hardware sei häufig auf „antiquiertem Mobiliar" plaziert. Bei einem Branchenumsatz von etwa 1,5 Mrd. DM würden pro Jahr und Arbeitsplatz ganze 116 Mark investiert.

Die Familien-KG, die sich in diesem Markt mit seinen rund 60 Anbietern auf dem zweiten Platz (nach Voko) sieht, hat sich systematisch auf den neuen Expansionsschub vorbereitet. Rund 20 Mill. DM wurden in den Jahren 1983 bis 1985 investiert, zunächst in die Umstellung des Maschinenparks auf leistungsfähigere, großenteils numerisch gesteuerte Anlagen, dann in die bauliche Erweiterung. Weitere 13 Mill. DM sollen 1986 und 1987 folgen.

Dank einer Umsatzrendite zwischen 5 und 8 Prozent vor Steuern in den letzten Jahren, die der Komplementär Egon König für zufriedenstellend hält, genügt auch die Eigenkapitalbasis den weiteren Wachstumsforderungen. Die Eigenkapitalquote liegt laut König bei 60 Prozent, bei einem Stammkapital von 3 Mill. DM (gehalten von König und seinem Vater) offenbar überwiegend in den Rücklagen. In den Zahlen der KG nicht enthalten ist die Schrankwand-Tochter Holzäpfel, die 1985 auf 26 Mill. DM Umsatz kommen soll.

SIEMENS

Holen Sie sich Ihren BS2000-Großrechner auf den Schreibtisch. Mit einem PC.

Er heißt PC-2000 und ist der erste Personal Computer, der mit BS2000 arbeiten kann, dem Betriebssystem der großen Siemens-Computer.

Also können Sie mit dem PC-2000 arbeiten wie mit einem großen Siemens-Computer – an Ort und Stelle: Er bringt alle BS2000-Programme auf Ihren Schreibtisch, wo sie sowohl unabhängig als auch im Datenverbund mit dem großen Siemens-Computer laufen können. Außerdem teilt ihm der große Rechner mit, was an neuen Daten eingegeben wurde. Damit können Sie sofort auf aktuelle Informationen zugreifen.

Daraus ergeben sich zwei entscheidende Vorteile.
Der erste: Das Geld, das in der BS2000-Software und der Schulung des DV-Personals steckt, zahlt sich noch besser aus. Denn beliebig viele Mitarbeiter können auf beliebig vielen PC-2000 mit beliebigen BS2000-Programmen arbeiten.

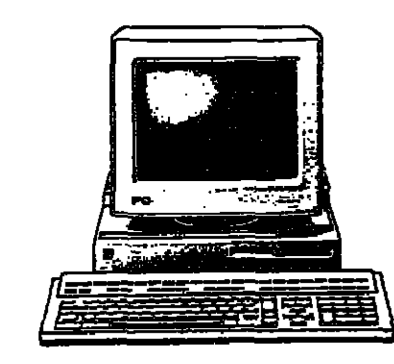
Vorteil Nummer zwei:
Der Zentralrechner hat mehr Luft für andere Aufgaben, die darum schneller gelöst werden können. Gleichzeitig muß das externe Netz weniger Daten transportieren, was wiederum die Leitungskosten senkt.

Soll der PC-2000 auch SINIX-Programme bearbeiten, läßt er sich per Tastendruck umschalten: Von BS2000 auf das Mehrplatz-Betriebssystem SINIX. Genauer gesagt, auf eins der vielen Programme, die in der SINIX-Programmbibliothek für ihn bereitstehen.

Der PC-2000 ist also ein Personal Computer, dem man ohne Übertreibung eine doppelte Intelligenz nachsagen kann.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie an: Siemens AG, Infoservice 13/1297 Postfach 156, 8510 Fürth.

Lieber gleich die Richtigen. Die Siemens PC



Rückschlag bei den Aktien

Empfindliche Kurseinbußen durch forcierte Gewinnmitnahmen

DW. – An der Mittwochbörse geriet die Mehrzahl der Standardaktien unter Druck. Ausgelöst wurde er durch eine ständig gewachsene Neigung, Kursgewinne zu realisieren. Am empfindlichsten waren die Kurseinbußen bei den in den letzten Tagen überdurchschnittlich gestiegenen Papieren. Deshalb blieben auch die Aktien der Deutschen Bank, deren Bezugsrecht und die Springer-Aktien von der plötzlich aufgetretenen Schwäche nicht verschont. Auf der anderen Seite sorgten spekulative Käufe bei BMW für einen hohen Kursanstieg.

Springer-Aktien, die am Vortag um 600 DM geschlossen hatten, gaben unter lebhaften Umsätzen bis 560 DM nach. Auch andere Börsenneulinge wie Henkel gerieten in den allgemeinen Abwärtssog. Kurseinbußen in den international bekannten Aktien wie Siemens von 10 DM und mehr blieben keine Ausnahme, zumal sich die Ausländer mit Käufen zurückhielten. Ihr Interesse scheint sich mehr auf die haussierende New Yorker Börse zu richten. Mit einem kleinen Kursgewinn warteten Lufthansa-Vorzugsaktien auf, eine Reaktion auf die bisher nur geringen Auswirkungen des ÖTV-Streiks. Großchemieaktien fielen um weitere 5-6 DM zurück. Hier werfen weiterhin die bevorstehenden Berichte über das dritte Quartal 1985 ihre Schatten voraus. Im Bankenbereich war bei der Deutschen Bank der Rückgang am ausgeprägtesten, die beiden anderen Großbanken wurden 7-8 DM zurückgenommen.

Frankfurt: IWKA erhöhten um 18 DM. Cassella gewannen 8 DM. Aesculap büßten 13 DM, Bilfinger 11 DM und Degussa 12 DM ein. Jeweils 10 DM niedriger notierten EVA und Metallgesellschaft.

Düsseldorf: Balcke Dürr verbesserten sich um 10 DM, Kochs Adler um 10 DM und Rheag um 20 DM. Sinn legten 8 DM zu. Nachgegeben haben Hochtief um 20 DM, Kabelmetal um 8 DM und Nino um 3 DM. Colonia lagen um 32 DM und Allianz Leben um 20 DM fester.

Hamburg: Beiersdorf mußten um 3 DM und Phoenix Gummi um 3,50 DM zurückgenommen werden. Hapag Lloyd gingen um 5 DM schwächer aus dem Markt. Fester verkehrten Holsten Brauerei zu 243 DM (plus 6 DM.)

Berlin: Schering büßten 14,90 DM ein. Orenstein verloren 7 DM, Berliner Bank 3 DM. Berliner Kindl notierten 3 DM fester. Die Deutsche Hypobank büßten 5 DM, Springer 30 DM ein.

München: Nachgegeben haben Agrob St. um 5 DM, AKS um 2 DM und Bay. Lloyd um 7 DM. Tucher verloren 14 DM und Wanderer 30 DM. Verbessert haben sich Electro 2000 um 10 DM und Brauhaus Coburg um 14 DM.

Stuttgart: Salamander legten 10 DM und Schwäbische Zellstoff 6 DM zu. IWKA sprangen um 17,50 DM auf 329,50 DM. Metall und Lack verbuchten einen Gewinn von 6,80 DM. Daimler verloren 30 DM und Mercedes 31,50 DM.

Nachbörse: abgeschwächt

WELT-Aktienindex: 247,81 (250,14)
WELT-Umsatzindex: 5813 (5429)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf / Frankfurt / Hamburg / München / Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Wien

Toronto

Stockholm

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

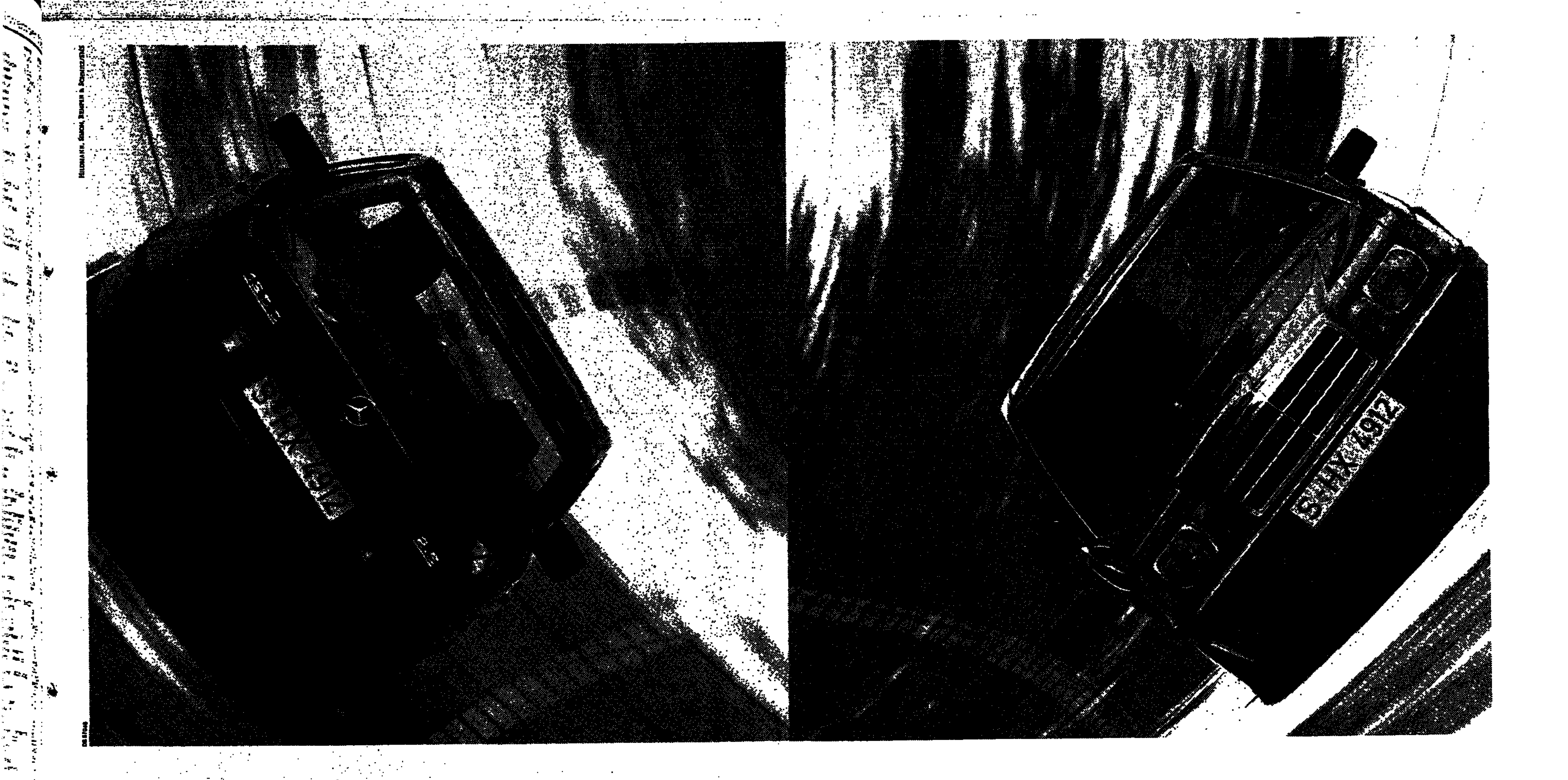
Kursgewinner:

Kursverlierer:

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten



Der Diesel. Eine rasante Entwicklung.

Es war vor fünfzig Jahren:

Daimler-Benz stellte den 260 D vor, der als erster Personenkraftwagen der Welt serienmäßig einen „Selbstzünder-Motor“ hatte.

Damit begann eine neue Ära im Automobilbau.

Mercedes-Benz-Diesel-Pkw wurden weltweit zum Inbegriff robuster, sparsamer und langlebiger Fahrzeuge. Wir haben dieses Antriebskonzept seitdem systematisch und konsequent weiterentwickelt.

Mit der neuen Diesel-Generation in der Kompaktklasse und der Mittleren Mercedes-Klasse konnten wir erneut Maßstäbe setzen.

Die neuen Diesel sind die leisesten, die es je gab. Sie haben serienmäßig eine fahrzeuggetragene Geräuschkapselung und haben sich bereits als „Flüster-Diesel“ einen Namen gemacht.

Alle Mercedes-Benz-Diesel-Pkw sind schadstoffarm und werden daher steuerlich gefördert. Da Diesel-Kraftstoff im Unterschied zum unverbleiten Benzin europaweit flächendeckend erhältlich ist, haben sich noch mehr Kunden für einen Mercedes-Benz-Diesel-Pkw entschieden.

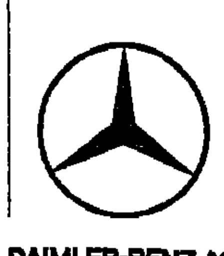
Auch in ihren Fahrleistungen und im Kraftstoffverbrauch setzen unsere Diesel-Pkw neue Maßstäbe. Sie sind temperamentvoll und dennoch wirtschaftlich.

Selbstverständlich gehören dazu auch die sprichwörtlichen Mercedes-Merkmale wie Qualität, Zuverlässigkeit und Komfort, die unsere Diesel-Pkw so attraktiv machen.

So ist es kein Wunder, daß heute rund 40% aller neu zugelassenen Mercedes-Pkw im Inland Diesel-Fahrzeuge sind.

Vor 50 Jahren haben wir den Diesel-Pkw salonfähig gemacht.

Seitdem hat er, in jeder Hinsicht, eine rasante Entwicklung genommen.



DAIMLER-BENZ AG

Renten holten auf

Als Folge der am Vortag deutlich angehobenen Kurse der US-Bonds, die nach Meinung der Experten einen weiteren Rückgang der US-Zinsen signalisieren, gab es auch am deutschen Rentenmarkt einen Umschwung. Bei den öffentlichen Anleihen wurde der größte Teil der Kurseinbußen wieder ausgeglichen. Es gab Kursanhebungen bis zu 0,78 Prozentpunkte. Der Absatz der neuen Hessenanleihen vollzieht sich unter diesen Umständen besser als zunächst angenommen worden war. Bei den DM-Auslandsanleihen zeichneten sich Kursanhebungen bis zu einem Viertelpunkt ab.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt
DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf
DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Mit Ausnahme des knapp behaupteten Kassa-Monats schloß auch Kaffee höher. Knapp behauptet ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	12.11.	11.11.
Dez.	332,00	328,75
März	335,00	334,00
Mai	314,00	314,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	geschl.	274,00
Am. Durum		270,94

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	118,10	
März	125,30	geschl.
Mai	127,00	

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	101,30	
März	102,60	geschl.
Mai	–	

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	126,75	126,75
März	135,25	135,50
Mai	139,00	139,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	237,25	237,75
März	243,75	244,50
Mai	246,75	247,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	106,60	
März	112,10	geschl.
Mai	115,30	

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	12.11.	11.11.
Dez.	157,90	184,00
März	159,00	158,40
Mai	160,60	159,95

KAKAO New York ($/t)	12.11.	11.11.
Dez.	2048	2062
März	2150	2158
Mai	2200	2209
Umsatz	2800	1594

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,49	5,50
März	6,06	6,12
Mai	6,24	6,29
Juli	6,38	6,45
Sept.	6,55	6,62
Umsatz	5080	6544

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,56	5,45

KAFFEE London (£/t) Robusta	12.11.	11.11.
Nov.	1870-1875	1795-1799
Jan.	1916–	1835–
März	1908-1910	1839-1842
Umsatz	3582	3964

KAKAO London (£/t)		
Dez.	–1633	1645-1662
März	1680-1681	1689-1691
Mai	1708-1711	1717-1718
Umsatz	2615	1858

ZUCKER London (£/t) Nr.6	12.11.	11.11.
Dez.	140,20-143,80	144,00-146,80
März	157,60-157,80	159,20-156,40
Mai	161,60-162,00	163,00-163,40
Umsatz	1615	1554

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg) schw.	13.11.	12.11.
Saraw.spez.	897,50	895,00
weiß.Saraw.	1078,00	1070,00
weiß.Munt.	1080,00	1080,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	12.11.	11.11.
Nov.	114,10	114,00
Jan.	114,25	114,50
März	114,50	114,80
Mai	114,65	114,90
Juli	114,50	114,30
Umsatz	408	358

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	12.11.	11.11.
	geschl.	45,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	geschl.	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	20,57	20,66
Jan.	20,68	20,75
März	20,97	21,10
Mai	21,28	21,45
Juli	21,55	21,65
Aug.	21,45	21,60
Sept.	21,40	21,50

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	geschl.	18,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	19,00
Choice white hog 4 % fr. F.	geschl.	12,75

TALG New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	14,50	14,50
bleichf.	14,25	14,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	46,10	47,00
Feb.	45,55	46,50
April	40,95	41,80

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	60,50	62,45
März	60,67	62,70
Mai	61,90	63,90

HÄUTE Chicago (c/lb)	12.11.	11.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	65,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	55,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	521,25	520,75
Jan.	530,50	530,00
März	540,00	540,25
Mai	546,25	547,50
Juli	551,50	552,50
Aug.	548,50	551,00
Sept.	532,00	533,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	147,90	147,70
Jan.	147,80	147,30
März	148,50	148,00
Mai	148,80	148,00
Juli	148,80	148,00
Aug.	148,00	147,00
Sept.	146,00	145,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	12.11.	11.11.
Dez.	301,70	
März	306,50	geschl.
Mai	311,50	

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	12.11.	11.11.
	geschl.	18,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	13.11.	12.11.
cif	935,00	935,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	535,00	535,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	352,50	350,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	138,00	140,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	405,00	410,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	248,00	250,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	12.11.	11.11.
Dez.	61,20	61,08
März	61,95	62,00
Mai	62,65	62,63
Juli	61,80	61,65
Okt.	55,05	54,40
Dez.	52,65	52,20

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	42,50	42,50

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.	13.11.	12.11.
Dez.	447-449	446-448
März	465-458	453
Mai	472-477	468-481
Umsatz	169	167

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	12.11.	11.11.
Dez.	51,15	
März	51,15	geschl.
Mai	51,50	
Juli	51,50	–
Umsatz	0	
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	12.11.	11.11.
Dez.	595,00-596,00	595,00-596,00
März	622,00-625,00	614,00-618,00
Mai	632,00-640,00	622,00-625,00
Umsatz	12	14

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	13.11.	12.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	12.11.	11.11.
Nov.	12481	12391
Dez.	12408	12405

KAUTSCHUK London (p/kg)	12.11.	11.11.
Nr.1 loco	56,50-59,50	56,50-59,50
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Febr.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	12.11.	11.11.
Dez.	181,50-182,50	
Jan.	183,00-184,00	geschl.
Nr. 2 Nov.	175,00-176,00	
Nr. 3 Nov.	172,50-173,50	
Nr. 4 Nov.	167,50-168,50	
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	13.11.	12.11.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13.11.	12.11.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	243,96-244,14	244,21-244,39
dritt. M.	253,25-253,43	254,61-254,99
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	105,53-106,28	103,33-103,70
dritt. M.	104,79-104,98	102,59-102,96
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1055,34-1057,20	1059,35-1061,20
dritt. M.	1064,63-1066,49	1074,21-1076,07
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	148,64-149,38	147,94-148,68
Prod.-Pr.	175,18	176,06
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	13.11.	12.11.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13.11.	12.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	366,77-369,95	363,33-366,49
BLEI in Kabeln	113,50-114,50	111,25-112,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	13.11.	12.11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	325-327	324-325
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	355-357	353-354
MS 63	346-349	344-347

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	13.11.	12.11.
Leg. 225	315	315
Leg. 226	317	317
Leg. 231	350-352	350-352
Leg. 233	360-362	360-362

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	13.11.	12.11.
PLATIN (DM/g)	30,20	29,70
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	27760	27670
Rückn.-Pr.	27010	26920
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27820	27820
Rückn.-Pr.	27100	27100
verarbeitet	29180	29190
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27280	27280
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	527,80	526,80
Rückn.-Pr.	512,00	511,10
verarbeitet	550,90	549,90

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	13.11.	12.11.
10.30	324,50	322,70
15.00	324,50	323,10
Zürich mit.	324,60-325,10	322,70-323,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	83250	83600
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	430,75	429,90
3 Mon.	442,60	441,90
6 Mon.	454,50	453,80
12 Mon.	477,70	477,10
PLATIN (£/Feinunze) London	12.11.	11.11.
fr. Markt	231,10	230,00
PALLADIUM (£/Feinunze) London	12.11.	11.11.
f. Händl.-Pr.	70,30	69,30

New Yorker Metallbörse

	12.11.	11.11.
GOLD H & H Ankauf	323,35	323,35
SILBER H & H Ankauf	608,00	608,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	332,00-334,00	332,00-334,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	98,50-99,50	98,00-99,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	614,30	607,80
Dez.	616,50	610,00
Jan.	621,20	614,70
März	629,00	622,00
Mai	638,00	632,00
Juli	646,10	649,00
Sept.	655,20	648,90
Umsatz	10000	8500

KUPFER (c/lb)	12.11.	11.11.
Nov.	60,85	60,55
Dez.	61,15	60,75
Jan.	61,55	61,10
März	62,10	61,70
Mai	62,60	62,15
Juli	63,00	62,55
Sept.	63,35	62,95
Umsatz	7500	4000

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	13.11.	12.11.
mitt. Kasse	656,50-657,00	660,00-662,00
3 Mon.	681,50-682,00	686,00-687,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	284,00-286,00	285,00-286,00
3 Mon.	282,00-282,50	283,00-283,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	966,00-967,00	957,00-957,50
3 Monate	985,50-986,00	985,00-986,00
ob. Kasse	–	969,00-970,00
3 Monate	–	992,00-992,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	948,00-950,00	948,00-950,00
3 Monate	965,00-967,00	975,00-976,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	400,00-402,00	410,00-412,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/FL)	–	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	60-65

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	12.11.	11.11.
Dez.	86,95-87,15	87,60-87,70
Jan.	87,15-87,30	87,65-87,80
Febr.	86,15-86,25	86,55-86,70
März	82,00-82,15	82,15-82,25

GASÖL – London ($/t)	12.11.	11.11.
Dez.	267,75-268,00	268,50-268,75
Jan.	264,50-264,75	264,75-265,00
Febr.	260,25-260,50	260,00-260,50
März	251,50-252,00	251,75-252,00
April	244,00-245,00	245,00-246,00
Mai	236,50-237,00	237,25-238,00
Juni	232,00-233,00	233,50-234,00
Juli	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)	12.11.	11.11.
Dez.	79,00-79,10	79,50-79,55
Jan.	77,80-77,85	77,50
Febr.	76,70	76,25
März	76,00-76,05	75,85
April	76,00-76,10	76,05-76,15

ROHÖL – New York ($/Barrel)	12.11.	11.11.
Dez.	30,80-30,84	30,68-30,70
Jan.	29,82-29,86	29,74-29,76
Febr.	29,06-29,08	28,99-29,00
März	28,37-28,38	29,36
April	27,85	27,85

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	12.11.	11.11.
Arabian Lg.	27,95	27,95
Arabian Hv.	25,60	25,60
Iran Lt.	26,95N	26,95N
Forties	29,30	29,15
N.Sea Brent	29,65	29,65
Bonny Light	29,30N	29,30N

Kartoffeln

London (£/t)	12.11.	11.11.
Febr.	72,00	67,30
April	80,60	78,10
Mai	86,30	84,10
Nov.	74,00	72,20

New York (c/lb)	12.11.	11.11.
Nov.	1,98	1,98-1,99
März	2,17	2,13-2,15
April	2,17-2,23	2,15-2,19
Mai	2,37	2,38

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	12.11.	11.11.
Nov.	145,70-145,30	142,30
Jan.	149,20-149,40	144,70-144,80
März	154,50	150,30-150,60
Mai	159,00	155,50-155,40

Devisenterminmarkt

Etwas Bewegung kam am 13. November in die US-Dollar/DM-Deports, die leicht schrumpften.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,83-0,73	2,25-2,15	4,12-3,92
Pfund/Dollar	0,40-0,38	1,25-1,22	2,22-2,17
Pfund/DM	2,80-1,40	6,90-5,50	12,3-10,9
FF/DM	20-4	46-30	92,76

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13.11.: Tagesgeld 4,50-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13.11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 50 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 13.11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13.11.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7¾-8⅛	4⅝-4¾	3¾-3⅞
3 Monate	7¾-8⅛	4⅝-4⅞	4-4¼
6 Monate	7¾-8⅛	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜
12 Monate	8-8¼	4¾-5	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 13.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13.11. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1255,00	1613,10
5 US-Dollar (Indiano)**	825,00	989,75
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	202,00	253,08
1 £ Sovereign Elizabeth II.	197,00	247,38
20 belgische Franken	150,75	200,36
10 Rubel Tscherwonez	201,25	256,79
2 südafrikanische Rand	188,75	236,84
Krüger Rand, neu	843,25	1001,21
Maple Leaf	859,75	1020,02
Platin Noble Man	889,50	1053,93
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	215,50	274,17
20 schweiz. Franken „Vreneli"	168,25	220,31
20 franz. Franken „Napoléon"	161,25	212,33
100 österr. Kronen (Neuprägung)	797,50	972,99
20 österr. Kronen (Neuprägung)	158,75	203,78
10 österr. Kronen (Neuprägung)	81,50	110,01
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	373,50	459,99
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	85,00	119,70

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,74) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,56, 2 Jahre 5,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 13.11.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,529	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	100,560	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,52	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,91	6,85
Commerzbank	100,00	22.5.95	55,10	6,45
Commerzbank	100,00	4.8.00	38,75	6,65
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	113,00	10,68
DSL-Bank R.264	937,01	2.7.90	102,38	6,48
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,72	6,48
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,90	6,98
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	103,06	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,00	7,04
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,67	6,73
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,35	7,00
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	53,19	6,83
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,86	7,13
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,75	7,08
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	53,01	6,85
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,70	6,79
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,60	6,97
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,35	7,14
WestLB 500	126,86	16.2.89	106,40	5,55
WestLB 501	137,01	16.2.90	106,85	6,01
WestLB 503	115,76	3.10.88	99,55	5,36
WestLB 504	141,85	1.10.91	99,00	6,30
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,8	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	80,50	10,24
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	54,625	10,04
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	50,50	11,40
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	53,625	10,53
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	52,75	10,52
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	54,875	9,90
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	41,50	11,10
Penney (A+)	100,00	17.2.94	42,75	10,68
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	41,00	10,81
Sears (AA)	100,00	27.5.94	42,50	10,46
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.94	45,875	9,69

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,94 (4,98)	100,1	101,0	101,9	102,8	103,8	104,7
2	5,50 (5,51)	99,1	100,9	102,6	104,4	106,3	108,1
3	6,00 (6,01)	97,1	100,0	102,4	105,1	107,8	110,4
4	6,42 (6,45)	94,8	98,2	101,7	105,1	108,5	111,9
5	6,63 (6,67)	92,9	97,0	101,1	105,3	109,4	113,5
6	6,75 (6,75)	91,2	96,0	101,2	105,5	110,3	115,1
7	6,90 (6,90)	89,2	94,6	100,6	105,4	110,8	116,2
8	7,05 (7,05)	87,5	93,2	99,7	105,1	111,0	116,9
9	7,10 (7,10)	85,8	92,3	99,4	105,2	111,7	118,1
10	7,15 (7,15)	84,4	91,3	99,0	105,2	112,2	119,1
15	7,30 (7,30)	78,7	87,6	96,5	105,4	114,2	123,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 110,386 (110,308)
Performance-Rentenindex: 230,316 (230,166)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	12. Nov.	7,09375-8,0625
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,85
	60–270 Tage	7,70
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,85
	60 Tage	7,80
	90 Tage	7,80
Certificates of Deposit	1 Monat	7,70
	2 Monate	7,70
	3 Monate	7,70
	6 Monate	7,70
	12 Monate	7,70
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,21
	26 Wochen	7,23
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,73
	30 Jahre	10,01
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	28. Okt.	611,4 Mrd $ (- 2,2 Mrd $)
NYSE-Aktienindex (New York) Dezember	114,70	114,25
März	115,70	115,25

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	12.11.	11.11.
11¼ EEC 90	104,625	104,375
10¾ EIB 93	105	102,625
11 dgl. 91	104,25	104
11¼ dgl. 90	106,125	106
11½ dgl. 95	107,625	107,5
12 dgl. 95	108,625	108,5
12½ dgl. 90	109,25	109,375
12¾ dgl. 94	112,875	112,75
13 dgl. 96	112	111,875
10¼ Wld Bk 95	99,25	98,875
10¾ dgl. 88	102,125	102,125
10¾ dgl. 90	103,875	103,625
10¾ dgl. 95	103,625	103,25
11 dgl. 92	105,875	105,75
11¼ dgl. 98	104,375	105,375
11¼ dgl. 88	104,5	104,5
11¼ dgl. 90	105,5	105,5
11½ dgl. 89	104,625	104,625
11½ dgl. 90	106,125	106
12 dgl. 95	109	108,75
12¼ dgl. 94	110,625	110,5
12¾ dgl. 94	113,25	112,875
7½ N.Zeald.89	101,375	101,5
7 Pac.Gas 94	99,375	99,75
6¾ Penney 92	97,875	98,5
6¾ Procter 92	99	99,25
6¾ Sallie 92	96,75	97,5
6¾ Sears 91	101	101,125
6¾ Swed.Ex.91	98,375	98,5
7 TRW 94	98,875	99,375
6¾ Un.Tech.92	98,5	98,75
6¾ World Bk90	98,25	98,625

Euro-Yen

	12.11.	11.11.
6¾ Al.Corp 91	98,5	98,75
5¾ ADB 88	96	96,25
7¾ dgl. 94	100,375	101,125
8¾ Austral.91	–	–
8¾ dgl. 92	–	–
7 Austria 95	98,875	99,25
6¾ Avon 91	97,75	98
7 BP 92	100,875	101,25
6¾ Danmark 92	97,625	97,875
7 Denm.Bk. 92	98,125	98,5
7 Dow Chem.94	99,5	99,875
6¾ EDF 95	98,5	98,875
6½ Eurofima86	99,5	99,5
6½ dgl. 95	95,125	95,75
6¾ dgl. 92	97,75	98,125
7¼ dgl. 94	101	101,375
6¾ Finl.Rep90	98,25	98,5
8¾ dgl. 89	–	–
6½ GMAC 90	98,75	98,625
7¼ Goodyear95	98,875	99,125
6¾ dgl. 94	97,75	98,25
7½ IADB 94	–	–
7¾ dgl. 93	–	–
6¾ ITT 92	97,875	98,125
6½ McDonal.92	98,375	98,625
7¾ N.Bruns.95	98,25	98,75
7¾ N.Zeald.90	108,25	108,625

Lux. Franc Bonds

	12.11.	11.11.
9¾ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	100,5	100,5
6¾ Axlan Dv87	97,25	97,25
10¼ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 93	101	101
10¾ Paribas87	105	105
10½ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12½ Conseil92	105	105
8 Coptel 88	98,25	98,25
8¾ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7½ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10¾ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12¾ dgl. 88	102	102
12½ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	101,5	101,5
10 dgl. 94	103,25	103,25
10½ dgl. 87	103,5	103,5
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9½ dgl. 95	102,75	102,75
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9¾ dgl. 93	102,875	102,875
10½ dgl. 94	106	106
11½ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	102,5	102,5
9¾ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9¾ Ind.B.F.95	101,5	101,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11¾ dgl. 89	103,25	103,25
8 Luxair 87	98,75	98,75
8½ dgl. 87	99	99
10½ Lux Bk.91	102,25	102,25
12½ dgl. 89	105	105
9 Met.Chim 95	99	99
12½ Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8½ dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7¾ Renault 88	96,5	96,5
9¾ Sogenal 97	107,25	107,25
8 Solvay 85	102	102
10¾ dgl. 87	–	–
10¾ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9¾ Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	–	–
9¾ WorldBk.90	102,75	102,75
10¾ dgl. 89	103,5	103,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	12.11.	11.11.
8¾ Cop City91	97	97
8¾ CCA 91	97,5	97,5
9¾ Gas d Fr86	99	99
11¾ Ned. G.88	102,5	102,5
9¾ Queb. P.94	99,75	99,75
8¾ SDR 94	98,25	98,25

RE 9 DM 2,65627

	12.11.	11.11.
7 Bass 91	90	90
8¾ Cp Cty 86	98,5	98,5
8½ Iceland 88	98	98
9¾ dgl. 86	99,5	99,5
9½ SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

	12.11.	11.11.
7 Acoba 95	90	90
7 Cop.Cty 95	92	92
7 Ind.Bk.F.93	92	92
7½ KLI 93	92	92
7¾ dgl. 95	92	92
8¾ Panama 95	90	90
7 SDR 95	90	90

ECU

	12.11.	11.11.
11¾ Aerop.95	104	104
9½ ABN 92	102,75	102,75
9¾ ANZ 92	103	103,125
10¾ Austria95	107,5	107,5
9¾ Bac.Fin 93	101,25	101,25
9 M.+Hope 92	101	100,75
10¾ Bk.Tok.91	103	102,875
10¾ dgl. 91	102,875	102,625
8¾ Bay Vbk.88	100,875	100,625
10¾ CEPME 87	101	101
11¾ dgl. 95	107	107
12¾ dgl. 90	106	106
9¾ CNT 92	105	103
9¾ dgl. 95	103	103
12 dgl. 86	99,5	99,5
12¼ dgl 89	105	105
12¾ dgl. 92	107	108
11¾ CNE 95	107	107
10¾ CECA 89	107,25	107,25
10 Chrysl.91	107,25	107,25
10¾ dgl. 93	102,375	102,25
11¼ Citycp 90	100,5	100,5
13 dgl. 89	100,5	100,5
14½ Conseil90	109	109
9¾ dgl. 92	102	102
9½ dgl. 95	102	102
11½ Cp City94	105	105
10¾ Cop Tel95	104,75	104,75
13¾ Cd.Fonc89	106,875	106,75
11¾ dgl. 96	108,375	108,5
11¾ Cred N.91	106,5	106,5
12¾ dgl. 93	107	107
10¾ Denmark91	107	107
9¾ Dresd.Bk93	102,875	102,125
12½ EDF 93	107	107
11¾ EEC 93	106	106
11¾ EEC 93	106	107
11¾ ELF Ng.88	104	104
10 Euratom 97	104,375	104,25
12½ dgl. 90	105	103
9¾ Eurofima93	102,125	102,125
11 dgl. 97	108,625	108,5
10¾ EIB 94	105	104,75
11¾ dgl. 94	110	110
11¾ dgl. 91	105	105
13¾ dgl. 89	102	107
14 dgl. 86	102	102
8¾ Fiat 90	98,875	98,75
11½ Forsm. 98	103	105
13 G d.Fr. 89	107	107
10¾ Giroz. 95	107,75	107,5
8¾ IBM 90	100,75	100,25
11½ IBD 95	105	103
12¾ Ireland91	103,5	103,5
14¾ ISPaolo88	102	102
14 IMI 89	102	107
11½ Italie 90	108,125	108,125
14 dgl. 89	107	107
11½ LTCB 90	107,625	107,5
10¾ Megal 95	103,875	103,625
13¾ Nesa 90	105	105
8¾ Okv. 93	98,75	98,75
10¾ Peugeot90	103,125	103
9 Philips 93	101,875	101,625
11¾ P.Bk. 91	106,75	106,625
11½ Queb.P.89	106,625	106,625
13¾ Queb H.89	107	107
9¾ Rabobk. 95	103,25	103,25
11¾ R.Xer. 88	104	104
9 SAS 95	99,875	99,875
11¾ SDR 90	106,5	106,5
14 dgl. 92	105	105
11¾ SNCF 94	109,25	109,125
13 Softe 87	103	103
11¾ S.Afr. 89	97	97
10¾ SATS 2000	94,75	–
10½ Spark.91	104,125	104
9 Sumitomo 95	100,375	100,25
9¾ dgl. 95	100	99,875
11 Swed.Ex.89	102	102
11¾ dgl. 95	99,5	99,5
12½ Brandt 87	105	105
9 U.B Norw 95	99,5	99,5
11¾ dgl. 90	104	104
9¾ WestLB 90	104,5	104,5
10½ dgl. 91	104	104
9¾ World Bk95	102,25	102,25
9½ dgl. 92	103	103
10¾ dgl. 89	105,5	105,575
10¾ dgl. 88	105,625	105,625
10¾ dgl. 94	107,5	107,5
11 dgl. 93	107,625	107,5

ECU-Tageswerte

	12.11.	11.11.
Dollar	0,841628	0,840735
Bfr	44,5936	44,6598
DM	2,20633	2,20819
Hfl	2,48701	2,48857
£	0,59500	0,597275
Dkr	7,98410	7,98908
FF	6,72460	6,72924
Lira	1489,68	1490,41
I-£	0,715244	0,714000
Sfr	1,81371	1,81530
öS	15,5280	15,5284
Peseta	135,771	135,568
Skr	6,63623	6,62541
Nkr	6,64086	6,63382
Kan-$	1,16187	1,15769
Esc	136,344	136,619
Fmk	4,73710	4,73502
Yen	173,123	173,065
Drachme	129,829	129,843

FINANZANZEIGE

Schleswig-Holsteinische Landschaft in Kiel
– Bekanntmachung –

Gemäß den Anleihebedingungen werden zum Nennwert zur Rückzahlung fällig:

01. 12. 85
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.
9 % Serie 85 – 325 384 – 01. 12. ganzj.
9,25 % Serie 87 – 325 386 – 01. 12. ganzj.

02. 12. 85
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.
7,5 % Serie 203 – 325 602 – 02. 12. ganzj.

16. 12. 85
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.
7,25 % Serie 208 – 325 607 – 16. 12. ganzj.

31. 12. 85
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Pfandbriefe
5,5 % Reihe 10 – 325 009 – J/J

02. 01. 86
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Pfandbriefe
7,75 % Reihe 84 – 325 083 – 02. 01. ganzj.
9 % Reihe 87 – 325 086 – 02. 01. ganzj.

15. 01. 86
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kommunalschuldv.
7 % Serie 205 – 325 604 – 15. 01. ganzj.
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kassenobligationen
5 % Ausgabe 3 – 325 902 – 15. 01. ganzj.
5 % Ausgabe 4 – 325 903 – 15. 01. ganzj.

03. 02. 86
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kassenobligationen
7 % Ausgabe 5 – 325 904 – 03. 02. ganzj.

17. 02. 86
Schleswig-Holsteinische landschaftliche Kassenobligationen
5,5 % Ausgabe 28 – 325 927 – 17. 02. ganzj.

Die Norddeutscher Kassenverein AG, Hamburg, wird ihren Kontoinhabern die fälligen Kapitalbeträge gutschreiben.

Kiel, im November 1985

Die Schleswig-Holsteinische Generallandschaftsdirektion

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 34, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Roman des Klaviers: D. Hildebrandts „Pianoforte"

Schüsse im Konzert

Natürlich ist das kein Roman. Und obwohl im Text (und im Klappentext) der Satz vom Klavier als dem „gelegentlich unheimlichen, oft auch unheimlich komischen" Helden des 19. Jahrhunderts zu lesen ist, hat der Autor, der Berliner Schriftsteller und Journalist Dieter Hildebrandt (um Himmels willen nicht zu verwechseln mit jenem anderen), es ersichtlich vor allem auf die Personen abgesehen, die sich mit diesem zum bürgerlichen Renommiermöbel avancierten Wunderwerk der Instrumententechnik herumgeschlagen haben. Immerhin, das Pianoforte dient, mal laut, mal leise, als sinnvolle Klammer sogar hinüber zu den sozialgeschichtlichen Aspekten.

Es ist ein kenntnis- und zitatenreich, amüsant und nie langweilig, allenfalls mitunter etwas zu atemlos geschriebenes Buch. Vielleicht leidet es



stellenweise – wie viele andere des Genres – auch darunter, daß es zugleich dem Kenner, dem Liebhaber und dem ahnungslos Angelockten etwas bieten will (soll). Quellennachweis und Register erfreuen.

Das Klavier, das ja laut Anton Rubinstein nicht ein, sondern hundert Instrumente in einem verkörpert, ist zwischen 1800 und 1900 der wichtigste Transporteur für den aufkommenden Individualismus in der Musik, bis es am Ende selber wieder zu einem Massenprodukt wird. Heinrich Heine spottet, an „jenem Pianoforte, dem man jetzt nirgends mehr ausweichen kann", büße die herrschende Bourgeoisie ihre Sünden. Ende des Jahrhunderts gibt es sowohl in London als auch in Berlin jeweils 175 Pianoforte-Fabriken. Die Welt, schreibt Hildebrandt, stehe inzwischen „voller Klaviere, so wie sie heute mit Autos vollsteht". Die Frage der Fuhrleute, „wo denn das Klavier abzuholen sei, hat alle Schiller-Zitate aus dem Feld geschlagen".

Zwischendurch erfährt man Historisches, Technisches, Biographisches, Anekdotisches rund um das Klavier und seine Halbgötter. Man glaubt zu hören, wie Beethovens Flügel geklungen haben mag, nachdem mehrere Tintenfässer hineingefallen waren.

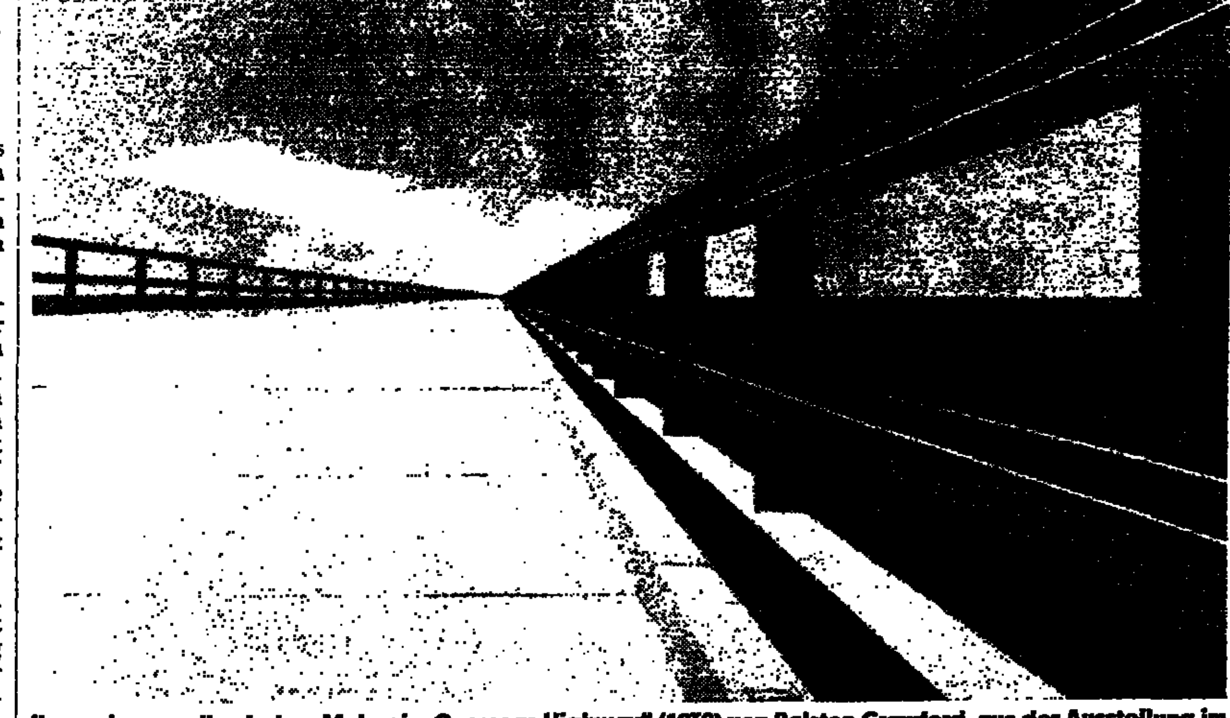
Selbst für kenntnisreiche Dilettanten dürfte neu sein, was der Autor über die Geschichte der Pedale zu erzählen weiß: Daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit bis zu acht Pedalen ein ganzes Zusatz-Tschingderassassa erzeugt wurde und daß erst etwa mit Beethovens Mondscheinsonate op. 27 Nr. 2 das heute übliche „romantische Pedal" aufgrund von Komponistenanweisungen seinen festen Platz fand.

Clara Wieck-Schumann (in diesem Buch zur Abwechslung einmal nicht nur als Opfer der Unterdrückung durch ihren Robert geschildert) war die erste, die bei Konzerten auswendig spielte, was ihr nicht nur bei Bettina von Arnim Kritik und das Mißtrauen eintrug, vielleicht doch ein wenig zu improvisieren. Daneben liest man, wie selbstquälerisch der junge Robert Schumann übte, bis er sich durch Fesselung des Mittelfingers (zwecks Erreichung größerer Unabhängigkeit vom ungehorsamen Ringfinger) vollends die Hand und die Pianistenkarriere verdorben hatte.

Daß Franz Liszt im luxuriösen Wohnwagen durch ganz Europa kutschiert wurde und binnen zehn Jahren auf die unglaubliche Zahl von etwa 3000 Konzertauftritten gekommen sein muß, daß auf den amerikanischen Tastenlöwen Louis Moreau Gottschalk auch schon mal geschossen wurde – all das ist kurzweilig und doch auch von sachlichem Interesse.

Ist das Jahrhundert des Klaviers wirklich zu Ende? Bei Hildebrandt bleibt diese Frage auf eine etwas abrupte Art unbeantwortet. Doch wenn man den einen oder anderen der kühlen Konzertsaal-Übermenschen von heute betrachtet, kommt einem das, was Heine über Liszt schrieb, eher fern und fremd vor: „Wenn er ... auf dem Pianoforte ein Gewitter spielte, sahen wir die Blitze über sein eigenes Gesicht hinzucken, wie vom Sturmwind schlotterten seine Glieder, und seine langen Haarzöpfe träufelten gleichsam vom dargestellten Platzregen." JOACHIM NEANDER

Dieter Hildebrandt: Pianoforte oder der Roman des Klaviers im 19. Jahrhundert. Carl Hanser Verlag München/Wien, 400 S., 39,80 Mark.



Ikone der amerikanischen Malerei: „Overseas Highway" (1939) von Ralston Crawford, aus der Ausstellung im New Yorker Whitney Museum FOTO: KATALOG

Das New Yorker Whitney Museum erinnert an den Maler Ralston Crawford

Eine Einladung auf das Bikini-Atoll

Die Amerikaner können derzeit, im New Yorker Whitney Museum of American Art, einen Maler wiederentdecken, den sie wohl längst schon vergessen haben. Seine letzte Retrospektive fand 1958 statt, zwanzig Jahre vor seinem Tod. Seine großen Erfolge hatte er noch früher gehabt: in den dreißiger und frühen vierziger Jahren vor allem, als einige seiner Bilder, etwa der „Overseas Highway" geradewegs zu amerikanischen Ikonen wurden. Die Rede ist von dem 1906 im kanadischen St. Catherine geborenen Ralston Crawford.

Die auf Ismen bedachten Kunstgeschichtler haben Crawfords Malerei dem „Präzisionismus" zugerechnet, den sie für Charles Demuth und Charles Sheeler als Begriff prägten. Aber das bleibt doch eine sehr äußerliche Spitzmarke. In Philadelphia, wo Crawford (wie Demuth) in der Klasse von Breckenridge lernte, war der europäische Kubismus eingebrochen und verband sich mit der Neuen Sachlichkeit. Crawfrods Gegenständlichkeit – und mit ihr sein Erfolg als Maler – wurde später verdrängt vom abstrakten Expressionismus. Die Minimalisten der Sechziger wiesen gelegentlich wieder auf Crawford hin, machten sie doch in seinen Bildern jene rationale Geometrie, plane Farbe und klare Form aus, jene Bild-Elemente also, an denen auch sie, freilich in einem neuen Kontext, interessiert waren.

Crawfords Vater war Binnenschiffer: Er schipperte mit Kohle und Getreide den St.-Lorenz-Strom zu den Great Lakes herauf und herunter. Kornspeicher, Silos, Kohlehalden, Tanks, Hafenkrane und Fabriken: Das waren Sujets, die sich Crawford schon im Kindesalter einprägten und die als Bildthemen immer wieder aus der Erinnerung empordrängten.

Manchem Maler wäre dazu sozial engagierte Malerei eingefallen – nicht Ralston Crawford. Der Mensch spielt in diesem Industrie-Ambiente überhaupt keine Rolle. Crawford malt nicht die Schattenseiten der Industrie, sondern stellt sie in frischen, klaren Farben dar, sauber und lichtdurchflutet. Mit „präzisen" Abbildern hatte das nichts zu tun: Die Wirklichkeit sah auch damals anders aus. Crawford malte die Vision eines glanzvollen Fortschritts, der dem Menschen nützlich und auch ästhetisch schön sein würde. Crawfords Malerei ist der Bild gewordene amerikanische Optimismus und Zukunftsglaube nach der überwundenen Depression. Und es ist gewiß kein Zufall, daß Crawford nach Jahrzehnten der weitgehenden Mißachtung ausgerechnet jetzt wieder vorgeführt wird, in einem Amerika, das den Glauben an sich selbst wiedergefunden hat.

Crawfords positive Attitüde, dazu seine Funktion als Wetterkartenzeichner der Air Force im Zweiten Weltkrieg, bescherten ihm die Einladung, einen Atombomben-Test auf dem Bikini-Atoll beizuwohnen und darüber malerisch zu arbeiten. „Test Able" und einige andere Werke waren das Ergebnis: Der Anblick dieser unendlichen Zerstörungskraft zerstörte vorübergehend Crawfords Vertrauen auf die Stabilität der Form. Auf Jahre hinaus malt er Gegenstände so zersplittert, das man die Bilder fast für abstrakt halten könnte. Vor allem aber: Der Optimismus ist dahin. Aus der einstigen Intensität ist die große dekorative Geste geworden. Aber auch die beherrschte Crawford souverän. (Bis 2. Feb. 1986; anschließend Washington D.C. (19.4.–1.6.), Portland, Ore. (12.7.–31.8.) und Akron, Oh. (18.9.–2.11.). REINHARD BEUTH

Das Festival zeitgenössischer Musik in Budapest

Keine radikalen Töne!

Ungarische Musik des 20. Jahrhunderts – damit verbinden sich für uns zunächst einmal die Namen Béla Bartók und Zoltán Kodály; nach dem Zweiten Weltkrieg kommen György Ligeti und allenfalls noch ein, zwei Vertreter der jüngeren Generation dazu. Viel mehr wohl nicht – allzu selten verirrt sich ein Werk, etwa von László Sáry oder von Zsolt Durkó, auf ein westdeutsches Konzertprogramm.

Jetzt war – nicht zuletzt auch für die zahlreichen Teilnehmer des zur Zeit in der Donaustadt tagenden Helsinki-Kulturforums – Gelegenheit, diesem Informationsdefizit abzuhelfen: beim Festival für zeitgenössische Musik in Budapest, das vom ungarischen Musikerverband seit 1974 alljährlich ausgerichtet wird und das für Ungarn eine ähnliche Bedeutung hat wie für die Bundesrepublik die Donaueschinger Musiktage. Etwa die Hälfte der aufgeführten Werke stammten von ungarischen Komponisten, geboten wurde ein Querschnitt durch Stile und Trends der dortigen Avantgarde.

Gelegenheit also für eine Bestandsaufnahme: Wie wird in Ungarn komponiert, was ist aktuell, wo gibt es erkennbare Unterschiede zu den westlichen Staaten? Auffallend ist zunächst: Die Komponisten der älteren, heute etwa 50jährigen Generation, die einen vergleichsweise traditionsorientierten, akademischen und manchmal ein wenig altväterlichen Schreibstil pflegen, sind stark vertreten. Sie sind sozusagen die Männer der ersten Stunde. Bis 1956, also bis zum Ungarn-Aufstand, war nämlich alles, was aus dem Westen kam, selbst Arnold Schönberg und die Wiener Schule, als dekadent verschrieen. Und diese Generation benutzte um 1960 erstmals in Ungarn die Kompositionstechniken der Nachkriegszeit – wodurch sich wohl auch ihr ungebrochen hohes Ansehen erklärt.

Heute hat sich die Situation grundlegend geändert. Es ist in Ungarn selbstverständlich geworden, daß nicht nur jede Musik komponiert werden kann, sondern auch aufgeführt und verbreitet wird. In den Schaufenstern der Notengeschäfte stehen Avantgarde-Werke aller möglichen couleurs; von den etwa 70 Platten mit ernster Musik, die jährlich in Ungarn produziert werden, sind immerhin zehn der neuen Musik gewidmet. Selbst György Ligeti, der 1956 Ungarn verließ und danach eine Zeit lang persona non grata war, ist längst rehabilitiert und war beim Budapester Festival vertreten.

Grundsätzlich ist also alles möglich in der ungarischen neuen Musik. Auch elektronische Kompositionstechniken und Modeströmungen wie etwa die amerikanische Minimal Music werden, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, aufgegriffen. Doch obwohl das kompositorische Spektrum entsprechend breit gefächert ist, ist bei vielen Vertretern auch der jüngeren Generation ein gewisser Hang zum Konservatismus und eine Abneigung gegenüber Experimenten nicht zu übersehen. Zum einen liegt das an der Ausbildungssituation, die in Ungarn eher traditionell orientiert ist. Zum anderen aber auch daran, daß viele junge Komponisten eine fast schon panische Angst davor haben, durch allzu ungewohnte und radikale Töne ihr Publikum zu verschrecken – sie schreiben deshalb oft Werke, denen ein gewisser Kompromißcharakter anzuhören ist, die zwar schön und solide komponiert sind, denen aber der letzte Nachdruck fehlt.

Natürlich soll nicht bestritten werden, daß fast alle ungarischen Komponisten, die während des Festivals aufgeführt wurden, ihr Handwerk wirklich verstehen – da wird effektbewußt und klangsinnlich komponiert, da wird geschickt instrumentiert, fast alles klingt farbig und unterhaltsam. Und natürlich ist mit einer solchen, zwangsläufig generalisierenden Aussage der Vielfalt der ungarischen Avantgarde-Szene letztlich nicht beizukommen.

Dennoch: Eingeprägt haben sich von den vielen Namen vor allem zwei – von György Ligeti und den zum Teil prominenten Komponisten anderer Nationen einmal abgesehen: György Kurtág, ein Weggefährte Ligetis, der genau das verkörpert, was bei vielen jungen Komponisten ein wenig fehlt: Emotionstiefe und Ausdrucksradikalität, die von lyrischer Zerbrechlichkeit bis zu ungezügelten Klangexplosionen reicht. Und Zoltán Jeney, dessen seltsam zerfasertes, zerrissenes Orgelstück „Soliloquium Nr. 4" die Grenzen des traditionellen Hörens gleichfalls weit hinter sich läßt, der nicht mit klassizistischer Ausgewogenheit zu tun haben will und der damit genau die Bereitschaft an den Tag legt, in klangliches Neuland vorzustoßen, die in den glatteren Werken vieler seiner Kollegen zu kurz kommt. STEPHAN HOFFMANN

Jude und deutscher Patriot: Porträt des Chemie-Nobelpreisträgers Fritz Haber

Tragödie eines großen Forschers

In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts kam es bekanntlich häufiger als heute vor, daß deutsche Wissenschaftler mit dem Nobelpreis geehrt wurden. Mancher Lebenslauf der damaligen Physiker oder Chemiker wirft aber auch ein Licht auf die Verstrickungen der Wissenschaft mit der Politik, in die ein Forscher allzu leicht geraten kann. Dem bekanntesten Beispiel dafür, dem Chemiker Fritz Haber (1868–1934), der 1918 den Nobelpreis erhielt, ist heute im Nachmittagsprogramm des ZDF eine Sendung gewidmet.

Haber hatte im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ein Verfahren entdeckt, mit dem Ammoniak aus dem Stickstoff der Luft sowie aus Wasserstoff hergestellt werden kann. Die Bedeutung dieser Entwicklung ist nur vor dem Hintergrund zu verstehen, daß Ammoniak ein wesentlicher Grundstoff für die Herstellung von Pflanzendünger, aber auch für Schießpulver und andere Sprengstoffe ist. Seit Justus von Liebig in der Mitte des 19. Jahrhunderts entdeckt hatte, daß man das Pflanzenwachstum durch Zugabe bestimmter Nährstoffe – vor allem von Stickstoff – beschleunigen kann, waren die stickstoffhaltigen Verbindungen Ammoniak (NH_3) und Salpeter (NO_3) als Basis für Düngermittel unentbehrlich für die Landwirtschaft geworden.

Vor der Entdeckung Habers mußte Deutschland den Salpeter zum größten Teil aus Chile und Peru, den einzigen Ländern, in denen er gewonnen wurde, importieren oder ihn in energiezehrenden Verfahren herstellen.

Haber fand dann in jahrelangen, zum Teil sehr grundlegenden Forschungen eine Möglichkeit, Ammoniak unter hohem Druck (200 Atmosphären) und bei Temperaturen von etwa 600° C sozusagen aus Luft und Wasser herzustellen. Entscheidend für den Durchbruch war nicht zuletzt die Entdeckung, daß die Anwesenheit bestimmter Metalle, vor allem Osmium und Uran, den Reaktionsablauf beschleunigte. Diese Arbeiten führte Haber vor allem während seiner Zeit in Karlsruhe durch, 1911 folgte er dann einem Ruf der gerade gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in das Institut für Physikalische Chemie in Berlin-Dahlem, wo er seine Forschungen fortsetzte.

Bild(n)er der Chemie – 16.04 Uhr, ZDF

Carl Bosch enwickelte die Ammoniaksynthese dann später so weiter, daß sie auch im großtechnischen Maßstab angewendet werden konnte. Dies geschah gerade noch rechtzeitig vor Beginn des Ersten Weltkrieges und ermöglichte Deutschland überhaupt erst, seine Sprengstoff- und Düngerproduktion trotz der britischen Seeblockade aufrechtzuerhalten.

Für seine Erfindung wurde Haber 1918 der Nobelpreis für Chemie zugesprochen, den er dann ein Jahr später, nach Kriegsende, entgegennahm. Diese Verleihung führte jedoch zu erbitterten weltweiten Protesten, denn Haber hatte während des Krieges in leitender Position an der Entwicklung von Kampfgasen mitgewirkt. Als glühender Patriot hatte er sich sofort in den Dienst der Kriegsmaschinerie gestellt. Auch später hat er dieses Engagement, das unzähligen Soldaten auf den Schlachtfeldern Siechtum und Tod brachte, aus nationaler Überzeugung für gerechtfertigt gehalten. Viele Kollegen in der Wissenschaft haben ihm dies immer wieder vorgehalten und sich zum Teil ganz von ihm abgewandt.

Habers Einsatz für das Kaiserreich verhinderte allerdings nicht, daß er von den Nationalsozialisten wegen seiner jüdischen Herkunft verfolgt wurde. So mußte er 1933 seine Heimat verlassen, obwohl er zu diesem Zeitpunkt bereits schwer krank war. Nur ein Jahr später starb er in der Schweiz, zu diesem Zeitpunkt schon einsam und vergessen.

Angesichts der heute wieder sehr aktuellen Frage, ob ein Wissenschaftler mitverantwortlich ist, wenn die Ergebnisse seiner Arbeit mißbraucht werden, bleibt Fritz Haber ein tragisches Beispiel dafür, wie sehr der Wissenschaftler Teil seiner Zeit und der jeweiligen Gesellschaft ist. Damit ist er auch Repräsentant bestimmter Werte, Meinungen und politischer Strömungen. Daß es Wertfreiheit in der Wissenschaft nicht geben kann, hat schon Max Weber gezeigt, hatte damit aber gleichzeitig die Forderung nach der Offenlegung solcher Beeinflussungen verbunden.

LUDWIG KÜRTEN

KRITIK

GULAG-Zeuge und Solidarność-Bekenner

Daß **Zeugen des Jahrhunderts** (ZDF), in diesem Falle der ukrainische Schriftsteller und Menschenrechtler Lew Kopelew, den interessierten Fernsehzuschauer erst kurz vor Mitternacht erreichen, ist peinlich, aber nicht neu. So ist das eben im Deutschen Fernsehen, wenn es um Menschen geht, die mehr zu sagen haben als die Sprechblasen-Helden irgendeiner süddeutschen TV-Klinik. Das Interview gab Aufschluß über den Weg eines – für die Mächtigen im Kreml – „unbequemen Humanisten".

Kopelew, als Sohn bürgerlicher Eltern 1912 in Kiew geboren, machte alle Höhen und Tiefen einer für die Sowjetunion typischen *individuellen* Entwicklung durch. Der Umgang mit der großen russischen und westlichen Literatur hatte einen Menschen geformt, der seinen humanistischen Idealen nicht nur in der Theorie folgte. Daß nach anfänglicher und forscher Begeisterung für Stalin sein Bruch mit dem Massenmörder kam, war für Kopelew das Ende seiner kommunistischen Karriere. Wegen seines Einsatzes für deutsche Gefangene wurde der Major Kopelew selbst zum Gefangenen und kam in die Todeslager des Archipel GULAG. 1953 entlassen, stand seine weitere Entwicklung ganz im Zeichen des Kampfes für die Menschenrechte. Der Preis, den er dafür zahlen mußte: Verlust der Heimat und Freunde. Wenn Kopelew von seinem Land spricht, von seinen Freunden, spürt man, daß die westliche Welt kein wirklicher Ersatz sein kann. Aber er ist in Sicherheit, kann ohne Angst schreiben, sprechen und publizieren. Eine Notwendigkeit für einen Dichter.

Leider kam in dem Gespräch ein Thema zu kurz: der Freiheitskampf des polnischen Volkes. Dieser Kampf, so Kopelew, ist die größte Hoffnung für Europa in Ost und West. „Solidarność" – „das Wort ist auch in der Sowjetunion mächtig, und daran glaube ich". Kopelew sagte das nicht nur: Ein unübersehbarer Button mit dem Schriftzug „Solidarność" leuchtete auch an diesem Abend an seinem Revers. FRIEDHELM MÄKER

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- **9.45 ZDF-Info**
- **10.00 Tagesschau und Tagesthemen**
- **10.23 Hitparade im ZDF**
- **11.10 Typisch fünfziger Jahre**
- **11.55 Umschau**
- **12.10 ZDF Magazin**
- **12.55 Presseschau**
- **13.00 Tagesschau**

ARD

- **8.55 Tagesschau**
- **8.58 Aus dem Bundestag**
- **11.55 30 Jahre Bundeswehr**
- **12.10 Regierungserklärung des Bundeskanzlers**
- **16.00 Tagesschau**
- **16.10 Ein Nest voller Spaßvögel**
- **16.55 Mission Terra (1)**
  Vierteilige Sendereihe
  Expedition zum blauen Planeten
  Am 14. November sind sie gelandet und begannen mit der Erforschung des fremden, geheimnisvollen blauen Planeten, der Erde.
- **17.25 Herr Rossi sucht das Glück**
  Zeichentrickfilm von Bruno Bozzetto
- **17.50 Tagesschau**
  Dazw. Regionalprogramme
- **20.00 Tagesschau**
- **20.15 Der Wendekanzler**
  Gesichter eines Mannes
  Beschreibungen – Begegnungen
  Für ihre neueste Dokumentation über Kanzler Helmut Kohl haben sich Werner Filmer und Heribert Schwan eine interessante Form ausgedacht, um die heftig diskutierte Person des Mannes aus Oggersheim besser ausloten zu können.
- **21.00 Ein Platz für Tiere**
  Reise in eine geheimnisvolle Sudan-Gegend
  Von und mit Prof. Bernhard Grzimek
- **21.45 Telestar**
  Verleihung des Fernsehunterhaltungspreises 1985
  Moderation: Sabine Sauer
  Regie: Martin Kliemann
  Ausschnitte einer Galaveranstaltung vom 8. November in der Meier-Halle in Köln
- **22.30 Tagesthemen**
- **23.00 Tatort**
  Haie vor Helgoland
  Kriminalfilm von Peter Hemmer mit Manfred Krug
- **0.30 Tagesschau**
- **0.35 Nachtgedanken**
  Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

- **16.00 heute**
- **16.04 Bild(n)er der Chemie**
  Luft zum Essen: Fritz Haber
  Anschl. heute-Schlagzeilen
- **16.35 Ein Fall für TKKG**
  2. Folge: Angst in der 9 A
- **17.00 heute / Aus den Ländern**
- **17.15 Tele-Illustrierte**
- **17.45 Der rosarote Panther**
  Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
  Anschl. heute-Schlagzeilen
- **18.20 Die Nervensäge**
  Die Ausreißer
  Nun ist es soweit: Katharina gibt ihrem Untermieter Willi 24 Stunden Zeit, sich eine neue Unterkunft zu suchen. Denn Willi hat wieder einmal das Einkaufsgeld beim Pferderennen verspielt ...
- **19.00 heute**
- **19.30 Dalli-Dalli**
  Spiel und Spaß
  Von und mit Hans Rosenthal
- **21.00 Kopfduell: Arbeit schaffen – aber wie?**
  Die Strategien von Kurt Biedenkopf und Wolfgang Roth
  Eine Dokumentation von Dieter Prokop
- **21.45 heute-journal**
- **22.05 Ärzte aus dem Jenseits**
  Bericht von Klaus Eckstein über paranormale Heilungen in Brasilien
  Die Geister verstorbener Ärzte kommen herab und heilen Kranke. Sie bedienen sich dazu sogenannter Medien, sensitiver Menschen, in die sie hineinschlüpfen, um Diagnosen zu stellen, Medikamente zu verschreiben und blutige Operationen auszuführen.
- **22.50 François Villon:**
  Das große Testament
  Nachdichtung von und mit Ernst Stankovski
  Villon, der sprachgewaltige französische Dichter des Mittelalters, schrieb sein „Großes Testament" 1462. Mit bösem Witz verteilt er darin seine Güter: Liebe und Haß.
  Regie: Ekkehard Böhmer



Szenen auf einen berühmten Barden: Ernst Stankovski als Villon – „Das große Testament des François Villon", 22.50 Uhr, ZDF FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST

- **18.00 Telekolleg II**
- **18.30 Die Sendung mit der Maus**
- **19.00 Aktuelle Stunde**
- **20.00 Tagesschau**
- **20.15 Ein Mordsschwindel**
  Amerikanischer Spielfilm (1937)
  Mit Carole Lombard, Fred MacMurray, John Barrymore u. a.
  Regie: Wesley Ruggles
- **21.35 Filmtip**
- **21.45 Landesspiegel**
  Brunos Bunte Bühne
  Puppen- und Menschentheater
- **22.15 Kulturszene**
- **23.00 *Subway heute: Freddy-Hubbard-Quintett***
- **0.00 Letzte Nachrichten**

NORD

- **18.00 Die Sendung mit der Maus**
- **18.30 Formel Eins**
- **19.15 Kraken, Kalmare & Co.**
- **19.45 Der Neuntöter – ein Vogel, der Geschenke macht**
- **20.00 Tagesschau**
- **20.15 Feuer und Flamme**
  Französischer Spielfilm (1981)
  Mit Yves Montand u. a.
  Regie: Jean-Paul Rappeneau
- **21.55 Vom Klang der Bilder**
- **22.40 Pat Metheny in Deutschland**
- **23.50 Nachrichten**

HESSEN

- **18.00 Die Sendung mit der Maus**
- **18.30 SFB-Computer-Club**
  Computer – doch welcher?
- **19.05 Autoreport**
- **19.20 Des Königs Dieb**
  Amerikanischer Spielfilm (1955)
  Mit David Niven u. a.
- **20.40 Kulturkalender**
- **21.15 Bild der Woche**
- **21.30 Drei aktuell**
- **21.45 Blickpunkt Ausland**
  Geschlagen in Vietnam – Das Trauma einer Weltmacht
  Bericht von Marie-Elisabeth Simmat
- **22.30 Delle und Breeton**
  Letzter Teil



SÜDWEST

- **18.00 Die Sendung mit der Maus**
- **18.30 Telekolleg II**

Nur für Baden-Württemberg:
- **19.00 Abendschau**

Nur für Rheinland-Pfalz:
- **19.00 Abendschau**

Nur für das Saarland:
- **19.00 Saar 3 regional**

Gemeinschaftsprogramm:
- **19.25 Nachrichten**
- **19.30 Der Hauptmann von Köpenick**
  Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer
- **21.35 Atelierbesuch**

Nur für Baden-Württemberg:
- **21.50 Kunststück im Dritten**
- **22.35 Nachrichten**

Nur für Rheinland-Pfalz:
- **21.50 Hassan packt die Koffer**
- **22.35 Landtag aktuell**

Nur für das Saarland:
- **21.50 Entdeckung einer Landschaft**

BAYERN

- **18.45 Rundschau**
- **19.00 Damals Tagesgespräch**
  Der Biberpelz
  Eine Diebskomödie von Gerhart Hauptmann
  Regie: John Olden
- **20.40 Z. E. N.**
- **20.45 Leopold, der Heilige**
  Landesherr und Schutzpatron
- **21.30 Rundschau**
- **21.45 American Graffiti**
  Amerikanischer Spielfilm (1973)
- **23.30 Rundschau**
- **23.35 Actualités**

SAT 1

- **13.30 Kum Kum**
  Ist Sauro ein Feigling?
- **14.00 Kung Fu**
  Caine und der Riesendiamant
- **15.00 Quips**
  Der Natur auf der Spur: Winteranfang
- **15.30 Musicbox**
- **16.30 Die Bären sind los**
  Disco-Fieber
- **17.00 Kobra, übernehmen Sie**
  Poker mit doppeltem Boden
- **18.00 Abenteuer Wildnis**
  Wunderland Godwana: Lottchen bei den Büffeln
  Oder: Regionalprogramme
- **18.30 APF blick**
  Nachrichten und Reise-Quiz
- **18.45 Roter Mohn**
  Österreichischer Spielfilm (1956)
  Mit Rudolf Prack, Hans Moser u. a.
  Regie: Franz Antel
  Anschließend: Wetter-Bericht
- **20.30 High Chaparral**
  Feuerwasser
- **21.30 APF blick**
  Aktuelles,
  Show und Künstler,
  Sport und Wetter
- **22.15 *Die Schlacht an der Neretva***
  Deutsch-jugoslawischer Spielfilm (1969)
  Mit Curd Jürgens, Barbara Bold, Sergej Bondartschuk u. a.
  Regie: Veljko Bulajic
- **0.40 APF blick**
  Letzte Nachrichten

3SAT

- **18.00 Bilder aus Deutschland**
  Höher geht's nimmer
  Grenzstation: Zugspitze
  Reportage von Roderich Frantz
  Die Zugspitze ist nicht nur Deutschlands höchster Berg, sie ist auch Grenzstation nach Österreich.
- **18.30 Sportreport**
  Nachlese: Fußball-WM-Qualifikationsspiele
- **19.00 heute**
- **19.30 Derrick**
  Ute und Manuela
  Von Herbert Reinecker
- **20.30 Rundschau**
  Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
- **21.15 Zeit im Bild 2**
- **21.35 Kulturjournal**
- **21.45 *Café Central***
  Aus dem „Café Hungaria" in Budapest
  Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

- **18.35 Komm doch mal in die Küche**
  Kulinarisches bei RTL plus
  Heute: Moderne Körnerküche
- **18.53 7 vor 7 – Newsshow**
  Nachrichten, Sport, Wetter
- **19.20 Karichen**
- **19.30 Delvecchio**
  Krimi-Serie mit Judd Hirsch.
  „Der rote Faden"
- **20.15 RTL-Spiel**
- **20.20 Filmvorschau**
- **20.30 Mein Leben hängt an einem Dollar**
  Italienischer Spielfilm (1968)
- **22.10 RTL-Spiel**
- **22.15 Peter Hofmann – Rock on classics**
- **22.55 Horoskop**
- **22.58 Betthupferl**

Die Faust aufs Auge

egw – *Wie jung muß* man eigentlich sein, um an dem verrückten Hundertwasserhaus in Wien seine Freude zu haben? Das Haus mit der bunt bemalten Fassade, mit kanariengelben, malvenroten, gritzelblauen Farbflächen, die jeweils von außen eine Wohnung innen anzeigen, damit der Mieter sich individualisiert fühlt; das Haus mit vergoldeten *Zwiebeltürmen und* wahllos verstreuten Einmannbalkönchen, im ganzen eine Walt-Disney-Burg. Man muß schon jung sein, denn die Älteren sagen ja doch nur, das sei „Kitsch as kitsch can", blamabel im Grunde und störe das Großstadtbild.

Wenn sie auch zugeben, daß die Grundidee Hundertwassers nicht von der Hand zu weisen ist: etwas Frisches, Natürliches in die Betonwüste unserer Architekturen zu bringen. Dieser Hundertwasser *meint allerdings, daß gerade Linien* „tödlich" seien, weshalb auch die Lisieren krumm verlaufen müssen. Nach ihm müssen Fußböden bucklig sein, damit die Füße ihren Tastsinn wiederfinden, was sogar von Gehbehinderten dankbar aner*kannt* würde.

Nun also, man muß jung sein, sehr jung sogar, am besten ein Kind. Das freut sich gewiß an dem Riesenspielzeug und lacht die Eltern aus, die da behaupten, Hundertwasser habe wohl eine brauchbare Vorstellung, er wolle aufwekken, die Menschen zum Nachdenken über Häuser bringen, sie aus dem Schema reißen, dazu *müsse* er eben, um überhaupt gehört zu werden, beträchtlich übers Ziel hinausschießen.

Aber das, was er da gemacht habe, erinnert halt doch an eine Faust, aufs Auge gedrückt, um Handwärme fühlbar zu machen. Respekt für eine Stadtverwaltung, die ein so kost-spieliges Objekt im Rahmen ihrer Gemeindebauten zuläßt. Solche Bravour gibt es in keinem anderen Staat, allenfalls andeutungsweise in Spanien. Nun schön. Der graue Dunst und der saure Regen werden die grellen Farben dämpfen, den provokativen Glamour abservieren; mag sein, daß da etwas von der „Idee" haftenbleibt. Wobei man von den begleitenden Philosophemen Hundertwassers tunlichst absehen wird.

Feuer und Wasser – Zum Stand der deutsch-sowjetischen Schulbuchgespräche

Liegt Hoechst an der Ruhr?

Nach Verlauf und „nützlichem" Resultat der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche in den 70er Jahren wäre es verwunderlich gewesen, hätte nicht die Sowjetunion alsbald Anstrengungen unternommen, sich das kulturpolitische Einflußinstrument *Schulbücher* in der Bundesrepublik Deutschland ihrerseits zunutze *zu machen. Tatsächlich* – die deutsch-polnischen Empfehlungen zur „Beziehungsgeschichte" und Geographie waren kaum abgeschlossen und veröffentlicht worden – da wurden Kulturfunktionäre der Bonner Sowjetbotschaft auch schon beim *deutscherseits federführenden* Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig mit entsprechenden Angeboten vorstellig. Von der hiesigen Öffentlichkeit bisher kaum beachtet, entstanden daraus schließlich, nach *einigem Tauziehen, „zunächst" Revi*sionsgespräche zu den beiderseitigen Geographie-Schulbüchern.

Auf die „nicht so problematische" Erdkunde auszuweichen, wenn sich vor dem Fach Geschichte die ideologischen Barrieren auftürmen, hat sich nach *Erfahrungsberichten der Mitar*beiter des Braunschweiger Instituts im Umgang mit Ostblock-Partnern schon wiederholt „bewährt", „um überhaupt ins Gespräch zu kommen". Die Sowjets hatten, als ihr Bonner Botschaftsrat Igor Maximi*tschew 1978 ans Werk ging,* natürlich vorrangig die Historienlehrbücher im Visier.

Mehrfache politische und fachwissenschaftliche Anläufe indes scheiterten letzten Endes am Streit um die korrekte Darstellung der historischen Tatsachen des Jahres *1939*, sprich des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August samt dem geheimen Zusatzabkommen zur (kriegsauslösenden) Teilung Polens. Den Preis für einen Tabu-Bruch umschrieb damals ein sowjetischer Gesprächsteilnehmer mit der genickschußverdächtigen Formulierung: „Darüber kommen wir physisch nicht hinweg."

Der *Leitung* des Braunschweiger Eckert-Instituts indes stand sichtlich noch der öffentliche Aufruhr vor Augen, den diese Empfehlungen (unter anderem) deshalb verursacht hatten, weil darin der 23. August 1939 gemäß moskowitischen (und regimepolnischen) Wünschen einfach nicht stattfindet. Sowohl der damalige Kuratoriumsvorsitzende des Instituts, der frühere niedersächsische Ministerpräsident Alfred Kubel (SPD) als *auch der seinerzeitige Institutsdirek*tor Prof. Karl-Ernst Jeismann (Münster) und sein beteiligter Kieler Historikerkollege Karl-Dietrich Erdmann blieben also hart.

Auch auf den sowjetischen Vorschlag, „erst einmal" mit dem frühen *Mittelalter* zu beginnen und die prekäre jüngste Geschichte aufzuschieben, ließen sie sich nicht ein. Im Anschluß versuchte man es „pragmatisch" mit ersten wechselseitigen Gutachten über vorliegende Lehrbücher. Doch geriet die Debatte darüber derart *hitzig,* daß die Moskauer Seite es schließlich im Frühjahr 1982 vorzog, Schweigen über die Sache zu breiten – und sich auf die Geographie zu verlegen. Bietet diese doch im fachlichen Ansatz die Annehmlichkeit, die Rechtmäßigkeit bestimmter Grenzziehungen und jahrzehntealter Annektionen, etwa im Baltikum, nicht eigens erörtern zu müssen.

In einem ersten Schritt wurden nun zunächst gängige Erdkundelehrbücher zur gutachtlichen Stellungnahme ausgetauscht, um „Mängelbefunde" *zu* gewinnen, *als* Arbeitsgrundlage für die inzwischen regelmäßigen Expertentreffen (deren drittes im Oktober in Moskau stattfand). Auf ein zweifaches Prüfungsziel hatte man sich zwei Jahre zuvor verständigt: „Bereinigung von sachlichen Fehlern" und „Verbesserungsvorschläge zu nicht angemessen dargestellten Themen".

Erstgenanntes bereitet geringe Probleme. Da fanden zum Beispiel die Wirtschaftsgeographen ein dankbares Betätigungsfeld, wenn etwa im sowjetischen Einheitslehrbuch für die 9. Klasse „Ökonomische Geographie des Auslandes" das Ruhrgebiet bislang als „Zentrum der chemischen Industrie" vorgestellt wurde, dagegen Leverkusen, Frankfurt-Hoechst oder Ludwigshafen höchstens am Rande erwähnt wurde. Oder wenn das wirtschaftliche Gewicht Baden-Württembergs für sowjetische Schü*ler eine völlig unbekannte Größe* blieb.

Das Eckert-Institut hat denn auch, als es die Moskauer Wissenschaftler zu Gast hatte, eine Exkursion an die Ruhr und an den Neckar gestartet, um dem Erkenntnisstand aufzuhelfen. Andererseits sahen die Sowjets sich verkannt, wenn in mehreren deutschen Lehrbüchern zahlreiche Daten- und Zahlenindexe ersichtlich noch aus den fünfziger und sechziger Jahren *stammten oder* die Autoren etwa vom energiepolitischen Gewicht des sibirischen Erdgases scheinbar noch nie etwas gehört hatten.

Schwierigkeiten dagegen macht das zweite Arbeitsziel („nicht angemessen dargestellte Themen"). Denn hier kommen ideologische Gegensätze und entsprechende politische Wertungen ins Spiel. Zwar registrieren sowjetische *Kritiker mit Genugtu*ung, wenn deutsche Schulbuchverfasser Lenins Gleichung „Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung" für das Charakteristikum schlechthin halten. Doch es sei einfach unfair, einen wirtschaftlichen *Leistungsvergleich ausgerechnet* anhand der Automobilproduktion vorzunehmen. Und die „Große Sozialistische Oktober-Revolution" als eine *Machtergreifung* zu bezeichnen oder den Anteil der Zwangsarbeit an den wirtschaftlichen Errungenschaften *darzustellen, zeuge* von „*tendenziöser* Voreingenommenheit".

Die deutsche Seite ihrerseits vermißt die Heranziehung von „Quellen, die unsere Wirklichkeit ausgewogen, angemessen und fair darstellen". Dies gelte insbesondere für unterschwellige und offene Urteile über unser Wirtschafts- und Sozialsystem, die pflichtschuldigst auf den marxistisch-leninistischen „Klassenstandpunkt" fixiert sind. Umweltschäden, zum Beispiel, erscheinen in sowjetischen Lehrbüchern als typisches Merkmal des „Kapitalismus", während aus der „DDR" oder Polen ausschließlich von Rekultivierungs*leistungen zu künden ist.*

Die Mitarbeiter des Eckert-Instituts legen Wert auf die Feststellung, sie seien *sich* jederzeit bewußt, daß sie es seitens ihres Partners mit ideologisch-dienstbarer Wissenschaft zu tun haben. Insofern wird Skepsis durchaus nicht verhehlt, ob es denn gelingen werde, über den engen Bereich wertfreier Fakten und Daten *hinaus zu fruchtbaren Ergebnissen zu* kommen. Ob die bisher vorgetragenen sowjetischen „Verbesserungswünsche" indes bei deutschen Schulbuchverlegern und Autoren Wirkung zeigen, wird zu prüfen sein, wenn demnächst aus Moskau die Stellungnahmen vorliegen zu den neuesten Auflagen hiesiger Erdkunde-Lehrbuchreihen.

MICHAEL JACH



Gehört zu den Höhepunkten der Amsterdamer Schau: „Porträt des Juan Francisco de Pimentel", 1648 von Diego Velasquez gemalt. FOTO: KATALOG

Amsterdam: Velasquez und die spanische Malerei

Gäste aus goldener Zeit

Notlösungen müssen nicht die schlechtesten sein. Das zeigt die Präsentation der in den Niederlanden weitgehend unbekannten spanischen Malerei, die das Festjahr des 100jährigen Rijksmuseumsgebäudes abschließt. Chronischer Geldmangel hatte eine großangelegte Jubiläumsschau verhindert. Und als das nieder*ländische Parlament dann doch noch* Mittel bewilligte, war es für eine angemessene Veranstaltung organisatorisch zu spät. Glücklicherweise sprang der Prado ein, der allerdings schon wichtige Werke seiner Sammlung der Europalia zugesagt hatte. *Dennoch ist, was jetzt aus Madrid ins* Rijksmuseum zu Gast kam, bestens dazu angetan, in der Begegnung mit den großen Meistern einen Eindruck von der Entwicklung der spanischen Malerei im goldenen Zeitalter zu vermitteln: ein mit 46 Gemälden zwar knappes, aber überschaubares Kompendium der 17.-Jahrhundert-Malerei.

Die Blütezeit der spanischen Kunst umspannt den Zeitraum von der Regierung Philipps II., als Spanien auf dem Höhepunkt seiner Macht angelangt war, bis zu der Karls II., mit der das Land einen politischen, wirtschaftlichen und auch kulturellen *Niedergang erleben mußte.*

Ganz anders als in den Niederlanden, wo das Bürgertum als staatstragende Schicht in der Malerei eine große Genrevielfalt förderte, waren es in Spanien der Hof, der Adel, Kirchen und Klöster, die als Auftraggeber der Künstler fungierten. Dadurch wurden dort überwiegend Porträts, religiöse Themen sowie auch Stilleben gemalt. Der *strenge, von der Gegenre*formation geprägte Zeitgeist im Spanien des 17. Jahrhunderts fand seinen Widerhall im kühlen, beinahe harten, tiefgründigen Charakter der Malerei, der stets dem durchgeistigten Realismus verpflichtet blieb.

*Die chronologisch aufgebaute Aus*stellung macht gleich zu Beginn in dem statischen Hofporträt der Infantin Clara Eugenia Isabella von Alonso Sánchez Coello und dem Philipps III. von Juan Pantoja de la Cruz die bestimmende Rolle des Escorial in der Kunst deutlich. Anschließend begegnet man El Greco, u. a. mit seinem berühmten, unvergleichlich den spanischen Edelmann des 16. Jahrhunderts in seiner ernsten Melancholie und inneren Kraft typisierenden Porträt „Ritter mit der Hand auf der Brust".

Den Übergang von Spät-Renaissance und Manierismus zum aufkommenden Caravaggismus belegen einige Gemälde des El-Greco-Schülers *Luis Tristán, von Vicente Carducho* sowie des in Valencia tätigen Francisco Ribalta. Souverän beherrscht dann José de Ribera die Clair-obscur-Malerei in seinen von ergreifendem Realismus gekennzeichneten Heiligendarstellungen.

Den Höhepunkt der *Ausstellung* bildet Velasquez' Porträt Philipps IV., dieses kunstsinnigen Träumers auf dem spanischen Thron. Ohne jedes Herrscherattribut stellt Velasquez ihn dar, und doch strahlt die in lässigem Jagdtenue gekleidete Gestalt unübersehbar Würde aus. Daß bis zur Mitte des Jahrhunderts die von Caravaggio und Tizian ausgehen*den Impulse vorherrschten, daneben* der hellere freie Stil von Velasquez die Kunst mehr und mehr beeinflußte, zeigen u. a. die Gemälde von Alonso Cano und Antonio de Pereda.

Die Themen, Porträts sowie Szenen aus Bibel und Heiligenlegenden blieben dieselben, doch macht sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der aus Flandern eingeflossene Barock in Spanien bemerkbar. Dies wird anhand der bewegten „Stigmatisierung des heiligen Franziskus" von *Mateo Cerezo gezeigt,* während der große Wegbereiter des spanischen Barock, Juan Carreno nur mit einem Porträt Karls II. anwesend ist.

Der Anmut Murillos fesselt in dem prachtvollen, zu seinen besten zählenden Porträt eines Edelmanns, ferner in einem Madonnen- und einem Kinderbild voll Freundlichkeit und Hingabe. Mit einigen Werken des Hochbarock von Antolinez, Escalante und Claudio Coello endet diese kompakte Einführung in die spanische Malerei, die unter dem Aspekt des Kulturaustausches zwar löblich, als Jubiläumsausstellung eines der wichtigsten Museen Europas aber etwas dünn ausgefallen ist. (Bis 27. Januar.)

DOROTHEE von FLEMMING

JOURNAL

Heidegger-Gesellschaft wurde gegründet

dpa, **Freiburg**

Eine „Martin-Heidegger-Gesellschaft" haben Schüler, Freunde und Familienangehörige des 1976 gestorbenen Freiburger Philosophen gegründet. Ihr Ziel ist „die Förderung der philosophischen Forschung im Sinne des Denkens von Martin Heidegger". Die Gesellschaft hat ihren Sitz an Heideggers Geburtsort Meßkirch (Kreis Sigmaringen). Zum Kreis der 37 Gründungsmitglieder gehören auch Mitarbeiter der Heidegger-Gesamtausgabe, von der in den vergangenen zehn Jahren 27 Bände erschienen sind. Die Gesamtausgabe ist auf 100 Bände veranschlagt.

Zürichs Oper plant einen neuen „Ring"

Bth. **Zürich**

Christoph Groszer, der künftige Direktor des Züricher Opernhauses, gab jetzt seine Pläne für seine erste Spielzeit (1986/87) bekannt. Insgesamt kommen sieben Opern und drei Ballettabende zur Premiere. Der jetzige Chef, Claus Helmut Drese, künftig Direktor in Wien, kehrt als Gastregisseur zurück und beginnt eine Neuinszenierung von Wagners „Ring" (Ausstattung: Ul de Rico). Neugier weckt die Ausgrabung von Othmar Schoecks 1937 in Dresden uraufgeführter Oper „Massimila Doni" (Regie: Giancarlo del Monaco). Jean-Pierre Ponnelle und Nikolaus Harnoncourt setzen ihren Mozart-Zyklus mit der „Zauberflöte" fort. Koproduktionen gelten Bellinis „Puritanern" (mit den Bregenzer Festspielen), Puccinis „Madame Butterfly" (mit der Komischen Oper Ost-Berlin; Regie: Joachim Herz) und Rossinis „Italienerin in Algier", die bei den Schwetzinger Festspielen unter der Regie des Kölner Intendanten Michael Hampe herauskommt. Mit der Kölner Oper hat Groszer eine langfristige Zusammenarbeit verabredet.

Archäologen fanden einen Aztekenadler

dpa, **Mexiko**

Archäologen haben in der mexikanischen Hauptstadt eine sehr wertvolle Figur eines Aztekenadlers entdeckt. Dieser Fund gilt als der wichtigste seit dem Abschluß der Ausgrabungen im Jahre 1982 im Großen Tempel, dem religiösen Zentrum der Ureinwohner. Im Gegensatz zu den sonst üblichen Reliefarbeiten handelt es sich bei *diesem steinernen Adler um eine* Figur, die vermutlich aus der letzten Epoche der Azteken vor dem Einfall der Spanier 1519 stammt.

Stuttgarts Museum für Naturkunde

dpa, **Stuttgart**

Nach der Neuen Staatsgalerie *und dem Lindenmuseum erhält die* Stuttgarter Museumslandschaft eine weitere kulturelle Attraktion: Am 4. Dezember wird nach rund vierjähriger Bauzeit der Neubau des Staatlichen Naturkundemuseums der Öffentlichkeit übergeben. *Auf zunächst 2500 Quadratme*tern werden dort die Überreste vorzeitlicher Pflanzen, Tiere und Menschen, vor allem Funde aus der Urzeit des Südwestens, ausgestellt.

Ein internationales Übersetzer-Kolleg

AFP, **Arles**

Ein *internationales Übersetzer*-Kolleg wird im südfranzösischen Arles eingerichtet. Es soll schon im Frühjahr 1986 den Betrieb aufnehmen, wenn auch erst 1988 mit dem Ende der Umbauarbeiten im ehemaligen Van-Gogh-Krankenhaus *gerechnet wird. Das Projekt wurde* jetzt beim Übersetzerkongreß in Arles bekanntgegeben, an dem 380 Vertreter aus 13 europäischen Staaten und Kanada teilnahmen. Der 1984 gegründete Kongreß hat die Aufgabe, Statuten für den Übersetzerberuf *zu erarbeiten.*

Aaron Copland 85

Aaron Copland ist beides zugleich: ein verhältnismäßig schwieriger und daneben ein leicht zugänglicher Komponist. Die schwierigere Musik schreibt er für sich, die andere im Gängelband unterschiedlicher Auftraggeber. Am Ende sind die Auftraggeber stärker zu beglückwünschen als Copland. Die ihm abgezwungene Musik erweist sich als fruchtbarer denn die freie. Unter Zwang entstanden Meisterwerke, die ohne Umschweif zu zünden verstanden, ob sie nun „El Salon Mexico" hießen und kräftig lateinamerikanische Rhythmen aufrührten oder sich herb im „Appalachian Spring" wiegten. Mit „Rodeo" komponierte Copland sogar ein wertbeständiges Cowboy-Ballett, ein Evergreen des jauchzend amerikanischen Tanzes. Merkwürdig: der eher zarte, nachdenkliche Mann aus Brooklyn, alles andere als bodenständig amerikanisch, feierte seinen Kontinent mit Musik, und der Kontinent erkannte sich in ihr freudig wieder. Schöneres kann einem Komponisten zu Lebzeiten kaum geschehen.

gtl.

Vampire im All: Tobe Hoopers Film „Lifeforce"

„Böser Kuß der Mumien

Sollen wir uns auch die letzte Gewißheit noch nehmen lassen? Vampire, heißt es auf einmal, kommen *aus dem Weltraum. Und* wir waren uns doch sicher, sie kämen aus den östlichen Wäldern! Nein, behauptet Regisseur Tobe Hooper, sie wohnen im Schweiß des Halleyschen Kometen. Und wir dachten immer, sie seien in Transsylvanien zu Hause.

Aber Tobe Hooper schickt in seinem Film „Lifeforce" ein Space-Shuttle in den verblassenden Science-fiction-Himmel. Und das entdeckt im Gefolge des Kometen ein großes Raumschiff. Und in diesem Raum*schiff eine Armada ausgetrockneter* Fledermäuse. Dazu drei gläserne Särge. Inhalt: Ein Schneewittchen, zwei Prinzen. Hübsch und nackt, aber leider reglos und stumm. Also werden sie an Bord des Space-Shuttle geschafft. Das kehrt zur Erde zurück. *Als man es öffnet, findet man* zwar die Särge nebst Inhalt unversehrt; sonst nur noch Asche.

Die drei scheintoten Gestalten kommen in einen medizinischen Hochsicherheitstrakt nahe London. Ein silbergrauer Professor (Frank Finlay, der einzige nennenswerte Darsteller) ahnt Böses. Und siehe da: Die drei Nackten erheben sich. Sie knistern mit *allerlei Strahlen und* küssen die Nächstbesten. Nicht aus interstellarer Völkerfreundschaft, sondern weil sie Lebensenergie („Lifeforce") saugen wollen. Das tun sie etwas rücksichtslos. Jeder Geküßte schrumpelt alsbald zur Latex-Mu*mie und regt sich nimmer.*

Das Publikum lacht herzlich. Eigentlich soll es ja ein Gruselfilm sein. Aber die unfreiwillige Komik trägt *eindeutig den Sieg davon. Die Trick*technik ist mürbe, die Inszenierung schleppend. Hier sind eben nicht George Lucas und Steven Spielberg am Ball, sondern flaue Epigonen. Deshalb lohnt es sich auch nicht, der Heiterkeit wegen in den Film zu gehen. Die ist schnell erschöpft. Denn der einzige Einfall des Werkes wird notgedrungen zu Tode geritten. Allenthalben *sinken* Mumien nieder, bis ganz London grunzt und röchelt.

Vampire haben auch hier etwas *Ansteckendes. Wer zur Mumie* geworden *ist,* darf nach zwei Stunden wieder erwachen und sich Lebensenergie von ahnungslosen Passanten holen. So breitet sich der Vampirismus hier nach Art einer Kettenreaktion aus. Und mit einer Kettenreaktion *will der britische Verteidigungsmini*ster dem Problem auch zu Leibe rükken, selbstredend mit einer H-Bombe. Ein sanfter Held, der verwandtschaftliche Beziehungen zu den Vampiren hegt, regelt die Sache glimpflicher.

Es stellt sich (auch in Anbetracht anderer Produktionen) die Frage, wie tragfähig das SF-Genre im Kino noch *ist. Nicht zufällig haben sich ja Lucas* und Spielberg längst anderen Themen zugewandt. Die Trickkiste beeindruckt nicht mehr. Und gute Stories sind auch hienieden rar. Dieser Angriff auf transsylvanische Traditionen jedenfalls ist gründlich mißglückt.

DIETMAR BITTRICH



Ein nacktes Schneewittchen aus dem All – auf der Suche nach seinen Prinzen? Szene aus Tobe Hoopers Film „Lifeforce" FOTO: DIE WELT

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Politische Meinung

Die Welt des Kitsches

Der unvorbereitete Leser wird vermuten, daß eine Zeitschrift mit diesem Namen und unter der Heraus*geberschaft eines Bundesministers* a. D. sich der verantwortungsvollen Aufgabe unterzieht, den Staatsbürger für seinen strapaziösen Marsch von Legislaturperiode zu Legislaturperiode mit vorschriftsmäßig abgepackter Marschverpflegung auszurüsten. Um so verdutzter wird er sein, wenn er in den Zweimonatsheften für Fragen der Zeit „Die politische Meinung" (Postfach 200 521, 5300 Bonn 2) einer Experimentierbühne begegnet, die Antworten auf das Phänomen der Kulturrevolution erprobt. Wenn man einräumt, daß Herrschaft genauso gut durch die Errichtung einer kulturellen Hegemonie zu erreichen ist wie *durch parlamentarischen Mandatsge*winn oder wirtschaftliche Macht, dann hat das in der Sept./Okt.-Nummer der „Politischen Meinung" aufgerollte „Thema: Kitsch" auch politisches Gewicht.

Daß der Kitsch-Vorwurf eine der Waffen des Kulturkampfes ist, läßt sich aus dem Presseecho auf die Fernsehserie „Schwarzwaldklinik" unschwer ablesen. Heimat, OP, Schicksal, das alles ist Kitsch, „hemmungsloser" („Spiegel") oder „medizynischer" („SZ"). Doch wer würde es wagen, das „Schluchzen des weißen Mannes" gegenüber der Dritten Welt, die von der Volkswagenstiftung gesponserten Revolutionsretrospektiven graumelierter 68er, aufklärerische Windmühlenritte gegen neue Unübersichtlickeiten oder gar weite Teile des Werkes von Heinrich Böll als Kitsch zu bezeichnen? Die Frage ist eben, wie Werner Ross in seinem Beitrag „Kniefall und Händchenhalten" ausführt: „Wer trifft wen mit der Kitschkeule?" Kitsch ist, definiert Ross, „das, was eine Gruppe oder Klasse von *Inhabern* des Geschmacksmonopols als ‚schlechten' Geschmack ansieht und zum ‚schlechten' Geschmack erklärt".

Doch sind die avantgardistischen oder linken Kitschkeulenschwinger keinesfalls selbst über jeden Ver*dacht erhaben: „Der Kitsch", meint* Ross, „ist hinübergewandert, weg vom Vaterland und von der Beschwörung alter Werte, hin zu den linken Phraseologien und Ritualen." Es gibt auch humanitären, revolutionären, sozialen Kitsch. „Mit einer Aus*schließlichkeit, die der Alltagspraxis* der Diktaturen nicht fernsteht, werden die sozialen Werte gefeiert, die sozialen Mängel angeklagt: Eben damit sind aber wiederum die Voraussetzungen für den blühendsten Kitsch gegeben, für falsches Mitleid und dröhnendes Anklagepathos, für vorgespieltes Edelmenschentum und inszenierte Misere."

Weitere Beiträge beleuchten das Geschmacksmonopol. Aus Amerika berichtet Tom Wolfe über die „Anbetung der Kunst", die zur Religion der Gebildeten geworden ist. Kunstförderung dient der Rechtfertigung des Besitzes. Je schlechter der Ruf einer Firma, desto eifriger ihr Bemühen um den modernen Ablaß für *mäzenati*sches Handeln. Nicht, was den Direk*toren und Angestellten gefällt, zählt* dabei, sondern was der „Kunstklerus" (3000 Leute, davon 2950 in New York) vorschreibt. Dafür sorgen die von den Firmen angestellten „Kuratoren".

In seinem Beitrag „... der sensibel komponierte Schrott" führt Bernhard Rupprecht in Zitaten aus Kunstkritiken und Katalogtexten das tiefgründige Geraune des deutschen Kunstjargons vor, das zumindest die Funktion erfüllt, das Publikum auf Distanz zu halten. Klartext ist es hingegen, wenn ein Katalog schreibt: „Kunst ist eine Frage des Konsensus; was jeweils als Kunst gilt, wird von den Teilnehmern des Betriebs festgelegt" – was wir ja irgendwie schon ahnten.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Lichtskulpturen der Bildhauer Jaroslav Adler und Jürgen Bordanowicz zeigt vom 18. Januar bis 20. Dezember das Künstlerhaus Bonn.

Tage des deutschen Puppenspiels finden vom 10. bis 18. Januar in Gelsenkirchen statt.

Das erste landesweite Jazz-Festival mit allen führenden Jazzmusikern der „DDR" findet am ersten Dezemberwochenende in Weimar statt.

„Natur und Naturzerstörung in der schleswig-holsteinischen Kunst" heißt eine Ausstellung, die Kiel bis zum 26. Januar zeigt.

Die 23. Internationalen Musiktage Brügge werden vom 26. Juli bis 9. August 1986 stattfinden.

Zur ersten internationalen Biennale der Papierkunst will das Leopold-Hoesch-Museum der Stadt Düren in der Zeit vom 25. Mai bis 17. August 1986 handgeschöpfte oder aus Papierfaserbrei geformte Papierkunstwerke aus aller Welt ausstellen.

Ansgar Haag, derzeit Regisseur der *Städtischen Bühnen Krefeld, wurde* für die kommende Spielzeit als Spielleiter an das Staatstheater Darmstadt verpflichtet.

Der Schriftsteller Eric Malpass wird 75 Jahre alt

Beefy Jones ist schuld

Nach 39 Dienstjahren wagte Eric Lawson Malpass endlich, seine Stellung bei einer Bank in Mittelengland aufzugeben, obwohl er schon als *Lehrling mit dem Schreiben angefan*gen und als Endvierziger seinen ersten Roman veröffentlicht hatte. Zu dem Entschluß, als freier Schriftsteller weiterzuleben, hat ihn aber weder die „Goldene Palme des Humors" motiviert, mit der sein Erstlingsro*man „Beefy Jones" ausgezeichnet* wurde, noch der erste Preis bei einem Kurzgeschichten-Wettbewerb der Sonntagszeitung „The Observer". Vielmehr war es die Tatsache, daß eine amerikanische Illustrierte sein zweites Buch in Fortsetzung abdruk*ken wollte, die Geschichte von einem* rundherum sympathischen Knaben namens Gaylord aus einer rundherum sympathischen Familie in einem herrlich unordentlichen Haushalt.

Die Zeitschrift hat ihren Zugriff vermutlich nicht zu bereuen brauchen, aber ungleich größer war der Erfolg des Romans in der Bundesrepublik Deutschland. „Mornings at seven" *war in der Originalfassung* 1965 nicht über 5000 Stück hinausgekommen, während die deutsche Übersetzung ein volles Jahr lang nicht von der Spitze der Bestseller-Liste heruntergekommen ist.

Großen Erfolg hatte da nicht nur die Verfilmung durch den Regisseur Kurt Hoffmann, sondern auch die Fortsetzung des Romans, der der deutsche Verleger den blumigen Titel *applizierte: „Wenn sanft das Mond*licht auf den Hügeln schläft". Diese Zeile aus dem „Kaufmann von Venedig" war ein zarter Hinweis auf die Shakespeare-Verehrung, der Malpass schon von Kindesbeinen an verfallen ist und zu der er auf der Höhe seines *populären Erfolges* gleich drei Shakespeare-Romane aufgestachelt hat, angesichts der schmalen Kenntnisse, die wir von dem Privatleben des großen Dramatikers besitzen, ein tollkühnes Unterfangen, das ihm weder von Seiten der Kritiker noch der *Buchkäufer viel Lohn* eintrug.

Daß er nicht ewig der Chronist von Gaylords Erlebnissen im Schoße der *Familie bleiben wollte,* hat er mehr als einmal zu verstehen gegeben, erst kürzlich mit der Geschichte von dem braven Mädchen Blanche und seinem ebenso braven Malermeistervater, „Lampenschirm und Sternenlicht", einem historischen Roman aus seinem heimatlichen Nottinghamshire, voll der Konflikte, die unter Ständen und Konfessionen, zwischen Patrioten und Kriegsgegnern zur Zeit der Königin Victoria herrschten.

HELLMUT JAESRICH

Sieben Jahre Haft für Rädelsführer

HORST DALCHOW, München

Im Verfahren gegen die Entführer des Münchner Unternehmers Erwin Wagner wurde gestern dessen ehemaliger Geschäftspartner Boris Tertan (29) zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht blieb damit unter dem Antrag des Staatsanwalts, der neun Jahre gefordert hatte.

Der Vorsitzende der 2. Strafkammer beim Landgericht München I wies in der Begründung des Urteils darauf hin, daß letztlich die Geschäftsmethoden Wagners gegenüber seinem Subunternehmer Tertan zu der Tat geführt habe. Schon der Staatsanwalt hatte bei seiner Beweiswürdigung auf das „unseriöse Geschäftsgebaren" des 53jährigen entführten Spediteurs hingewiesen, es jedoch als „strafrechtlich nicht relevant" bezeichnet.

Tertan hatte sich 1982 auf einen Vertrag mit Wagner eingelassen, um als dessen Subunternehmer tätig zu werden. Seine Anzahlung für die erforderlichen Fahrzeuge in Höhe von 50 000 Mark verfiel, als er die weitergehenden Forderungen nicht mehr erfüllen konnte. Wagner holte die von ihm vorfinanzierten Fahrzeuge gegen den Widerspruch der Polizei zurück und übte damit nach den Worten des Vorsitzenden Richters eindeutig ein „Faustrecht" aus.

Tertan war von der Fruchtlosigkeit weiterer Gespräche überzeugt und entschloß sich schließlich am 22. November 1984 – nach seiner Aussage spontan – zu der Tat, die zu der Anklage „erpresserischen Menschenraubs und versuchter räuberischer Erpressung" führte. Erst wenige Stunden vor der Entführung fand Tertan in einer Autobahnraststätte zwei mittellose Südtiroler, die gegen einen Anteil von je 50 000 Mark bereit waren mitzumachen.

Der nach Feststellung des Gerichts dann „nur des Geldes wegen sehr aktiv gewordene" 22jährige Thomas B. wurde zu fünfeinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der zweite, gleichaltrige Komplize des bislang unbescholtenen Boris Tertan wird in Italien vor Gericht gestellt, wo Wagner drei Wochen lang gefangengehalten worden war. Er hatte sich kooperativ gezeigt und sogar seine „Beteiligung" am Lösegeld angeboten.

Daß Tertan und sein Komplize Thomas B. am 13. Dezember 1984 im Münchener Hauptbahnhof festgenommen werden konnten, ist dem Anwalt Wagners zu verdanken: Er hatte sich den Forderungen der Entführer, mit dem Lösegeld von 500 000 Mark nach Italien zu reisen, allen Drohungen zum Trotz nicht gebeugt. Die Formulierungen eines an seine Frau geschickten Tonbands und die Anweisungen an seinen Anwalt waren von Wagner „mitgestaltet" worden. Aus Todesangst, wie das Gericht feststellte.

Amerika hat eine Reihe neuer „Hof-Narren" erhalten

FRITZ WIRTH, Washington

Die Windsors sind heimgekehrt. Ihre viertägige USA-Mission zwischen Romantik und Kommerz endete in Palm Beach auf der Spielwiese stillgelegter Millionäre. Ihr Besuch war kurz, ihre Absicht unverhohlen. Sie erschienen, um diese Millionäre zu melken. Und die Millionäre spielten mit. Sie zahlten zwischen 10 000 und 50 000 Dollar für ein Dinner und für das Vergnügen, mit künftigen Königen gesehen zu werden.

Vier Millionen Dollar wurden gebraucht, um das „World College" über Wasser zu halten. Prinz Charles übernahm das Erbe und die Verpflichtung, für diese Institution zu sorgen, von seinem Onkel Lord Mountbatten. Er stieg zu diesem Zweck aufs Pferd, schoß ein Tor und ließ sich von 10 000 amerikanischen Zuschauern bei seinem Spiel besichtigen, das ihnen wie eine Mischung aus Kavallerieattacke und Hockey in Grüner Au erschien.

Sie verstanden nicht, was da auf dem Rasen stattfand, aber sie applaudierten höflich, als sie zu ihrer Überraschung am Schluß erfuhren, daß der Prinz dieses Polo-Duell gewonnen hatte. Mußte er wohl, denn er erhielt einen Kuß von seiner Frau.

Seine Gastgeber hatten zu dieser Schau „Mickey Mouse" und „Donald Duck" überlebensgroß herbeigeholt. Das gab dem fremdartigen Spiel immerhin einige vertraute Dimensionen. In der Luft warb ein Flugzeug um die Mitarbeit von Charles und Diana, Irland zu befreien, während zu gleicher Zeit ein Pfarrer aus Palm Beach ein Gebet in die gleiche Richtung, aber an eine noch höhere Adresse schickte, mit der Bitte, die Polo-Pferde auf den Beinen und die Reiter im Sattel zu halten. Sein Gebet wurde erhört.

Nach dem Match überreichte Prinzessin Diana dem Vorsitzenden des exklusiven Palm Beach Polo und Country Clubs, William Ylvisaker, der in Charles' Mannschaft gespielt hatte, einen Siegerpokal aus Silber und Porzellan. In der Pause hatten zahlreiche Zuschauer dem Prinzen ein vorweggenommenes Geburtstagsständchen gebracht. Er wird heute 37 Jahre alt.

Das letzte Dinner der Windsors im „Breakers Hotel" war unter allen das teuerste und zugleich vulgärste. Da erschienen Damen, um mit den Windsors in den Ring zu steigen im Kampf um die teuersten Schmuckstücke. Und da blieben Damen fern, die kundtun wollten, daß in diesem Schaugeschäft eine unsichtbare Ware namens Eitelkeit immer noch das zerbrechlichste Schmuckstück ist, mit denen man sich hier bis ins hohe Alter kleidet.

Armand Hammer, der 87jährige Ölmillionär, der dies alles inszenierte, hat über Nacht eine Menge neuer Feinde unter jenen Mitgliedern der amerikanischen „High Society" gefunden, die er nicht für hoffähig hielt und deshalb nicht zu den Windsors bat. Andererseits waren so exotische Damen wie Eva Gabor und Joan Collins anwesend, die vor drei Tagen für das Edel-Dinner im Weißen Haus mit einer kalten Schulter abgespeist wurden und nun eilig die vorläufig letzte Chance nutzten, mit den Windsors auf Tuchfühlung zu gehen.

Die Amerikaner schauen auf den Besuch des „Traumpaares" mit gemischten Gefühlen zurück. Je länger die Windsors im Lande waren, um so penetranter schimmerte die Absicht ihres Auftritts durch. Da drohte am Ende das Schaden zu nehmen, was man am Buckinghampalast am meisten schätzt und pflegt: Die Magie des Königshauses. Sie sind auf dieser Reise etwas zu scharf ins kommerzielle Geschirr der Tourismus- und Handelswerbung eingespannt worden. Die meisten Amerikanerinnen aber wollten bei diesem Besuch unverdorbene, reine königliche Romantik schlürfen, ohne von „Commercials" behelligt zu werden, die ihre heimischen Fernseh-Romanzen zur Genüge tränenstoppend unterbrechen.

Dennoch: Zurückgeblieben sind auf dieser Seite des Atlantiks eine Reihe neuer „Hof-Narren". Sie mögen zwar ein falsches Bild über jenes Land haben, dem dieser Prinz als König einst einmal vorstehen wird, doch die Briten können mit diesem Image leben. Mag ihre Wirtschaft auch darniederliegen, königliche Romantik und die Schaustellung ihrer Vergangenheit bleibt vorläufig immer noch ihr bester Export-Artikel. „Honi soit, qui mal y pense".

Drogenfabrik und Schmugglerring ausgehoben

SAD, Paris

Der Zusammenarbeit der Polizei von fünf Ländern in Europa und Amerika ist es zu verdanken, daß jetzt eine Heroinfabrik und ein Schmugglerring, der zwischen der Schweiz und Frankreich operierte, ausgehoben werden konnte. Bei einer gleichzeitig in Paris und Südfrankreich durchgeführten Großrazzia wurden in der Nacht zum Mittwoch 15 französische Rauschgiftschmuggler festgenommen, nachdem kurz zuvor in Châtel-Saint-Denis im Schweizer Kanton Fribourg ein Heroin-Labor entdeckt worden war. Unter den Festgenommenen befinden sich zwei der Polizei bekannte „Chemiker", die schon vor Jahren aufgeflogenen „French Connection" angehörten. Außerdem wurden 55 Mitglieder eines tunesischen Rauschgiftrings verhaftet und 300 Gramm Heroin sichergestellt.

Kaum noch gefragt

dpa, Stade

Nur ein ein verschwindend kleiner Teil von Frauen will bei der Eheschließung einen Doppelnamen annehmen. Kurz nach der Reform des Eherechts im Jahre 1976 war zu beobachten, daß immer mehr Frauen ihren Geburtsnamen dem Namen des Ehemannes voranstellten. Heute liege der Anteil der Frauen landesweit unter einem Prozent, berichteten gestern Vertreter des Landesfachverbands der Standesbeamten Niedersachsens.

LEUTE HEUTE

Dieb und . . .

Sich selbst bezeichnet er als einen „nur mittelmäßigen Dieb". Der Autor des „Tagebuchs eines Diebes", **Jean Genet**, bekannt geworden durch seinen Roman „Querelle", gab in einem Interview mit der britischen Fernsehanstalt BBC zu, er sei „dauernd beim Stehlen erwischt worden". Insgesamt sei er 14mal wegen Diebstahls verurteilt worden, sagte der 75jährige in dem ersten Fernsehinterview seines Lebens. Zu diesem Anlaß war er extra nach London gereist, weigerte sich jedoch, die BBC-Studios zu betreten. Die Sendung, die Genet ironisch als „Polizeiverhör" bezeichnete, wurde in der Wohnung eines Technikers aufgezeichnet.

. . . Scharlatan?

Als Franzose und Feinschmecker fand er heraus, daß Fisch und Meeresfrüchte, die in Meerwasser mit einer Prise Algenpuder zubereitet wurden, viel besser schmecken, als mit Süßwasser aus der Leitung gekochte Meerestiere. Darum füllte der 27jährige **Jean-Benoit Aubry**, von Beruf Fischgroßhändler, Meerwasser in Flaschen ab und erhofft sich davon das große Geschäft. Von zunächst 10 000 unter strenger hygienischer Kontrolle produzierten Eineinhalbliterflaschen hat er bereits 7000 an eine Supermarkt-Kette in Paris und Umgebung verkauft. Das Meerwasser wird aus großen Tiefen des Atlantiks zwischen den Inseln Groix und Penfret gepumpt, gefiltert, im Labor überprüft und abgefüllt. Möglichkeiten zur Konservierung werden noch geprüft. Bis sich seine Kosten dekken, muß der clevere Bretone allerdings noch 100 000 Flaschen der Marke „Ozean" absetzen.

Im Süden hielt der Winter Einzug

DW. München/Wien

Zur Freude der Wintersportler und zum Schrecken der Autofahrer, Radler und Fußgänger hielt in der Nacht zum Mittwoch im gesamten Alpenraum der Winter mit stundenlangen Schneefällen Einzug. In München fielen 20 Zentimeter Schnee (Foto: AP). In österreichischen Großstädten wurden 32 Zentimeter Schneehöhe gemessen.

Dort wie überall im Alpenraum sorgte der Wintereinbruch, den Meteorologen auf ein „klassisches Oberitalien-Tief" zurückführen, für chaotische Verkehrsverhältnisse. Allein in Wien waren 1280 Mann mit Räumfahrzeugen im Einsatz.

In München kamen Autofahrer oftmals nur im Schrittempo vorwärts. Der Flughafen Riem versank im Schnee. Stauungen gab es vor allem im Gebiet des Irschenbergs und auf der Autobahn München–Stuttgart. Viele Straßen in höheren Lagen waren nur noch mit Winterausrüstung befahrbar.

Urteile zu Freifahrten

AP, Kassel

Der Neunte Senat des Bundessozialgerichts in Kassel hat in mehreren Prozessen grundsätzlich entschieden, daß auch gehbehinderte Personen nicht generell Anspruch auf Freifahrt im öffentlichen Nahverkehr haben. Voraussetzung für die Freifahrtsberechtigung ist vielmehr eine erhebliche Gehbeeinträchtigung. Eine allgemeine Erwerbsminderung von 80 Prozent sei dafür beispielsweise alleine nicht ausreichend. (Bundessozialgericht 9 RVs 3/85 sowie 24/85)

Ältestes Gestein entdeckt

dpa, Freiburg

Wissenschaftler der Universität Freiburg haben im Schwarzwald das „älteste Gestein Deutschlands" entdeckt. Der kleine dunkelgrüne Felsen (Eklogit) ist nach einer wissenschaftlichen Altersbestimmung etwa 2,07 Milliarden Jahre alt. Das teilte der Direktor des Mineralogisch-Petrographischen Instituts der Universität, Professor Wolfhard Wimmenauer, gestern mit.

Anklage erhoben

dpa, Bielefeld/Bottrop

Gegen den „König von Sylt", den Bottroper Kaufmann Wolfgang Reh (43), hat die Bielefelder Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsverbrechen jetzt Anklage erhoben. Sie wirft dem Kaufmann, der Anfang der 80er Jahre durch spektakuläre Immobilien-Aufkäufe auf der nordfriesischen Insel Sylt Furore machte, fortgesetzten Betrug in 41 Fällen und dreifache Anstiftung zur Untreue vor. Reh soll den früheren Vorstand der Volksbank, gegen den die Staatsanwaltschaft ebenfalls Anklage erhob, dazu veranlaßt haben, seiner Firmengruppe ungesicherte Kredite in Millionenhöhe zu geben, obwohl bei der Bank bekannt war, daß die Firma kurz vor dem Ruin stand.

ZU GUTER LETZT

„Der Vorsitzende des Verbandes ‚Bildung und Erziehung' plädierte ‚für eine integrierende Bildung und Erziehung unter Einschluß aller kognitiven, affektiven und psychomotorischen Komponenten'." – Es stand in der WELT.

Der breite Strom des Geldes droht zu versiegen

Der Sankt-Lorenz-Seeweg ist in die roten Zahlen geraten / Für moderne Frachter nicht breit und tief genug

HORST-A. SIEBERT, Montreal

Große Wasserstraßen sind aus dem Stoff, aus dem Träume gemacht sind. Ihre Namen bleiben haften; sie erinnern an die interessantesten Stunden des Erdkundeunterrichts. Der Sankt-Lorenz-Seeweg, der von den USA und Kanada gemeinsam gebaut und 1959 in Betrieb genommen wurde, ist einer davon. Vom Atlantik aus 3650 Kilometer lang, folgt er dem Sankt-Lorenz-Strom bis zum westlichen Ende der Großen Seen, die aus dem Ontario-, Erie-, Huron-, Michigan- und Obersee bestehen.

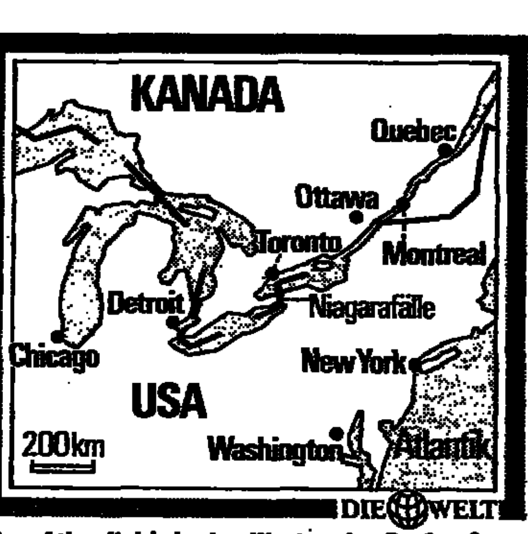
Der in die herbe und am unteren Ende wilde nordamerikanische Landschaft eingebettete Seeweg hat den USA und Kanada eine zusätzliche Küste beschert – offen für den direkten internationalen Handel. Um so größer war der Schreck, als am 14. Oktober eine Wand der Schleuse Sieben am 43 Kilometer langen Wellandkanal, der den Ontariosee mit dem Eriesee verbindet, einstürzte. Es geschah als der ägyptische Frachter „Furia" mit 25 000 Tonnen Getreide die Kammer verließ.

Eingeschlossen waren plötzlich 128 Schiffe. Davon steuerten 58, die meisten ebenfalls mit Mais, Weizen und Sojabohnen beladen, Zielhäfen in Europa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie in Lateinamerika an. In Toronto, Detroit, Sault St. Marie und Duluth wurden 70 erwartet. Viele hatten Stahl aus der EG im Bauch. Die Uhr begann zu ticken. Denn Mitte Dezember ist der Eisgang so stark, daß die Wasserstraße gesperrt werden muß. Erst im Frühjahr hätten die Frachter die Anker lichten können – bei täglichen Unterhaltskosten von durchschnittlich 15 000 Dollar oder umgerechnet mehr als 39 000 Mark.

Beim zuständigen kanadischen Wasserbauamt sprach man von einer Katastrophe; niemand glaubte, daß eine neue Schleusenmauer noch in diesem Jahr hochgezogen werden könnte. Aber in Tag- und Nachtschichten haben es die Kanadier doch geschafft: Seit Donnerstag vergangener Woche ist der Seeweg wieder offen; die aufgehaltenen Schiffe drängeln nun durch den Wellandkanal. Etwa eine Woche dauert die Passage. Die unplanmäßige Liegezeit verschlang jedoch nur 375 000 statt der befürchteten 200 Millionen Dollar.

Dennoch hat der Schleusenschaden die Wasserstraße noch mehr ins Gerede gebracht. In den Augen der Reeder und Befrachter ist sie nicht zuverlässig und stellt ein immer höheres Risiko dar. Es kommt häufig zu Verzögerungen; erst im vergangenen Jahr stand der Seeweg der Schiffahrt nach einem Ausfall der Hebebrücke bei Quebec für 18 Tage nicht zur Verfügung.

Die Amerikaner transportieren ihr Exportgetreide bereits zunehmend auf dem Mississippi; auch bei Eisenerz und Kohle verschärft sich die Konkurrenz mit den Eisenbahnen und Schleppkähnen, die das Massengut zu den Atlantikhäfen an der Ostküste schaffen.



Vom Atlantik bis in den Westen der Großen Seen: der 3650 Kilometer lange Sankt-Lorenz-Seeweg

Der von Romantik umgebene „St. Lawrence Seaway" ist mit vielen Problemen beladen. Für moderne Frachter ist er nicht breit und tief genug; auf der 70 Kilometer langen Strecke zwischen Montreal und dem Ontariosee sind sieben Schleusen zu passieren, das Gefälle beträgt 70 Meter. Der Wellandkanal mit insgesamt acht Schleusen und einem Gefälle von 100 Metern ist schon 53 Jahre alt. Eine weitere Schleuse mit einem Gefälle von mehr als sieben Metern ist zwischen dem Huron- und Obersee zu überwinden.

Die Durchfahrt ist mithin zeitaufwendig. Hinzu kommt der lange Winterstopp, der das Frachtgeschäft ohnehin auf die anderen Verkehrsträger verlagert. Nach der Fertigstellung des Seeweges, der 470 Millionen Dollar erforderte, schien es zunächst steil aufwärtszugehen. So nahm das Frachtaufkommen, das den Wellandkanal passierte, bis 1979 im Jahresschnitt um fünf Prozent auf 66 Millionen Tonnen zu. Dann brach die Kurve ab; 1984 waren es nur 54 Millionen Tonnen, davon 14 Millionen Tonnen „upstream". In diesem Jahr sollen es in beiden Richtungen nur 44 Millionen Tonnen sein.

Die Crux ist, daß auf der Wasserstraße kaum hochwertige Fracht befördert wird. Diese wird über New York, Baltimore und Halifax nach Übersee verschifft. Auch der überbewertete Dollar hat dem Massengutexport geschadet. Am Seeweg vorbei geht der Containerverkehr. Die kanadischen und amerikanischen Behörden verlieren in diesem Jahr rund 20 Millionen Dollar an Gebühren, verglichen mit 2,6 Millionen Dollar 1984. Von den Abgaben erhält Kanada 73, der südliche Nachbar 27 Prozent. Um Gewinne einzufahren, müßten die Gebühren um ein Drittel erhöht werden, was angesichts der Konkurrenzsituation nicht durchzusetzen ist.

Für keine Wasserstraße ist so viel Werbung gemacht worden wie für den Sankt-Lorenz-Seeweg. Nach den Rückschlägen ist jetzt eine Kampagne geplant, die Reeder und Befrachter von der Zuverlässigkeit der technischen Anlagen überzeugen soll. Den Europäern sollen See-Land-Frachtraten angeboten werden. Am besten wäre indes ein auch im Winter offenes Kanalsystem. Aber das würde 3 Milliarden Dollar kosten.

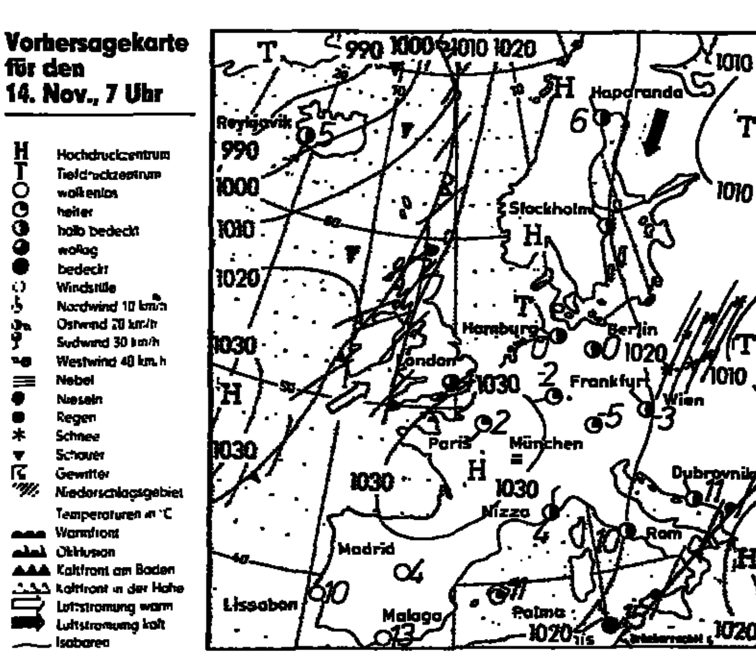
WETTER: Ziemlich kalt

Lage: Bei nur geringem Luftdruck bleibt die eingeflossene kalte Meeresluft wetterbestimmend.

Vorhersage für Donnerstag: Im gesamten Bundesgebiet und Raum Berlin von gelegentlichen Auflockerungen abgesehen meist geschlossene Bewölkung, aber nur gelegentlich etwas Niederschlag, im Flachland teils Regen, teils Schnee, im Bergland Schnee. Tageshöchsttemperaturen zwischen 2 und 6 Grad, Tiefsttemperaturen in der Nacht zum Freitag minus 3 bis minus 5 Grad, in Bayern bis minus 8 Grad. Allgemein schwachwindig.

Weitere Aussichten: Von Westen her Frostabschwächung und im Norden etwas Regen.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.39 Uhr*, Untergang: 16.33 Uhr; **Mondaufgang:** 11.42 Uhr, Untergang: 18.29 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Berlin	4	bw
Bielefeld	3	Sp
Braunlage	1	bw
Bremen	4	bw
Dortmund	2	bd
Dresden	0	bw
Düsseldorf	4	bd
Erfurt	1	bw
Essen	2	R
Feldberg/S.	-8	Ne
Flensburg	4	bd
Frankfurt/M.	3	bw
Freiburg	1	bd
Garmisch	-1	S
Greifswald	4	Rs
Hamburg	4	bw
Hannover	4	bw
Kahler Asten	-2	bw
Kassel	2	he
Kempten	-2	S
Kiel	4	bw
Koblenz	2	bw
Köln-Bonn	3	bd
Konstanz	-1	S
Leipzig	3	bw
List/Sylt	5	bw
Lübeck	3	Sp
Mannheim	3	bw
München	-1	S
Münster	4	bd
Norderney	3	bd
Nürnberg	1	bd
Oberstdorf	-2	S
Passau	0	S
Saarbrücken	1	bw
Stuttgart	1	bd
Trier	2	bw
Zugspitze	-10	S

Ausland:

Algier	22	he
Amsterdam	9	he
Athen	19	he
Barcelona	12	he
Belgrad	16	he
Bordeaux	7	he
Bozen	3	bd
Brüssel	5	bw
Budapest	4	bw
Bukarest	12	bw
Casablanca	17	he
Dublin	6	bw
Dubrovnik	17	bd
Edinburgh	3	he
Faro	14	he
Florenz	14	bd
Genf	0	S
Helsinki	2	bw
Hongkong	24	bw
Innsbruck	0	S
Istanbul	17	he
Kairo	25	he
Klagenfurt	1	R
Konstanza	12	bd
Kopenhagen	6	he
Korfu	20	bw
Las Palmas	23	he
Leningrad	2	bd
Lissabon	13	he
Locarno	4	R
London	5	he
Los Angeles	12	bw
Luxemburg	-1	S
Madrid	12	he
Mailand	9	he
Malaga	18	he
Mallorca	13	he
Moskau	1	bw
Neapel	20	he
New York	12	Ne
Nizza	11	he
Oslo	3	wl
Ostende	7	he
Palermo	24	bw
Paris	6	bw
Peking	9	wl
Prag	-1	S
Rhodos	22	he
Rom	19	bw
Salzburg	2	bw
Singapur	28	bw
Split	19	bw
Stockholm	0	he
Straßburg	3	bw
Tel Aviv	25	he
Tokio	16	Rs
Tunis	24	he
Valencia	16	he
Varna	19	he
Venedig	11	bd
Warschau	3	bw
Wien	0	Sr
Zürich	0	S

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Ein Kuß für die Bundeshauptstadt

Nach einer Untersuchung leben 91 Prozent der Bonner gerne in ihrer Stadt

HANNE-L. HEILMANN, Bonn

Als Bundesdorf oder Provisorium im Dauerzustand wurde sie jahrelang bezeichnet: die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Die Bonner nahmen solche Bemerkungen gelassen hin – sie spitzten in den vergangenen Jahren den bekannten roten „Kußmund" und durften sicher sein: Am „Bonn-Komplex" scheinen hauptsächlich Nicht-Ansässige zu leiden.

Diese Haltung erfuhr jetzt ihre Bestätigung: 91 Prozent der Bonner leben gerne oder sogar sehr gerne in ihrer Stadt, über die Hälfte von ihnen ist damit zufrieden, wie Probleme – auch im Bereich des Umweltschutzes – gelöst werden, und gut ein Drittel der Bürger sieht seine Wünsche bei den Planungen berücksichtigt.

Dies zeigt die gestern vorgelegte vierte Kontrollstudie zur Umfrage „Die Stadt Bonn und ihre Bürger", eine Meinungsuntersuchung, die in Fortsetzung zur 1972 begonnenen Grundlagenforschung für die städtische Öffentlichkeitsarbeit im Abstand von drei Jahren durchgeführt wird. 2500 Bonner Bürger und Bürgerinnen, unter ihnen erstmals auch Jugendliche unter 18 Jahren und Ausländer, wurden dieses Jahr zu ihrem „Stadtbild" befragt. 743 haben den Fragebogen beantwortet.

Gefestigt hat sich vor allem das Vorstellungsbild von Bonn als einer „liebenswürdigen und gemütlichen" Hauptstadt, in der es sich ohne Hektik leben läßt. Kriterien wie lebenslustig, charmant und freizeitbetont rangieren an erster Stelle, Attribute wie überfüllt, hektisch oder gar rückständig stehen hinten an. Das deckt sich auch mit den Wünschen der Bonner, die das traditionellen Gesicht ihrer Stadt gewahrt haben wollen.

Sogar die Jugend mag diese gemütliche Atmosphäre, obwohl sie die Entwicklung in Richtung einer „Hauptstadt mit großstädtischer Lebensweise" begrüßen würde. Erste Ansätze haben die unter 18jährigen erkannt: Sie halten die Stadt für eleganter, dynamischer und fortschrittlicher als ihre älteren Mitbürger.

Den höchsten Punktgewinn erzielte der Bereich „Wohnraumangebot". Hier sanken die kritischen Stimmen von 76 Prozent im Jahre 1981 auf lediglich 34 Prozent für 1985. Als Vorzug gegenüber anderen Städten nannten die Befragten vor allem die Bildungsmöglichkeiten, das Freizeitangebot und die Verdienstchancen in der Bundeshauptstadt.

Weniger rosig beurteilen die Jugendlichen die Angebote der Stadt. Sie sähen lieber mehr Initiative bei der Beschaffung von Lehrstellen, der Pflege historischer Bauten und der Einrichtung von Filmclubs, Tanzmöglichkeiten oder Kontaktstellen.

Nicht zufrieden zeigten sich die Bonner mit der Betreuung älterer Menschen. Für die Stadtväter ein verwunderliches Ergebnis, glauben sie doch, gerade in diesem Bereich aktiv zu sein. Aber auch die Integration ausländischer Mitbürger wird als Problemfeld erkannt. Über ein Drittel der Jugendlichen sieht den Grund hierfür in fehlenden Sprachkursen oder Kontaktstellen.

Erstaunlich ist die Beurteilung der Demonstrationen in Bonn. Begrüßt von 50 Prozent der Jugendlichen, lehnt nur weniger als die Hälfte der Erwachsenen sie eindeutig ab. Als Bürger der Bundeshauptstadt scheint man sich mit diesem Phänomen abzufinden – und betrachtet es eher als vorbeiziehendes Gewitter.

Die Kunst, die Mauer und der gute Geschmack

Wie der Macher HA Schult aus New York Berlin macht

PETER HANS GÖPFERT, Berlin

In goldgesprenkelter Jacke und Schlangenschuhen springt der „Aktionskünstler" HA Schult vor dem Berliner „Steigenberger" in einen Doppeldecker-Bus und verkündet einer staunenden Zuhörerschaft sein neuestes Projekt: „New York ist Berlin". Einen Monat lang, ab 12. Dezember, will der Künstler in eben diesem Doppeldecker durch New York kurven und seinen Mitfahrern weismachen, sie befänden sich in Berlin. Schult: „Der Trump Tower wird zur Gedächtniskirche und die Glitzermeile der Madison Avenue zum Kurfürstendamm."

Zentrum der „Aktion" ist freilich anders: „Angesichts der Skyline von Wall Street" wird eine Attrappe der Berliner Mauer („in Beton gegossen") aufgebaut – „in Originalgröße", und „im Dialog zum UN-Gebäude" steht, 18 Meter hoch, eine Nachbildung des Brandenburger Tores „goldglänzend". Am 14. Dezember gibt es eine Satellitenübertragung. Das Bild der New Yorker „Mauer" wird auf das „Original" am Potsdamer Platz projiziert. Man braucht gar nicht erst Schult als Propheten, um vorherzusagen, daß dieses Ereignis selbst bei lausiger Kälte die Schickeria an die Mauer locken wird.

Das Vorhaben „Berlin ist New York" wird glatte anderthalb Millionen Mark kosten – je ein Drittel haben der Senat und verschiedene Firmen lockergemacht, die jetzt mit Werbung auf dem Bus vertreten sind. Macht ja nichts, daß man sie gar nicht alle in Berlin findet. Schult, der „Medienkünstler", wird nicht müde, die kommende Aktion als „politisches Projekt" anzupreisen. 1986 will er prompt ein paar „meinungsmachende" US-Bürger an die Spree jetten. Sie sollen endlich wissen, daß wir „mitten in der DDR leben".

Und auch die Sponsoren haben sich beim relativ geringen Kunst- und Geschmackswert des Projekts nicht weiter aufgehalten. Lummer hält die Vorstellung, die Mauer in New York zu haben, „für faszinierend", darum habe er die Aktion „wärmstens begrüßt". Schult: „Ihm geht es nicht um die Kunst, ihm geht es um Berlin!"